Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten

inamo

Nr. 14/15
JAHRGANG 4
SOMMER/
HERBST 1998
PREIS DM 15,–

Frankreich 45 FF · Österreich 105 ÖS · Italien 15000 L
Schweiz 15 SFr · Niederlande 15 HFl

Berichte & Analysen zu Politik und Gesellschaft des Nahen und Mittleren Ostens

Algerien, Algerien ...

- Palästina: 50 Jahre Nakba
- 10 Jahre Halabja
- Romanpreis: Abdarrahman Munif
- Medien im Libanon

In diesem Heft

Algerien, Algerien ...

Schon Anfang 1997 wurden wir von verschiedenen Seiten aufgefordert, die Hintergründe der Auseinandersetzungen in Algerien zu beleuchten. Doch die Haltung der Redaktion war eher abwartend, zu undurchsichtig waren die Verhältnisse, zu unklar, wer die Urheber der Massaker waren. Mit dem zunehmenden Ausmaß an Gewalt, Grausamkeit und Brutalität stieg in der Redaktion der Druck, sich der Aufgabe zu stellen und die Lage in Algerien zu analysieren, historische, politische und soziale Hintergründe und Ursachen für die algerische Krise aufzuzeigen. Daher entschieden wir uns für ein Algerienheft. Dank der Mitarbeit von Werner Ruf, Martina Sabra, Salima Mellah und Lutz Rogler konnte ein konzeptioneller Weg eingeschlagen werden und die Erstellung des Heftes umgesetzt werden.

Wir waren mit folgendem Problem konfrontiert: Wie erfaßt man die Hintergründe des Konfliktes, will man der Frage nachgehen, ob es eine Rationalität in diesem Morden gibt, eine Rationalität in diesem Krieg. Ist der Konflikt zu fassen, wenn man den beliebten Dualismus aufrechterhält: hier die Laizisten und da die Terroristen (Islamisten)? Der Arte-Themenabend zu Algerien im Januar 1998 zeigte, wie schnell die Komplexität der Lage in Algerien auf ein Schwarz-Weiß-Schema reduziert werden kann. Ökonomie und Staat, Privatisierung, Erdölrente und Claninteressen, die Frage der Identität und nationbuilding, *Frauen, Berberbewegung, die französische Kolonialzeit und ihre Auswirkungen auf die kulturelle Identität der Algerier bis hin zur Asylfrage und Abschiebung: Die Notwendigkeit, all diese Aspekte zu beleuchten, stellte uns auch vor platztechnische Probleme. Es erschien uns notwendig, der Algerienproblematik mehr Raum zu geben. Deshalb nun das* Doppelheft.

Fragt man nach dem Warum, helfen eindimensionale Erklärungen nicht weiter. Die Geschichte Algeriens muß berücksichtigt werden: Die Zeit des französischen Kolonialismus, der Unabhängigkeitskrieg und seine Spätwirkungen haben auch etwas mit dem heutigen Konflikt zu tun. Aber auch die gescheiterte Politik der FLN in den achtziger Jahren tragen zu dem Grauen ebenso bei wie die enge Verflechtung zwischen politischer Macht und Ökonomie, die eine hemmungslose Selbstbereicherung der Herrschenden zur Folge hat.

Die Massaker von Relizane, Rais oder Bentalha verdienen eine politische Erklärung, schreiben Frçancois Burgat und andere (Seite 34), weil sie eindeutig auf den staatlichen Terror verweisen. Aber auch der Fall Hakim und der mysteriöse Hubschrauberunfall in der Sahara verdienen eine Antwort.

Der ehemalige Offizier Hakim besaß detaillierte Kenntnisse über die Ermordung der Trappistenmönche im Jahre 1995 und hatte in der französische Zeitung Le Monde den algerischen Geheimdienst DRS damit in Zusammenhang gebracht und beschuldigt, im gleichen Jahr Urheber einer Anschlagserie in Paris gewesen zu sein. Die Operation wurde angeblich durchgeführt, um die Islamisten als Terroristen zu diskreditieren.

Es gibt eine Reihe von Aspekten, die vieles erklären. Aber dennoch wird Benjamin Stora Recht haben, wenn er in seinem Artikel (Seite 13) resignierend feststellt: „Wenn man Frauen, Kinder, Babies umbringt, wenn man Hälse durchschneidet und Menschen verstümmelt, was hat dies mit Politik zu tun? Wo ist die Geschichte? Wo besteht da eine Verbindung? Um ehrlich zu sein: Ein Historiker kann sie nicht mehr feststellen."

Algerien seit der Unabhängigkeit

Thomas Hasel

Wer einen Algerier fragt, wer denn dessen Land regiere, erhält in vielen Fällen die Antwort: „Eine Nebelschwade". Damit wird kein meteorologisches Phänomen, sondern die in Algerien herrschende Elite bezeichnet, die von den ranghöchsten Militärs sowie den Führungen der Gendarmerie und der Geheimdienste gebildet wird.

Bereits während des Unabhängigkeitskrieges gegen Frankreich waren die Führer der „Nationalen Befreiungsarmee" (ALN), der militärische Arm der FLN (Nationale Befreiungsfront), bemüht, ihre Vorherrschaft über die politische Organisation zu sichern. Eine wichtige Rolle spielte schon zu diesem Zeitpunkt Oberst Houari Boumedienne, der 1959 Generalstabschef der ALN war. Vor und kurz nach der formellen Unabhängigkeit Algeriens am 5. Juli 1962 kam es dann zu blutigen Machtkämpfen zwischen mehreren Einheiten der ALN, aus denen Boumedienne schließlich als Sieger hervorging. Er erkor den Mitbegründer der FLN, Ahmed Ben Bella, zum Regierungschef. Die ersten drei Jahre hielt sich das inzwischen in Volksbefreiungsarmee (ALP) umbenannte Militär aus der Politik heraus; als jedoch Ben Bella, seit 1963 Staatspräsident, versuchte, seine Position und die der FLN zu Lasten des Militärs auszubauen, putschte Boumedienne, der 1962 Verteidigungsminister geworden war, 1972 gegen Ben Bella und führte bis 1978 mit Hilfe des „Revolutionsrates", der sich aus Mitgliedern der Armeeführung und dem Chef des Geheimdienstes zusammensetzte, die Geschicke des Landes. Offiziell blieb zwar die FLN, die wie auch die Armee aus ihrer historischen Rolle im Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich ihren Alleinvertretungsanspruch ableitete, die Einheitspartei, die wichtigen Entscheidungen wurden jedoch im „Revolutionsrat" getroffen.

Vor allem die wirtschaftliche Entwicklung des unabhängigen Algerien verlief zunächst vielversprechend. Mit der Begründung, die „Unterentwicklung" Algeriens und die Abhängigkeit von Frankreich zu überwinden, engagierte sich der Staat im Agrarbereich, im Handel, aber auch im entstehenden industriellen Sektor, und übernahm schließlich zwischen 1966 und 1971 auch den lukrativsten Wirtschaftsbereich, den Erdgas- und Erdölsektor. Der algerische Sozialismus begünstigte jedoch Korruption und Machtmißbrauch; die Armeeführung bemühte sich, alle Schaltstellen in der staatlichen Bürokratie und in der Wirtschaft zu kontrollieren, und konkurrierte dabei mit den FLN-Kadern, für die nur der kleinere Teil des Kuchens übrigblieb. Auf diese Weise entstand eine enge Verflechtung zwischen Armee, Staatsbürokratie und öffentlichem Sektor, was zu einer Konzentration von politischer und wirtschaftlicher Macht in den Händen Weniger führte.

Besonders von dem Anfang der siebziger Jahre einsetzenden Erdölboom profitierte aber nicht nur diese Elite, sondern durchaus auch das Volk, dessen Wohlstand deutlich anstieg. Dennoch kam es bald zu den ersten ökonomischen Problemen, da der Agrarsektor zunehmend vernachlässigt wurde und die einstige „Kornkammer Frankreichs" bald der Geschichte angehörte. Algerien konnte sich nicht einmal mehr selbst versorgen, so daß immer mehr Nahrungsmittel, aber auch andere Güter, importiert werden mußten; finanziert wurde dies alles aus den Erlösen aus dem Erdöl- und Erdgasexport, die nach der zweiten Explosion der Ölpreise 1979 weiter wuchsen.

Kurz zuvor, im Jahre 1978, war unerwartet Boumedienne gestorben, der 1976 seine Macht hatte ausbauen können, als er sich im Rahmen einer neuen Verfassung zum Staatspräsidenten mit weitreichenden Vollmachten wählen ließ. Die Armee- und Geheimdienstführung setzte als Nachfolger den relativ einflußlosen und schwachen Chadli Benjedid durch, der bereits Mitglied des inzwischen aufgelösten „Revolutionsrates" gewesen war: 1979 wurde er der dritte algerische Staatspräsident und blieb bis zuletzt von der Armee- und der Geheimdienstführung abhängig. Auch die politische Bedeutung der FLN, deren Vorsitzender der Staatspräsident war, verminderte sich zunehmend, obgleich sie die einzige im seit 1977 existierenden algerischen Nationalparlament vertretene Partei und wie die ihr angeschlossenen Massenorganisationen – wie die Gewerkschaft, der Jugendverband, der Bauernverband etc. – konkurrenzlos war. Alle anderen Parteien und Verbänden waren verboten, jede Opposition wurde gewaltsam unterdrückt, wobei der Geheimdienst eine entscheidende Rolle spielte, indem er alles und jeden bespitzelte. Wer in Algerien etwas erreichen wollte, sei es beruflich, sei es wirtschaftlich oder politisch, der mußte über gute Beziehungen (am besten verwandtschaftlicher Art) zur Staatsbürokratie, zu Führungskräften der FLN oder besser noch, der Armee und des Geheimdienstes besitzen.

Die Machtelite bereicherte sich an den Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgasexport und an Schmiergeldern, die von ausländischen Unternehmen an die algerische Staatsbürokratie gezahlt wurden, um Güter importieren zu können. Die Staatsbürokratie war bis auf die untersten Ebenen hinab korrupt; ihre Mitglieder hatten keine großen Probleme, an Dinge zu kommen – Grundstücke, Autos, Wohnungen, Medikamente etc. –, die für die Masse der Algerier, die über keine „guten Beziehungen" verfügten, sehr viel teurer oder überhaupt nicht erhältlich waren. Bis 1986 funktionierte dieses System auch weitgehend reibungslos, war doch durch die Brennstoffexporte und durch Auslandskredite immer noch genug Geld vorhan-

den, um Importe zahlen, die Bevölkerung einigermaßen versorgen und die defizitäre Wirtschaft am laufen halten zu können.

Als Folge des Ölpreisverfalls von 1985/1986 aber gingen die jährlichen Exporteinnahmen zunächst von 13,5 auf 8,5 Mrd. Dollar zurück, und die bis dahin positive Zahlungsbilanz mit einem Überschuß von 1,1 Mrd. Dollar wies nun ein Defizit von zwei Mrd. Dollar auf, so daß die Importe drastisch gedrosselt werden mußten: Der Kuchen, der verteilt werden konnte, wurde also immer kleiner, was nicht nur diejenigen betraf, die sich über zwei Jahrzehnte hinweg durch Korruption hatten bereichern können, sondern vor allem die Mittel- und Unterschicht. In der Machtelite verstärkte diese Wirtschaftskrise den Konkurrenzkampf zwischen der Clique um Staatspräsident Chadli Benjedid, der Militär- und der Geheimdienstführung und der Führung der FLN. Dabei versuchte Benjedid, den Einfluß der Militär- und der Geheimdienstführung dadurch zu schwächen, daß er einen Vertrauten als Oberbefehlshaber des Militärs einsetzte, den Geheimdienst in mehrere konkurrierende Organisationen aufspaltete und, um die FLN zu schwächen, seit 1986 unabhängige Verbände zuließ.

Eine verlorene Schlacht für die Armee

Der Konkurrenzkampf eskalierte derart, daß Teile der Armee-, Geheimdienst- und FLN-Führung nicht mehr bereit waren, die Wiederwahl Benjedids 1988 zu unterstützen. Die Unruhen im Oktober 1988, bei denen die Armee an die 500 Jugendliche tötete, waren in erster Linie zwar Ausdruck der Unzufriedenheit der Bevölkerung aufgrund der sich zunehmend verschlimmernden sozialen Lage, waren offenbar aber auch von Teilen der Machtelite manipuliert worden. Wer auch immer was auch immer dadurch erreichen wollte: Das Ergebnis war ein Machtzuwachs für Benjedid und ein Ansehens- und vor allem Machtverlust der Armee und der FLN. Chaldi Benjedid erwies sich weitgehend als Herr der Lage, wurde wiederum als Staatspräsident bestätigt und setzte im Februar 1989 eine neue Verfassung durch, die seine eigene Position gegenüber den übrigen Machtzentren stärkte. Mit dieser neuen Verfassung verlor die FLN ihren bisherigen Status als Einheitspartei: Unabhängige Verbände und vor allem Parteien konnten fortan gegründet werden, und politische Grundrechte wurden festgeschrieben. Die Armeeführung zog sich zwar aus dem FLN-Zentralkomitee und damit offiziell aus der Politik zurück, doch sie hatte nicht den Krieg, sondern nur eine Schlacht verloren und blieb in Wartestellung.

Zwischen 1989 und 1991 versuchte eine von Reformern dominierte Regierung unter Mouloud Hamrouche, die politische Liberalisierung voranzutreiben, die Staatswirtschaft zu reformieren und die Korruption zu bekämpfen, womit die Regierung aber genau an den Grundfesten der alten Machtelite rührte. Da kam es diesen Reformgegnern gerade recht, daß die politische Öffnung vor allem der islamistischen Bewegung nützte, der es mit der 1989 gegründeten Islamischen Heilsfront FIS gelang, große Teile der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. Der Erfolg der FIS beruhte vor allem darauf, daß die FIS-Führer, vor allem Abassi Madani und Ali Benhadj, in ihren Reden radikaler als alle anderen Mißwirtschaft und Korruption der Staatsführung angriffen und sich selbst zu den Verteidigern der Gedemütigten und Armen im Namen des Islam stilisierten. Außerdem waren schon in den achtziger Jahren Moscheen die einzigen Orte in Algerien gewesen, in denen die Machthaber offen kritisiert wurden, wovon die Islamisten nun profitierten: 1990 errang die FIS bei den Kommunal- und Regionalwahlen einen überwältigenden Sieg. Doch die Islamisten wurden zunehmend militanter, lehnten die Demokratie als Staatsform ab und verschreckten mit ihrer Forderung nach der Errichtung eines Gottesstaates große Teile der Bevölkerung.

Benjedid, die Regierung und die Armeeführung verhielten sich zur FIS zwiespältig: Einerseits war der Aufstieg der Islamisten in den achtziger Jahren von staatlicher Seite durchaus gefördert worden, und auch nach 1989 ließ man die FIS weitgehend gewähren. Andererseits warnte insbesondere die Armeeführung die FIS, mit ihrer Militanz nicht zu weit zu gehen, und gerierte sich als Verteidigerin moderner und republikanischer Werte, ja der Demokratie; dahinter verbarg sich jedoch eher der Wunsch, die eigene Machtposition und die damit verbundenen Privilegien zu verteidigen. Und so war ein von der FIS ausgerufener Generalstreik in Algier im Mai/Juni 1991 ein willkommener Anlaß für die Armee, einzugreifen: Die Demonstrationen wurden blutig niedergeschlagen, die Führer der FIS ins Gefängnis geworfen und, was viel wichtiger war, die Reformregierung unter Mouloud Hamrouche entlassen. Allem Anschein nach war Chadli Benjedid zu diesem Schritt von der Armeeführung gezwungen worden. Die nachfolgende Regierung machte die angefangenen Reformen schrittweise wieder rückgängig, hatte aber auch die Aufgabe, die ersten freien Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit vorzubereiten. Diese Wahlen im Dezember 1991/Januar 1992 hätten erstmals in der algerischen Geschichte eine oppositionelle Bewegung an die Hebel der Macht bringen können, mit unvorhersehbaren Folgen für die alten Machthaber. Der Staatspräsident, die neue Regierung, aber auch die Armeeführung beteuerten, die Wahlen würden nach Gesetz und Recht durchgeführt, und selbst die Teilnahme der FIS an den Wahlen wurde von staatlicher Seite gefordert und gefördert. Ob die Machtelite fest mit einem Wahlsieg der FLN rechnete, oder ob sie den Sieg der FIS einkalkulierte, läßt sich nicht eindeutig bestimmen. Es weist jedoch einiges darauf hin, daß die Chancen für einen Wahlsieg der FIS bewußt durch Reformgegner im Machtapparat gefördert wurden, um dann einen geeigneten Vorwand zu haben, die Wahlen abzubrechen. Denn jede Art von weiterer Demokratisierung konnte die Privilegien des Machtapparates bedrohen. Tatsächlich zeichnete sich dann ein Wahlsieg der FIS ab, während die konkurrierende FLN und die vorwiegend von der Berberminderheit gewählte FFS (Front der Sozialistischen Kräfte) abgeschlagen auf den hinteren Plätzen landeten.

„Keine Demokratie für die Feinde der Demokratie“

Nach dem Motto „Keine Demokratie für die Feinde der Demokratie“ annullierte die Armeeführung daraufhin

Anfang Januar die Wahl, drängte Staatspräsident Chadli Benjedid zum Rücktritt und löste das noch existierende Parlament auf. Ein neugeschaffenes Gremium, das „Hohe Staatskomitee", in dem neben dem ehemaligen FLN-Gründungsmitglied Mohammed Boudiaf drei weitere Zivilisten und der Generalstabschef und Verteidigungsminister Khaled Nezzar saßen, übernahm die Staatsführung. Wenn sich die Machthaber durch das Staatskomitee mit Boudiaf an der Spitze wiederum einen zivilen Schleier überwarfen, so war dennoch klar, daß die Armeeführung über Khaled Nezzar ein entscheidendes Wort mitzureden gedachte.

Die Parlamentswahlen wurden vom „Hohen Staatskomitee" trotz des Protestes der FIS, der FLN, die sich nun gegen die Staatsführung wandte, und der FFS *ad ultimo* verschoben. In den folgenden Monaten machte sich die Armee zusammen mit den anderen Sicherheitskräften in Polizei und Gendarmerie daran, die FIS zu zerschlagen. Über 10 000 ihrer Aktivisten wurden verhaftet und in Gefängnisse oder Lager in der Wüste gebracht, die Partei im März schließlich verboten. Dies rief den Widerstand der islamistischen Bewegung hervor, die bewaffnete Untergrundgruppen bildete, welche Soldaten und Polizisten überfielen. Im Namen der Terrorismusbekämpfung engte die Staatsführung in der Folge den politischen Freiraum der Parteien, Verbände und der Bevölkerung wieder stark ein: Demonstrationen waren verboten, die Zeitungszensur wurde wieder eingeführt, Ausgangssperren wurden verhängt. Der Konflikt zwischen den Sicherheitskräften und dem islamistischen Untergrund eskalierte dann 1993 und 1994, als vermehrt Journalisten, Intellektuelle, Ausländer und schließlich auch Zivilisten Attentaten zum Opfer fielen. Für die Überfälle und Anschläge wurden jedes Mal von offizieller Seite islamistische Untergrundgruppen verantwortlich gemacht, insbesondere die AIS (Armee des Islamischen Heils), der bewaffnete Arm der FIS, und die GIA (Bewaffnete Islamische Gruppen). Die GIA stellten weniger eine geordnete Organisation, sondern eher ein loses Geflecht kleiner Zellen dar, die von lokalen Führern gelenkt wurden. Die GIA-Überfälle auf Zivilisten nahmen immer mehr die Formen eines blindwütigen Terrorismus an, aber auch die Sicherheitskräfte gingen immer rücksichtsloser vor und schonten dabei, nach Berichten von Augenzeugen und verschiedenen Menschenrechtsgruppen, auch nicht die Zivilbevölkerung.



Algier, Caféhaus *Foto: Reinhard Fischer*

Die nicht-islamistische Opposition wurde vollends an den Rand gedrängt und mußte ohnmächtig der rücksichtslosen Politik des „Hohen Staatskomitees", aber auch der Gewalt der bewaffneten islamistischen Gruppen zusehen. Gespräche, die zwischen den legalen Oppositionsparteien und der Staatsführung 1993 und 1994 geführt wurden, brachten keinerlei Ergebnis: Das „Hohe Staatskomitee" nahm die wirtschaftlichen Liberalisierungen wieder zurück und sorgte dafür, daß die alten Privilegien den Machthabern erhalten blieben.

Erst 1994 schien sich ein Wandel abzuzeichnen, als sich eine wirtschaftliche Liberalisierung und eine Wiedereinsetzung der verfassungsmäßigen Staatsorgane andeutete. Im Januar 1994 wurde das „Hohe Staatskomitee" aufgelöst, und die Militärführung setzte mit dem Ex-General Liamine Zeroual einen neuen Staatspräsidenten ein. Gleichzeitig war die Staatsführung gezwungen, Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds zu intensivieren, da Algerien nicht mehr in der Lage war, seine Auslandsschulden in Höhe von 30 Mrd. Dollar und notwendige Importe zu bezahlen. Im Mai 1994 gewährte dann der IWF einen „Stand-by-Kredit", jedoch unter der

üblichen Bedingung, daß Algerien die Wirtschaft liberalisieren sollte. Umschuldungsabkommen mit privaten und staatlichen Geldgebern aus dem Ausland sowie neue Kredite folgten. Die algerische Staatsführung war damit zunächst aus der wirtschaftlichen Sackgasse entkommen, eine politische Öffnung des Regimes ließ aber weiter auf sich warten.

Verhandlungen über eine Beendigung des Konflikts, die 1994 zwischen dem algerischen Staat und der inhaftierten FIS-Führung aufgenommen wurden, verliefen zunächst vielversprechend, wurden im Oktober 1994 jedoch abrupt abgebrochen. Ein Treffen einiger Oppositionsparteien (darunter die FLN, die FFS und die islamistische *En-Nahda*) mit einem Vertreter der FIS-Führung in Rom im Januar 1995, bei dem man sich schriftlich zur Einhaltung der demokratischen Spielregeln bekannte, wurde von der Staatsführung scharf kritisiert. Ein Gesprächsangebot lehnte Liamine Zeroual ab, stattdessen versprach er die Durchführung von Wahlen innerhalb der nächsten zwei Jahre. Die Präsidentschaftswahlen im November 1995, denen der Verdacht der Wahlfälschung anhaftete, bestätigten Zeroual im Amt, und für 1997 kündigte er Parlamentswahlen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene an. Doch zuvor setzte die Staatsführung mit einem Referendum im November 1996 Verfassungsänderungen durch, die die Machtposition des Staatspräsidenten stärkten und das noch zu wählende Parlament schwächten. Dieses Parlament sollte gemäß der neuen Verfassung aus zwei Kammern bestehen, nämlich der „Nationalversammlung" einerseits, die von allen wahlberechtigten Algeriern bestimmt werden sollte, und dem „Nationalrat" andererseits. Die Delegierten dieses Gremiums sollten zu zwei Dritteln von den noch zu wählenden Kommunal- und Regionalräten ernannt werden, ein Drittel konnte der Staatspräsident selbst bestimmen. Bedeutsam war, daß der „Nationalrat" jeder Gesetzesinitiative der „Nationalversammlung" mit mindestens drei Vierteln der Delegierten zustimmen mußte. Der Präsident besaß also immer eine Sperrminorität, um ihm unliebsame Gesetze zu verhindern. Aus den Parlamentswahlen, die im Juni 1997 stattfanden, ging die erst wenige Monate zuvor gegründete, Zeroual unterstützende „Nationaldemokratische Sammlung" (RND) als Sieger hervor, die 40 Prozent der Sitze erhielt; die gemäßigt islamistische, aber nicht allzu staatskritische MSP kam auf 18 Prozent der Sitze, für die ehemalige Einheitspartei FLN, die im Januar 1995 wieder auf den Kurs der Staatsführung eingeschwenkt war, stimmten rund 17 Prozent der Wähler, während sich die sogenannte demokratische Opposition mit etwa 11 Prozent zufriedengeben mußte. Die Opposition, aber auch ausländische Beobachter, bezweifelten die rechtmäßige Durchführung nicht nur der Parlamentswahlen, sondern auch der Kommunal- und Regionalwahlen, die im Oktober 1997 abgehalten und wiederum von der RND gewonnen wurden.

Und es fließt mehr Geld denn je...

Die algerische Armeeführung kann seitdem hinter „demokratisch" legitimierten Institutionen die Fäden ziehen. Kritische politische Kundgebungen werden aber weiterhin verboten, unliebsame Journalisten verhaftet und Zeitungen zensiert. Währenddessen fließt in die Staatskasse – bzw. in die Taschen der Machthaber – aus den Erdöl- und Erdgasexporten mehr Geld denn je: 13,6 Mrd. Dollar brachte 1997 der Verkauf der Brennstoffe auf dem Weltmarkt. Das Wirtschaftswachstum belief sich im vergangenen Jahr nach offiziellen algerischen Angaben auf fast 5 Prozent, wobei allerdings diese Steigerung nur den höheren Einnahmen aus den Brennstoffexporten zu verdanken ist, während die produzierende Wirtschaft kaum auf die Beine kommt und die soziale Situation immer prekärer wird. Die durch die Auflagen des IWF erzwungenen Privatisierungen von Staatsunternehmen kommen zumeist den Mitgliedern der Staatselite zugute. Zahlreiche Betriebe wurden auch einfach geschlossen. Die Zahlungsbilanz Algeriens ist aber im Moment so günstig, daß weitere Umschuldungen und ein neues Abkommen mit dem IWF von der algerischen Führung abgelehnt werden.

Auch im politischen Bereich haben die algerischen Machthaber vom Ausland, insbesondere von den USA oder der EU, wenig zu befürchten. Außer Ermahnungen, die Menschenrechte zu beachten, und der immer mal wieder erhobenen Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung der Massaker an der algerischen Zivilbevölkerung kommt kaum Kritik von den westlichen Regierungen. Das mag an der wirtschaftlichen Rolle Algeriens als Lieferant von Erdöl und Erdgas sowie als Abnehmer von Waren aus der EU und den USA liegen. Den westlichen Regierungen ist aber wohl auch ein politisch „relativ" stabiles Algerien unter Führung des Militärs mit zivilem Anstrich lieber, als ein Land, in dem die Machtverhältnisse völlig neu geordnet und am Ende vielleicht die Islamisten die Macht übernehmen würden. Am Stillhalten der westlichen Regierungen ändert auch der Verdacht nichts, daß für die zahlreichen Massaker, Attentate und Morde nicht nur bewaffnete islamistische Gruppen verantwortlich sind, sondern auch staatliche Sicherheitskräfte und die vom Staat mit Waffen versorgten Bürgermilizen. Die algerische Staatsführung scheint die Gewalt hinzunehmen, solange nicht die stark bewachten Erdöl- und Erdgasförderanlagen und Pipelines von Anschlägen betroffen sind. Die Militärführung jedenfalls sitzt trotz der Massaker weiterhin fest im Sattel; die FIS bleibt verboten, und die legale Opposition sitzt relativ machtlos in einem durch die Verfassungsbestimmungen „gezähmten" Parlament.

Ein Ende der Gewalt, die bisher über 100 000 Menschenleben gefordert haben soll, scheint deshalb nur durch einen einseitigen Waffenstillstand der bewaffneten Gruppen möglich zu sein; der militärische Arm der FIS, die AIS, ist diesen Schritt schon im vergangenen Oktober nach Verhandlungen mit der Armeeführung gegangen. Doch auch wenn die GIA kriegsmüde werden sollte, wird dadurch Algerien der Demokratie kaum ein Stück näher rücken. Denn alles sieht danach aus, daß die Militärführung weiter an ihren politischen und wirtschaftlichen Privilegien festhalten will, die durch eine Demokratisierung gefährdet wären.

■ *Thomas Hasel, Politologe, Berlin*

Was ist algerisch?

Ein Land auf der Suche nach seiner Identität

Claudia Altmann

Ende der 80er Jahre trat in Algerien eine Krise offen zutage, von der sämtliche Bereiche der Gesellschaft erfaßt sind und die den Staat bis an den Rand des Zusammenbruches brachte. Für den Beobachter stellt sich der Konflikt als Auseinandersetzung um unterschiedliche Gesellschaftsmodelle dar: zwischen islamisch-fundamentalistischen Kräften einerseits, die einen Gottesstaat nach dem Modell der vom Propheten Muhammad in der Anfangszeit des Islam gestalteten Gemeinschaft der Gläubigen errichten wollen und den von der Armee gestützten Machthabern andererseits, die sich als Verteidiger einer am westlichen Demokratie-Modell orientierten Republik präsentieren. Nicht selten wird der Konflikt auf eine Identitätskrise der algerischen Gesellschaft reduziert. Dabei bleibt allerdings unbeachtet, daß erst die ökonomische Krise und deren soziale Folgen die vielfältigen Widersprüche offen zutage treten ließen. Diese Identitätskrise ist weder Ursache, noch Auslöser des gegenwärtigen Konfliktes, sondern sie verleiht ihm auf Grund seiner historische Entstehung und angesichts seiner Vielschichtigkeit, Intensität und Wechselwirkung mit anderen Krisenbereichen einen spezifischen Charakter.

Folgen der Kolonialherrschaft

Fragt man heute einen Araber oder Berber nach seiner Identität, so ist die prompte Antwort: „Ich bin zuerst Algerier!" Indes verbergen sich hinter dieser Aussage die verschiedensten Interpretationen des Algerier-Seins, in denen zwischen dem strenggläubigen, Arabisch sprechenden Muslim und dem Französisch sprechenden Atheisten unzählige Schattierungen zu finden sind. Seit der Unabhängigkeit von der französischen Kolonialherrschaft 1962 ist das Land auf der Suche nach der von den Kolonisatoren geraubten Identität. Aber anstatt diese Pluralität zu akzeptieren und sich als Bereicherung nutzbar zu machen, vertieften die Herrschenden die bestehenden Unterschiede weiter und zeigten sich unfähig bzw. nicht willens, das unheilvolle Erbe aus der Kolonialzeit zu bewältigen.

Wie kein anderes Land des ehemaligen französischen Kolonialreiches hat Algerien unter der Fremdherrschaft gelitten. Kein anderes Land wurde in für die eigene Entwicklung so zerstörendem Maße gezwungen, sich den wirtschaftlichen und politischen Interessen Frankreichs unterzuordnen. Bereits 1834, vier Jahre nach der Landung französischer Truppen bei Algier, war das Gebiet durch königlichen Erlaß zu „französischem Besitz" erklärt worden. Von Anfang an wurde die Unterwerfung der Bevölkerung mit äußerster Brutalität betrieben. Die Schaffung einer Siedlungskolonie ging mit der rücksichtslosen Einverleibung von Ländereien durch Ermordung und Vertreibung der einheimischen Bevölkerung einher. Noch heute ist das vom französischen Wort „séquestre" (Beschlagnahmung) abgeleitete Wort „siquice" im algerischen Sprachgebrauch gleichbedeutend mit Unrecht und Willkür. Bürgerrechte blieben den Franzosen vorbehalten. Gegenüber den Einheimischen wurde die systematische Diskriminierung und Unterdrückung von Sprache und Kultur betrieben. Der Verbreitung des Hocharabischen, das mit der Ausbreitung des Islam seit dem 7. Jahrhundert präsent war, aber nicht zuletzt durch die Vernachlässigung unter der osmanischen Herrschaft eine nur schwache Ausdehnung erfahren hatte, wurde durch die französische Kolonialherrschaft ein Rückschlag versetzt, dessen Folgen bis heute zu spüren sind. Dem größten Teil der Bevölkerung war Bildung versagt. Arabisch wurde lediglich in Koranschulen gelehrt. Als Folge entwickelte sich ein mit Elementen des algerisch-arabischen Dialektes, des Berberischen und des Französischen versetztes Sprachengemisch, das weiter als andere arabische Dialekte von der Schriftsprache entfernt ist. Der eigenständigen Kultur und Sprache systematisch beraubt, bildete sich somit unter der algerischen Bevölkerung nur langsam ein eigenes Nationalbewußtsein heraus, auf dessen Boden das Verlangen nach nationaler Unabhängigkeit wuchs. Vor allem muslimische Gelehrte trugen zur Festigung des algerischen Bewußtseins bei. Als nach 124 Jahren Kolonialherrschaft 1954 der bewaffnete Unabhängigkeitskampf begann, war die algerisch-muslimische Identität wichtigste einende Grundlage für die in der Nationalen Befreiungsarmee und späteren Befreiungsfront vereinten sozialen Kräfte.

Der Prozeß der Dekulturation und Akkulturation setzt sich auch nach der Unabhängigkeit fort

Mit Erlangung der Unabhängigkeit 1962 war es daher selbstverständlich, daß sich der junge Staat diese algerisch-muslimische Identität auf die Fahnen schrieb. Arabisch wurde zur Staatssprache erklärt. Gleichzeitig wurde jedoch die kulturelle Eigenständigkeit einer ganzen Bevölkerungsgruppe, die der Amazigh sprechenden Kabylen, negiert, was langfristig einen neuen Konflikt heraufbeschwören mußte. Indes stieß die konsequente Durchsetzung des Arabisierungskonzeptes auf große Hindernisse. Dem erklärten Ziel, den Einfluß des Französischen zu brechen, stand die weite Verbreitung dieser Sprache als wichtigstes Kommunikationsmittel in nahezu allen Schichten der Bevölkerung, einschließlich der Führungselite, gegenüber. Die vor allem aus Ägypten gerufenen Lehrer, mit deren Hilfe das nach dem Weggang der Franzosen zusam-

mengebrochene Bildungswesen aufgebaut werden sollte, sprachen und lehrten ein Arabisch, das für die Algerier eine Fremdsprache war. Während die Masse der Bevölkerung arabisiert wurde, behielt sich die Elite vor, ihre Kinder weiter auf Französisch ausbilden zu lassen. Demgegenüber wurden im Lande selbst ganze Studienrichtungen auf Arabisch umgestellt, während in der Praxis Französisch weiter Kommunikationsmittel blieb.

Zugleich erforderte die Realisierung der unter Boumediène eingeleiteten Industrialisierung des Landes die Ausbildung von Spezialisten im Ausland, vor allem in Frankreich. Die Berufschancen der Arabisierten waren daher von vornherein stark eingeschränkt. Die Erfahrung, daß ein Bewerber wegen seiner Beherrschung der Sprache der ehemaligen Kolonialmacht gegenüber einem die Nationalsprache Sprechenden bevorzugt wird, mußte von letzterem als Ungerechtigkeit, Demütigung und Herabsetzung empfunden werden. Vielen von ihnen blieb als einzige Berufsmöglichkeit das Bildungswesen. Damit wurde die Frustration auf die nachfolgenden Generationen übertragen. Die geringen Zukunftschancen und ausbleibende Anerkennung in der Gesellschaft hatten zugleich zur Folge, daß die Motivation und damit auch die methodische und inhaltliche Qualität der Ausbildung nachließen. So blieben nicht nur die Kunst der Diskussion und Erziehung zu Toleranz auf der Strecke, sondern zugleich auch die Kultur im weitesten Sinne und insbesondere das historische Bewußtsein. Heute beträgt die „Erfolgsrate" der algerischen Schulabgänger 20 Prozent.

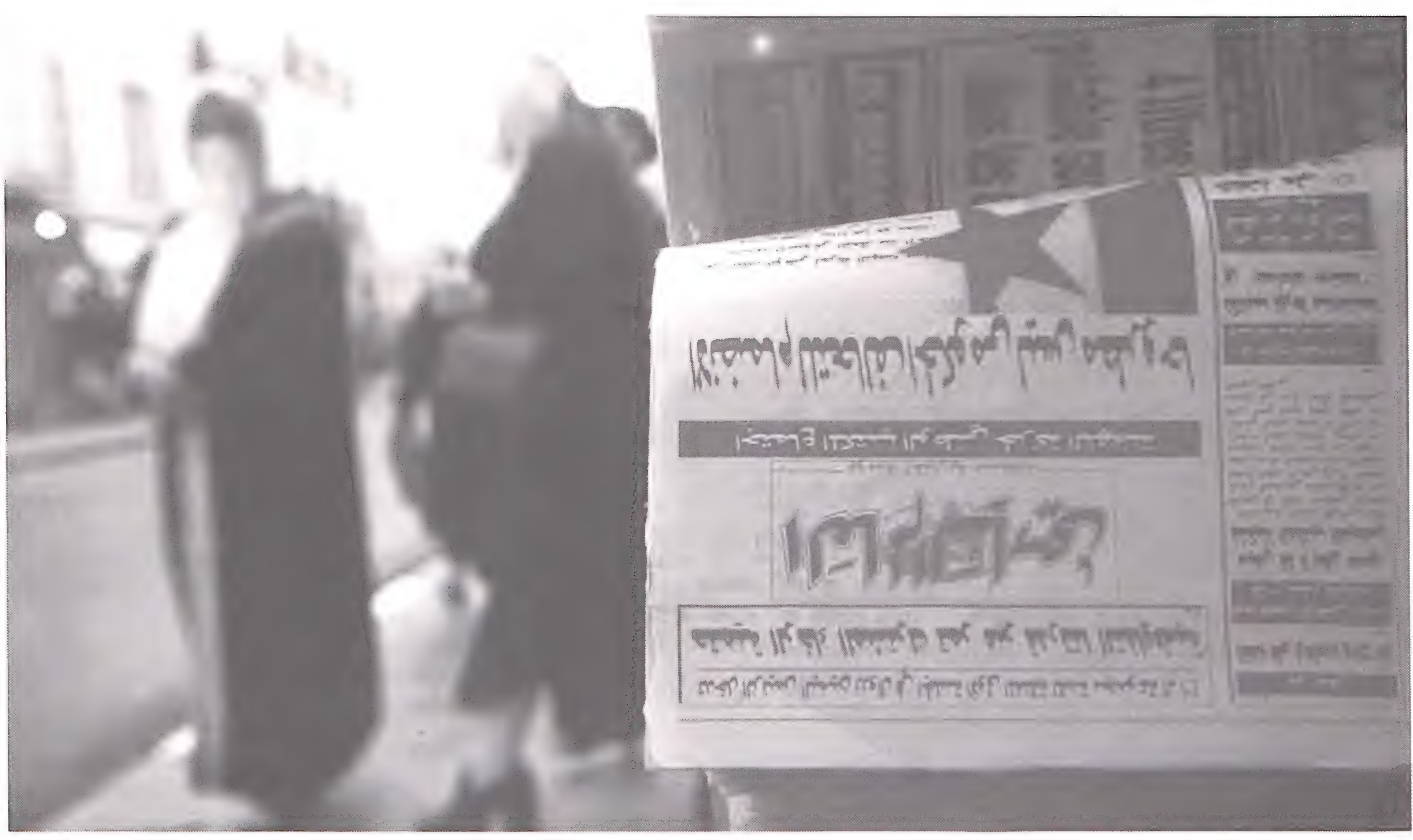
Die Führung des Landes versuchte ihrerseits, die verlorengegangene Glaubwürdigkeit – verloren nicht nur durch die sich ausbreitende Korruption, sondern auch durch das im wahrsten Sinne des Wortes praktizierte Wasser-Predigen und Wein-Trinken – durch Zugeständnisse an nationalkonservative und islamistische Kräfte wiederzuerlangen. Deren Ideen verbreiteten sich zunächst durch die sträfliche Vernachlässigung der staatlichen Kontrolle über das Bildungswesen mehr und mehr in den Schulen. Man ließ sie dann eine zeitlang bewußt als Gegenpol zu demokratischen und linken Tendenzen in der Gesellschaft gewähren. Damit wurde der Boden für die Empfänglichkeit der jungen Algerier für die sich Ende der 80er Jahre offen formierende islamistische Opposition bereitet.

Besonders deutlich zeigen sich die auch noch Jahrzehnte nach Erlangung der Unabhängigkeit anhaltenden Auswirkungen der Kolonialzeit im Bereich der Kultur: Nach wie vor ist Französisch erste Ausdruckssprache für die Mehrheit der algerischen Intellektuellen. Folgen der Kolonisierung war, daß sich die traditionellen sozialen Schichten, die normalerweise als gesellschaftliche Träger und Bewahrer kultureller Identität wirken, zerstört wurden bzw. sich nicht entwickeln konnten. Deshalb ist es eine algerische Besonderheit, daß viele Intellektuelle eine tiefe soziale Verwurzelung im einfachen Volk haben. Dies erklärt die sensible Widerspiegelung der Probleme der algerischen Gesellschaft in den Werken von Literaten wie Rashid Mimouni oder Tahar Djaout. Indes wurden sie von den Machthabern – soweit sie sich nicht vom Einparteiensystem haben vereinnahmen lassen – stets mit Mißtrauen betrachtet und die Verbreitung ihrer Werke im eigenen Land nicht gefördert. Oftmals in Frankreich verlegt, drang der Ruhm der algerischen Schriftsteller erst von Europa in ihr Heimatland und wurde dort nur noch bedingt als Produkt der eigenen Nation betrachtet.

Sechs Jahre nach Ausbruch der Gewalt liegt heute das kulturelle Leben in Algerien nahezu brach. Die prekäre Sicherheitslage und die Folgen der jegliche Art von Lebensfreude verdammenden islamistischen Propaganda als Argumente für diesen Sachverhalt, bilden nur einen Teil der Erklärung. Geschlossene Theater, in den Kinos billige Actionfilme, Konzerte gibt es nur noch in internationalen Hotels, sie sind einer kleinen Elite vorbehalten. Anscheinend fehlt auch den Machthabern jeglicher Wille zu einer Wiederbelebung der Kultur.
Die algerische Durchschnittsfamilie sitzt in einem viel zu kleinen Wohnzimmer übereinander vor dem Fernseher und konsumiert alberne französische Spielshows. Der von den Sendern präsentierte Wohlstand der besiegten Kolonialmacht verstärkt beim algerischen Zuschauer das Gefühl der Demütigung, Beleidigung und Herabsetzung. Diesem Zustand über Jahre ausgesetzt, werden die Söhne in die Arme der Islamisten oder in die Schlange vor den Konsulaten westlicher Botschaften getrieben.

Die Lage der Frauen

Die Töchter haben oftmals nicht einmal diese Alternativen. Viele „erhandeln" sich mit dem Anlegen des Schleiers die so von Vater oder Bruder zugestandene Freiheit, das Haus verlassen zu dürfen, Kurse zu belegen oder gar zu studieren. Die Mehrheit kann sich nicht mit den Forderungen algerischer säkularer Frauenrechtlerinnen identifizieren, die sich in Kleidung, Lebensstil und nicht zuletzt Sprache von der eigenen gelebten Welt zu sehr unterscheiden.
Als am 8. März, dem Internationalen Frauentag, mehrere säkularistische Frauenorganisationen zum Protest gegen die von der Regierung geplante „Verschlimmbesserung" des die Algerierinnen diskriminierenden Familienkodex' aufgerufen hatten, versammelte sich gerade ein Häuflein von höchstens 400 Frauen am Algierer Platz Addis Abeba. Daß dies nicht an der unpolitischen Einstellung der jungen Algerierinnen lag, zeigen die zahlreichen Mädchen und Frauen, die höchst aktiv und engagiert in der Partei des sich moderat gebenden Islamistenführers Mahfoudh Nahnah, der Bewegung für die Gesellschaft des Friedens



Algier *Foto: Hacky Hagemeyer*

(MSP), arbeiten. Auch sie haben wie ihre männlichen Altersgenossen aus der Ablehnung gegen den Westen heraus in der Religion ihre Identität gefunden. Nicht soziale oder wirtschaftliche Interessen sind für sie Motivation zur politischen Aktivität, sondern diese Identität und der Wunsch, sie zu leben.

Ein Viertel der algerischen Bevölkerung sind Berber

Dies trifft wohl noch stärker für die Anhänger der beiden Parteien Front der Sozialistischen Kräfte (FFS) und Sammlungsbewegung für Kultur und Demokratie (RCD) zu. Beide Parteien können trotz ihrer Aktivitäten auf nationaler Ebene die Beschränkung ihrer Anhängerschaft auf die ethnische Gruppe der heute etwa sieben Millionen Berber (ein Viertel der algerischen Gesamtbevölkerung) nicht durchbrechen. Jahrzehntelang mußten die Berber für die Anerkennung ihrer eigenen Sprache und Kultur kämpfen. Mit Recht klagten sie ihre volle Anerkennung als historisch und kulturell zur algerischen Nation zugehörig ein. Durch ihre enge Bindung an Frankreich, die meisten der zwei Millionen in Frankreich lebenden Algerier sind Kabylen, ist in den Augen nicht weniger Menschen der arabischen Bevölkerung jeder, der sich für Amazigh einsetzt ein „Agent Frankreichs". Die arabisch-nationalistischen Kräfte an der Macht schürten diesen Konflikt bewußt. Sie verhinderten damit nicht zuletzt die Ausdehnung der von den Berbern vertretenen modernistischen Forderungen, die bis hin zur Trennung von Kirche und Staat gehen, auf andere Bevölkerungsteile. Mit der politischen Öffnung jedoch wurden die Berberparteien zu einer nicht zu umgehenden Kraft. Mit der 1996 beschlossenen Verfassungsänderung wurde das Berbertum als eine der Säulen der algerischen Nation im Gesetz festgeschrieben. Mit einem monatelangen Streik rangen die kabylischen Schüler der Regierung 1995 das Recht ab, in ihrer eigenen Sprache unterrichtet zu werden. Das staatliche Fernsehen strahlt inzwischen täglich eine Nachrichtensendung in Amazigh aus.

Arabisierung als politisches Ablenkungsmanöver?

Am 5. Juli tritt Algerien in eine weitere Phase der seit Erlangung der Unabhängigkeit mehrmals in Angriff genommenen Arabisierung. Das dazu vor zwei Jahren verabschiedete Gesetz sieht die Durchsetzung des Arabischen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens vor und stellt die Benutzung des Französischen unter Strafe. Der immer noch zum großen Teil in Französisch abgewickelte Geschäftsverkehr ist von dieser Reform betroffen. Die öffentliche Debatte wurde wenige Tage vor Inkrafttreten des Gesetzes durch eine Äußerung des Obersten Regierungsbeauftragten für Arabisierung angeheizt, der die französischsprachigen Zeitungen als „Ursache allen Übels" bezeichnete. Die Chefredakteure der in der Bevölkerung als wichtige Informationsquelle anerkannten Blätter verlangten eine Stellungnahme des Regierungschefs, die bislang allerdings ausblieb. In Kommentaren konstatierten sie, daß „mit der Schaffung eines solchen falschen Problems von den eigentlichen Problemen des Landes abgelenkt werden soll".

■ *Claudia Altmann ist Arabistin und Historikerin; wohnt und arbeitet seit 1990 als freie Journalistin in Algier.*

Akkulturation und Wiedererlangung der Identität

Benjamin Stora

Um das algerische Drama verstehen zu können, muß man sich darüber klar sein, daß es hierbei um die Wiedererlangung der algerischen Identität geht. Die nationale Frage schien zwar mit Erlangung der politischen Unabhängigkeit im Jahre 1962 gelöst, die in Wirklichkeit jedoch die *conditio sine qua non* für die Einleitung dieses Prozesses, keinesfalls aber dessen Verwirklichung war.

Die politische Unabhängigkeit – also der Bruch mit der Kolonialgeschichte, mit dem kolonialen Frankreich und dem Kolonialismus im weiteren Sinne – ermöglichte die Einleitung einer neuen Phase des algerischen Nationalismus. In den sechziger Jahren glaubten große Teile der französischen und der algerischen Elite, daß mit der Unabhängigkeit das nationale Projekt vollendet wäre, so daß all die Probleme der kulturellen, religiösen, politischen, ideologischen und anthropologischen Grenzen Algeriens de facto verdrängt wurden: der Status der Sprachen (Arabisch, Berberisch, Französisch), die Beziehung zwischen Staat und Religion, die Minderheiten, die Beziehungen – vor allem die wirtschaftlichen – mit der ehemaligen Kolonialmacht und mit Europa, die Zugehörigkeit Algeriens zur arabisch-islamischen Welt etc.

Das nationale Projekt konnte nicht auf der Basis eines autoritären Staates verwirklicht werden, der die Inangriffnahme all dieser Probleme eher verhinderte, mit denen Algerien auf geradezu brutale Art konfrontiert wurde, als die Einheitspartei FLN zwischen 1988 und 1990 zusammenbrach und die beiden wichtigsten und an den Extremen des Spektrums anzusiedelnden Strömungen, die Islamisten und die Berberisten, die zentralistische, autoritäre und gleichförmige Konzeption der algerischen Nation in Frage stellten.

Die Wiedererlangung der algerischen Identität ist ein blutiger Prozeß und vollzieht sich in einer Art ideologischen Chaos – damals, während des Unabhängigkeitskrieges, und heute. Dies geschieht übrigens bei allen großen Nationen, die sich in historischen Umbruchsituationen neu definieren. Nirgends in der arabischen Welt scheint das nationale Projekt so schwierig und so gefährlich zu sein wie in Algerien, was damit zu erklären ist, daß es dort außerordentlich komplex ist.

Gewalt der Enteignung

Algerien, das waren einmal drei französische Départements. Daher ist die Akkulturation außerordentlich groß und geht mit einer Kolonialisierung sowie mit einer ungeheuren kulturellen Entbehrung – besonders hinsichtlich der arabischen Sprache – einher; Ursache hierfür ist das Kolonialsystem, das in keiner Weise vergleichbar ist mit dem, was in Tunesien oder in Marokko vorzufinden war. Die Kolonialisierung (1962: eine Mio. Europäer) und die Enteignung von Grund und Boden (mehrere Mio. Hektar), also die Vertreibung vom eigenen ertragreichen Landbesitz sowie die kulturelle Entwurzelung der „eingeborenen" Bevölkerung führten zu einer systematischen Enteignung der Identität.

Daher mußte der algerische Nationalismus außerordentlich radikal sein, entsprechend der Radikalität des Kolonialsystems. Die Folge war eine Zangengeburt der algerischen Nation, deren Protagonisten nicht kulturellen, sondern plebejischen Eliten angehörten, die aus den Tiefen der algerischen Gesellschaft hervorgegangen waren. Sie konnten sich als politische Führer des radikalen Nationalismus behaupten, was beträchtlichen Einfluß auf einen gewalttätigen Nationalismus zur Wiederherstellung der Identität hatte.

Der algerische Nationalismus besteht aus vielen Elementen, er ist eine komplexe Mischung. Sie lehnt sich durch ihre Verweise auf die Konspiration, die schon in der frühen französischen Arbeiterbewegung zu finden sind, an den blanquistischen Sozialismus an, übernimmt von der jakobinischen Tradition das Konzept eines sehr zentralistischen Staates und leitet aus dem Kommunismus das Prinzip einer politischen Partei her, die auf dem demokratischen Zentralismus beruht wie die *Parti du Peuple Algérien* (gegründet 1937), die MTLD (*Mouvement pour le Triomphe des Libertés Démocratiques,* gegründet 1946) und die Nationale Befreiungsfront ab 1954. Der algerische Nationalismus übernimmt selbst vom Baathismus Ideen über den arabischen Nationalismus, und schließlich vereint er alle religiösen Strömungen des islamischen Kulturkreises und stellt somit ein „Phänomen des Bruches" dar.

Zahlreiche sich gegenseitig beeinflußende Strömungen finden sich so in der MTLD wieder, die von Messali Hadj geführt wurde, aber ebenso in drei oder vier anderen. Die MTLD, blanquistisch und radikal, die sowohl vom Kommunismus als auch vom arabischen Nationalismus inspiriert wurde, ist die FNL-Version der „messalistischen" Strömung. Die von Ferhad Abbas im Jahre 1946 ins Leben gerufene UDMA (*L'Union Démocratique du Manifeste Algérien*) verknüpft die Fragen des Republikanismus, des

Islam und des Laizismus miteinander. Geprägt von den Werten des französischen Republikanismus besitzt die UDMA einen erheblichen Einfluß auf die muslimischen Eliten Algeriens und ist dabei ein konstitutives Element der algerischen Nation. Schließlich ist noch die von Abelhamid Ben Badis 1931 gegründete *Association des Oulémas* (Vereinigung der [religiösen] Schriftgelehrten) zu nennen, die sich zu einem reformierten Islam bekennt und marabutische und abergläubische Praktiken bekämpft.

Messali Hadj, Ferhad Abbas und Abelhamid Ben Badis waren Taufpaten der algerischen Nation. Aber es muß noch als vierte Strömung die kommunistische Bewegung genannt werden, die allerdings nur eine Minderheit repräsentierte und mit ihrem Willen, eine multikulturelle und interkommunitäre Gesellschaft zu schaffen, gleichfalls den algerischen Nationalismus prägte. Die Algerier, die den „kommunistischen Traum“ verwirklichen wollten, waren sich jedoch nicht bewußt, daß eine algerische Nation nur durch die Integration der islamischen Strömung entstehen konnte, die aber vollends unterdrückt wurde: Dies erwies sich letztlich als ein zentrales Problem. Die kleine kommunistische Bewegung konnte aber doch insbesondere die muslimischen Volksschullehrer beeinflussen, die ansonsten mit der UDMA sympathisierten, sondern auch zur algerischen kommunistischen Partei neigten; so hatten die UDMA und die algerische KP sehr viele Gemeinsamkeiten.[1]

In der Tat, dieser komplexe und radikale algerische Nationalismus hat eine Kultur der Herausforderung und des Bruches erzeugt, und zugleich ist jede dieser Strömungen untrennbar mir den anderen verbunden. Wenn eine von ihnen versucht, sich zu verselbständigen, führt dies zu einem Zusammenbruch und zu einem Identitätsproblem. Will man die religiöse Strömung eliminieren, rebelliert sie und sagt: „Algerien, das sind wir!“, will man die republikanisch-laizistische Strömung eliminieren, so erhebt sie sich und versichert: „Algerien, das sind wir!“, und wenn man die arabisch-nationalistische Strömung bedeutungslos machen will, so bekennt sie: „Nein, ihr gehört zur arabischen Welt“. Die *umma*, die Gemeinschaft der Gläubigen, der Republikanismus, der arabischen Nationalismus: Algerien basiert auf all diesen Ideologien. Wenn man glaubt, dieses Land nur mittels einer dieser Dimensionen begreifen zu können, so führt dies unweigerlich zu einer Katastrophe. Aber kann man von diesen Betrachtungen her das Niveau der Gewalt erklären, das in diesem Land heute erreicht ist?

Gewalt inner- und außerhalb der Geschichte

Gewalt gab es schon am Anfang der jüngeren Geschichte Algeriens, als 1843 bis 1845 ein ausländischer Aggressor ein regelrechtes Völkermordunternehmen durchführte. Für Bugeaud und die Generäle dieser Epoche ging es darum, soviel Einheimische wie nur eben möglich umzubringen, damit sich die Franzosen auf jungfräulichem Lande festsetzen konnten – also ähnlich, wie die Amerikaner mit den Indianern umgegangen waren. In der Tat greift der algerische Nationalismus teilweise eine koloniale Gewalttradition auf und wendet sie gegen den Kolonisator an. Doch dies erklärt nicht die kaltblütig geplanten Massaker an der Zivilbevölkerung im Algerien der 90er Jahre.

Diejenigen, die heute morden, sind Teil einer Gegengesellschaft, die vollständig im Bewußtsein schrecklicher Gewißheiten lebt. Sie leben in einer anderen Welt, haben die Seite gewechselt und haben einen anderen Bezug zur Welt. Wenn man Frauen, Kinder, Babies umbringt, wenn man Hälse durchschneidet und Menschen verstümmelt, was hat dies mit Politik zu tun? Wo ist die Geschichte? Wo besteht da eine Verbindung? Um ehrlich zu sein: Ein Historiker kann sie nicht mehr feststellen.

Historiker können bestenfalls versuchen, sich in Situationen zurechtzufinden, in denen jeder versucht, sich selbst mit Leitfiguren, mit Portraits, mit einigen Spuren zu bestimmen; aber hier ist es schwierig, weitere Ansätze zu einer Erklärung zu finden. Wir haben es nicht einfach mit Verbrechen zu tun, sondern mit Massenmord. Man tötet nicht, man massakriert. Man stößt nicht ein einziges Mal mit dem Messer zu, sondern zehn Mal. Es gibt also eine extreme Realität des Hasses, die eine Herausforderung darstellt für die Analyse und für das Verständnis der Geschichte Algeriens.

Während des ersten Algerienkriegs gab es Massaker an der Zivilbevölkerung. Sie sind bekannt: Es handelt sich um drei oder vier fürchterliche Ereignisse, die von der ALN (Armée de Liberation Nationale) durchgeführt wurden, wie das Massaker von Melouza im Mai 1957 und, auf jeden Fall, die von der französischen Armee begangenen Massaker an der Zivilbevölkerung, wie die Bombardierungen in der Kabylei, die Operationen Pierre Précieuse, der Plan Challe ... Aber all das ist nicht vergleichbar mit der Situation in jener Sommernacht 1997, als Hunderte von Menschen ermordet wurden.

Inmitten einer Situation, in der ein schreckenerregender und blutiger Krieg ausbricht, ist die algerische Gesellschaft im Begriff, sich zu entpolitisieren. Die Forderung des algerischen Bürgers ist nicht „Nieder mit dem Staat“ oder „Nieder mit der Armee“; er möchte vielmehr, daß dieser Staat zu etwas nutze sei, daß er seine Schutzaufgaben erfüllt, daß er für rechtsstaatlichen Ansprüchen genügende Gerichtsprozesse sorgt und seine verfassungsmäßigen Aufgaben vollständig wahrnimmt. Letztlich wird also die Trennung von Politik und Religion, von Politik und Militär gefordert.

■ *Benjamin Stora, Professor an der Universität Paris 8 und wissenschaftlicher Direktor des Instituts Maghreb-Europa, Autor von* Les imaginaires de guerre, *La Découverte, Paris, und Casbah Editions, Algier, 1997. Übersetzung aus dem Französischen: Werner Ruf.*

1 Die vorwiegend republikanisch laizistische Bewegung von Ferhat Abbas wird gemeinhin als „bürgerlich“ etikettiert. Die von Stora hier diagnostizierten Gemeinsamkeiten bestehen im wesentlichen in der Ablehnung des Religiösen als Basis der algerischen Identität. (Anmerkung des Übersetzers)

Gedanken zur Algerienkrise

Rémy Leveau

Die Massaker, die die algerische Bevölkerung derzeit erleidet, dürfen das Analysefeld nicht auf ungefähre Erklärungsversuche des Schrekkens beschränken, welche auf Elementen ungewisser und verzerrter Einschätzungen basieren. Mangels glaubwürdiger Informationen werden viel zu oft vereinfachende Modelle rekonstruiert, die mittels voreingenommener Visionen von den Verhaltensweisen der Gegner begründet werden: die Armee auf der einen Seite, und die verschiedenen Segmente einer zersplitterten und aufgelösten islamistischen Bewegung, die sich seit 1992 kontinuierlich erneuert, auf der anderen Seite.

Die wenigen Elemente, die hier vorgestellt werden, sind vor allem das Ergebnis der Bemühung, jene Machtfelder hervorzuheben, in denen die Akteure intervenieren. Ohne zu behaupten, eine Rationalisierung der Gewalt konstruieren zu wollen, kann man doch versuchen die Logik der Spiele zu dechiffrieren, die die Ressourcen und die Allianzen betreffen, die hinter der Irrationalität des Verhaltens zu wirken scheinen. Die Geschichte Algeriens, seine Beziehungen zu den Nachbarländern, allen voran zu Marokko, die große Bedeutung und die Grenzen einer von der Erdölrente dominierten Wirtschaft können hierbei einige Schlüsselelemente liefern. Schließlich können Vergleiche zu anderen Gesellschaften, die in Übergangsphasen gewaltsamen Spannungen ausgesetzt waren, zu den Überlegungen beitragen.

Der Ursprung der Krise

Die aktuelle Krise wurde erkennbar durch die Unterbrechung eines Wahlprozesses im Januar 1992, der im Begriff war die Islamisten an die Macht zu bringen oder zumindest zu einer Teilung der Verantwortung mit den algerischen Militärs – zu Bedingungen, die diesen unvorteilhaft erschienen. Der Ursprung des Unbehagens liegt sowohl in den Unruhen von Algier im Oktober 1988 als auch in den sozialen Bewegungen, die im Maghreb den Golfkrieg begleiteten. Nach 1988 verweigerten die Militärs ein zu direktes Engagement bei der Unterdrückung der urbanen Revolten. Sie waren eher zögerlich, als es darum ging, automatisch die Rolle des blinden Verteidigers einer Macht zu spielen, der es nicht gelang, die durch die Entwicklung der internationalen Umwelt notwendigen Übergänge in den Griff zu bekommen. Die Armee hatte demzufolge nichts gegen eine pluralistische Entwicklung des politischen Systems einzuwenden, solange bei den notwendigen wirtschaftlichen Anpassungen der Rückgriff auf Gewalt vermieden wurde, und unter der Bedingung, daß die Permanenz ihrer Rolle und ihrer Ressourcen garantiert würde.

Sie befürchtete jedoch ein wiederholtes Engagement der Truppe in Kontroll- und Repressionsaufgaben. Denn durch derartige Interventionen hätte sie an Leistungsfähigkeit gegenüber äußeren Bedrohungen verloren, sich zu ihrer Rolle gegenüber der Bevölkerung befragen müssen, auf die Gefahr hin, daß bestimmte Militärs in Versuchung gerieten auf die Seite der Aufrührer überzulaufen. Nach einer Periode des Abwartens und des Rückzugs gegenüber den Reformversuchen des Präsidenten Chadli und seines Premierministers Hamrouche, revidierte die militärische Hierarchie ihre Positionen anläßlich des Golfkrieges. Die von den Islamisten inszenierten Massenbewegungen wandten sich direkt gegen die abwartende Haltung der algerischen Armee in dem Konflikt. Sie ließen bei einigen Führern der FIS den Willen zur Machtergreifung erkennen. Der Erfolg der Islamisten bei den Wahlen im Dezember 1991 beschleunigte also nur eine Entscheidung, die bereits im Anschluß an den Golfkrieg in Offizierskreisen zu reifen begann.

Das wachsende Bewußtsein über die neuen internationalen Machtverhältnisse und über die Unmöglichkeit ein Gleichgewichtsspiel (die Blockfreiheit) aufrecht zu erhalten, das auf der diplomatischen und militärischen Unterstützung durch den Ostblock basierte, machten eine strikte Kontrolle der inneren Situation um so notwendiger. Die Armee zog sich also auf ihre wichtigste Ressource zurück: die Kontrolle über die Erdöl- und Gaslieferungen sowie die daraus entstehende Produktion der Erdölrente. Sie vergrößerte die Lieferungskapazitäten durch die Erneuerung der Verflüssigungsanlagen, die Verdoppelung der Ferngasleitung nach Italien und durch die Konstruktion einer neuen Ferngasleitung nach Spanien. Die Sicherheit des Produktionsapparates (Transport und Transformation) wurde vorrangig behandelt, vielleicht zu ungunsten des Schutzes der Bevölkerung. Durch diese Vorgehensweise präsentierte sie sich als ein vertrauenswürdiger internationaler Partner, der insbesondere zur Energieversorgung von Südeuropa beitrug, das die Gasenergie bevorzugt (und die Nuklearenergie abgelehnt hat). Sie gleicht diese Assoziierung mit Europa durch eine Partnerschaft aus, die in ihrer Umsetzung mit den Erdölfirmen und den angelsächsischen, japanischen und koreanischen Dienstleistungsgesellschaften privilegiert ist. Diese Strategie der offenen Kooperation erlaubte es Algerien, im Gegenzug wichtige diplomatische und finanzielle Hilfen zu erhalten. 1994 konnte das Land die Unterstützung des IWF, der Weltbank, der Europäischen Union und der G7 vereinen, um die erneute Staffelung seiner Schulden abzusichern. Die Gesamtheit der Hilfen wurde auf 40 Milliarden Francs geschätzt, wobei Frankreich in dieser Operation eine Art privilegierter und zugleich gefesselter Partner zu sein schien: aufgrund seiner Vergangenheit als ehemalige Kolonialmacht und der Befürchtungen, daß sich der algerische Bürgerkrieg – gestützt auf die Immigration – auf französisches Territorium ausweiten könnte.



Algier *Foto: Michael von Graffenried, Paris*

Die algerische Regierung nutzte diese Unterstützung, um die Perspektive einer islamistischen Machtergreifung völlig auszuschließen. Das direkte Eingreifen der Armee in die Krise hatte 1992 noch nicht zu einer vollkommenen Unterwerfung der Islamisten geführt, wie dies dem Präsidenten Ben Ali in Tunesien gelungen war. Die Festnahmen hatten die Bewegung gespalten. Die Trennung verlief zwischen einem bürgerlichen Flügel, der versuchte der Staatsmacht mittels bewaffneter Gruppen (AIS) zuzusetzen, sich jedoch weiterhin an bestimmte Regeln hielt, während die arbeitslose, städtische Jugend sich eher der Guerilla der GIA anschloß, die wahllos die gesamte Bevölkerung und die Ausländer angreift. Die Armee hat sicherlich das Monopol der legitimen Gewalt verloren, aber sie hat auch – durch die Schaffung von Sondereinheiten und die Multiplikation von Dorfmilizen – jede Art von größeren Guerilla-Aktionen verhindert, die ihre Macht bedroht hätten. Die vollkommene Reduktion der Gewalt gelingt ihr nicht, aber es läßt sich auch die Hypothese aufstellen, daß ihr die Aufrechterhaltung eines gewissen Grades an Unruhe interne und internationale Druckmittel verschafft.

So konnte sie jeden politischen Lösungsversuch verhindern, der von den politischen Parteien ausgearbeitet wurde, die 1991 an den Wahlen teilgenommen hatten (darunter die FIS). Diese Parteien hatten in Rom im November 1994 und im Januar 1995 unter der Schirmherrschaft der Gemeinde von Sant'Egidio eine Plattform geschaffen, die eine Rückkehr zum zivilen Frieden durch einen institutionalisierten, pluralistischen Prozeß vorsah. Die Militärs ließen nichts aus, um diesen Versuch zunichte zu machen: sie schufen einen Institutionalisierungs-Prozeß, der ausschließlich ihrer Kontrolle unterliegt, sie vertrieben aus den Parteiführungen all jene, die es gewagt hatten, sie herauszufordern, und sie schlossen die FIS gänzlich aus dem von ihnen organisierten Wahlverfahren aus.

Ihr langfristiges Ziel scheint jedoch die Kontrolle über die Transformationen der algerischen Wirtschaft zu sein. Diese bewegen sich, global gesehen, im Rahmen eines autoritären Strukturanpassungsprozesses, der jede Form von Pluralismus ausschließt. Bei den Militärs haben sich die Erfahrungen der Hamrouche-Regierung als negativ festgesetzt: Unter dieser Regierung hätte die mangelnde Kontrolle über die politische Öffnung beinahe zu einer Machtübernahme durch die FIS geführt, obwohl man eigentlich nur aus dem System der Einheitspartei herauskommen wollte, in dem man das (fälschlich) angenommene Gewicht der FLN auszugleichen suchte. Das Projekt der Militärs gleicht dennoch sehr dem der Reformatoren, (wie der Regierung Hamroush): Algerien aus einer zu großen Abhängigkeit aus einer Ökonomie herauszuführen, die zu mehr als 90% aus den Einnahmen der Erdölrente besteht. Diese Entwicklung ist notwendig, um die regionale Rolle Algeriens zu konsolidieren (insbesondere was die Konkurrenz zu Marokko betrifft) und seine internationale Rolle – im Kontext der Zeit nach dem Kalten Krieg – sowohl gegenüber Europa als auch gegenüber seinen internationalen Partnern neu zu definieren. Um sich aus der Situation des Rentierstaates und der daraus resultierenden Abhängigkeit von Europa zu befreien, versucht Algerien, mangels politischer Lösungen, sich die in den Anfängen befindliche Privatisierung von Land, Unternehmen und Handel zu Nutzen zu machen.

Dieser Kontext erklärt teilweise die Clan-Kämpfe der Militärs, die innerhalb eines Kommandosystems ausgetragen werden, das insgesamt jedoch solidarisch und kohärent bleibt und nach Konsens funktioniert. Dieser Konsens schließt allerdings nicht aus, daß die Gewalt außerhalb der führenden Kreise weitergeht, und zwar für einen unbegrenzten Zeitraum und in dem Maße, in dem die Gewalt zur Domestizierung der urbanen Mittelklasse und der francophonen Intellektuellengruppen, die durch die Angst vor einem radikalen Islamismus verschreckt sind, notwendig ist. Auf der anderen Seite, setzt diese Strategie einen privilegierten Kompromiß mit den „bürgerlichen" Islamisten voraus, der darauf abzielt, sie durch Aufrufe zum Waffenstillstand von den „populären" Isla-

misten abzuspalten (FIS-AIS gegen GIA). Damit ließen sich der Privatisierungsprozeß, die Aufhebung von Subventionen, Entlassungen und die Übertragung von großen Teilen des staatlichen Reichtums an private Partner legitimieren. Im Gegenzug kann eine gewisse islamische, moralische Ordnung akzeptiert werden – zum Ausgleich der Einschränkungen und der Solidaritäten. Dieser beginnende Prozeß soll dazu beitragen, die Wirtschaft und die algerische Gesellschaft für die Zukunft zu strukturieren. Er kann die Gewalt, die Kämpfe zwischen den verschiedenen Clans und die durch die Aufteilung der Beute entstehenden Allianzen besser erklären, als die sogenannten Ursprungscharakteristika des Islam oder der algerischen Gesellschaft.

Die Bedeutung der Gewalt und der Clan-Kämpfe

Die Konstruktion eines Erklärungssystems der Gewalt ist riskant. Aber die Gegebenheiten der aktuellen Krise ordnen sich in die Abfolge der Rivalitäten und der Auseinandersetzungen ein, die seit 1988 ausgetragen werden. Langfristig gesehen hat sich die Armee als zentraler Akteur durchgesetzt. Es ist ihr gelungen – was zu Anfang vielleicht noch unsicher war – ihre Kohärenz zu bewahren, ihre inneren Konflikte zu regeln, und insbesondere, ihr auf Konsens beruhendes Beförderungssystem unter Kontrolle zu halten. Die Eliminierung hat nicht als Regulationsmodus unter ihresgleichen funktioniert. Auch wenn man die Fälle von einigen höheren Offizieren zitieren kann, deren präsidentielle Ernennung die großen Gleichgewichte zerstört hätten und die unglücklicherweise Opfer von Autounfällen oder „islamistischen" Attentaten wurden. Die Gewalt, die sich am Rande der Gruppe abspielt, hat eher dazu beigetragen, die Kohärenz des zentralen Kerns zu verstärken – trotz der periodischen Gerüchte über einen Staatsstreich, welche die Rolle des Präsidenten Zeroual in Frage stellen. Hiervon ausgehend kann man ebenso gut den Akzent auf die Einheit der militärischen Mannschaft an der Macht setzen, wie auf die Clans oder die Generationen, welche die Spaltungen symbolisieren und die neuen Orientierungen erahnen lassen. Dieser Einheit kann man es anrechnen, daß die islamische Auflehnung durch fünf Jahre technisch wirksamer Repression erodiert wurde. Der islamische Widerstand ist marginalisiert und seine Zersplitterung in Gefängnis, Untergrund und Exil, in militärische, politische und religiöse oder in bürgerliche und populäre Gruppierungen, macht aus ihm einen wesentlich schwächeren Verhandlungspartner gegenüber der Macht. Die Armee kann daran Interesse haben, diesen Widerstand als Trumpfkarte aufrecht zu erhalten, nachdem die politischen Parteien in einem arbeitsaufwendigem institutionellen Spiel abgenutzt wurden, dessen Hauptziel es war, den Prozeß von Sant' Egidio zu diskreditieren und zu zeigen, daß diejenigen, die daran teilgenommen haben und somit die Rolle der Armee verachteten, es jetzt akzeptieren die Rolle zu spielen, welche die Armee ihnen zuweist. In einer Art Rollenverteilung hat der Präsident sich seit 1995 für diesen Weg entschieden. Er hat die islamisch geprägten Parteien (Hamas, dann MSP), die fähig waren, die Klientel und die leitenden Figuren der FIS für sich zu gewinnen, stark gemacht, die FLN geschwächt, sich mit einer auf eine regionale Rolle reduzierte FFS-Partei abgefunden, und eine Regierungspartei organisiert, die sich auf alte Unabhängigkeitskämpfer, Gewerkschafter und einen Teil der vom FLN abtrünnig gewordenen leitenden Personen stützt. Nach den Präsidentschaftswahlen, die als ein persönlicher Erfolg des von seinen Gegnern anerkannten Präsidenten Zeroual inszeniert wurden (65% der Stimmen), konnte man Parlamentswahlen beobachten, die durch einen von der Macht rigoros kontrolliertem Pluralismus charakterisiert waren, der dem marokkanischen System näher ist als den Ungewißheiten von 1991.

Indem er auf die Institutionalisierung setzte, hat der Präsident seine Legitimität gegenüber dem von General Laamari kontrollierten Generalstab der Armee verstärkt, jedoch nicht soweit, als daß er sich völlig unabhängig von der Armee gemacht hätte. Der Generalstab bildet also den zweiten Pol des algerischen Militärsystems. Er hat lange Zeit eine Politik symbolisiert, die als „éradicatrice" (ausrottend) charakterisiert wird, und die eher komplementär als in Opposition zum Präsidenten ist. In Wirklichkeit repräsentieren General Laamari und seine Beigeordneten, die Generäle Tewfiq Medienne und Smain Ismail Laomari, vor allem die kollektiven Interessen einer Kaste von höheren Offizieren, die sich wünscht, ihren kollektiven Zugang zu den Mitteln, die aus der Erdölrente entstehen, dauerhaft zu sichern. Sie sind auch die Sprecher der neuen Offiziersgenerationen, die nach 1992 Verantwortung in der Repression übernommen haben. Die algerische Armee zählt heute mehr als 140 Generäle. Vor 10 Jahren waren es noch weniger als 20. Wenn die Präsidentschaft mit den islamistischen Führern verhandelt, dann möchten der Generalstab und die ausführenden Offiziere nicht die Kosten dieser Öffnung zahlen. Sie bremsen gleichzeitig derartige Initiativen und vereinnahmen diese Strategie für sich selbst, indem sie direkte Verhandlungen mit den militärischen Anführern der AIS, Madani Mezrag und Benaichs, führten und mit diesen Ende September 1997 einen Waffenstillstand beschlossen, der eine Integration der AIS-Kräfte in die militärische Gliederung vorsieht, um gemeinsam gegen die Maquis der GIA zu kämpfen.

Die Parallelität und die Rivalität der Verhandlungen, die vom Präsidenten und dem Generalstab mit der FIS und der AIS geführt wurden, übersetzen sich in der Praxis durch eine Verwirrung, die sicherlich mit der spektakulären Gewalt in Zusammenhang steht, welche in der Mitidja[1] verübt wurde, und die zusammenfiel mit den immer insistierenderen Gerüchten über einen Staatsstreich, als der Dialog mit Abassi Madani nicht etwa zu einem Aufruf zum Waffenstillstand führte, sondern zu einem Aufruf



FIS-Demonstration (vor 1991) *Foto: Michael von Graffenried, Paris*

zur Internationalisierung der Krise. Es scheint, daß sich anschließend die im Ruhestand befindlichen Generäle Belkhir und Nezzar, die als die „Paten" des Militärsystems angesehen werden, eingeschaltet haben, um eine Zersplitterung und ein Abdriften in die Gewalt innerhalb ihrer Gruppe zu vermeiden. Indem sie den Streit zwischen dem Präsidenten und dem Generalstab schlichteten und indem sie am Status quo arbeiteten, schützten sie auch die Interessen eines dritten Pols, dem der Generation von 1988, die nach den Unruhen von Algier in verantwortliche Positionen gelangt war. Die Erweiterung der Basis der Macht und das Teilen der Gewinne mit den bürgerlichen Islamisten (das den unausweichbaren Gegenpart des Kompromisses darstellte) erschien ihnen unvorsichtig. Sie sahen darin auch eine Bedrohung ihrer Interessen, die vor allem auf der Kontrolle über die Erdölrente und den verschiedenen Schmiergeldern basieren, die aus den Importprogrammen resultieren.

Darüber hinaus scheint es – ohne daß man jeden militärische Clan mit einer jeweiligen präzisen Option für eine Wirtschaftpolitik völlig gleichsetzen könnte – daß hier eines der Schlüsselelemente der Krise liegt. Der Clan der alten Generäle bevorzugt weiterhin ein wirtschaftliches System, das auf der Kontrolle und der Verteilung der Erdölrente innerhalb eines geschlossenen militärischen Netzes basiert. Die Integration der „bürgerlichen" islamistischen Gruppen in das System erscheint ihnen weder auf lange und noch auf kurze Sicht von Nutzen. Indem sie die Beförderungen weitgehend kontrollieren, und mit den regionalen Solidaritäten, den Generationen und der Einheitskultur des militärischen Systems umzugehen wissen, können sie weiterhin die Rolle der Schiedsrichter spielen und konservative wirtschaftliche Entscheidungen aufrecht erhalten, und zwar solange die Erdölrente und die Hilfe von außen auf einem zufriedenstellenden Niveau erhalten bleiben.

Gegenüber diesen Positionen hält der Präsident, unterstützt von bestimmten Technokraten-Gruppen aus dem Finanz- und Erdölbereich, es für notwendig, schnellstens eine Entwicklung zu beginnen, in der die Rente zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten genutzt wird, die wiederum durch eine aktive Privatisierungspolitik möglich gemacht werden. Diese Politik wird die Expansion einer Klasse von wirtschaftlichen Unternehmern unterstützen, und bricht mit dem Weg, der von der FLN im Anschluß an die Unabhängigkeit Algeriens verfolgt wurde. In bestimmten Aspekten entspricht sie den liberalen Orientierungen, welche sich die FIS seit dem Beginn ihres Aufstiegs auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Diese früheren Zielsetzungen können sich heute an die der präsidentiellen Mannschaft anschließen, die wiederum eine wirtschaftliche Öffnung – unabhängig vom Sektor der Energieressourcen – für notwendig hält, um Algerien weniger abhängig vom äußeren Druck zu machen. Die marokkani-

sche Gesellschaft und Wirtschaft, die über weit weniger Rohstoffe als Algerien verfügt, erscheint ihr unter diesem Blickwinkel als Konkurrenz und als Modell, dem man nacheifern sollte. Die Allianz mit den bürgerlichen Islamisten (darunter die FIS) scheint ihr notwendig, um eine Entwicklungspolitik mit schmerzhaften sozialen Folgen (Abbau der Subventionen, Entlassungen, Verkauf von Land und staatlichen Unternehmen an Personen aus dem Machtumfeld) zu legitimieren.

Obwohl diese Politik in engster Weise von der militärischen Macht und von klientelistischen Netzen kontrolliert wird, zielt sie auf ein wirkliches wirtschaftliches Wachstum ab. Sie enthält die Akzeptanz einer gewissen Autonomisierung der Gesellschaft, gesteht einer neuen Klasse von privaten Unternehmern Entscheidungsräume zu, und sucht die simple, klientelistische Unproduktivität der öffentlichen Mittel zu vermeiden. Diese vom Präsident seit 1994 verfolgte Politik wurde jetzt anscheinend von einem Generalstab übernommen, der insbesondere die Kontrolle über den Privatisierungsprozeß gewinnen will. Die Strategien der verschiedenen Gruppen überschneiden sich also in einigen Formen der langfristigen Zielsetzung für die Wirtschaft und die Gesellschaft, und brechen sowohl mit den ursprünglichen Entscheidungen des FLN wie auch mit einer einfachen Extrapolation der Erdölwirtschaft. Algerien orientiert sich somit auf ein wirtschaftlich diversifiziertes und leistungsstärkeres System. Aber dieser Übergang kann sich durchaus mit der Gewalt arrangieren – sie sogar als gewöhnliche Funktionsweise erhalten solange wie die Entscheidungen über die Personen und Gruppen, die von der „Abwicklung der nationalen Güter" profitieren können, gefallen sind. Dies ist zweifellos der Preis für die Schaffung der algerischen Gesellschaft im 21. Jahrhundert.

Das internationale Umfeld der Krise

Eine erste Feststellung liegt auf der Hand: der algerische Bürgerkrieg spielt sich hinter verschlossenen Türen ab. Er weitet sich nicht auf die Nachbarländer aus und die islamistischen Bewegungen erhalten so gut wie keine äußeren staatlichen Unterstützungen. Bestimmte Regierungen, die sich in Konkurrenz zu Algerien befinden, wie etwa Marokko oder Libyen, konnten zwar am Rande beschuldigt werden, die Maquis der GIA unterstützt zu haben – als Antwort auf Einmischungen oder Destabilisierungsversuche seitens Algerien (Attentate von Marrakech). Die ernstzunehmenderen Unterstützungsnetze funktionierten jedoch, indem sie sich auf die marginalisierten und radikalisierten Fraktionen der maghrebischen Einwanderer in Europa stützten. Verbindungen nach außen konnten sich auch mit den islamistischen Türken formieren (gegenseitige Hilfeleistung) oder mit den Drogenhändlern des Rif (Marokko), um für Waffenlieferungen zu sorgen. Aber derartige Ausweitungen des Konflikts bleiben marginal, überwacht und letztendlich in dem Maße toleriert, wie der Deliktcharakter dieser Aktivitäten in bezug auf die Gesetze der Gastländer oft nur schwierig nachzuweisen ist. Die islamistischen Bewegungen suchen ihrerseits im Ausland nach einem Rückzugsgebiet ohne jedoch, in den meisten Fällen, die Interessen dieser Drittländer anzugreifen. Frankreich stellt aufgrund der Unterstützung der algerischen Regierung einen Sonderfall dar.

Wir stehen also vor einem Konflikt hinter verschlossenen Türen, der genährt wird durch die Erdölrente und durch die jährliche Ankunft von mehr als 100 000 jungen Städtern auf dem Arbeitsmarkt, die keine andere Perspektive als die Milizen oder den Maquis sehen. Aufgrund der nichtvorhandenen Visa und fehlender finanzieller Mittel ist die städtische Mittelklasse in Algerien eingeschlossen. Die Nachbarländer (Tunesien, Marokko) schützen sich und begrenzen den Zugang zu ihrem Territorium auf kurze Perioden. Trotz der territorialen Eingrenzung der Krise ist die Vorstellungswelt der europäischen und maghrebischen Länder von der Angst vor einer Migrationswelle im Falle eines Zusammenbruchs des algerischen Systems geprägt. Wenn sich ein solches Phänomen produzieren sollte, was jedoch sehr unwahrscheinlich erscheint, so kann man Reaktionen voraussehen, die mit dem Umgang der italienischen Armee mit der albanischen Immigration vergleichbar sind.

Momentan bleiben Algeriens Beziehungen zum äußeren Umfeld bestimmt durch die Fähigkeit, die Krise unter Verschluß zu halten, in Verbindung

mit den regelmäßig anwachsenden Erdöl- und Gaslieferungen nach Südeuropa. Dieses Land konnte mitten im Bürgerkrieg seinen Gasexport verdoppeln (Verdoppelung des ‚Transmed' nach Italien und Konstruktion der Ferngasleitung ‚Maghreb-Europe' nach Spanien und Portugal). Die Gewalt kann also dadurch weitergehen, daß sich die notwendigen Mittel und Menschen finden lassen. Ein Teil der militärischen Eliten setzt auf die weitere Ausbeutung der aktuellen Renten, während andere das Ölgeld investieren möchten, um eine autonome industrielle Entwicklung nach türkischem Modell zu beginnen. Seit dem Beginn der 80er Jahre konnte die Türkei, unter dem Einfluß von Ozal, sich von ihrem kemalistischen Autarkiemodell verabschieden, das dem in Algerien seit 1962 praktizierten Modell der staatlich verwalteten Wirtschaft nicht unähnlich war. Das Entstehen einer Unternehmerklasse hat die Rolle der Militärs in der Realität nicht verringert. Die Durchführung einer wirtschaftlichen und politischen Transformation könnte also, wenn die Armee sich für dieses Modell entscheidet, einige Jahre dauern – bis es nach und nach zu einem Ende der Gewalt käme und dann sogar zu einem gewissen Pluralismus. Die Einnahmequellen, die sich das Land aus einem solchen Systemwandel erhoffen kann, würden es ihm erlauben, sich erneut als dominierende Macht im Maghreb zu behaupten, insbesondere gegenüber Marokko. Auch würden die frei werdenden Mittel ein weniger unausgewogenes Machtverhältnis zum vereinten Europa ermöglichen, in das Algerien sich weder integrieren kann noch will.

Eine Stabilisierung dieser Entwicklung abwartend, hoffen die algerischen Militärs, daß – vorausgesetzt sie erfüllen weiterhin ihre Vereinbarungen – die internationale Gemeinschaft sie frei walten läßt. Sie befürchten keinerlei Intervention in ihre Angelegenheiten, weder von den Nachbarländern im Maghreb, noch von den arabischen Ländern. Die kürzliche Reise des Präsidenten Zeroual in den Nahen Osten hatte zum Ziel, die arabische Unterstützung zu konsolidieren, und insbesondere Saudi Arabien dazu zu bringen, bei den USA ein gutes Wort für ihre Sache einzulegen. Denn die Übergangsstrategie der algerischen Militärs beruht in erster Linie auf der Zustimmung Europas, die man sich dank der Vermittlung nachsichtiger französischer Autoritäten zu erhalten hofft. Sie setzt zum Teil ebenfalls ein amerikanisches Einverständnis voraus, daß man durch Vermehrung von Assoziierungsverträgen über die Suche nach Erdölvorkommen und die Ausbeutung von Erdöl und Gas (Bechtel, Chevron, etc.) zu gewinnen versucht. Die Stellungnahme des amerikanischen Botschafters in Algier zugunsten des von Präsident Zeroual verfolgten institutionellen Prozesses, stellte Ende September 1997 eine erste positive Reaktion dar. Die Schlichtung im Juli 1997 durch James Baker im Westsahara-Konflikt nahm ebenfalls Rücksicht auf die algerischen Positionen und wurde in diesem Sinne geschätzt.

Aber wenn der alltägliche Horror in Algerien noch länger andauert, wird es sowohl für Europa als auch für die USA schwer werden, das peinliche Stillschweigen zu bewahren. Die Abwesenheit von Bildern und von Zeugen garantiert sicherlich noch etwas länger den Status quo. Europa hat keine gemeinsame Außenpolitik der 15. Aber mit etwas Verspätung erregen sich nun die öffentlichen Meinungen über den anhaltenden Charakter der Massaker und werden die Regierungen aus ihrer Immobilität herauszwingen. Ein europäisches Eingreifen ist unmöglich; das der Vereinten Nationen erscheint besonders schwierig. Aber man kann davon ausgehen, daß die algerische Regierung heute, in einem komplizenhaften internationalen Umfeld, nicht mehr so leicht die Hilfen und die Umschuldungsvereinbarungen erhalten würde, wie es noch 1994 der Fall war. Heute würde daran die Bedingung einer politisch glaubhafteren Lösung, als die der aktuellen institutionellen Vortäuschungen, geknüpft. Ohne gleich Maßnahmen vergleichbar den Libyen treffenden Boykott zu ergreifen, so könnten doch ein Embargo auf den Waffenverkauf und eine Aufdeckung der Korruptionskreise innerhalb der Eliten geeignete Druckmittel sein, um dem algerischen Militärblock zumindest einige Risse zuzufügen. Man sollte auch nicht die Wirkung einer größeren Öffnung der europäischen Grenzen für Asylantragsteller – die Opfer von Gewalttaten sehr unterschiedlichen Ursprungs sind – unterschätzen, indem man das System von Schengen, was die Visa angeht, etwas lockerer funktionieren läßt. So könnte außerhalb Algeriens ein Raum für die politische Diskussion entstehen, der sich auf die Zivilgesellschaft stützt und der sich somit zumindest zum Teil dem herrschenden Einfluß der Militärs entziehen könnte.

Wenn der algerische Konflikt weiterhin unter Verschluß gehalten wird, dann können die Militärs und die Islamisten weiterhin die Mittelklasse und das algerische Volk zum Märtyrer machen, und sich über die neuen Formen der Ausbeutung verständigen. Würde man sich auf die algerische Zivilgesellschaft stützen, die sich nur im Ausland äußern kann, könnte das komplizenhafte Schweigen gebrochen werden. Das würde ohne Zweifel die Entwicklung der internen Debatte beeinflussen. Bis jetzt dreht sich diese fast ausschließlich um die Sicherheitsfaktoren, die im nächsten Jahrhundert die transformierte Kontinuität der Macht der militärischen Eliten über die Wirtschaft und die Gesellschaft fortschreiben sollen. Wenn Europa auch nicht über die institutionellen Mittel verfügt, die ein kollektives Einwirken auf diese Orientierungen erlauben würden, so kann doch eine gewisse Anzahl europäischer Länder, sowohl in Nord- als auch Südeuropa, Einfluß ausüben. Sie könnten sich insbesondere auf die im europäischen Raum lebende Bevölkerung maghrebischen Ursprungs stützen, die ein Ende des Bürgerkriegs in Algerien wünscht. Die USA sind bereits durch das algerische Anliegen, den europäischen Einfluß auszugleichen, indirekt in die Diskussion eingebunden. Kann diese Verbindung sich nicht zu einer Beratung hin entwickeln, das algerische System dem kritischen Blick von außen öffnen und ein weniger gewaltsames Verhältnis zu seiner Bevölkerung bewirken? Ohne eine Einmischung zu sein, würde ein solches Verhalten sicherlich die aktuelle Diskussion beeinflussen und die Fortsetzung des alltäglichen Horrors weniger tragbar machen.

■ *Rémy Leveau ist Professor am Institut d'Etudes Politiques de Paris, assoziierter Forscher am CERI-FNSP und am CADIS-EHESS. Aus dem Französischen von Isabel Schäfer.*

1 Südlich von Algier gelegene Ebene.

Die algerischen Islamisten zwischen AIS, GIA und militärischem Sicherheitsdienst

François Burgat

„(...) wer wollte sich mit jenen solidarisch erklären, die Kehlen durchschneiden, die vergewaltigen und morden, zumal wenn es sich um Leute handelt, die man ohne Berücksichtigung anderer historischer Umstände als die ‚Verrückten des Islam' bezeichnet, verpackt und verhüllt in das Schmähwort Islamismus – atavistisches Symbol aller Orientphantasmen und gut geeignet, dem rassistischen Haß das sichere Alibi der ethischen und laizistischen Legitimität zu geben?" (Pierre Bourdieu[1])

Aus dem Nebel der zweifelhaften Kommuniqués, der unmöglichen Untersuchungen und den mehr oder minder offiziellen Reportagen haben sich in Algerien langsam einige Konturen dessen abgezeichnet, was der „bewaffnete Widerstand gegen den Staatsstreich von Januar 1992" für jene ist, die sich darauf berufen, und was das Militärregime dem Beispiel eines Teils der westlichen Presse folgend als den „islamischen Terrorismus" bezeichnet.[2]

Um die Schwierigkeit zu ermessen, Anhaltspunkte für eine glaubhafte Lesart des Vorgehens der islamistischen Strömung in Algerien zu finden, muß daran erinnert werden, daß es im Land zwei Kategorien von Akteuren gibt, deren Strategien, obwohl radikal entgegengesetzt, sich auf sehr gefährliche Weise überlagern. Die erste Kategorie umfaßt all jene, denen bewußt ist, daß der Fortgang der Krise über den Bereich der militärischen Konfrontation hinausgeht und zumindest teilweise von einem sowohl inneren wie internationalen politischen Kräfteverhältnis abhängt. Weil sie wissen, daß die Krise, die Algerien zerreißt, zum Teil in Paris und in Washington entschieden wird, bemühen sie sich, ihr Vorgehen – so radikal und daher so wenig mediengerecht es möglicherweise sein mag – der notwendigen Kommunikation mit ihren potentiellen politischen Verbündeten im In- und Ausland anzupassen. Der erste dieser „politischen" Akteure ist das Regime, das aus dem Staatsstreich im Januar 1992 hervorgegangen ist. Es wird seither mehr oder weniger direkt von einem Segment der linken Intelligenz unterstützt, die ihrerseits sehr gut in einem Teil der kulturellen Berberbewegung vertreten ist. Mit der rigorosen Durchsetzung einer Reihe von zunächst rechtlichen[3], dann polizeilichen Maßnahmen konnte dieses Lager der Machthaber eine völlige Herrschaft über die Information erlangen, eine Herrschaft, die es im Grunde nur für kurze Zeit zwischen 1989 und 1992 verloren hatte, als der damalige Präsident Chadli mit einer pluralistischen Öffnung auf die Unruhen von 1988 reagierte[4]. Die gute Kenntnis der Informationswege, die aktive Unterstützung durch einige in diesem Bereich besonders einflußreiche Lobbies, das geschickte Eingehen auf die Mentalität der verschiedenen Meinungsfamilien Frankreichs (Katholiken, Juden, Freimaurer, Kommunisten, Sozialisten usw.) sowie allem Anschein nach handfeste finanzielle Investitionen[5] haben es diesem Lager ermöglicht, auch die fast bedingungslose Unterstützung einer westlichen Öffentlichkeit zu erhalten, die alle Implikationen seines „Kampfes gegen den Integrismus" zu akzeptieren bereit ist.

Der zweite Hauptakteur dieser ersten Kategorie der „Politiker" ist die nichtislamistische, jedoch nicht dem Prinzip der „Ausrottung" anhängende Opposition (im wesentlichen die FFS von Ait Ahmed, die MDA von A. Ben Bella sowie zumindest ein Teil der Kader der ehemaligen Einheitspartei FLN). Diese politische Linie wurde lange (bis zu ihrem faktischen Verbot) durch die von Salima Ghazali geleitete Wochenzeitung *La Nation* vertreten. Die Führer dieser nichtislamistischen Opposition sind lange Zeit auch die einzigen gewesen, die das Monopol der Verantwortlichen für die Informationspolitik des Regimes einzuschränken vermochten. Sie haben eine entscheidende Rolle bei der Veränderung von Standpunkten innerhalb der politischen Klasse Frankreichs gespielt, wie sie nach der Unterzeichnung des „Nationalpakts" (im Januar 1995 in Rom) durch die wichtigsten Formationen der islamistischen und nichtislamistischen Opposition erkennbar wurde. Die „Plattform von Rom" zeigte die Wege eines politischen Ausgangs der Krise auf.

Der dritte legalistische Akteur wird von einem großen Teil des islamistischen Lagers verkörpert, d. h. vor allem von der FIS sowie zwei weiteren Bewegungen (*an-Nahda* unter Führung von Abdallah Jaballah und *Hamas* unter der Führung von Mahfuz Nahnah)[6]. Nach ihrer Auflösung per gerichtlicher Anordnung im März 1992 ist die Islamische Heilsfront heute in ihren zivilen Ausdrucksmöglichkeiten beschränkt auf ihre inhaftierte Führung (Abbassi Madani, Ali Benhaj), auf einige offiziöse Sprecher (Abdelkader Hachani, Ali Jeddi, Abdelkader Boukhamkham und A. Ghemazzi) – die sich auf freiem Fuß befinden, aber keinen eigenen Handlungsspielraum besitzen –, auf ein Auslandsexekutivorgan, das von Aachen aus von Rabah Kebir geführt wird und schließlich auf Abgeordnete, die sich in mehreren Ländern Europas und Amerikas im Exil befin-

den (die parlamentarische Auslandsvertretung der FIS, deren offizieller Leiter der in den USA inhaftierte Anwar Haddam ist, sowie der FIS-Koordinationsrat, der von Lausanne aus von Ahmed Zawi geleitet wird). Der militärische Arm der FIS ist die *Armée Islamique du Salut* (AIS), die seit Juli 1994 von Madani Merzaq angeführt wird, dessen Schriften („Les Lettres de Madani Merzaq") der algerischen und ausländischen Öffentlichkeit zum Teil bekannt geworden sind[7]. Die AIS hat im Oktober 1997 mit dem Regime einen Waffenstillstand geschlossen, nach dessen Festlegungen sich ihre Mitglieder frei auf dem algerischen Territorium bewegen können.[8]

Die zweite Kategorie von Akteuren auf der algerischen Bühne ist jene, die mit ihrer ausschließlich „militärischen" Aktion auf ihren Ruf in politischer Hinsicht und in den Medien weder in Algerien und erst recht nicht im Ausland Rücksicht nimmt. In dieser Kategorie bewegt sich zumindest ein Teil der Gruppen, die heute mehr oder minder genau als die „bewaffneten islamischen Gruppen" ausgemacht werden. Aus dieser Gruppierung kamen lange Zeit die Kommuniqués, die sich in außerordentlich provozierenden Worten zur Ermordung der ausländischen christlichen „Kreuzzügler", der „kommunistischen" oder „atheistischen" Intellektuellen bekannten und jede nichtmilitärische Lösung des Konflikt ausschlossen. Einzig und allein dieser Gruppierung werden von der staatlichen Informationspolitik die schlimmsten Gewaltakte zugeschrieben: Entführungen, Vergewaltigungen, von Verstümmelungen begleitete Morde, blindwütige Attentate gegen die Zivilbevölkerung, Zerstörung der schulischen Infrastrukturen usw. Die Rhetorik dieser extremistischen Komponente greift in der Regel auf die gefährlich dialektische Verkürzung des alten Begriffs des *takfīr* zurück: Indem nicht nur den Machthabern, sondern der Gesamtheit oder einem Teil der Bevölkerung die Zugehörigkeit zur muslimischen Gemeinschaft abgesprochen wird, kann man sich jeder religiösen Rechtsvorschrift entziehen. Die Berufung auf diesen Begriff wird damit zum „theologischen Vorzimmer" beliebiger Exzesse.

Auf dem Boden der äußersten Gewalt bewegt sich die radikale und berüchtigste Komponente des islamistischen Lagers, die mehr oder minder in einer Bewaffneten Islamischen Gruppe *(Groupe Islamique Armé, GIA)* zentralisiert ist. Zu ihr gehören auch gemeine Kriminelle, die mit der derzeitigen ideologischen Konfrontation nur insoweit in Beziehung stehen, wie sie von der fast völligen Umstellung des Polizeiapparates auf die alleinige politische Repression profitieren. Schließlich agiert ein Teil der zur Repression dieser Bewegung eingesetzten Kräfte unter der Fahne der GIA, der sie selbstverständlich ihre Aktionen zuschreiben[9]: von der Staatsmacht aufgestellte Milizen, aber auch Gruppen, die von der Staatsmacht manipuliert werden oder die sogar direkt aus ihren Kadern oder ihr unterstehenden Militärs gebildet wurden. Immer zahlreicher werden die Zeugenaussagen über diese Provokateure, deren Auftrag es ist – oder denen freie Hand gelassen wird –, auf Kosten der Zivilbevölkerung Gewalttaten zu begehen, von denen sich die Staatsmacht die Diskreditierung des islamistischen Lagers und die Verstärkung seiner inneren Uneinigkeit verspricht. Bereits seit 1995, als die Zeitung *Le Monde* und danach *Libération* die Aussagen von nach Europa emigrierten Polizisten veröffentlichten[10], und dann aufgrund der zahllosen, von der Presse mehr oder weniger systematisch weitergegebenen Augenzeugenberichte ist es nachweisbar geworden, daß die Provokationen weit über die Morde an Ausländern oder an Intellektuellen hinausgehen: sie schließen Ermordung von Dutzenden von Polizisten ein, „besonders von solchen, die zu den bekanntesten gehören", erschossen an ihrem Arbeitsplatz oder häufiger noch in ihrer Wohnung. „Bewaffnete Gruppen", deren Führung von der Staatsmacht beeinflußt wurde, Untergrundgruppen, die sich aus Strafgefangenen zusammensetzten, die zu diesem Zweck freigelassen und bewaffnet wurden, Gefangene, die nach einer Zeit der Haft und der Folter umgedreht wurden, oder, direkter noch, hierfür abkommandierte Militärs scheinen die Urheber dieser obskuren, aber nichtsdestoweniger wesentlichen Dimension des „Anwachsens" der sogenannten „islamistischen" Gewalt in Algerien gewesen zu sein. In ihrer Ausgabe vom 28. September 1995 faßte die Pariser Wochenschrift *Maghreb Confidentiel* die heute glaubwürdigste Darstellung der maßgeblichen Beteiligung der algerischen Geheimdienste an der Logik der Gewalt so zusammen: „(...) die algerischen Geheimdienste haben seit 1993 die bewaffneten Gruppen unterwandert, um in ihnen Spaltungen zu provozieren und die Verantwortlichen, die einen politischen Dialog befürworten, dadurch zu neutralisieren, daß sie aufgrund der blindwütigen Gewalttaten zu Personen werden, mit denen man sich nicht einlassen kann. (...) (Sie) haben eine umfassende Operation zur Manipulation der GIA in drei Richtungen organisiert (...): 1) die Bildung von bewaffneten Gruppen, die Anschläge im Namen der GIA begehen und mit dieser schließlich zusammenkommen; 2) die Entsendung von angeblichen Deserteuren aus der Armee, die zur GIA überlaufen (...); 3) die Einschleusung von Agenten an der Basis, (mit dem vorrangigen Auftrag) (...), eine gegenseitige Überbietung im Verbrechen (vermehrte Mordanschläge auf Zivilpersonen, insbesondere Journalisten, Schriftsteller, Frauen und Ausländer, ‚Todesurteile' für die Führer der FIS) (...) zu bewirken."

Das tatsächliche Vorhandensein einer extremistischen Komponente im islamistischen Lager sowie die Logik der Blutrache, der durch die Schaffung von regierungstreuen Dorfmilizen neue Nahrung gegeben wurde, erleichtern in jedem Fall die systematische, von den Machthabern eifrig betriebene Verschleierung der wahren Hintergründe. Doch die offensichtliche Schwierigkeit, die „beiden Terrorismen" in Algerien voneinander abzugrenzen, relativiert sich wieder, wenn man sich die Zeit nimmt zu unterscheiden, welche Logik jeweils der Anwendung bewaffneter Gewalt durch die beiden sich gegenüberstehenden Lager (der Islamisten und der Militärs) zugrunde liegt. So ist der „islamische Terrorismus" entstanden aus dem radikalen Abdriften (und – unter dem Vorbehalt künftiger Untersuchungen – aus dem Mißbrauch von Teilen) einer machtvollen Volksbewegung, die zweimal als Gewinner aus den Wahlen hervorgegangen ist und nur aus diesem Grund einer furchtbaren Offensive der Repression ausgesetzt worden ist. Der Terrorismus des radikalen Flügels der algerischen Militärmachthaber ist dagegen das Rückzugsgefecht eines Regimes, das sich nicht nur von seiner angestammten Wählerschaft, sondern von ganzen Scha-



Milizionär in der Kabylei *Foto: Hacky Hagemeyer*

ren seiner eigenen Kader verlassen weiß. Die „beiden Terrorismen" in Algerien sind also keineswegs Zwillinge: der eine hat sehr bewußt den anderen hervorgebracht und hat ihm dann obendrein noch zu seiner Ausbreitung verholfen[11]. Für die Machthaber war die Radikalisierung des islamistischen Lagers weniger ein Hindernis, denn eine logische Konsequenz ihres Verhaltens, ein bewußtes Ziel ihrer Informationsstrategie im In- wie im Ausland.

Die ganze Undurchsichtigkeit der algerischen Krise und ihre scheinbare Komplexität ergeben sich heute aus der Tatsache, daß die Verantwortlichen für die Informationspolitik des Regimes es geschafft haben, daß die gesamte Gesellschaft und die sie zerreißende Krise allein von ihren beiden ideologischen Extremen – die beide überdies noch vom Regime manipuliert werden – repräsentiert werden. Zum einen wird eine Handvoll von unnachgiebigen „Laizisten" (darunter einige „Staatsfeministinnen", die weit davon von entfernt sind, den Kampf der Frauen ihrer Gesellschaft zu vertreten[12]) in die europäischen Hauptstädte exportiert (oder sogar auf Dauer dort untergebracht). Unter Rückgriff auf Losungen, die die alten Ängste des Westens vor dem Islam ausnutzen, haben sie die Aufgabe, die irreführende Vorstellung glaubhaft zu machen, daß der vom Regime geführte Krieg tatsächlich ein Kampf ist um die mit dem Westen gemeinsam geteilten Werte (Laizität, Frauenrechte, Moderne). Dies gelingt ihnen um so wirkungsvoller, als die Symbiose zwischen den verschiedenen politischen Familien in Frankreich und dem kleinen Teil der algerischen Gesellschaft, der sich heute an der Macht befindet, ganz besonders eng ist. Das Regime und seine laizistischen Verbündeten besitzen eine sehr genaue Kenntnis der Denkschemata der Franzosen, ihrer Ängste, ihrer Sympathien und ihrer Wissenslücken. Gegenüber der jüdischen Gemeinschaft verstehen sie es sehr gut, das Schreckbild des Nazismus heraufzubeschwören; vor den Kommunisten oder den Freimaurern schwenken sie das Banner des Laizismus, vor den Frauen das des Feminismus und vor den Künstlern das der Schaffensfreiheit, obwohl ihr eigenes Engagement in dieser Hinsicht in Vergangenheit und Gegenwart in diametralem Gegensatz zu ihrem für den Export bestimmten Diskurs steht. Diesen (brillanten) Vortäuschern demokratischer Motive stehen andererseits mysteriöse bewaffnete Gruppen gegenüber, ebenso „archaisch" wie „vollbärtig", „arabischsprechend" wie „obskurantistisch" – also das völlige Gegenteil der modernen „laizistischen Feministinnen" und anderen so pariserischen „Exilintellektuellen" –, die sich in einer fast vollkommenen Straflosigkeit[13] einer grenzenlosen Gewalt bedienen „dürfen". So muß das Regime nur noch die Mehrheit der algerischen Bevölkerung mit seinen wenigen „modernen" Emissären identifizieren und seine gesamte islamistische Opposition mit den Abscheulichkeiten der bewaffneten Gruppen gleichsetzen. Dies gelingt dem Diskurs der Verantwortlichen für die Informationspolitik bemerkenswert gut („Es gibt keinen Unterschied

zwischen GIA und FIS", „Es gibt keinen gemäßigten Islamisten", „Wir führen denselben Kampf wie ihr in euren Vorstädten" usw.). Welche andere außer der ausschließlich repressiven Lösung vermag sich dann noch vor allem die französische und im weiteren die internationale Öffentlichkeit vorzustellen? Und damit schließt sich der Kreis. Vom westlichen Ufer aus gesehen verschwindet die bestialische Repression, die von korrumpierten Militärs zu ihrer Machterhaltung betrieben wird, wie durch ein Wunder hinter dem folgenschwer unwahren Bild eines unüberbrückbaren Gegensatzes: Im algerischen Krieg stünde demnach eine laizistische, frankophone und sich zum westlichen Erbe bekennende Gesellschaft einem islamischen Monster gegenüber, das in einer Weise geschildert wird, die jeden Gedanken an eine Anerkennung von wem auch immer aus dem Kreis derer, die ein annähernd gleiches Vokabular benutzen, in Mißkredit geraten läßt.

Hinter diesem Trugbild, das allzu selbstgefällig von den Medien und einer Handvoll von Intellektuellen im Westen übernommen wird, kann eine Gruppe, die sich seit fast 40 Jahren an der Macht festgesetzt hat, beinahe „ungestört" einen ordinären Krieg führen, in welchem sie in Wirklichkeit, über alle Wahlen und Aufstände hinweg, einer übergroßen Mehrheit der Bevölkerung gegenübersteht. Zwischen den beiden „laizistischen" und „terroristischen" Extremen des politischen Feldes leidet daher der Großteil der algerischen Gesellschaft, der jenen Kompromiß befürwortet, den die Militärmachthaber und ihre Verbündeten so sehr fürchten und den die internationale Gemeinschaft bisher offensichtlich hartnäckig ignorieren will.

■ *François Burgat ist Direktor des Centre Français d'Études Yéménites (CFEY) in Sanaa.*
Übersetzung aus dem Französischen: Lutz Rogler.

1 Die Rolle von Bernard-Henri Lévy kommentierend. In: *Liber* (Beilage der Zeitschrift *Actes de la Recherche en Sciences Sociales*, Paris), Januar 1998.

2 François Burgat, William Dowell: *The Islamic Movement in North Africa*, Austin: Univ. of Texas Press, 1997 (2. Aufl.).

3 Die dem islamistischen Lager nahestehenden Presseorgane wurden bereits am 15. August 1992 verboten, unter fast völligem Schweigen der sogenannten „unabhängigen", d. h. den Islamisten feindselig gegenüberstehenden Presse, der ihrerseits im Juni 1994 eine Anordnung des Innenminsterium auferlegt wurde, die ihr die Verbreitung „jeder die Sicherheitslage betreffenden Information, die nicht einem offiziellen Kommuniqué oder einer Pressekonferenz entstammt" verbietet.

4 Siehe: *Encylopedia Universalis*, Paris 1991, Art. L'Algérie.

5 Vgl. z. B. *Maghreb Confidentiel* Nr. 363 vom 12.03.1998: „Die algerische Staatsmacht hat eine große Kampagne der Auslandsinformation gestartet. Zielscheibe: die Journalisten und Intellektuellen im Westen und insbesondere in Frankreich. Umfangreiche Mittel wurden den algerischen Lobbyisten, die sich um die französischen ‚Image-maker' kümmern sollen, zur Verfügung gestellt" usw.

6 Die Legalisierung derjenigen Komponente der islamistischen Strömung, die die Wahlen 1991 verloren hatte, entsprach dem Willen des Regimes, die Einheit dieser Strömung zu brechen.

7 *Kalimât haqq li-man yahimmuhu 'l-amr / Lettres de vérité à l'adresse de ceux qui se sentent concernés*, zweisprachige arabisch-französische Ausgabe, ohne Verl., April 1995, 54 Seiten.

8 Patrick Denaud: *Algérie – le FIS: sa direction parle.* Paris: L'Harmattan, 1998.

9 Im September 1997 wurde die Telefonverbindung, bei der ein Kommuniqué der „GIA" einem Imam in einer Londoner Vorstadt übermittelt wurde, vom britischen Geheimdienst identifiziert: sie wurde von einer Kaserne im Zentrum von Algier aus hergestellt. Siehe: *Paris-Match*, 8. Oktober 1997.

10 *Le Monde*, 7. März 1995, dann *Libération*, 22. März 1995 und *L'Express*, 20. September 1995, schließlich *The Observer, Der Spiegel...*

11 Die Tatsache, daß der französische Innenminister am 24. August 1994 ein Buch verboten hat, das von der FIS herausgegeben wurde, um die Mauer des Schweigens in den französischen Medien gegenüber dem Ausmaß der staatlichen Anwendung der Folter (*Livre blanc sur la répression en Algérie*, Plan-les-Ouates/Schweiz: Hoggar) zu brechen, hat es nicht verhindern können, daß ein (kleiner) Teil der westlichen Öffentlichkeit verstanden hat, wie sehr die Spirale der Repression die allmähliche Radikalisierung des bewaffneten islamistischen Lagers genährt hat. Zur Repression siehe vor allem: Jacques Vergès: *Lettre ouverte à des amis algériens devenus tortionnaires*, Paris: Albin Michel, 1994; Reporters sans Frontières: *Le Drame algérien: un peuple en otage*, Paris: La Découverte, 1996 (2. Aufl.) sowie das Schwarzbuch *(Livre noir)*, das von Reporters sans Frontières 1995 veröffentlicht wurde.

12 Über den Werdegang der in den Medien bekanntesten unter ihnen siehe Louisa Hanoune: *Une autre voix pour l'Algérie*, Paris: La Découverte, 1996.

13 Angesichts des Fehlens jeglicher glaubwürdiger Untersuchung, welche die Verantwortlichkeiten nachweisen könnte. Bis heute konnte nicht ein einziger Verantwortlicher für die 104 Morde an Ausländern und die 70 Morde an Journalisten in einem Gerichtsverfahren für schuldig erklärt werden. In 174 Fällen hat es das Regime nicht ein einziges Mal vermocht, auf glaubhafte Weise einen Beschuldigten durch den Justizapparat als wirklich verantwortlich für das ihm zur Last gelegte Verbrechen feststellen zu lassen.

Ökonomie und Politik – Wie ein Regime den Zusammenbruch des Staates überlebt

Werner Ruf

In den 70er Jahren galt das algerische Entwicklungsmodell in weiten Kreisen als paradigmatisches Vorbild. Ließ doch das Konzept der „industrialisierenden Industrien"[1] die Hoffnung aufscheinen, hier werde eine Entwicklungsstrategie verfolgt, die nicht nur die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erreichen, sondern zugleich die negativen Folgen westlicher Modernisierungskonzepte, nämlich die Verschärfung der sozialen Antagonismen, vermeiden könnte. Noch wenig bekannt waren damals die negativen Folgen einer auf einer reinen Rentenökonomie basierenden Entwicklungsstrategie. Unterschätzt wurde auch der politische Voluntarismus dieses Programms, das die strukturelle Deformation der algerischen Wirtschaft der 132 Jahre währenden Kolonialzeit zu kompensieren versuchte.[2]

Das algerische Entwicklungsmodell

Die französische Siedlungskolonie Algerien war gekennzeichnet durch die Inbesitznahme der fruchtbaren und bewässerbaren Flächen und die systematische Vertreibung der algerischen Bauern durch die Siedler, die hinfort die Möglichkeit zur Beschäftigung als Tagelöhner in einer nur saisonal arbeitsintensiven Landwirtschaft fanden. Um diese Arbeitskraft so billig wie möglich zu halten, aber auch um die Entstehung von Gewerkschaften und die damit verbundene Politisierung der Lohnarbeiter zu verhindern, widersetzten sich die Siedler erfolgreich jeder Industrialisierung des Landes. Als erkennbar wurde, daß Frankreich den Algerienkrieg (1954–1962) nicht gewinnen würde, verkauften einige Siedler ihre Latifundien an wohlhabende Algerier: so entstand ansatzweise eine dünne algerische Agrarbourgeoisie. Die Masse der Siedler jedoch verließ das Land fluchtartig zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit. Unter dem Einfluß der (in Frankreich entstandenen) algerischen Gewerkschaft UGTA übernahmen die Landarbeiter die Betriebe und organisierten sich als Selbstverwaltungskomitees.

Während der ersten Jahre der Unabhängigkeit blieb Algerien weiterhin Nettoexporteur landwirtschaftlicher Produkte, allerdings ging die Produktion rapide zurück, was verschiedene Ursachen hatte: Die Verträge von Evian, mit denen die Unabhängigkeit Algeriens besiegelt worden war, sicherten Algerien für zehn Jahre die Behandlung als EWG-Inland, also freien Marktzugang nach Frankreich und in die übrige EWG. In dem von Anfang an zentralistisch konzipierten politischen System blieb den Betrieben zwar die Entscheidung über die Produktion. Dem Regime wurde aber das Monopol für Vermarktung und Transport gesichert, das dadurch die Abnahmepreise diktieren konnte, die für die Landarbeiter immer unattraktiver wurden. Schließlich machte der politische und ökonomische Zentralismus die Landarbeiter zu staatlichen Rentenempfängern, die ihre schmalen Löhne erhielten, gleichgültig, ob sie nun produktiv oder unproduktiv waren. Dies alles führte dazu, daß die landwirtschaftlichen Flächen verkamen und von Produktivität schließlich kaum mehr die Rede sein konnte. Die 1972 eingeleitete „Agrarrevolution", die die Entmachtung der einheimischen Agrarbourgeoisie zum Ziele hatte, trug gleichfalls nicht zur Steigerung der Produktivität bei, beließ aber in deren Händen große Summen von Entschädigungsgeldern, die im „sozialistischen" Algerien nicht investiert werden konnten und deshalb in spekulative Schwarzmarktgeschäfte mit Devisen gingen (vgl. unten).

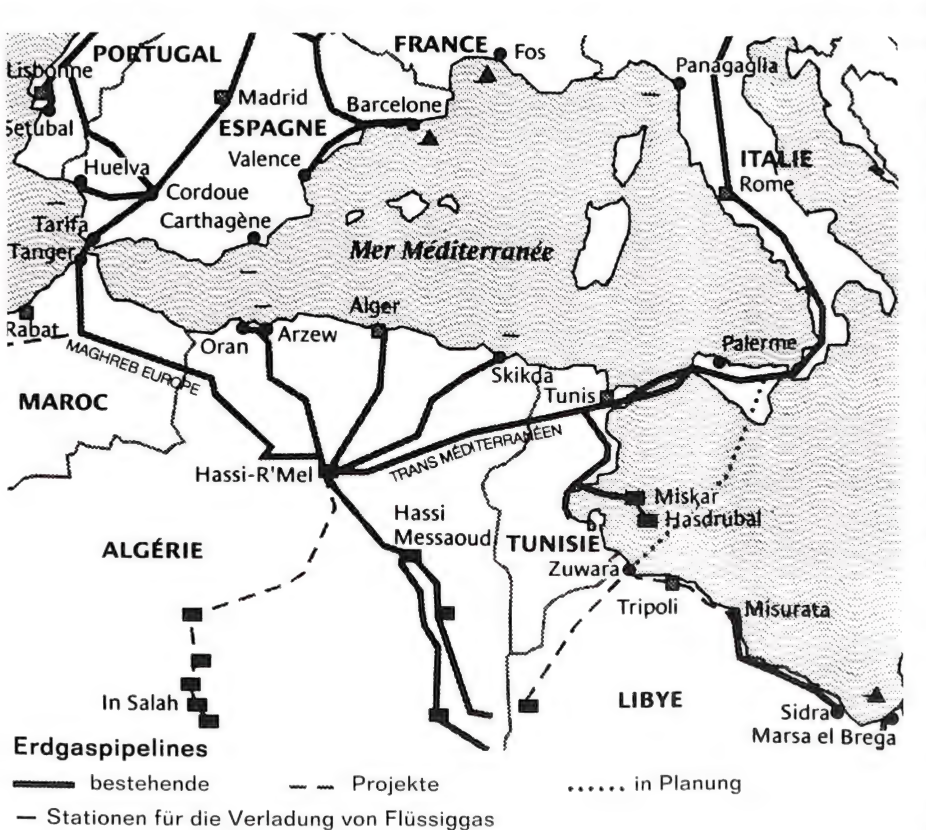
1971 verstaatlichte Algerien die bis dahin noch von Frankreich kontrollierte Erdöl- und Erdgaswirtschaft. Mit dem Oktoberkrieg des Jahres 1973 und der Gründung der OPEC vervierfachte sich der Kohlenwasserstoffpreis. Die Finanzierung des Entwicklungsmodells schien nun völlig problemlos.

Das Konzept der „industrialisierenden Industrien" verfolgte einen doppelten Zweck: Zum einen sollte, basierend auf den vorhandenen einheimischen Ressourcen, eine Stahl- und eine petrochemische Industrie geschaffen werden, die auf dem höchsten technologischen Stand war und auf dem Weltmarkt mit den Industrieländern konkurrieren konnte. Zum anderen wurde damit ein soziales Ziel, die Restrukturierung der gesamten algerischen Gesellschaft, verfolgt. Dies sollte „... die Arbeitsproduktivität erhöhen und die ökonomische und soziale Restrukturierung des Gesamten zur Folge haben ebenso wie die gleichzeitige Veränderung der Verhaltensweisen innerhalb dieses Ganzen".[3]

Von vornherein war klar, daß der Aufbau der hochmodernen Schlüsselindustrien nicht arbeitsintensiv sein konnte. Deshalb sah das Konzept vor, daß in einer zweiten Phase um die hochmodernen Industriepole herum weiterverarbeitende Industrien entstehen sollten, die sowohl für private Investitionen offen wie auch arbeitsintensiv sein sollten, um vor allem die auf den Arbeitsmarkt drängenden Jugendlichen zu absorbieren. In der Zwischenzeit

fungierte der Staat – nach staatssozialistischem Muster – als Versorgungsstaat, der gewaltige Investitionen im Gesundheits- und vor allem im Erziehungswesen tätigte, deren Anteile am Staatshaushalt zusammen über viele Jahre doppelt so hoch waren wie der des Verteidigungsetats. In der Tat führte das Modell zu einer sozialen Restrukturierung, wenn auch anders als geplant.

Die Jagd nach Aufträgen zum Aufbau der hochmodernen Schlüsselindustrien seitens führender Technologiekonzerne vor allem aus Japan und der Bundesrepublik eröffnte den Spitzen der Bürokratie die Möglichkeit, enorme Bestechungsgelder einzustreichen. Hielt sich die Korruption während der Regierungszeit Boumediennes noch relativ in Grenzen, so wurde sie unter Benjedid geradezu zum System: nach Angaben des früheren Ministerpräsidenten Brahimi sollen die Spitzen der Bürokratie allein in den 80er Jahren rd. 26 Milliarden US-Dollar an Bestechungsgeldern[4] eingestrichen haben – dies ist fast exakt die Summe der algerischen Auslandsschulden Ende der 80er Jahre.



Quelle: Gas matters, London

Mitte der 80er Jahre brach das Modell der „industrialisierenden Industrien" zusammen: nicht nur war die Entstehung von Sekundärindustrien und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgeblieben, die Schlüsselindustrien selbst, die zunächst schlüsselfertig, dann jedoch, da die Qualifikation der algerischen Techniker und Arbeitskräfte nicht ausreichte, produktfertig erstellt wurden, erwiesen sich als äußerst störanfällig und wenig produktiv. Der Einstieg in den Weltmarkt blieb Illusion. Die über mehr als zwei Jahrzehnte vernachlässigte Landwirtschaft war weit entfernt davon, eine rapide gewachsene Bevölkerung ernähren zu können, so daß ab Mitte der 80er Jahre 80% der Grundnahrungsmittel importiert werden mußten.

Wirtschaftskriminalität und politischer Wandel

Auch die Vergabe der hierfür notwendigen Importlizenzen erfolgte zentralistisch und war Ursache für die Entstehung und Erweiterung mafiotischer Strukturen, konnten doch die wenigen, dem Oligopol angehörenden Importeure Waren künstlich verknappen und überhöhte Preise erzielen. Spekulationen und Wirtschaftskriminalität entwickelten einen parallelen Schwarzmarkt, auf dem alles zu haben war, was aufgrund von Importrestriktionen, die dem Schutz des Aufbaus der heimischen Industrie dienen sollten, auf dem inländischen Markt nicht zu erhalten war. Luxuskonsumgüter wie Autoersatzteile, Kühlschränke, Fernsehapparate und Videogeräte wurden in großen Mengen gegen Devisenzahlungen beschafft, wobei der Dinar ständig an Wert verlor und auf dem Schwarzmarkt bei permanent sinkendem Kurs zu einem Sechstel des offiziellen Wechselkurses gehandelt wurde.

Eine wichtige Rolle in dieser Schattenwirtschaft (*trabendo*) spielten die algerischen Migranten in Frankreich. Der 1973 verfügte Anwerbestopp von Arbeitsmigranten hatte dazu geführt, daß die algerischen Arbeitskräfte in Frankreich verblieben, ihre Familien nachzogen, oft die französische Staatsangehörigkeit annahmen.[5] Damit gingen die Überweisungen an in Algerien lebende Angehörige drastisch zurück.[6] Soweit noch Zahlungen erfolgten, wurden diese von algerischen Spekulanten und sogenannten *trabendistos* im Lande vorgeschossen, bei Reisen nach Frankreich von den Migranten in Form von Devisen kassiert, womit wiederum der Import von Luxusgütern finanziert wurde.

1985 begann die offene Krise: Infolge des Ersten Golfkriegs (1980) zwischen Iran und Irak zerbrach die OPEC, und der Kohlenwasserstoffpreis stürzte wegen drastisch erhöhter Verkaufsquoten der Kriegsparteien ab. Algerien hatte aus Furcht vor der Auflagenpolitik des IWF stets Kredite auf dem privaten internationalen Kapitalmarkt aufgenommen, auch wenn die Konditionen dort sehr viel schlechter sind. Mit dem Verfall der Erdöl- und Erdgaspreise geriet es nun in die Schuldenfalle. Die erste schwere politische Krise folgte im Oktober 1988, als ein Schülerprotest zu allgemeinen Unruhen eskalierte, in deren Verlauf 500 bis 1000 Menschen zu Tode kamen.

Das allgemeine Entsetzen über die Brutalität des Militärs, bewirkte massiven Widerstand gegen die Allmacht des Regimes. Der Ruf nach politischen Reformen wurde laut. Die neue Verfassung vom Februar 1990 gestattete Parteienpluralismus, Presse- und Meinungsfreiheit. Die Armee, die sich

allerdings nach türkischem Muster als Garantin des Systems betrachtete, zog sich offiziell aus der Politik zurück und stellte keine Minister mehr im Kabinett, auch wenn weiterhin Oberst Chedli Benjedid Staatspräsident blieb.

Diese Liberalisierung beschränkte sich jedoch auf den formalen Bereich des politischen Systems. Die Ökonomie blieb staatlich-zentralistisch, d. h. sie lag weiterhin fest in den Händen des alten korrupten Apparats. Die weiter wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme wie insbesondere die Massenarbeitslosigkeit, die vor allem die Jugend traf, die extreme Wohnungsnot, der sich verschlechternde Zustand der Infrastruktur (die Wasserversorgung der Großstädte funktionierte nur noch stundenweise, z. T. in zweitägigen Intervallen) wurden zum lohnenden Agitationsfeld der nunmehr als Partei zugelassenen Islamischen Heilsfront (FIS). Sie geißelte die Clique, die weiterhin die Macht innehatte, ihren protzigen, verwestlichten Lebensstil, ihre Legitimation, die islamische Prinzipien beschwor, selbst jedoch diese weder praktizierte noch auf die Not der Bevölkerung einging. Diese Propaganda mußte angesichts der wachsenden sozialen Antagonismen auf fruchtbaren Boden fallen. So war es kein Zufall, daß die FIS aus den ersten freien Kommunalwahlen im Juni 1990 mit insgesamt 55% der Stimmen als mit Abstand stärkste politische Kraft hervorging. In den Großstädten an der Küste erhielt sie gar 80% und mehr der Stimmen.

Als Protestbewegung brauchte die FIS kein politisches oder gar ökonomisches Programm. Es genügte, die Machthaber als korrupte Statthalter des Westens (*hizb fransa*) anzuprangern, die in gleichem Maße die islamischen Prinzipien der algerischen Gesellschaft wie die der nationalen Revolution (Befreiungskampf) verraten hatten. In ihrer Propaganda griff die FIS den populistischen Diskurs des algerischen Nationalismus ebenso auf wie die egalitaristischen sozialen Versprechungen der Vertreter eines Systems, das sich unter Berufung auf den Islam und den Sozialismus zu legitimieren versucht hatte. So hatte das alte FLN-Regime die Islamisierung der Gesellschaft vorangetrieben, das Erziehungswesen arabisiert – die eigenen Kinder jedoch weiterhin auf das französische *Lycée Descartes* geschickt, in großer Zahl den Moslembrüdern nahestehende ägyptische Lehrer rekrutiert, den Freitag zum wöchentlichen Ruhetag gemacht, ein die Frauen extrem diskriminierendes Personenstandsrecht in Kraft gesetzt usw.

Während die „industrialisierenden Industrien" technisch hochqualifizierte, fremdsprachenkompetente Kader benötigten, bewirkte die Arabisierung geradezu den Ausschluß der Jugend vom qualifizierten sozialen Aufstieg. Der Janusköpfigkeit des Entwicklungsmodells entsprach auch die Ressortverteilung im Kabinett: Kultur und Erziehungswesen verblieben in den Händen von Vertretern der islamistischen Strömung innerhalb der FLN, Wirtschafts- und Industrialisierungspolitik wurde von modernistisch eingestellten Technokraten betrieben.

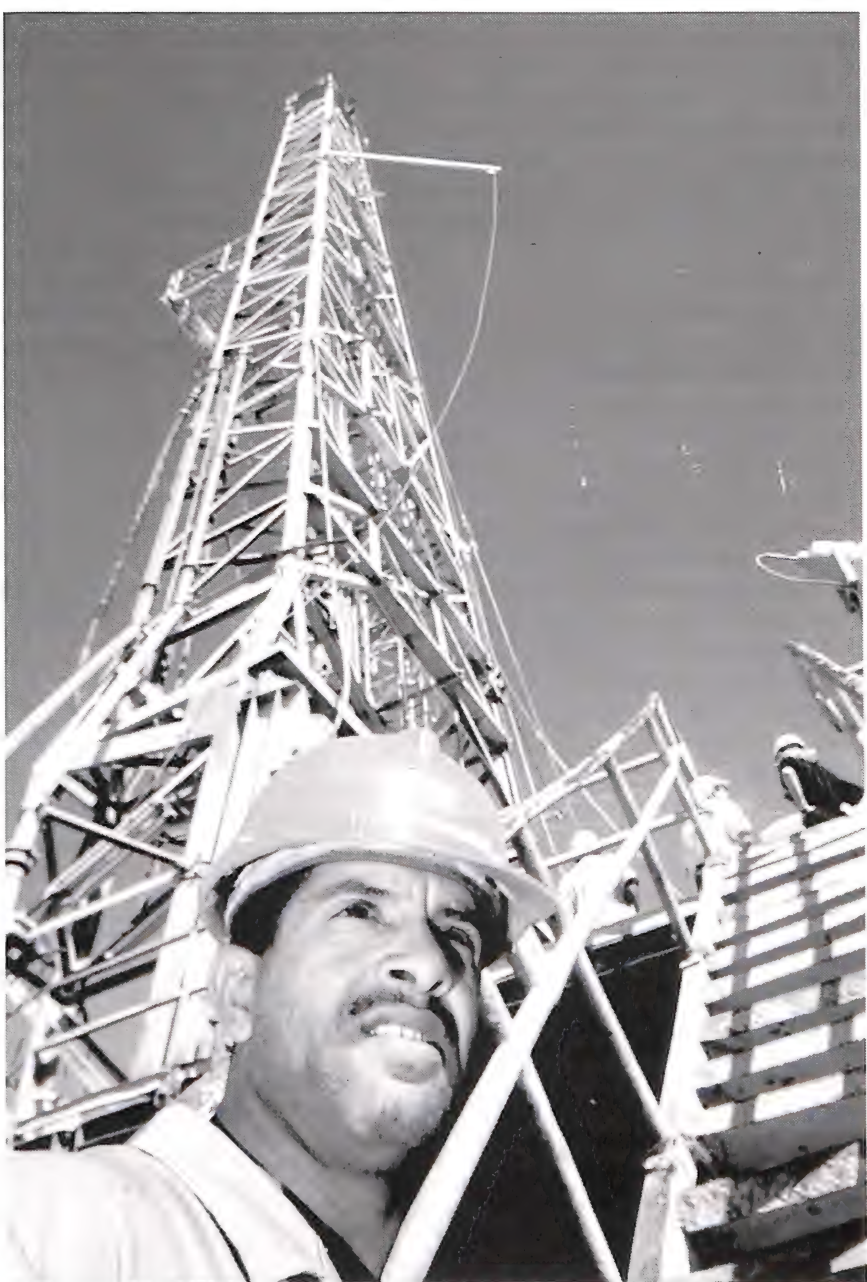
Bürgerkriegsökonomie und Rationalität des Terrors

Der Rückgriff auf den populistischen Diskurs der islamistischen Strömung innerhalb der FLN, die Radikalität, mit der die FIS ihre Forderungen vortrug, und ihre Konfliktbereitschaft gegenüber dem Regime, wie sie in dem von der FIS ausgerufenen Generalstreik im Juni 1991 deutlich wurde, in dessen Folge die prominenten Führer der Bewegung Abassi Madani und Ali Benhadj verhaftet wurden, machten deutlich, daß die FIS nicht bereit war, sich von Vertretern des alten Systems kooptieren zu lassen. So wurden die mehrfach verschobenen Parlamentswahlen zur zentralen Machtprobe. Bereits im ersten Wahlgang am 26. Dezember 1991 erhielt die FIS 188 der insgesamt 430 Mandate, gefolgt von der FFS mit 26, der alten Staatspartei mit 16 Mandaten. Damit war klar, daß sie in der zweiten Runde der Stichwahlen am 16. Januar 1992 weit mehr als jene zwei Drittel der Sitze erhalten hätte, die notwendig gewesen wären, um ggf. eine Verfassungsänderung durchzusetzen, selbst wenn die Wahlenthaltungen, die bei 41% lagen, im zweiten Wahlgang geringer gewesen wären. Klar war, daß unter den Bedingungen der geltenden Verfassung die FIS die Macht übernommen hätte und daß sie nicht bereit war, diese zu teilen. So putschte am 11. Januar das Militär, setzte die Verfassung außer Kraft, den Staatspräsidenten ab und löste die noch amtierende Nationalversammlung auf. Zehntausende Mitglieder und Mandatsträger der FIS wurden verhaftet; gleichzeitig begann vereinzelt bewaffneter Terror seitens der Islamisten, der schnell eskalierte.

Es ist hier nicht möglich, auf die grauenhafte Eskalation der bewaffneten Auseinandersetzung einzugehen, die Spirale der Gewalt zu beschreiben, die sich immer weiterschraubt. Sehr früh schon kamen Zweifel auf, daß allein die islamistischen Gruppen für terroristische Anschläge verantwortlich seien: So etwa bei der Ermordung des von den Militärs eingesetzten Vorsitzenden des Hohen Staatsrats, Mohamed Boudiaf – 170 Tage nach seinem Amtsantritt –, der massive Versuche unternommen hatte, um den Korruptionssystemen auf die Spur zu kommen; oder bei dem bis heute dubios gebliebenen Anschlag auf den Flughafen von Algier, der neun Tote und Dutzende von Verletzten forderte; oder bei der Ermordung des ehemaligen Geheimdienstchefs Kasdi Merbah am 21. August 1993. Immer unklarer aber wurden im Verlauf der Jahre auch Strukturen auf der islamistischen Seite: Der Gegenterror des Regimes, die Systematisierung bestialischer Foltermethoden, das Verschwindenlassen von Tausenden von Menschen[7], blutige Repression gegen Bewohner ganzer Viertel, die als Hochburgen der Islamisten gelten, etc. trugen sicherlich dazu bei, den Zustrom entwurzelter Jugendlicher zu sich immer weiter radikalisierenden islamistischen Terrorgruppen zu fördern. Andererseits gelang es dem Regime, die politischen und militärischen Strukturen der FIS und ihres bewaffneten Arms, der AIS, weitgehend zu zerschlagen oder zumindest entscheidend zu schwächen, so daß die AIS im Oktober letzten Jahres einen einseitigen Waffenstillstand erklärte. Auch gelang es dem Regime offensichtlich, zumindest einige der Bewaffneten Islamischen Gruppen (GIA) zu unterwandern, die völlig dezentral, in wechselnder Komposition agieren und oft von sog. Afghanen geführt werden.[8] Völlig undurchsichtig wird die Situation durch die vom Regime ausgeübte Zensur und die oft manipulierten offiziellen Verlautbarungen. So wurde einer der prominentesten „Emire" der

GIA, Antar Zouabri, nach offiziellen Darstellungen bereits dreimal bei bewaffneten Zusammenstößen von den „Ordnungskräften" erschossen, scheint aber immer noch im Untergrund zu operieren.

Die perverse Logik dieser Art der Kriegführung hat es dem Regime ermöglicht, zahlreiche Anschläge den islamistischen Kommandos anzulasten, obwohl sie in Wirklichkeit von Teilen des Sicherheitsdienstes zumindest gesteuert waren[9], und damit eine anti-islamische Hysterie in Europa zu schüren, die sich wiederum in der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung für das Regime auszahlte. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß die Machthaber keineswegs eine geschlossene Gruppierung mit gleicher ideologischer Programmtik oder identischen Interessen darstellen. Die Elite zerfällt nicht nur in die politischen Fraktionen der „Ausrotter" (*éradicateurs*) und der „Dialogbefürworter" (*dialogistes*), die eine Verhandlungslösung zumindest mit der FIS für möglich halten, sie ist auch ein Konglomerat von Protektoren unterschiedlichster Segmente der algerischen Schattenwirtschaft. Zusammengehalten wird sie durch das ungeschriebene Gesetz, nicht die Kreise anderer am System Beteiligter zu stören und – dies dürfte das zentrale Motiv sein – gemeinsam die (Staats)-Einnahmen aus der Kohlenwasserstoffrente im Interesse privater Bereicherung zu kontrollieren. So hat die Führung des Militärs (die algerische Armee ist eine Wehrpflichtigenarmee) schon seit den 70er Jahren einen Staat im Staate errichtet mit speziellen Sozialleistungen, eigenen, streng bewachten Villensiedlungen in bester Lage, eigenen bestens ausgerüsteten Krankenhäusern etc., zu denen nur die Militärkaste und die oberen Ränge der Bürokratie sowie in Notfällen die Angehörigen ausländischer Botschaften Zutritt haben.



Erdölförderung *Foto: Hacky Hagemeyer*

Zur Spezifik der Terrorismusbekämpfung und der Bürgerkriegsökonomie in Algerien gehört auch, daß der Staat sich von seinem Gewaltmonopol verabschiedet hat: Anstatt die Bevölkerung zu schützen, hat er diese bewaffnet und aufgefordert, sich selbst zu verteidigen. Die Zahl der Milizionäre und Angehörigen von Dorfverteidigungskomitees wird auf ca. 200 000 geschätzt. Angesichts der ökonomisch katastrophalen Situation, der Verknappung von Grundnahrungsmitteln und Ausrüstungsgegenständen, die weiterhin von mafiosen Gruppen kontrolliert werden, bedeutet Selbstverteidigung auch Selbstbeschaffung lebenswichtiger Güter. So errichten zu Banden degenerierte Milizen Straßensperren auf eigene Faust, führen „Vergeltungsschläge" gegen benachbarte Dörfer aus, alte tribalistische Strukturen werden wiederbelebt, Blutrachemechanismen für Generationen in Gang gesetzt. Es entspricht der Logik dieses Chaos' durchaus, daß in Rachefeldzügen ganze Dörfer ausgelöscht, Industrieanlagen in Brand gesetzt, Bevölkerungsteile zwecks Zahlung von Abgaben terrorisiert werden. Betrachtet man jedoch die Geographie der Massaker genauer und bedenkt man den möglichen Sinn der Zerstörung von industriellen Anlagen, so wird deutlich, daß gerade die massenhafte und bestialische Ermordung der Einwohner und Einwohnerinnen ganzer Dörfer oder von Vierteln der Großstädte sich in jenen Gegenden, wie etwa in der Mitidja-Ebene zwischen Algier und Blida, häuft, wo sich eine hohe Konzentration der Ländereien der ehemaligen *colons*, also der heutigen Selbstverwaltungsbetriebe befindet. Aufgrund des Umschuldungsabkommen mit dem IWF von 1994 hat sich Algerien verpflichtet, seine Staatsbetriebe bis Ende dieses Jahres zu privatisieren. Um politischem Druck vorzubeugen, erhielten die Beschäftigten dieser Betriebe ein Vorkaufsrecht auf das Land. Ist es aber nicht problemloser für die Barone des Regimes, dieses Land billig dem Staat abzukaufen, *nachdem* die Bau-



Raffenerie bei Hassi Mesouad *Foto: Hacky Hagemeyer*

ern vertrieben und so möglicher Widerstand gegen anstehende Entlassungen von vornherein beseitigt ist. Ist es nicht sinnvoll, zerstörte Betriebe zu Schleuderpreisen zu kaufen, um sie dann mit günstigen Krediten und durch die nun möglichen und häufigen *joint ventures* wieder aufzubauen? Müssen vor diesem Hintergrund nicht Vermutungen plausibel erscheinen, daß an den Massakern auch Todesschwadrone rivalisierender Barone des Regimes beteiligt sind? Ist es tatsächlich ein Anzeichen für den Versuch, das staatliche Gewaltmonopol wiederherzustellen, wenn erstmalig Sicherheitskräfte gegen Anhänger des Regimes und deren private Milizen vorgehen wie Mitte April in der Gegend der westalgerischen Stadt Relizan[10], oder ist dies ein erstes Anzeichen für das Zerbersten der Koalition der Profiteure an der Spitze der Macht?

Die offensichtliche Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols kontrastiert merkwürdig mit der außerordentlichen Fähigkeit desselben Staates, die Tausende von Kilometern von Pipelines zu schützen, die das Land in Richtung Küste, aber auch nach Europa über Tunesien und Marokko durchziehen. In den mehr als sechs Jahren, die der Konflikt währt, mit seinen inzwischen wohl über 130 000 Toten wurde auf die Lebensader des Regimes nicht ein Anschlag verübt.

Die Therapie des IWF und die „Gesundung" der algerischen Ökonomie

1992 beliefen sich die algerischen Auslandsschulden auf gut 29 Milliarden US-Dollar. Der jährliche Schuldendienst betrug beinahe ein Drittel dieser Summe. Das Land war zahlungsunfähig und schloß schließlich nach langen und zähen Verhandlungen ein Umschuldungsabkommen mit dem IWF, in dem es schwerwiegende politische Konzessionen machen mußte, allen voran die Einstellung des nationalen Atomprogramms und die Privatisierung der Staatsbetriebe. Neben umfangreichen Umschuldungen und einem *stand-by*-Abkommen erhielt Algerien Finanzhilfen und Neukredite in Höhe von mindestens 8 Milliarden US-Dollar, so daß die Verbindlichkeiten (ohne die Folgen der massiven Abwertung des algerischen Dinar) auf gut 40 Milliarden US-Dollar geschätzt werden können. Im Mai dieses Jahres sollte über die Schulden des Landes neu verhandelt werden. Mitte August 1997 erklärte der algerische Premierminister Ahmed Ouyahia, daß es angesichts der Fortschritte der algerischen Ökonomie und der vorhandenen Devisenreserven keine Neuverhandlungen mit dem unpopulären IWF geben werde. Und in der Tat:[11] Anfang 1997 wurde die Erdgaspipeline über Marokko nach Spanien und Portugal mit Einspeisung in das europäische Erdgasnetz in Betrieb genommen. Zusätzlich zu der bereits länger existierenden Pipeline über Tunesien nach Italien und Slowenien konnten dadurch die algerischen Erdgasexporte gewaltig erhöht und die Staatseinnahmen gesteigert werden. Weitere Zuflüsse von Devisen, die sich günstig auf die Zahlungsbilanz auswirkten, wurden durch die Privatisierung der Ökonomie erwirkt, insbesondere im Bereich der Prospektion neuer Erdöl- und Erdgasfelder, der Errichtung neuer Förderanlagen, Verarbeitungsanlagen für Erdgas, darunter eine 60%ige Beteiligung in Höhe von 14 Millionen DM der Hoechst-Tochter Messer Griesheim an einem Gas-Industrieanlagen-Projekt in Skikda (eine Tochter des algerischen Erdöl-Konzerns SONATRACH hält 40%).

Allen weit voran sind es die US-amerikanischen Ölkonzerne Anadarko, Arco, Mobil, Philips, Louisiana Land Exploration, Oryx, IGC Kellog, aber auch die kanadischen Konzerne Petro Canada und Lavalin, die britischen BP und LASMO, der australische BHP, der argentinische Pluspetrol, der brasilianische Petronas, die spanischen Cepsa, Repsol, deutsche über das Konsortium Konsalp und die koreanischen Pedco, Daewoo, Samsung und schließlich die südafrikanische Deniel, die sich in zahlreichen Prospektionen und *joint-ventures* engagieren und damit Kapital und *know-how* ins Land bringen. Neben arabischen Banken sind auch drei US-Banken, darunter die Citybank, im Begriff, sich in Algerien niederzulassen. Auch dies ist mit erheblichen Zuflüssen von Kapital verbunden. Außerdem hat die US-Regierung 1997 zwei umfangreiche Export-Finanzierungskredite in Höhe von 15,3 und 134,6 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt. Algerien stieg in den Jahren 1994 bis 1997 mit steigenden Exportraten zum drittwichtigsten Importland der USA (nach Saudi-Arabien und Israel) auf. Außerdem richtete Algerien in Bellara eine Freihandelszone ein.

Unter diesen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, wenn der *Country Commercial Guide* des Außenhandelsdienstes des US-Außenministeriums feststellt:

„Algerien ist ein potentiell großer Markt für amerikanische Exporte ... Die Regierung Algeriens setzt ein strukturelles Anpassungsprogramm um, das gebilligt und unterstützt wird durch den IWF und die Weltbank. Auf makro-ökonomischer Ebene hat Algerien die Kriterien des IWF nicht nur erreicht, sondern übertroffen ... Algeriens Privatisierungsgesetz bietet privaten Investoren Vorteile ..." (Übers. aus dem Engl. W.R.).

Unter diesen Bedingungen, die weniger mit der Leistungsfähigkeit der algerischen Wirtschaft zu tun haben als mit steigenden Renteneinnahmen, dem Zufluß neuen Kapitals und der (politisch motivierten) Übernahme von Exportgarantien, erklärt sich dann leicht, daß Algerien tatsächlich im Februar 1998 einen positiven Devisenstand von 9 Milliarden US-Dollar vorweisen konnte und in der Lage war, Fälligkeiten bei internationalen Privatbanken demonstrativ einige Tage vor Zahlungsziel zu leisten.

Da aber die Abkommen mit dem IWF und die Umschuldungsvereinbarungen 1998 auslaufen, wird Algerien noch in diesem, vor allem im nächsten Jahr mit Rückzahlungsforderungen der vor 1994 aufgelaufenen Schulden (1998 2,9 Mrd., 1999 3,1 Mrd. US-Dollar) konfrontiert - zusätzlich zum Schuldendienst der neu kontraktierten Schulden. Die algerischen Haushaltspläne basieren außerdem auf einem angenommenen Rohölpreis (und dem daran gekoppelten Erdgaspreis) von US-Dollar 18 pro Barrel. Der tatsächliche Preis lag aber im ersten Quartal 1998 bei US-Dollar 14,4, was für die algerischen Exporte allein für das zweite Quartal 1998 Mindereinnahmen in Höhe von 404 Millionen US-Dollar brachte. Jeder Dollar weniger bedeutet einen jährlichen Verlust von rd. 500 Dollar Exporteinnahmen. Und Schätzungen laufen darauf hinaus, daß der Preis pro Barrel auf 12 US-Dollar sinken wird.

Entscheidender aber ist, daß die äußerst zögerlich anlaufende Privatisierung bisher – nach unterschiedlichen Angaben – zwischen 40 000 und 80 000 Arbeitsplätze gekostet hat. Wie unter diesen Bedingungen die Regierung ihr Versprechen einlösen will, bis zum Jahr 2000 1,2 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen und 800 000 Wohnungen zu bauen, bleibt das Geheimnis der Machthaber über den Kohlenwasserstoffsektor.

Perspektiven

Sicher ist, daß Algeriens Staatswirtschaft unrentabel und unproduktiv war und es seit Mitte der 80er Jahre nicht mehr gelang, die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Sicher ist aber auch, daß Liberalisierung und Privatisierung jene Antagonismen noch verschärfen werden, die Ursache für den islamistischen Protest und sein Anschwellen zu einer Massenbewegung waren. Während das Regime das Land in Blut und Chaos versinken läßt, ja Fraktionen der Gruppe an der Macht selbst aus kurzfristigen ökonomischen Interessen in die Massenmörderei verwickelt und an der Auflösung staatlicher Gewalt beteiligt sind, geht der Ausverkauf nationaler Interessen weiter – und dies um den Preis des letzten Rests von rechtsstaatlicher und persönlicher Sicherheit.

Vor diesem Hintergrund und angesichts einer zweiten Welle finanzkapitalistischer Betätigung in Algerien wird deutlich, weshalb die EU-Troika und die Delegation des Europäischen Parlaments in keuscher Zurückhaltung auf die Forderung nach Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Aufklärung der Massaker verzichtet haben, die sicherlich eine geringere Einmischung in die inneren Angelegenheiten des zerrissenen Landes darstellt, als es die Auflagen des IWF von 1994 waren. Ob allerdings die Rechnung des Regimes aufgehen wird, den „nützlichen Sektor" des Kohlenwasserstoffexports dauerhaft vom geographischen und sozialen Rest des Landes abzukoppeln, muß dahingestellt bleiben. Und auch die Euphorie über das neue Investitions-Eldorado Algerien färbt sich ein wenig trübe, wenn das US-Außenministerium erklärt:

„... das US Department of State warnt amerikanische Bürger dringend, nicht in Algerien zu arbeiten ohne substantiellen bewaffneten Schutz. Geschäftsleute aus den USA sollten algerische Handels- und Investitionspartner in den USA oder in Europa treffen. Geschäftsleute, die sich entscheiden, nach Algerien zu reisen, sollten sicherstellen, daß deren algerische Gastgeber für ihre Sicherheit sorgen ab dem Augenblick, in dem sie im Lande ankommen."[12]

■ *Werner Ruf ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Kassel.*

---

1 Destanne de Bernis, Gérard: Les industries industrialisantes et le options algériennes; in: Revue Tiers Monde, Bd. 12, Nr. 47, Juli/Sept. 19971, S. 545-563.

2 Ausführlicher findet sich das hier Gesagte in Ruf, Werner: Die algerische Tragödie. Vom Zerbrechen des Staates einer zerrissenen Gesellschaft, Münster 1997.

3 a.a.O., S. 547.

4 Le Monde, 3. April 1990.

5 Da Algerien seitens Frankreichs als rechtlicher Bestandteil des „Mutterlandes" betrachtet wurde, konnte jeder Algerier, der vor der Unabhängigkeit geboren war, seine *„réintegration"*, also den Erhalt der französischen Staatsbürgerschaft, beantragen.

6 So konnte beispielsweise Marokko bei gleicher Höhe der Auslandsschulden seinen – wegen langfristiger Kredite allerdings viel niedrigeren – Schuldendienst Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre fast voll aus den Überweisungen der Arbeitsmigranten decken, in Algerien, das bei nahezu gleicher Höhe der Auslandsschulden einen um das Fünffache höheren Schuldendienst zu erbringen hatte, tendierten diese Einnahmen gegen Null (vgl. Ruf, a.a.O., Tabelle S. 96.)

7 Siehe hierzu die einschlägigen Berichte von amnesty international, *algeria watch,* Pro Asyl et al.

8 Die verläßlichsten Informationen hierzu finden sich bei Labat, Sévérine: Les Islamistes Algériens, Paris 1995, und Reporters sans Frontières: Le drame algérien, Paris 1996.

9 Vgl. auch Herzog, Werner: Algerien zwischen Demokratie und Gottesstaat, München 1997, S. 127f.

10 Middle East Economic Digest, 24. April 1998.

11 Die im folgenden verwendeten Daten sind entnommen aus Le Monde 2. Sept. 1997 und 21. Okt. 1997, sowie vor allem aus dem Middle East Economic Digest.

12 Foreign Commercial Service and US Department of State 1997: Country Commercial Guide (Übers. aus dem Englischen W.R.)

Privatisierung und Clan-Interessen

Das algerische Roulette

Clemens Altmann

Gebannt starrt die nationale und internationale Öffentlichkeit auf Algeriens Islamisten, die ihr Land mit immer grausigeren Massakern auf die Titelseiten bringen. Die selbsternannten Gotteskrieger führen aber nur nach außen hin einen Kampf um die Seelen, weit mehr scheinen sie an irdischen Gütern interessiert zu sein: Während die einen Kehlen durchschneiden, suchen die anderen nach Geld, Schmuck und sonstigen Wertsachen. So gleichen die Massaker auch jenen Raubzügen marodierender Banden, wie sie Europa im Mittelalter kannte.

Was privatisiert wird und was nicht

Weit ab jeden Medieninteresses bereiten indes ganz andere Kräfte ihre Raubzüge vor, und dort geht es nicht um die Ersparnisse von Bauern und goldene Ohrringe, sondern um etwa 300 Mrd. US $. Auf diesen Wert schätzt der Präsident des algerischen Privatisierungsrates (CNP), Abderrahmane Mebtoul, das theoretisch zu privatisierende Eigentum des Staates an Grund und Boden, Immobilien, Betrieben. Der Ökonomieprofessor muß es wissen, denn seine Organisation ist damit beauftragt, den Wert des zu privatisierenden Staatseigentums zu bemessen. Seit Oktober 1997 sind seine Expertenteams im Land unterwegs, um in den Ruinen der algerischen Staatswirtschaft nach veräußerbaren Perlen zu suchen. Allerdings stehen nicht alle Werte zur Disposition; die strategisch wichtige Erdöl- und Erdgasförderung z. B. ist von vornherein von allen Planspielen ausgenommen. Deren Einnahmen, beinahe die einzigen, müssen Algeriens Auslandsschulden und Lebensmittelimporte abdecken und vor allem den Krieg gegen die bewaffneten islamistischen Banden finanzieren. Im Angebotskatalog befinden sich dagegen solche Industriegiganten – zumindest für afrikanische Verhältnisse – wie der Hüttenkomplex El Hadjar nahe Annabas (zweitgrößtes Werk des Kontinents) oder auch der Industriekomplex Rouiba nahe Algier mit Afrikas größtem Hersteller von Autobussen. Letztere sind zur Zeit jedoch ebenfalls unverkäuflich, da total überschuldet. Allein der Stahlproduzent SIDER steht mit 17 Mrd. Dinar (ca. 500 Mio. DM) in der Kreide.

Was hinter den Kulissen abläuft ist jedoch nicht der zu erwartende Kampf zwischen den Höchstbietenden, sondern zwischen Befürworten der Privatisierung und ihren Gegnern. Wobei die Grenzen zwischen „für" und „wider" durchaus fließend sind. Auch die Gegner sind eigentlich gar nicht gegen die Privatisierung, sondern suchen lediglich einen „legitimen" Ersatz für die bisher als Rente in ihre Taschen fließenden Gelder. Ein (vorerst) letztes Mal wollen sie sich am Staatseigentum, das sie immer als eigentlich ihnen gehörend betrachtet haben, bereichern. Diese Chance haben sie jedoch nur, wenn die Betriebe und Grundstücke so teuer wie möglich verkauft werden (umso höher sind ihre Prozente). Nur, der Markt macht nicht mit! Zwei Jahre nach Beginn der Privatisierungsbemühungen stehen 200 Mio. Dollar auf der Einnahmeseite. Mehr war nicht zu verkaufen. Zu den Enttäuschten gehören vor allem diejenigen, die „zu spät" an die Fleischtöpfe gekommen sind. Viele, die in den späten 70ern und frühen 80ern noch aus dem Vollen schöpfen konnten und heute nicht wissen, wo sie ihr Geld anlegen können, gehören zu den Befürwortern der Privatisierung.

Der Privatisierungsrat (CNP) und der Nationale Rat für Staatsbeteiligungen (CNPE)

Die Querelen um die „richtige" Privatisierung haben mindestens zwei Jahre Zeit gekostet, was Mebtoul geradezu auf die Palme bringt: „Wo hat man das schon gesehen, daß man Preise festlegt? Wir können zwar den Materialwert feststellen, aber den Preis dafür bestimmt der Markt und nicht irgendein Bürokrat. Statt alles abzustoßen, hat der Staat seit 1991 800 Milliarden Dinar (ca. 25 Mrd. DM) in die maroden Unternehmen gepumpt. O.K., damit hat er 600 000 Arbeitsplätze erhalten. Aber mit dem gleichen Geld hätte er auch 2,2 Mio. neue Arbeitsplätze schaffen können."

Für Abderrahmane Mebtoul ist die Privatisierung zur Privatsache geworden. Eingesetzt vom Präsidenten Zeroual und einer seiner engsten Parteigänger sieht er sich selbst einer Bürokratie gegenüber, die jede Initiative schon im Ansatz abwürgen will. Dabei ist die abwartende bzw. bremsende Haltung staatlicher Kader durchaus verständlich. Kein Gesetz garantiert den Firmenchefs und leitenden Angestellten die Weiterbeschäftigung im Falle der Privatisierung. Warum also sollten sie den Ast absägen, auf dem sie sitzen?

Wenn Mebtoul auf den Staatsapparat zu sprechen kommt, hält es ihn nicht mehr auf dem Ledersofa seines Büros in der Rue des Quatre Canons. Dann beginnt er zwischen den Telefonen und der Sitzecke hin- und herzulaufen, krempelt die Ärmel seiner Lederjacke hoch und möchte wohl am liebsten die vier Kanonen besitzen, nach denen die Straße benannt ist. Er landet immer wieder bei seinem Intimfeind. Der heißt Tibaoui und ist Chef des „übergeordneten" Organs, des Nationalen Rates der Staatsbeteiligungen (CNPE). Dieser Rat entschei-

det letztendlich darüber, was und wie privatisiert wird. Während Mebtoul die Verzögerungstaktik des Staatsapparates anprangert, zog Tibaoui kürzlich in einem Interview für die unabhängige algerische Tageszeitung „Liberté“ eine überaus positive Bilanz seines Wirkens. In typischer Haltung algerischer Bürokraten verkaufte der selbsternannte „Oberste Chefprivatisierer“ die Absichtserklärungen ausländischer Firmen bereits jetzt als Ergebnis. Aber wie er es auch drehte und wendete: Am Ende kamen eben nur die besagten 200 Mio. Dollar heraus. Zuwenig für die Präsidentschaft, denn die berief eine Expertenkommission ein, in der wiederum Mebtoul das Sagen hatte. Diese kam zu dem Ergebnis, daß nur ein Privatisierungsministerium in der Art der deutschen Treuhand dem bürokratischen Wirrwarr ein Ende bereiten kann. „Keiner weiß mehr, wer was zu entscheiden hat. Wir brauchen eine einzige Instanz, die Ansprechpartner für Kaufwillige ist und als solche auch Entscheidungsgewalt hat“, drückt Mebtoul seine Unzufriedenheit über die gegenwärtige Situation aus.

Dann findet vielleicht auch die Politik der lancierten Informationen über angebliche Verkäufe ein Ende. Beispiel Rouiba: Der Komplex SNVI (Société Nationale des Véhicules Industrielles) war in der Presse schon an MAN Deutschland verkauft, da kam Daewoo mit dem Versprechen, in den kommenden vier Jahren zwei Mrd. Dollar in Algerien zu investieren, und schon hatte der neue Besitzer der LKW und Busfertigung einen koreanischen Namen. Dann folgte der Börsenkrach in Asien, Daewoo stoppte sein Algerienprogramm und Tibaoui sitzt nun wieder mit MAN an einem Tisch. Allerdings wird sich das deutsche Unternehmen selbst wohl kaum in Rouiba engagieren, sondern höchstens die Motoren liefern.

Ganz offensichtlich sind nur wenige ausländische Firmen am Aufkauf algerischer Unternehmen wirklich interessiert. Die meisten wollen lediglich als „Partnerschaft“ kaschierte Lieferverträge abschließen. Wenn überhaupt Geld fließt – und bisher sind es, wie gesagt, nur Absichtserklärungen –, dann in Neuinvestitionen. So will die spanische Fertiberia für 500 Mio. Dollar ein Düngemittelwerk bauen und die deutsche Ferrostal mit einem amerikanischen Partner ein Werk für Phosphorsäure und Ammoniak im Wert von 400 Mio. Dollar.

Ende Mai 1998 wurde nun eine Liste von 89 Unternehmen veröffentlicht, die noch in diesem Sommer zur Privatisierung anstehen. Daraus sollen eine Mrd. Dollar in die Staatskasse fließen. Vorher werden die Betriebe jedoch noch entflochten, wodurch mehr als 100 selbständige Einheiten entstehen, die interessanter sind für potentielle Investoren.

Zum Verkauf stehen unter anderem alle staatlichen Tourismuseinrichtungen. Ausgenommen wurden lediglich die 5-Sterne-Hotels „El Djazair“ und „Aurassi“ in Algier, die bis zur Fertigstellung des neuen Konferenzzentrums in der Hochsicherheitszone am Meer „Club des Pins“ noch als Tagungs- und Unterbringungsort gebraucht werden. Angeblich soll das „Aurassi“ danach für 130 Mio. Dollar an eine Gesellschaft aus dem Golfstaat Qatar gehen. Die 13 Tourismusunternehmen bestehen aus 70 unterschiedlichen Einrichtungen, darunter neun Heilbäder im Landesinneren. Die vorherige Regierung hatte diese vor zwei Jahren schon einmal angeboten, aber keine Käufer gefunden. Unter anderem deshalb nicht, weil die Eigentumsfragen ungeklärt waren. Eine Situation, wie sie in Deutschland hinlänglich aus den neuen Bundesländern bekannt ist: Die Immobilie gehört x, das Grundstück y. Hinzu kommen fehlerhafte Eintragungen im Katasteramt. Diese Probleme sollen mittlerweile geklärt worden sein. Bleibt die Frage, wie der Markt auf das Angebot reagiert. Da keinerlei Marktanalysen gemacht wurden, verbietet sich jede Prognose.

Finanzamnestie: Straffreiheit für Korrumpeure

Angesichts der Zurückhaltung ausländischer Interessenten, die weniger der Sicherheitslage als vielmehr der Angst vor bürokratischen Hemmschuhen geschuldet ist, bleiben als potentielle Investoren eigentlich nur einhei-



Über die Gruppe Igd al-djilad siehe INAMO Nr. 11, Herbst 1997. Die CD ist erhältlich bei KAUKAB (siehe S. 32)

mische Geldgeber. Davon gibt es wahrscheinlich genug. Mebtoul schätzt die auf ausländischen Konten liegende Geldmenge algerischer Multimillionäre auf mehr als 30 Mrd. Dollar. Die Herkunft des Geldes liegt allerdings im Dunkeln. Mit „ehrlicher" Arbeit, vor allem unter den Bedingungen eines vormals „sozialistischen" Algerien, kann dieses Geld nicht verdient worden sein. Zieht man jedoch in Betracht, daß sich die algerischen Verhandlungspartner bei allen mit dem Ausland abgeschlossenen Lieferverträge zwischen 10 und 40 Prozent des Wertes als „Erfolgsprämie" vorzugsweise auf Schweizer Bankkonten auszahlen ließen, ergibt diese Zahl einen Sinn, zumal wenn es sich bei den Abschlüssen um die Lieferung schlüsselfertiger Betriebe im Wert von mehr als 500 Mio. Dollar handelt, wie sie in den 70er und 80er Jahren reihenweise in die Landschaft gesetzt worden waren. Wenn dieses Geld jetzt zurückfließen würde, um die einheimische Industrie aufzukaufen, wäre dies zwar moralisch anfechtbar, denn das Geld würde ja nicht ausschließlich zu diesem Zweck beschlagnahmt werden, sondern bliebe in den Taschen dieser korrupten Clique, die jetzt sozusagen legal Investitionen tätigen könnte; aber ökonomisch wäre dies durchaus vertretbar. Wieder war es Aberrahmane Mebtoul, der (im Auftrag?) während eines Wirtschaftsseminars in Algier eine pragmatische Lösung vorschlug: Um die im Lande selbst nicht zu mobilisierenden Geldmengen zu beschaffen, sollte eine Finanzamnestie den Korrupten und Korrumpeuren Straffreiheit zusichern.

Nicht nur nebenbei: Eine solche Amnestie würde auch die politische Situation entspannen, denn die Herrschenden klammern sich ja auch deshalb an die Macht, weil sie bei einem politischen Wechsel um die angehäuften Reichtümer bangen müßten. Einmal legalisiert, könnten sie sich von der offenen Machtausübung zurückziehen und demokratischen Kräften das Feld überlassen.

Als der ehemalige Premierminister Abdelhamid Brahimi 1990 die Herrschenden anklagte, 26 Mrd. Dollar beiseite geschafft zu haben, mußte er klammheimlich das Land verlassen, um ihrer Rache zu entgehen. Daß Mebtoul heute ganz offen von 30 Mrd. Dollar sprechen und dazu noch den Vorschlag der Finanzamnestie ins Spiel bringen kann, ohne daß er öffentlich gelyncht wird, zeigt deutlich die prekäre Situation Algeriens. Einer Konjunkturanalyse des Industrieministeriums zufolge sank die Industrieproduktion im ersten Trimester 1998 wiederum um 2,4%. Damit bestätigt sich ein weiteres Mal der seit Jahren anhaltende Abwärtstrend mit einem negativen Wirtschafts-„wachstum" von 5–10%. 200 000 Arbeitnehmer mußten 1997 aufgrund von Betriebsschließungen entlassen werden. Dabei müßten, allein um die Arbeitslosigkeit auf dem gegenwärtigen Stand zu halten, jährlich 300 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Wird die Blockade der Privatisierung nicht aufgehoben, führt das nach Auffassung von Wirtschaftsexperten zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit von jetzt etwa 30% auf etwa 45% im Jahre 2004.

Glaubt man Mebtoul, der allenthalben als der zukünftige Chef des Privatisierungsministeriums gehandelt wird, ist es allein die Angst vor einer Revolte der Unzufriedenen, die ihn umtreibt. Geld kann jedenfalls nicht der Beweggrund gewesen sein. Sein monatliches Gehalt von 24 000 Dinar (knapp 750 DM) dürfte kaum die Telefonrechnung des Mitgliedes Dutzender ausländischer Wirtschaftskommissionen, Buchautors und Konsultanten amerikanischer und europäischer Unternehmen abdecken. „Ich verliere hier nur", meint er abwinkend, als die Sprache darauf kommt. Daß er noch viel mehr als nur Geld verlieren könnte, bezeugen die zwei Leibwächter vor der Tür. Kaum ein Kenner der algerischen Szene zweifelt daran, daß auf dem Schlachtfeld der Auseinandersetzung mit den Islamisten auch den wirtschaftlichen Interessen verschiedener Clans geopfert wurde. Und nicht wenige glauben, daß der Terrorismus lediglich inszeniert wurde, um Algeriens Werte neu verteilen zu können. „Seitdem ich diesen Posten übernommen habe, rechne ich ständig mit einem Anschlag. Eigentlich wundere ich mich nur, daß bisher nichts passiert ist", meint Mebtoul und erinnert an das Schicksal des russischen Chefprivatisierers, der im Kugelhagel endete. Die algerische Mafia ist wohl kaum weniger zurückhaltend, was die Auswahl ihrer Mittel betrifft.

Clemens Altmann, Journalist, Algier.

Die Witwe des algerischen Präsidenten Boudiaf zum Tod ihres Gatten

In einem Interview mit der spanischen Zeitung „El País" beschuldigt Frau Boudiaf einer der „politisch-industriellen Clans", die bestimmte Machtzentren kontrollieren, ihren Mann getötet zu haben...
Die in Oran geborene Fatiha Boudiaf (54) hat 28 Jahre im Exil in Kenitra (Marokko) verbracht, bevor sie sich mit ihrem Mann, Mohammed Boudiaf, in Algier niederließ, als dieser im Januar 1992 zum Präsidenten ernannt wurde. Die algerischen Militärs hatten den historischen Führer aus dem Unabhängigkeitskrieg gebeten zurückzukommen, um den politischen Übergang zu dirigieren. Sein Mandat dauerte nur kurze Zeit. Der Unterleutnant Lambarek Boumaraafi tötete den Präsidenten am 29 Juni 1992, als er eine Rede im „Palais de la culture" von Annaba hielt.

Ich möchte nicht an Ihre alten Wunden rühren, aber ... wie haben Sie diesen Tag verbracht?
Meine Erinnerungen an das Attentat beginnen mit dem Vorabend, an dem mein Mann spontan seine Meinung änderte. Er bat mich, ihn nicht nach Annaba zu begleiten, sondern meine Familie in Oran zu besuchen. In dieser Nacht blieb er länger im Bad als gewöhnlich und als ich das Badezimmer betrat, verdeckte er seinen Körper. Ich dachte amüsiert, daß er schamhafter geworden ist, seit er Staatschef geworden war. Heute denke ich eher, daß er, als guter Muslim, rein in die andere Welt gehen wollte. Es war, als ob er eine Ahnung gehabt hätte oder als ob ihm jemand anvertraut hätte, daß die Gefahr eines Attentats bestand. Aber er wollte diese Reise nicht absagen.
Am 29. Juni, während er in Annaba war, nahm ich einen regulären Flug Algier-Oran. Das Flugzeug sollte gerade starten, als Sicherheitsleute an Bord kamen und mich baten, sie zu begleiten. Sie gaben mir keine einzige Erklärung ... Der offizielle Wagen fuhr mich nach Hause zurück. Das Telefon klingelte: meine Schwester rief aus Oran an. Sie schrie. Sie sagte mir, was geschehen war. Ich dachte sofort: die einen haben ihn aus dem Exil zurückgeholt, die anderen haben ihn getötet.

Wer sind die anderen, die ihn getötet haben?
Einer der politisch-industriellen Clans, die bestimmte Machtzentren kontrollieren. Die korrumpierte Bürokratie, die sich auf Kosten des Volkes bereichert. Ein Clan, der Militärs, die sich für den Weg der Demokratie engagieren wollten, veranlaßte ihn von Kenitra nach Algier zurückzukommen. Ein anderer Clan im Kreise der Macht, der der alten konservativen Garde der alten Einheitspartei, hat sich seiner entledigt.

Diese Personen haben Namen. Könnten Sie sie verraten?
Ja, aber ich kann keine Namen nennen. Ich habe keine Beweise. Nur den Verdacht. Ich habe zu Präsident Liamine Zeroual gesagt: „Ich habe kein Recht ohne Beweise zu sprechen." Aber ich bin mir absolut sicher, daß es sich nicht um Islamisten handelt. [...]

Dann, am 1. Juli 1992, fand die Beerdigung statt.
Ich war aufgebracht. Ich wußte, daß sich unter den hohen Würdenträgern des Haut Comité d'Etat (Hohes Staatskomitee, die provisorische Exekutive, A.d.Red.), der Regierung oder der Armee bestimmte Personen darüber freuten, was geschehen war, einige unter ihnen waren wahrscheinlich die Anstifter. Ich werde euch nicht die Leiche meines Mannes geben, dachte ich. Die Menschenmenge brachte mich dazu, meine Meinung zu ändern. Sie schenkte ihm einen bewegenden Abschied. Heute kann ich es akzeptieren, daß er auf dem Friedhof von El Alia beerdigt ist, weil er allen Algeriern gehört.

Warum denken Sie, wurde er getötet?
Weil ihnen schon nach der kurzen Zeit, in der er Präsident war, bewußt wurde, daß er nicht eine Marionette war, die sie nach ihrem Geschmack benutzen konnten. Er war ein alter, aber entschlossener Mann. Eine seiner Prioritäten war der Kampf gegen die Korruption. Und er war dabei indirekte Kontakte mit den Islamisten herzustellen, um zu versuchen sie zur Vernunft zurück zu bringen.

Dann fand der Prozeß statt.
Eine Maskerade, ein schlechter Spaß. Das ist auch der Grund, warum ich mich im Moment darum bemühe, eine Begnadigung vom Präsidenten oder einen Aufschub der Strafe zu erreichen, damit der zum Tode verurteilte Unterleutnant Boumaraafi nicht hingerichtet wird. Ich werde dies aus verschiedenen Gründen erbitten. Zuallererst bin ich mir nicht ganz sicher, ob er es war, der geschossen hat ... Aber selbst wenn er der Mörder ist, würde ich dennoch eine mildere Strafe fordern. Ich bin sicher, daß er nicht alleine gehandelt hat. Ich hoffe, daß er eines Tages sein Gewissen erleichtern möchte, indem er die Namen seiner Komplizen und der Auftraggeber dieses Verbrechens enthüllt. Wenn man ihn hinrichtet, wird er nicht mehr sprechen können.

Ich nehme an, daß Sie versucht waren, nach Kenitra, zurückzukehren, eine Stadt, wo Sie Ihre Kinder und Ihre marokkanischen Freunde zurückgelassen hatten?
Einige haben mir in Algier übel mitgespielt. Der härteste war Ali Kafi, der Mann, der meinen Gatten an der Spitze des Hohen Staatskomitees ersetzte. Als Witwe des Präsidenten habe ich nie um etwas gebeten. Das Hohe Staatskomitee stellte mir ein Haus zur Verfügung, aber Kafi versuchte es mir wieder wegzunehmen. Er ließ mich nicht in Frieden. Es war offensichtlich, daß er wünschte, daß ich das Land verlasse. Meine Präsenz störte ihn. Ende Februar 1993 kapitulierte ich. Ich rief einen hohen Verantwortungsträger an und bat ihn, mir die Rückkehr nach Kenitra zu erleichtern. „Es wird ihnen gelingen mit dir zu machen, was sie wollten", antwortete er mir ... Ich habe nachgedacht. Ich bleibe in Algier.

■ *Le Monde, 19.6.1998. Gekürzt und aus dem Französischen übersetzt von Isabel Schäfer.*

Das Militär bestimmt alle Informationen über Algerien, bis zu dem Punkt, daß man – sogar in Frankreich – den Bannfluch über diejenigen verhängt, welche die vorherrschende Meinung ablehnen.

Algerien verdient doch eine Erklärung

Angesichts der Grausamkeit der Gewalt in Algerien genügt es nicht mehr, diese zu bedauern oder sich darüber zu empören, und auch nicht, Armee und Islamisten gleichermaßen zu beschuldigen. Die Toten von Relizane, Rais oder Bentalha verdienen eine politische Erklärung. Diese darf sich nicht mit dem Verweis auf die „Schwäche" der Armee beschränken, die nicht in der Lage sei, die „halsabschneidenden islamistischen Banden" aufzuhalten.

Die Verantwortung für die Massaker dem Islam in die Schuhe zu schieben, wie dies gewisse Intellektuelle lautstark tun, bedeutet, die Komplexität der Lage in Algerien auf eine erschreckende Schwarz-Weiß-Malerei zu reduzieren. Wir können es nicht hinnehmen, ipso facto als „Revisionisten", Spießgesellen der Halsabschneider, eingestuft zu werden, weil wir diese furchtbar vereinfachende Verzerrung ablehnen ...

Daher ist es notwendig, dem Mythos zu entsagen, dem Mythos desjenigen Algerien, das sich die Franzosen schon seit zu langer Zeit erträumen, anfangs verblendet von den Verlockungen des kolonialen Abenteuers, dann stolz, frei, unabhängig, sozialistisch und Musterland der Dritten Welt.
Wir müssen aufhören zu denken, daß Algerien ein zweites Frankreich sei, auch wenn uns dies die politischen Eliten Algeriens seit 1962 unaufhörlich glauben machen wollen. Letztere, tief geprägt von der französischen Kultur, aber gleichzeitig in einem ambivalenten Verhältnis zu Frankreich, präsentierten diesem ein beruhigendes und gleichmäßiges Bild, das zur Verkennung beitrug, ja sogar geradewegs zum Vergessen eines anderen Algerien führte, eines kommunitaristischen Algerien, dessen soziale Bindungen stark von der Religion geprägt sind – eine Domäne, die zu berühren, sich diese vorgeblich fortschrittlichen und sozialistischen Machthaber übrigens gehütet haben.

Es wurde viel gesprochen über das diplomatische tête-à-tête von Frankreich und Algerien. Der Tatsache aber, daß diese scheinbare Nähe eine wirkliche Annäherung an die algerische Gesellschaft unmöglich machte, da die grundlegenden Veränderungen, die in diesem Land in den letzten fünfunddreißig Jahren geschehen sind, verborgen blieben, hat man wenig Beachtung geschenkt. Arabisierung, Urbanisierung und die Verjüngung der Bevölkerung ließen ein Algerien entstehen, das auf dieser Seite des Mittelmeers unbekannt blieb. Ohne diese zu berücksichtigen, ist es somit nicht möglich zu verstehen, warum der algerische Konflikt so gewaltsam ist und worum es wirklich geht.

Die Hartnäckigkeit, mit der die politischen und vor allem auch kulturellen Maßstäbe Frankreichs an Algerien angelegt werden, nährt sich aus dieser Verkennung und dient hauptsächlich den algerischen Machthabern, die seit geraumer Zeit verstanden haben, welche politischen Vorteile sich aus dieser Blindheit ziehen lassen. So kam es, daß die französische Regierung „ganz selbstverständlich" die von den algerischen Machthabern seit 1992 eingeschlagenen Richtungen unterstützt hat, auch wenn kleine Meinungsverschiedenheiten aufgetreten sind, die von der „Nicht-Einmischung" zu einem deutlicheren Engagement zugunsten der von Algier eingeschlagenen Richtung der „totalen Sicherheit" (tout sécuritaire) geführt haben und zu einer vorsichtigen, aber trotz allem wohlwollenden Politik des Abwartens seit den Attentaten in Frankreich von 1995 und 1996.

Eine objektive politische Beurteilung erkennt mehr denn je eine Situation, die weit davon entfernt ist, auf der einen Seite einen Staat, „Bollwerk der Demokratie und der Zivilgesellschaft", und auf der anderen Seite „Terroristen" einander gegenüberzustellen. Es ist an der Zeit, die bedingungslose Unterstützung, die dem algerischen Staat bis jetzt zuteil wird, wenn nicht aufzugeben, so doch wenigstens in Frage zu stsellen. Wenn diese Veränderungen zwar in der politischen Sphäre wahrnehmbar sein sollten, so müssen wir doch festellen, daß die Medien in Frankreich, insbesondere das Fernsehen, monolithisch bleiben. Das Fernsehen arbeitet als eine Bühne für eine verfälschte Sicht der politischen Krise in Algerien. Diese partielle und parteiische Behandlung des Themas „Algerien" erklärt sich aus dieser Erblindung Frankreichs gegenüber Algerien, wird jedoch gleichzeitig zu einem weiteren politischen Hilfsmittel für eine algerische Staatsmacht, deren Anliegen es ist, sich als das letzte Bollwerk gegen den religiösen Fanatismus zu repräsentieren.

Über die blinde Übernahme von Bildern hinaus, die von offiziellen Stellen in Algerien zu Verfügung gestellt wurden, haben die französischen Fernsehsender politischen Persönlichkeiten als Sprungbrett gedient, die, indem sie sich dieser künstlichen Nähe zwischen bestimmten frankophonen Eliten und den Milieus der französischen Intellektuellen und Entscheidungsträger bedienen, einen virulenten Anti-Islamismus progagieren. Die einzigen Algerier, die in unseren Fernsehkanälen Bürgerrechte genießen, sind diejenigen, die für die algerische Gesellschaft am wenigsten repräsentativ sind, die aber den Vorteil haben, uns sehr ähnlich zu sein und geschickt auf dieser Klaviatur zu spielen, um uns glauben zu machen, daß sie Demokraten seien, Toleranz und Pluralismus respektieren würden, obgleich ihr politsiches Verhalten in ihrem Land diesen Kriterien diametral entgegensteht.

Derartige mediale Operationen fördern ein verfälschtes Bild von Algerien, was heute den politischen Interessen der Mächtigen dient. Die Unterstützung durch Frankreich stellt in der Kommunikationsstrategie der algerischen Machthaber gegenüber anderen Ländern einen wesentli-

chen Faktor dar. Zu diesem Zweck werden alle Mittel genutzt, nicht nur die Knebelung der algerischen Presse, sondern auch die Weiterverbreitung nach außen von aufeinanderfolgenden Darstellungen der politischen Krise von offizieller Seite: Zunächst ein Staat als Bollwerk, der die Bevölkerung vor den Attentaten der „Terroristen" schützt, dann, seit den Massakern der vergangenen Monate, ein ohnmächtiger Staat. Das Ziel ist in der Tat recht einfach: Es geht darum, die Darstellung der Handlungen des islamistischen Lagers einzig auf die blinde Gewalt gegen unschuldige Bürger zu beschränken, unter Einsatz eines ganzen Arsenals von Bildern und Bedeutungen. So entsteht das Bild einer einzig den Islamisten anzulastenden Barbarei, die den unverwüstlichen Archetyp der Bestialität und des Obskurantismus repräsentiert, bis zu dem Punkt, daß es niemandem mehr in den Sinn kommt, daß sich auch Intellektuelle (Forscher, Lehrer, Journalisten) in den Reihen dieser neuen Barbaren befinden könnten, und auch nicht, daß diese Islamisten selber Opfer der Gewalt sind, wie das in Rais, Bentalha und Relizane der Fall war.
Wenn auch die Aussagen verschiedener Akteure, die eine Ausweitung der Manipulation der Gewalt bezeugen, einen Platz in den Rubriken einiger französischer Tageszeitungen finden können – und sogar in den Parlamenten des Auslands –, so bleibt jedoch die Barriere des französischen Fernsehens nahezu unüberwindbar.

So hat das „Livre blanc sur la répression" (Weißbuch der Repression), 1995 in der Schweiz erschienen, in Frankreich keinerlei Verbreitung gefunden, weil es den Makel besaß, ein Erzeugnis von Islamisten zu sein. Die Verurteilungen durch Amnesty International oder die Fédération Internationale des Droits de l'Homme von Praktiken des Regimes – wie die Anwendung der Folter, Massenverhaftungen und Massenexekutionen – haben gewiß dazu beigetragen, das Schwarz-Weiß-Bild der Krise abzuschwächen. Dennoch bleibt festzuhalten, daß die semantische Trommel zur Verteufelung des Islamismus unentwegt weiter gerührt wird. Schlimmer noch, es läßt sich ein Import von Pratiken nach Frankreich feststellen, wie sie in Algerien ausgeübt werden und die darin bestehen, den Bannfluch zu schleudern und öffentlich all jene – humanitäre Organisationen, Journalisten, Forscher, Intellektuelle – zu denunzieren, die den Makel haben, die herrschende Meinung nicht zu vertreten, und ihrer Arbeit nachzugehen versuchen, indem sie Zweifel und Fragen erheben, die um eine sehr komplexe Wirklichkeit kreisen.

Die Parteinahme für die Simplifizierung macht auf diese Art jede politische Erklärung der Krise zunichte. Sie verhindert, die wahren Ursachen für diese Gewalt zu sehen, die mit der grundlegenden Trennung einer Regierung und ihrer Bevölkerung verbunden ist und die nicht 1992, sondern in den 1980er Jahren einsetzte. Bei den aktuellen Machtverhältnissen besteht für das Militär keinerlei Veranlassung, aus dem Räderwerk der Gewalt auszusteigen: die Schulden sind bereinigt, die Armee ist fest am Zügel, die AIS (der einzige glaubwürdige islamistische Verhandlungspartner) ist seit dem Aufruf zum Waffenstillstand im Oktober 1997 neutralisiert.

Dagegen ist es jetzt dringend geboten, die von Algier und seinen Botschaftern, insbesondere wenn diese sich aus der französischen Intelligenzija rekrutieren, verlautbarten Wahrheiten nicht mehr für bare Münze zu nehmen. Das Militärregime hat das Informationsmonopol an sich gerissen, der internationalen Presse den freien Zugang verwehrt. Die Information, die es durchgehen läßt, gehört deshalb in den Bereich der politischen Manipulationen. Das war jüngst der Fall bei den Parlamentswahlen im November 1997. Die seriösen Beobachter wissen, daß alle in den vergangenen zwei Jahren organisierten Wahlen, von den Präsidentschafts- bis zu den Kommunalwahlen, nichts mit freier Konkurrenz zu tun haben und dazu dienen, das Regime zu legitimieren. Doch niemand hat der Tatsache Beachtung geschenkt, daß die massiven Wahlfälschungen bei den Parlamentswahlen im November 1997 verurteilt werden konnten (und sogar französischen Journalisten gezeigt werden konnten), als ob ein plötzlicher Wind der Freiheit über Algier wehte. Wie war dies in einem dermaßen abgeriegelten und kontrollierten politischen Raum möglich?

Die Antwort liegt im Kräfteverhältnis und der Konkurrenz zwischen den Clans an der Macht. Es ist schwierig, die algerische Politik zu begreifen, weil es schwierig ist, die konfliktuelle Solidarität zu erfassen, die die verschiedenen Gruppen und Tendenzen eint, aus denen sich die algerische Macht zusammensetzt und die, die verschiedenen Segmente der Gesellschaft in ihrem Interesse instrumentalisiert, um einen Pseudo-Oppositionsdiskurs erklingen zu lassen, der nur einen einzigen Zweck hat: zu verhindern, daß ein Clan den anderen überwältigt. Wie anders, als mit der Absicht, Liamine Zeroual zu schwächen, ist die genau taxierte Verurteilung der Wahlfälschung zu erklären, die sehr geschickt von bestimmten Gruppen vorgebracht wurde, die insgeheim mit einem der Clans an der Macht liiert sind, der sich im Streit mit dem Lager des Präsidenten befindet? Weder die verkündete Wahlbeteiligung, noch die Verteilung der Stimmen zwischen den Kandidaten, noch das Gewicht der Stimmen derjenigen, die die Stammwählerschaft von Gerneral Zeroual aufblähten, gehören zur klassichen Wahlpraxis. In Algerien sind der militärische Sieg und der politische Sieg weitgehend verschmolzen, und das müßte einmal mit lauter Stimme verkündet werden.

Der Diskurs Algiers ist wirkungsvoll, da er über die Verteufelung des Islamismus läuft, welcher geradezu zum Synomym für Gewalt und Fanatismus geworden ist. Doch der Islamismus sollte als das betrachtet werden, was er ist: eine politische Bewegung des Widerstands gegen autoritäre Regime. In Algerien verkörpert er die massive Ablehnung der Militärdiktatur durch weite Teile der Bevölkerung. Aber es ist sehr schwierig, insbesondere für westliche Köpfe, ihn als eine politische Bewegung zu erkennen. Um den Vereinfachungen, die zu Unwahrheiten werden, zu entkommen, müßte eines Tages eingesehen werden, daß die Radikalisierung und die Gewalt auf blockierte und repressive politische Umstände zurückzuführen sind und nicht auf die Besonderheiten des Islam.

■ Erklärung von François Burgat, Rony Baumann (Vorsitzender von „Ärzte ohne Grenzen"), Jocelyne Cesari, Gilbert Grandguillaume und Tassadit Yacine (Wissenschaftler). Aus: algeria-watch, Infomappe 4, April 1998.

„Rettet das Abendland", ein ARTE-Themenabend

Daniel Hitzig

Drei Dokumentarfilme, drei Diskussionsrunden – so sieht das Menü des Abends am 22.1.98 aus. Symbolisch der Ort, von dem gesendet wird: ARTE überträgt aus der Mitte des Plenarsaals des Europa-Rats, dem Herz des zivilisierten Europas. So jedenfalls tönt's in der pathetischen Begrüßung. Zielpublikum sind nicht zuletzt die Zuschauer in Algerien, auch sie sollen an diesem Abend erfahren, was in ihrem Land Sache ist.

Diskussion ...

Vielredner der Gesprächsrunde ist der „nouveau philosophe" Bernard-Henri Lévy, der wortreich die Barbarei der Bärtigen beschwört. Kronzeuge der Verhältnisse in Algerien sind zwei frankophone Algerier, Said Saadi, der Präsident des strikt laizistischen RCD und eine Journalistin von „El Watan". Als Alibi-Muslim läßt sich der Mufti von Marseille einspannen, während der in Berlin lebende Dramaturg Sadek al-Kebir immerhin die berechtigte Frage aufwirft, wieso Europa zwar verfolgten FIS-Leuten, nicht aber bedrohten Intellektuellen Asyl gewähre. Ebenfalls auf dem Podium: zwei verhüllte Frauen, denen die entwürdigende Rolle zugedacht ist, über erfahrene Greuel zu berichten.
Denis Jeambar, dem Chefredakteur von „L' Express" bleibt es vorbehalten, den Abend auf den Punkt zu bringen: „Es ist nicht die Armee, die in Algerien tötet." Wörtliches Echo des Gesprächsleiters: „Diese Sendung dient dazu, die Zweifel an der Rolle der Armee in Algerien zu zerstreuen." Der Iberien- und Maghreb-Korrespondent Werner Herzog steht in dieser Runde mit seinen kritischen Anmerkungen auf verlorenem Posten. Nicht dabei ist der Kasseler Politologe Werner Ruf. Ruf war am Vorabend der Sendung kurzfristig wieder ausgeladen worden. Er hatte sich in Vorgesprächen erlaubt, auf die französische Kolonialgeschichte in Algerien und ihre Spätwirkungen hinzuweisen und anklingen lassen, daß eine Verwicklung der algerischen Sicherheitskräfte in gewisse Attentate und Massaker nicht ausgeschlossen werden könne. Das war offenbar zuviel.

... und Dokumentation

Sechs Wochen hatte die Journalistin Veronique Taveau mit dem ausdrücklichen Segen der algerischen Regierung gedreht, das Resultat waren drei rund 40-minütige Dokumentarfilme. Im ersten Film befragt sie Überlebende des Massakers vom 29. August 1997 in der islamistischen Hochburg Ruis ...
Der zweite Film porträtiert drei Frauen, die alle bei den Gemeindewahlen vom letzten Herbst engagiert waren. Die Auswahl ist manipulativ: eine unbedarfte Quereinsteigerin aus der Partei des Präsidenten, RND (Rassemblement nationale pour la démocratie), eine als Naivling dargestellte Islamistin von der MSP (Mouvement pour une société de la paix) und als dritte und einzige prominente Politikerin Khalida Messaoudi vom RCD. Seit ihrem Buch „Une Algérienne debout" ist sie in Frankreichs Medien die Vorzeige-Algerierin. Messaoudi engagiert sich für Frauenrechte, Laizismus und Demokratie, vorzugsweise für jene, die wie sie französisch reden und auch ihrer Meinung sind. Daß Messaoudi den Wahlbetrug anläßlich der Kommunalwahlen anprangert, paßt nur ins ARTE-Konzept: Sie wirkt wie die Kronzeugin eines Algerien, das sich nach der Algérie française zurücksehnt.
In der algerischen Scheindemokratie ist der RCD mit 4,2% Wähleranteil (Parlamentswahlen vom 5. Juni 1997) zwar eine marginale Größe, doch als Sprachrohr der Frankophonen wird der RCD auch an diesem ARTE-Themenabend als einzige glaubwürdige Oppositionspartei vorgeführt und spielt einmal mehr ihre Rolle als demokratisches Feigenblatt der Militärdiktatur. Die durchaus pointierten regimekritischen Äußerungen des RCD sollen zeigen, wie frei sich die Parteien in Algerien äußern können. Dabei vertritt die Berberpartei RCD exklusiv die Interessen und Werte jener algerischen Oberschicht, die an französischsprachigen Schulen ausgebildet wurde und seit der Unabhängigkeit zunehmend an Macht und Einfluß verloren hat. In ihrer Ablehnung jeglichen Dialogs mit den verbotenen islamistischen Kräften haben die „eradicateurs" im RCD ihre fanatischsten Verbündeten.

„De quoi j' me mêle!"

Weder die Menschenrechtsverletzungen des Regimes, noch die grassierende Armut und die katastrophale Wohnungsnot, weder der Boom der privatisierten Wirtschaft noch die Frage, wer denn die Kriegsgewinnler sind in Algerien, werden an diesem ARTE-Themenabend thematisiert. Thema des dritten Films ist die katholische Kirche in Algerien, die Ermordung von sechs Trappisten-Mönchen und des Bischofs von Oran, Pierre Claverie.
Vier Stunden Sendezeit, drei Diskussionsrunden, drei Filme, eine Message: Das Abendland ist in Gefahr. Der Titel der Sendung hatte „De quoi j' me mêle!" gelautet. Ein Fragezeichen wäre treffender gewesen: „Was soll ich mich da einmischen?" Denn an diesem Abend waren sich (fast) alle einig: Algerien braucht keine Ratschläge, wie es mit den Islamisten fertig werden soll. In einem Protestbrief an die Programmdirektion von ARTE schrieb der ausgeladene Werner Ruf Klartext: „Ich frage mich, wie es möglich war, vier Stunden Sendezeit dafür zu verwenden, vom eigentlichen Ziel dieser Sendung abzulenken: zu verstehen, was sich in Algerien wirklich abspielt. So gesehen erscheint die mir erteilte Absage nur logisch."

■ *Daniel Hitzig, Journalist, Zürich.* *Der Artikel erschien zuerst in der „Fabrikzeitung" (Zürich), Nr. 142, Mai 1998.*

Berberbewegung im Spagat zwischen Islamisten und Militärs:

Vom „schmalen Weg" zur Sackgasse?

Mohand Tilmatine

Die Nachrichten, die uns aus Algier erreichen, handeln überwiegend von Islamisten und ihren Greueltaten. Diese Fokusierung der Berichterstattung führt oft dazu, dass der Konflikt auf eine Auseinandersetzung zwischen Militärs und Islamisten reduziert wird. Diese Sicht der Dinge berücksichtigt aber nicht die Vielschichtigkeit der Problematik in dem nordafrikanischen Land und ignoriert eine wichtige Komponente, die vor allem seit den 80iger Jahren erheblich dazu beiträgt, die algerische politische Landschaft mitzugestalten: die masirische[1] (berberische) Kulturberwegung MCB (Mouvement Culturelle Berbère).

Dabei hatten die europäischen Medien, vor allem im Herbst 1994, die masirische Kulturbewegung ins Blickfeld genommen, nachdem massenhafte Demonstrationen die Freilassung des lokal berühmten Sängers und MCB-Aktivisten Lounes Matoub[2] gefordert hatten, der, so hieß es, von islamistischen Gruppen entführt worden wäre. Daß diese Entführung heute von manchen bezweifelt wird, ändert nichts an der Tatsache, daß die MCB aus diesem Anlass ihr Mobilisierungspotential beeindruckend demonstrieren konnte: zahlreiche und gigantische Machtdemonstrationen wurden monatelang organisiert mit einer zentralen Forderung: institutionelle und konstitutionelle Anerkennung des Masirischen als nationaler Sprache neben dem Arabischen, sowie Integrierung der masirischen Dimension als konstitutiver Bestandteil der nationalen Identität Algeriens. Die Anführer der Bewegung fühlten sich jedenfalls stark genug, um einen Boykott sämtlicher Schul- und Bildungseinrichtungen in der ganzen Kabylei auszurufen und auch durchzuführen und einige Monate später sogar ihre Muttersprache – das Masirische – einseitig und in einem öffentlichen Akt zur „nationale Sprache" zu erklären.

Gegen den zentralen Staat

Die ganze Geschichte der masirischen Bewegung hat sich im Untergrund abgespielt, oder zumindest abseits der offiziellen Bahnen und in Opposition zur seit der Unabhängigkeit Algeriens herrschenden zentralen Macht. Über das Wesen des algerischen Regimes ist viel geschrieben worden. Vor allem für die postsechziger europäische Linke war das Land lange Zeit das Vorzeigemodell einer „blockfreien", „sozialen" und „fortschrittlichen" Politik, bis die verheerenden erdrutschartigen Ereignisse des Jahres 1988 sie brutal auf den Boden der Realität zurückbrachten. Keiner wollte damals zur Kenntnis nehmen, daß im Schatten des „triumphierenden Sozialismus" eine Repression gegen die sogenannten „Berberisten" erfolgte. Letztere waren jedoch nicht die Einzigen, die die Härte der Repression zu spüren bekommen hatten: auch Kommunisten, Frauen, Islamisten und andere, die nicht in der ideologischen Linie des Regimes standen, wurden als „ennemi de l'intérieur" abgestempelt und erlitten dasselbe Schicksal, wenn auch mit einer, der jeweilig eingeschätzten Bedrohungspotenz entsprechenden, unterschiedlich dosierten Härte.

Die Opposition der „Berberisten" gegen die jeweiligen algerischen Zentralregierungen datiert nicht erst aus den 80iger Jahren: bereits Ende der 40er Jahre entflammte die sogenannte „Crise berbériste" innerhalb der nationalen Bewegung. Kabylische Mitglieder der algerischen nationalen Bewegung in der Emigration traten in offene Konfrontation gegen die Direktion der Partei, weil sie die berberische Komponente in die Definition der algerischen Identität mitintegrieren wollten. Die brutale Abweisung dieser Forderung verursachte ein tiefes Mißtrauen und riß einen Graben zwischen beiden Parteien. Auch die konjunkturbedingte und nach außen demonstrierte Geschlossenheit der Reihen während des Befreiungskrieges (gemeinsames Ziel: Befreiung vom Kolonialismus) vermochte nicht die Spuren dieser Vertrauenskrise zu beseitigen. In diesem Sinne sind auch die weiteren Ereignisse zu betrachten, die immer wieder die Kabylei als wichtigste Bastion der algerischen Opposition gegen die zentrale Regierung in Szene setzten.

Der ausschließlich arabo-islamische Weg, der nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1962 eingeschlagen wurde, der autoritäre Charakter des Einheitsparteisystems und die damit verbundene Repression der Berberisten, die als „Trojanisches Pferd" des „französischen Imperialismus" mißachtet wurden, ließ keinen politischen Freiraum für die am Anfang doch recht mäßigen Forderungen der Bewegung: Anerkennung des Berberischen und des algerischen Arabisch als nationale Sprachen des Landes.

Mit der Arabisierungspolitik, die gleich in den nächsten Jahren nach der Unabhängigkeit des Landes gestartet wurde, nahm der Ausschluß des Berberischen besondere Ausmaße an. Der voluntaristische Charakter der Kampagnen, die in der totalen Arabisierung von Stadt, Land, Gesellschaft – ja sogar der „Seelen" wie die Parole damals lautete – eine „Vervollkommnung" der politischen Unabhängigkeit sahen, wurde – vor allem in der Kabylei – oft als Erniedrigung und Mißachtung der alltäglich erlebten Sprache und Kultur empfunden.

Islamisten

Die berberische Oppositionbewegung könnte rein theoretisch als „objetiver" Verbündeter der ebenfalls – wenn auch mit anderen Mitteln – gegen die Zentralregierung kämpfenden Islamisten betrachtet werden. Said Saadi, aktueller Vorsitzender der Rassemblement pour la Culture et la Démocratie (RCD) und ehemaliger Anführer der berberischen Bewegung pflegt oft daran zu erinnern, daß er mit Abbassi Madani, dem immer noch unter Hausarrest stehenden FIS-Präsidenten, einst eine Zeitlang gemeinsam in algerischen Gefängnissen gesessen hatte. Doch ideologisch gesehen können die beiden Männer kaum unter den gleichen Hut gebracht werden: Islamisten und Berberisten haben schlicht verschiedene Vorstellungen und völlig unterschiedliche Gesellschaftsprojekte.

Es wäre müßig detailliert auf alle Differenzen einzugehen, es reicht drei Aspekte hervorzuheben:

1. Die Islamisten ersehnen sich einen islamischen Staat, in dem die Religion als Ganzes erlebt und verstanden wird. Sie sehen in den Gründungsmythen ihrer Religion Fundamente für eine soziale Erneuerungsbewegung und eine Regierungsalternative, um das Ziel einer politischen Einheit der islamischen Völker -der Umma – zu verwirklichen.
   Die berberische Bewegung pocht hingegen auf eine deutliche Trennung zwischen dem „Politischen und dem Religiösen", auf den politischen bzw. den linguistischen Pluralismus, und sucht eine Bindung zu einer spezifisch algerischen Geschichte mit einer klaren Öffnung hin zur „modernen Welt".

2. Die Islamisten, bzw. ihre politischen Vordenker – die Ulema – sind, seit ihrer Gründung der Association des Oulama in den 30er Jahren, der Berberproblematik durchgehend mit dem Prinzip einer umfassenden und radikalen Negation begegnet. Dies wird reichlich in ihren Zeitschriften *ash-Shihab* und *al-Basair* dokumentiert. Der ehemalige Vorsitzende der algerischen Ulama betitelte – charakteristisch für diese ablehnende Haltung – einen seiner Artikel (27. 06. 1948): „Das Arabische in Algerien: eine Gattin, die keine Rivalin duldet"! Die Übereinstimmung zwischen „Islamisten" und den algerischen Vertretern des „arabischen Nationalismus" im Hinblick auf die Bedeutung und den Platz der arabischen Sprache ist nicht erstaunlich: der kulturelle – sprich auch der sprachliche – Unitarismus ist nur die logische Widerspiegelung einer unitaristischen Auffassung des Politischen, die in den beiden Strömungen mit überwiegender Mehrheit gerechtfertigt und gefordert wird.

3. Aber vor allem die Haltung beider Seiten zur „Frauenfrage" macht deutlich, wie weit die Postionen auseinandergehen. Während die Islamisten, so Ali Belhadj von der aufgelösten FIS, die Frau als „Männerproduzentin" und lieber zu Hause sehen wollen, und das viel beschworene „Familiengesetzes" noch als „liberal" ablehnen, fordern die MCB und die RCD, wie die meisten Frauenbewegungen und andere linke Gruppierungen, die schlichte Abschaffung dieses Gesetzes.

Instrumentalisierung

Die 80er Dekade bildet einen wichtigen Einschnitt im Entwicklungsprozess der modernen nordafrikanischen Gesellschaft: In den großen urbanen Zentren konstituierte sich, im Schatten des in Algerien herrschenden Machtvakuums der Ära Chadli Benjedid, eine als Interessengruppe und sozial-politisch motivierte „Wir-Gruppe": die Islamisten .
Währendessen erlebte die berberophone Gegend der Kabylei die Konsolidierung und Strukturierung der MCB und setzt sich in der öffentlichen Meinung als imposanter Mobilisierungsfaktor durch.
Diese außerordentliche und breite Akzeptanz innerhalb der kabylischen Bevölkerung erklärte sich dadurch, daß die Forderungen der MCB – im Gegensatz zu etablierten Parteien, Gewerkschaften usw. – auch „vertikale" Solidaritäten um ein minimalistisches Programm ermöglichten: die Anerkennung der masirischen Sprache und Kultur. In ihren besten Momenten des Jahres 1994/95 war es der MCB gelungen, andere gesellschaftliche Kräfte einzubeziehen, die bis dahin den Forderungen der Berber verschlossen waren: etwa die offiziellen und unabhängigen Gewerkschaften, Studenten- und Schülerorganisationen oder Elternvereine.

Diese Entwicklungen erfolgten auf dem Hindergrund einer politischen Bipolarisierung zwischen Militärs und islamistischen Gruppen, sowie einer seit Ende der achtziger Jahre andauernden militärischen Konfrontation zwischen beiden Lagern.

Der Sturz der Ideologien, die Abwendung von der altgedienten und gehassten Einheits-Partei sowie eine allgemein herrschende Politikmüdigkeit verwandelten die erfolgreiche kabylische Bewegung rasch in ein Objekt der Begierde – zumal die Region sich seit der Einführung des politischen Pluralismus durch einen eigenen politischen Weg zu distinguieren scheint und Regierungs- wie Islamisten-Vertreter gleichermassen abwählte, um für kabylische Politiker zu stimmen, deren Parteien sich auf eine ebenfalls kabylische Wählerschaft stützen.

Spaltung und Niedergang

Der erste große Schlag gegen die Bewegung efolgte eigentlich bereits als eine Gruppe ihrer führenden Aktivisten entschieden der Bewegung eine „organisiertere Form" zu geben und dafür im Februar 1989 die RCD (Rassemblement pour la Culture et la Démocratie) als „Emanation" der Bewegung – so die Führungsriege der neuen Partei – gründete. Mit diesem Schritt spaltet sich die bisher einheitlich Bewegung in „Anhänger" (Politiker) und „Gegner" (Kulturalisten) der formalen Verwandlung. Diese Spaltung wird später mit der offiziellen Gründung der zwei „Tendenzen" der MCB besiegelt: Die MCB-Coordination Nationale (RCD-nah) und die Commissions Nationales, die im Einflussbereich der Front des Forces Socialistes (FFS) anzusiedeln sind, jener Partei, die von Ait Ahmed, einer kabylischen „historischen Figur" der nationalen Bewegung, geführt wird und deren Anhängerschaft seit ihrer Gründung im Jahre 1962 sich traditionell in der Kabylei rekrutiert.



Ghardaia *Foto: Reinhard Fischer*

Als Ergebnis einer weiteren Abspaltung wird später eine dritte „Tendenz"von dem ehemaligen RCD-Mitglied und Sänger Ferhat Mhenni gegründet: die „Rassemblement National".

Die Einbeziehung der MCB in die politischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden wohl „kabylischen", aber doch verfeindeten Parteien zwingt die MCB sich – anders als früher – auch in anderen „nationalen" Fragen zu positionieren: so etwa in der Bekämpfung der islamistischen Gruppen. Diese Entwicklung wird fatale Folgen für sie haben. Da sich die RCD und die FFS in dieser Frage jeweils zu den „Gegnern" und „Befürwortern" des Dialogs mit den Islamisten zählen, gerät sie rasch in zwiespältige Situationen: Während Teile der MCB das Regime unterstützen, das eine rein militärische „Eradication" (Ausrotten) der Gruppen propagiert, unterstützt ein anderer Teil die Position der FFS, die sich für einen Dialog mit den Islamisten ausspricht.

HCA

Diese parteipolitischen Auseinandersetzungen werden aber auch von der Regierung genutzt, um der gespalteten Bewegung den Rest ihrer gemeinsamen Substanz zu entziehen.
Das Jahr 1994/95 wurde geprägt durch den Boykott des gesamten Bildungswesens mit der Forderung, das Masirische in das Schulsystem einzuführen und als nationale und offizielle Sprache anzuerkennen. Die lange Dauer des Streiks (9 Monate), die Unflexibilität der Regierung sowie Risse in der Geschlossenheit der Reihen (eine wichtige Tendenz der MCB nahm an den Verhandlungen nicht teil) ließen damals vermuten, daß der Streik kläglich scheitern würde. Doch die Regierung war auf der Suche nach Legitimität, insbesondere im Hinblick auf baldige Wahltermine und vor allem in Anbetracht der breiten Akzeptanz und Unterstützung innerhalb der berberophonen Bevölkerung. Sie ließ deshalb die Verhandlungen nicht ganz platzen, sondern schlug die Gründung eines Haut Comité à l´Amazigité (HCA) vor, und das Masirische als „Langue de tous les Algeriens" (Sprache aller Algerier) anzuerkennen. Vertreter aus sämtlichen berberophonen Gebieten wurden daher in die Verhandlungen einbezogen, auch wenn sie etwa aus Teilen des Landes kamen, in denen der Boykott nicht befolgt wurde.

Während einige in der Gründung des HCA „einen ersten Schritt in die richtige Richtung" sehen wollen, geben andere zu bedenken, daß die einzige „Waffe", die bisher die Stärke der MCB zementiert hatte, nun nach dem Abkommen mit dem Staat aufgegeben wurde: Es sei also eher eine Falle der Regierung. Die Unzufriedenheit wird damit begründet, daß mit der Existenz des HCA die Legitimationsgrundlage der MCB untergraben werden konnte, denn von nun an sollte ein Komitee, das direkt vom Staatspräsidenten gesteuert wird, den Forderungen der berberophonen Bevölkerungen Gehör verleihen. Ein weiteres Element des Mißtrauens ist die Zusammensetzung dieses Komitees. Es wird bemängelt, daß kein einziger anerkannter Spezialist vertreten ist. Schließlich, die Tatsache, daß die Sprache als „Langue de tous les Algeriens" betrachtet wird, könnte natürlich wohl auch dahingehend interpretiert werden, daß „alle Algerier" einen

Anspruch bzw. Mitspracherecht darauf haben. Mit dieser Parole („Langue de tous les Algériens"), ist es dem algerischen Staat gelungen, die Spezifität der Kabylei als Bastion der Proteste, in einen nationalen Rahmen aufgelöst zu haben und somit die Legitimität ihrer Anführer ernsthaft in Frage gestellt oder gar entleert zu haben.
Eingeengt zwischen Islamisten und Militärs begab sich die MCB schon Ende der 80er Jahre auf einen, so der Berberspezialist S. Chaker, „engen Weg".

Heute erscheint die MCB gespalten, und in ihrer Rolle als alleiniger Sprecher der berberischen Forderungen disqualifiziert. Die MCB soll als eine unter anderen Institutionen erscheinen – etwa der staatliche HCA -, die sich für die Anerkennung und Rechte der berberischen Sprache und Kultur einsetzen. Sollte die Rechnung aufgehen, könnte sie bald ans Ende ihrer Ressourcen gelangen.

Zeichen der Zeit: die letzten Demonstrationen, die anläßlich des 20. April (Zeitpunkt der ersten Massendemonstrationen 1980 während des sogenannten „Berberischen Frühlings"[3]) von den beiden wichtigsten Flügel der MCB organisiert wurden, sind, so die algerischen Medien, in einem Klima der "Gleichgültigkeit" abgelaufen. Wir sind weit entfernt von den hundertausend Menschen, die sonst bei solchen Gelegenheiten mitmarschieren.

Vom „engen Weg" zur „Sackgasse?"

Schuld für diese Entmobilisierung tragen sicherlich die Akteure selbst: die MCB versinkt in den ewigen und sterilen internen Querelen, die, wenn auch nicht immer nur als Ergebnis von Instrumentalisierung zu betrachten sind, dennoch weitgehend den Gegnern zugute kommen. Spielball im Dienste parteipolitischer Interessenstrategien, ist es der MCB nicht gelungen, ihre Sternstunde zu nutzen. Ignoriert, immer noch negiert nach mehr als einer Generation von Kämpfen für die offizielle Anerkennung ihrer Sprache, hatten viele ihrer Anhänger ihr Vertrauen in die „kabylischen" Parteien gesetzt. Doch diese lehnen jegliche Begrenzung ihre „nationalen Dimension" auf die Kabylei ab. Der Gesetzgeber macht es ihnen auch nicht leicht. Das algerische Parteiengesetz enthält nämlich eine Klausel, die die Bildung von Parteien auf der Basis von Regionen oder Sprachen ausdrücklich verbietet. Dabei – und alle Wahlen haben dies bisher bestätigt – gibt es heute ein sogenanntes „kabylisches Votum", was eindeutig auf die Sonderstellung dieser Region in der politischen Landschaft Algeriens hinweist. In der Kabylei wird nur die FFS oder die RCD gewählt, andererseits haben diese Partei außerhalb der Kabylei keine Chancen.

Diese neue Situation wird von der neuen islamisch-konservativen Regierung genutzt, um gewonnene Freiräume wieder in Frage zu stellen, während neue Konzessionen nur tropfenweise zugestanden werden. Statt die Gunst der Stunde und die Schwäche der MCB zu nutzen, um die masirische Frage politisch zu regeln, taktiert sie, um dem islamistischen Lager Stimmen abzugewinnen. Vor diesem Hintergrund sind sicherlich auch die letzten Nachrichten aus Algier zu deuten, die davon sprechen, daß das berühmtberüchtigte Sprachgesetz vom 16. Januar 1991 (Gesetz Nr. 91-05 vom 16.1.91) diesmal, und nach mehrmaligen Versuchen, ab dem 5. Juli in Kraft treten soll. Dieses Gesetz sieht vor, die gesamte Amtskorrespondenz in der „alleinigen nationalen Sprache", d.h. in Hocharabisch abzufassen. Dies gilt u. a. sowohl für den Unterricht an Schulen und Universitäten als auch für Vertragsabschlüsse mit ausländischen Firmen aber auch für alle Beschriftungen von Waren und sonstigen Werbeträgern.
Es ist höchst fraglich, ob diese Politik des Ausschlusses Früchte tragen wird. Ein nationaler Konsens ist kaum vorstellbar, wenn die sprachlichen und kulturellen Rechte der Berber weiterhin ignoriert werden. Die Erniedrigung, die dadurch von der berberophonen Bevölkerung empfunden wird, könnte den Zusammenhalt der Nation in Gefahr bringen und die „Zugehörigkeit zu einer Nation und zu einem Staat, der sie ausschließt, in Frage stellen.

■ *Mohand Tilmatine, Wissenschaftler für Berberstudien an der Universität Cádiz.*

1 „Masirisch" ist die eingedeutschte Form der Eigenbezeichnung „amazigh/imazighen". Siehe die Germanisten Zeitschrift Muttersprache I, 1995.

2 Lounes Matoub wurde am 25. Juni 1998 ermordet.

3 Im April 1980 wurde eine Veranstaltung über berberische Literatur an der Universität von Tizi-Ouzou der größten Stadt in der Kabylei, verboten. Daraufhin kam es zu Studentenprotesten, denen sich auch die Fabrikarbeiter und Krankenhausangestellte anschlossen.

Die algerische Frauenbewegung

Fatiha Talahite

Was in Algerien als „Frauenbewegung"[1] bezeichnet wird, hat erst nach der gesetzlichen Zulassung von Vereinigungen 1989 eine legale Form angenommen. Sie bestand zunächst aus Frauen und Mädchen unterschiedlicher Herkunft, vor allem Abiturientinnen, Studentinnen, Arbeiterinnen. Zur Politik waren sie über Nischen innerhalb des Einparteiensystems (Jugendorganisationen, kulturelle Vereinigungen, Intellektuellenzirkel, Gewerkschaften usw.) gekommen, die sich im Laufe der vorangegangenen Jahre herausgebildet hatten und in denen sich eigene Meinungen und Protest artikulieren konnten.
Einige dieser Gruppen konnten eine legale Existenz erlangen, so z. B. Ende der 70er Jahre die „Kommission der Arbeiterinnen der Universität Algier" (als Abspaltung von der UGTA[2]). Zu Beginn der 80er Jahre bekannte sich als erste die „Forschungsgruppe zu den algerischen Frauen"[3] (Universität Oran) offen zum Feminismus. Diese Gruppen sahen sich einer Verfolgung nicht nur seitens der FLN (die danach trachtete, die Frauen ausschließlich innerhalb der UNFA[4] zu organisieren) und den Behörden ausgesetzt, sondern auch seitens der PAGS[5]: diese hatte die Institutionen bis in die höchsten Ämter des Staates hinein unterwandert, und ihre Mitglieder wandten sich entschieden und aktiv gegen jede autonome Vertretung der Frauen.

Was diese Frauen über ihre Unterschiede hinweg zusammenführte, waren Ideale, wie sie weitgehend durch die Schule vermittelt worden waren. Sie fanden schließlich ihren Ausdruck in einigen wenigen Forderungen, die sich im wesentlichen um die systematische Infragestellung der Entwürfe zum Familiengesetz drehten, die periodisch von den aufeinanderfolgenden Regierungen vorgelegt und wieder zurückgezogen wurden. In besonderer Weise betraf dies das 1984 verabschiedete und noch heute gültige Gesetz.

Sehr engagiert wurde der Kampf um die Aufhebung des Familiengesetzes von einer Vereinigung geführt, die 1985 im Untergrund auf Initiative der OST[6] gegründet worden war: die Association pour l'Égalité des Femmes et des Hommes devant la Loi (AEFHL oder auch „L'Égalité"). Ihr schlossen sich deshalb viele Frauen an, als sie 1989 wie andere, im Zuge der Demokratisierung gegründete Vereinigungen legalisiert wurde.

Zur PAGS gehören „La Promotion"[7] in Algier und die AFEPEC in Oran. Geleitet werden diese Vereinigungen von Aktivistinnen, die den Feminismus ausdrücklich ablehnen und die sich lediglich für Verbesserungen des Familiengesetzes ausgesprochen hatten, da sie dieses als im wesentlichen frauenfreundlich betrachteten. Ein Teil von ihnen war ursprünglich sogar in der UNFA aktiv, wo ihre Partei in den 80er Jahren eine Strategie der Unterwanderung verfolgt hatte. Die UNFA stand allerding nach der Absetzung der FLN im Jahr 1988 völlig diskreditiert da.

Jedoch lehnten zahlreiche Feministinnen die Abgrenzungen innerhalb der Frauenbewegung nach der Logik der Linksparteien ab. Das Bewußtsein und die Erfahrung insbesondere der älteren unter ihnen hatte sich im Bruch mit diesen politischen Organisationen herausgebildet. So wurde von ihnen auch mit sehr viel Hoffnung die Bildung der AITDF[8] aufgenommen. Diese kam auf Initiative einer Gruppe von Frauen zustande, die sich von „L'Égalité" getrennt und für parteiunabhängig erklärt hatten. Die neue Vereinigung verband das Primat des aktiven Kampfes mit politischer Autonomie und fand von Anfang an Unterstützung im Land. Doch sollte sie später auch zum Gegenstand von Begehrlichkeiten werden.

Der Elan der Demokratisierung

Nach 30 Jahren fehlender Freiheit – der Meinungsäußerung und der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung – gab es ein immenses Bedürfnis in der algerischen Gesellschaft, ihre Pluralität zum Ausdruck zu bringen und ihre verschiedenen sozialen und politischen Kräfte zum Widerstreit der Ideen zu bewegen. Innerhalb der Frauenbewegung, aber auch in anderen Kreisen (Intellektuelle, Akademiker, Politiker etc.) wurde begonnen, über das Gewicht des Islam nachzudenken. Im besonderen Kontext Algeriens wurde die Bedeutung solcher Begriffe wie Demokratie, Rechtsstaat, Zivilgesellschaft, Säkularisierung, Laizismus usw. hinterfragt. Und erst als sich ein großer Teil der Opposition auf den Islam berief – und damit dem Staat das Monopol der Berufung auf die Religion streitig machte –, begannen andere politische Strömungen, die sich vor allem vom historischen Beispiel Frankreichs leiten ließen, offen die Fahne des Laizismus zu schwenken. Doch gab und gibt es in Algerien keine religiöse Institution, die der Kirche vergleichbar wäre und dem Staat Konkurrenz machen könnte. Der Islam der Marabuts und der mystischen Bruderschaften wurde durch die Kolonisation und durch den Einfluß der Religionsgelehrten weitestgehend zerstört und existiert heute nur noch vereinzelt. Zudem kann man sich in der Frage der Religion auch auf die Säkularisierung als einem in der Gesellschaft verlaufenden und vom Pluralismus begünstigten Prozeß beziehen. Die Art und Weise jedoch, wie die Debatte in Algerien angegangen wurde, war vor allem dazu angetan, die Frage nach der Rolle und dem Platz jener Institution auszublenden, die den Staat tatsächlich beherrschte und sich der Schaffung eines Rechtsstaats widersetzte: die Armee. Die neu gewonnene Meinungsfreiheit gab diesen Auseinandersetzungen dennoch Raum und verlieh ihnen einen leidenschaftlichen Charakter. Und der Sieg der



Café in Algier *Foto: Hacky Hagemeyer*

Minderheit, die einer Arbeit nachging, vor allem in den städtischen Ballungsräumen lebte, Staatsangestellte, Privilegierte. [...]
Doch stand für die Frauen – wenn man von ihnen überhaupt in ihrer Gesamtheit sprechen kann, ohne ihre Verschiedenheit zu berücksichtigen – in dieser entscheidenden Übergangsperiode sehr viel auf dem Spiel. Es ging um ihren Zugang zu Arbeit, Bildung, sozialem Schutz, kurz um die Inhalte der Entwicklung, ohne die die Frauenrechte nicht voll wahrgenommen werden können. Für die Frauenbewegung gab es aber darüber hinaus zwei weitere, wesentliche Aspekte:
– Zum einen bestand in dieser Ausnahmesituation, in der es um die Schaffung demokratischer Institutionen ging, eine einzigartige Gelegenheit für die Frauen der Bewegung, durch den nunmehr möglichen direkten Zugang zur Öffentlichkeit und zu den Medien ihr Bild zu verändern, ihre Ächtung zu bekämpfen.
– Zum anderen ging es um das Verhältnis zu den zahlreichen Frauen, die durch die islamistischen Vereinigungen mobilisiert wurden.
Was den erstgenannten Aspekt angeht, so hatten insbesondere im Wahlkampf Frauen den Mut, ihre Ideen offen zu vertreten, obwohl sie sich in der Minderheit wußten und auf den Widerstand breiter Kreise der Öffentlichkeit stießen (und nicht nur der Islamisten). Das nötigte auch jenen Achtung und Bewunderung ab, die nicht unbedingt mit ihnen übereinstimmten. Es war freilich das Ergebnis einer langwierigen Arbeit, doch langsam fand die Frauenbewegung eine Anerkennung, die sich unter den neuen Bedingungen ihrer Legalität und öffentlichen Präsenz mit der Erweiterung ihrer Basis verband.
Mit ihrem Engagement in den Wahlkämpfen brachte die Bewegung Frauen außerhalb und innerhalb der Parteien zur Kandidatur, und sie machte sich insbesondere für die Sicherung der Wahlfreiheit der Frauen stark, da diese von den Kalkülen der Politiker bedroht war. Besonders eingesetzt hat sich die Bewegung auch bei der Verteidigung von mißhandelten, verstoßenen, obdachlosen Frauen.

Der zweite Aspekt war seinerseits zunächst unmittelbar politisch: Es ging darum, die Präsenz von zahlreichen Frauen in den Reihen der „islamistischen Strömung“ zur Kenntnis zu nehmen, die Kommunikation mit ihnen zu fördern und einen Bruch zu vermeiden, der nur den Interessen der Machthaber gedient hätte. Es herrschte das Gefühl vor, daß die neue Freiheit zu kostbar sei, um sich dem

FIS bei den Kommunalwahlen 1990 machte vielen bewußt, wie dringend es war, sich diesen Problemen zu stellen und Formen der Diskussion und des Konsens zu finden, um einen Bruch in der Gesellschaft unter allen Umständen zu vermeiden.

Die Vertreterinnen der Frauenbewegung forderten ihre Rechte als Bürgerinnen ein. Damit wandten sie sich an alle dieser Rechte beraubten Algerier[9] und berührten Fragen, die weit über die Belange der Frauen hinausgingen. Als sie daher die Vermengung unterschiedlicher Rechtsquellen als Grundlage des Familiengesetzes anprangerten, verwiesen sie auf den hybriden Charakter der Fundamente des algerischen Staates, in dem die Illegitimität der Macht begründet war.

Auf die vielen in dieser Zeit aufgeworfenen Fragen hatte die Frauenbewegung keine Antwort, und sie konnte sie auch nicht haben, denn darüber bestand weder in der Gesellschaft noch innerhalb der Bewegung selbst Einmütigkeit. Im übrigen verdeutlichte dies, wie notwendig der Pluralismus war und daß die Institutionen in einer Weise organisiert werden mußten, daß die Gesellschaft mit sich selbst ins Reine kommen konnte. In diesem Sinne war die Frauenbewegung eine wesentliche Komponente der demokratischen Strömung insgesamt, da sie die demokratische Frage par excellence aufwarf, nämlich jene nach dem Gesetz und seinen Grundlagen. Hierin unterschied sie sich auch von anderen sozialen Bewegungen, die im wesentlichen auf Forderungen sozialer oder wirtschaftlicher Art ausgerichtet blieben.

Nur wenige haben diesen Aspekt erkannt, und selbst die überzeugtesten „Progressisten“ tendierten dazu, diese Frauen auf ihre spezifischen Forderungen festzulegen und so zu tun, als seien nur sie betroffen: eine studierte

Risiko einer Konfrontation auszusetzen. Politisch war eine Übereinkunft über eine Reihe von demokratischen Forderungen möglich. Doch das Streben nach einer solchen Übereinstimmung stieß auf eine zunehmend unversöhnliche Haltung gegenüber dem Islamismus, die ihn auf einen Platz außerhalb der historischen Entwicklung der Gesellschaft verwies. In ihrer Schärfe hob sich diese Position auch von der Tradition der Toleranz und des Zuhörens ab, wie sie sich in einer Bewegung entwickelt hatte, die danach strebte, die Wirklichkeit der Frauen aus ihrem Inneren heraus zum Ausdruck zu bringen. Diese Unversöhnlichkeit vermischte sich schließlich mit einer Tendenz zur Verteidigung des Status quo und zum ängstlichen Rückzug auf Errungenschaften, die von der Wirtschaftskrise und dem Anwachsen der sozialen Konflikte bedroht wurden. Doch dabei handelte es sich weder um „demokratische Errungenschaften" noch um Frauenrechte.

Dieser Aspekt stellte im übrigen auch eine Herausforderung für die Bewegung dar, nämlich inwieweit sie sich nämlich der Sorgen und Bestrebungen aller Frauen anzunehmen vermochte. Es war klar, daß sie sich nicht mehr damit begnügen konnte, sich im Hinblick auf ganz spezifische Probleme – und in einer scheinbaren Einhelligkeit – sich an den Staat und die politischen Parteien zu wenden. Vielmehr mußte sie sich angesichts der Unsicherheit der Situation den Fragen der Frauen stellen, einschließlich jener Fragen, die über den religiösen Diskurs zum Ausdruck gebracht wurden. Gerade hier jedoch stieß die Bewegung an ihre Grenzen, und es offenbarten sich erhebliche Meinungsverschiedenheiten.

Wie auch immer, diese Periode war zu kurz, als daß man abschließende Schlußfolgerungen zu den Perspektiven der Frauenbewegung in Algerien ziehen könnte. Im Juni 1991 verließen die Reformer die Regierung, und sie wurden von ehemalig führenden Köpfen der algerischen Wirtschaft abgelöst. Schließlich brachen die Militärs den Wahlprozeß ab (Dezember 1991), und schnell rückte der Kampf gegen den „Terrorismus" in den Vordergrund.



Algier *Foto: Hacky Hagemeyer*

Eine Gesellschaft in Angst

Die Hoffnung, das Vertrauen, die Sicherheit, die in der Periode der Demokratisierung wiedererwacht waren, wurden in der Folgezeit erneut von Angst, Mißtrauen und Argwohn abgelöst. Protest und Opposition kehrten in die Verborgenheit zurück. Für die entstehende Vereinsbewegung war der Elan gebrochen. Insbesondere die Frauenvereinigungen, die sich außerhalb der Hauptstadt zu verbreiten und ihre Mitgliedschaft und Aktivitäten zu diversifizieren begonnen hatten, erlebten eine Lähmung und schließlich eine Ausdünnung ihrer Netzwerke. Ihre Existenz reduzierte sich auf einen ständigen Wechsel der Führungsriegen und auf Presseverlautbarungen, in denen sich die Mitglieder nicht mehr wiederfanden. Dies war um so frustrierender, als ausgerechnet jetzt diese Vereinigungen die größte Aufmerksamkeit in den in- und ausländischen Medien erhielten.

Innerhalb weniger Monate erlebte die Frauenbewegung einen tiefgreifenden Wandel, sowohl was ihre Zusammensetzung und ihre Aktivitäten anging als auch hinsichtlich ihrer inhaltlichen Forderungen. Ähnlich der politischen Klasse, spaltete sie sich ebenfalls in „Ausrotter" und „Dialogbefürworter".

Zum einen drängten jetzt Frauen aus der zivilen und militärischen Nomenklatura in die Bewegung – genau jene, die immer „diesen erregten Frauen" ihre Geringschätzung entgegengebracht hatten – und sie wurden insbesondere von der AITDF – die in ihrem Feminismus radikalste und aufgrund ihrer Parteiunabhängigkeit offenste Vereinigung – aufgenommen. Zusammen mit anderen (vor allem „La Promotion" und AFEPEC) wurde diese Vereinigung zum Instrument eines „Staatsfeminismus"[10] in den Händen der Militärs, und ihre Aktivitäten glichen nunmehr denen jener chilenischen Hausfrauen, die den Putsch von

Pinochet unterstützten. Der Widerstand gegen das Familiengesetz, ursprünglich Katalysator des Kampfes der Frauen, wurde dabei zum kriegerischen Deckmantel für diesen Kampf. Obwohl sie von den Machthabern für ihre Zwecke eingespannt wurden, griff die Bewegung diese in ihrem Diskurs nichtsdestotrotz weiterhin heftig an[11]. Damit wurde zusätzlich Verwirrung gestiftet, denn hier sprachen Frauen aus Vereinigungen, die im Kampf gegen das Regime gegründet, geformt und legitimiert worden waren. Diese Frauen setzten jene verbale Tradition fort, und das ihr eigene Potential wurde in zynischer Weise benutzt. Zudem stürzten sie sich in eine frenetische Aktivität im Ausland: Sie breiteten sich insbesondere in den internationalen Organisationen aus und beherrschen heute die Bühne der Medien, vor allem in Frankreich.

Andererseits haben sich diejenigen Frauen, die den Parteien nahestehen, die einen Dialog mit der FIS befürworten, dem Pakt von Rom[12] angeschlossen. Doch alle anderen sind hilflos. Wie alle Frauen der Bewegung befinden sie sich letztlich in einer Situation der Unsicherheit und verfügen weder in Algerien noch im Ausland über Möglichkeiten, zu handeln und sich zu äußern. Ihre Reaktionen sind gemischt. Einige haben sogar den Feminismus verleugnet, um sich von den gegenwärtigen Köpfen der Bewegung abzugrenzen. Andere haben sich in eine Haltung des Mißtrauens gegenüber jeder weiblichen Führungspersönlichkeit eingeschlossen.

Unbestreitbar sind es heute vor allem die islamistischen Bewegungen, die gegen die Machthaber in den arabischen Ländern protestieren, und dieser Protest ist radikal. In diesem Kontext werden in Algerien wie anderswo ganz offen die weiblichen Eliten bemüht, um das Image der bedrängten Regimes aufzupolieren. Angesichts des Fehlens politischer Freiheiten, welche die Rechte der Minderheiten schützen, ist es für diese Eliten jedoch immer schwieriger, eine unabhängige Position einzunehmen. Denn je geringer die Legitimität der Regimes ist, um so eher bedienen sie sich zur Machterhaltung der rohen Gewalt, schalten die institutionellen Mechanismen aus oder behalten diese immer kleiner werdenden und ergebenen Eliten vor.

Dieser Verrat könnte den Frauen in Zukunft teuer zu stehen kommen. Wenn der Kampf für die Rechte der Frauen im kollektiven Gedächtnis mit der massiven und blutigen Repression der Opposition (der Parteien, aber auch der Gewerkschaften, kultureller Vereinigungen, also des Großteils jener „Zivilgesellschaft“, die infolge der – 1991 zurückgenommenen – demokratischen Öffnung aufgeblüht war) verbunden ist, wird er lange Zeit diskreditiert bleiben, und es wird in Zukunft für die Frauen schwierig sein, sich auf ihn zu berufen. Doch sind nicht alle Frauen diesen Weg gegangen. Nach wie vor ist es möglich, Feministin[13] zu sein, auch ohne jenen starken Drang der Menschen nach sozialer Gerechtigkeit, Würde und Menschlichkeit zu verraten, der seinen Ausdruck über islamistische Parteien, über Vereinigungen und Gewerkschaften gefunden hat. [...]

Aber nachdem der Demokratisierungsprozeß unterbrochen wurde und der größte Teil der Opposition Repression und Verfolgung ausgesetzt ist, muß man sich fragen, worin das Verdienst einiger Feministinnen besteht, die von der Staatsmacht über alle Maßen protegiert werden (bis wann?) und – als Passionarias – überdurchschnittlich präsent in den Medien der westlichen Länder sind? Und was werden sie erreichen, außer daß ihre Sache diskreditiert wird – und in allererster Linie in den Augen jener, die sie zu verteidigen vorgeben? Es wird leider in trauriger Erinnerung bleiben, daß einige algerische Feministinnen die Folter und die zahllosen Übergriffe der Sicherheitskräfte verschweigen, sich an schäbigen Inszenierungen in der reinen Tradition eines Systems, das man allzu schnell vergangen wähnte, beteiligen (von Demonstationen zur Unterstützung der Machthaber bis hin zu noch perverseren Shows[14]) und einem Regime Beihilfe leisten, das die elementaren Menschenrechte mit Füßen tritt.

■ *Fatiha Talahite lehrte Ökonomie an der Universität Oran. Derzeit forscht sie am CNRS in Lille. Übersetzung aus dem Französischen von Lutz Rogler.*

---

1 Die Geschichte des Feminismus in Algerien ist noch nicht geschrieben worden. Einige Angaben sind zu finden in: Monique Gadant: Le Nationalisme algérien et les femmes. Paris: L'Harmattan, 1996.

2 Union Générale des Travailleurs Algériens: von der FLN abhängige Einheitsgewerkschaft, die zu jener Zeit weitgehend von den Kommunisten der PAGS beherrscht wurde.

3 Bedeutung und Aktivität der Gruppe gingen weit über den akademischen institutionellen Rahmen ihrer Gründung hinaus.

4 Union Nationale des Femmes Algériennes: Massenorganisation der FLN, die zu Beginn der 70er Jahre gleichgeschaltet wurde. Dem war eine Zeit interner Auseinandersetzungen vorausgegangen, in deren Verlauf Frauen, die am Befreiungskrieg teilgenommen hatten (mudjahidat), ihren Kampf für Frauenrechte fortzusetzen versuchten.

5 Parti de l'Avant-Garde Socialiste (halblegal, hervorgegangen aus der Kommunistischen Partei Algeriens).

6 Organisation Socialiste des Travailleurs: eine trotzkistische Formation, die später in Parti des Travailleurs umbenannt wurde.

7 Abkürzung für: Association pour la Défense et la Promotion des Femmes.

8 Association Indépendante pour le Triomphe des Droits des Femmes.

9 Siehe dazu ausführlicher Fatiha Talahite: „Sous le voile, les femmes“, in: Les Cahiers de l'Orient (Paris), N° 23, 1993.

10 Der Ausdruck stammt von einer tunesischen Feministin, die damit eine ähnliche Entwicklung der Frauenbewegung in ihrem Land charakterisierte.

11 Bei näherer Betrachtung besteht diese Haltung darin, weiterhin die FLN anzuprangern, obwohl diese nicht mehr an der Macht ist, und gleichzeitig aktiv die Intervention der Militärs zu unterstützen.

12 An dessen Ausarbeitung hat auch eine Persönlichkeit der Frauenbewegung teilgenommen: Louisa Hannoune, die Vorsitzende der ersten, 1985 gegründeten und 1989 legalisierten Vereinigung (AEFHL oder „L'Égalité“). In Rom vertrat sie die Parti des Travailleurs.

13 Salima Ghezali, Herausgeberin der Wochenzeitung La Nation beruft sich auf einen solchen Feminismus. Sie war die erste Vorsitzende der AEF und begründete die Zeitschrift Nissa („Frauen“).

14 „Die Feierlichkeiten zum 8. März 1995 (...) waren eine Veranstaltung zur Unterstützung der Politik der Ausrottung. Die Leichen von Frauen, die von Islamisten ermordet worden waren, wurden regelrecht zur Schau gestellt. Dagegen wurde auf kein einziges Anzeichen für die ‚Übergriffe' der Sicherheitskräfte hingewiesen.“ Monique Gadant: Le Nationalisme algérien..., S. 40.

SOS Femmes en Détresse

Martina Sabra

Das erste und bislang einzige Frauenhaus der arabischen Welt wurde 1993 in Algier von der zwei Jahre zuvor gegründeten Frauenvereinigung *SOS Femmes en Détresse* (SOS Frauen in Not) eingerichtet. Der Zufluchtsort für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder platzt inzwischen aus allen Nähten; über 60 Frauen und Kinder drängeln sich in zwei Baracken mit sieben Zimmern und schlafen teilweise auf Matratzen, weil es nicht genügend Betten gibt. Die meisten Frauen sind ledige Mütter oder Frauen mit Kindern, die von ihren Männer verstoßen und auf die Straße gesetzt wurden (das seit 1984 gültige, extrem konservative algerische Familienrecht sieht vor, daß bei einer Scheidung der Ehemann die Wohnung behalten kann). Außerdem wenden sich zunehmend auch junge Frauen ans Frauenhaus, die von männlichen Familienmitgliedern oder von Unbekannten mißhandelt bzw. vergewaltigt worden sind.

Die Arbeit im Frauenhaus in Algier wird immer schwieriger. Zwar liegt es auf einem bewachten Grundstück, und die Sicherheitsvorkehrungen werden zur Zeit wieder einmal verstärkt; dennoch werden die Mitarbeiterinnen immer wieder wegen Bombendrohungen zu nachtschlafender Zeit aus den Betten geholt. Kaum eine der Teamfrauen kann in ihrer privaten Umgebung erzählen, wo sie arbeitet. Miriam Benhamza, die Vorsitzende von „SOS Frauen in Not", berichtet, daß fast täglich hilfesuchende Frauen abgewiesen werden müssen. Ein größeres Haus, mit Kindergarten und Räumen für Aus- und Fortbildung, ist bereits in der Planung.
Bis 1997 wurde das Frauenhaus in Algier zu zwei Dritteln von ausländischen NGOs und zu einem Drittel vom algerischen Ministerium für Solidarität finanziert, das 1998 jedoch seinen Zuschuß gestrichen hat. Der politische Druck auf Vereine sei gewachsen, berichten Mitarbeiterinnen von *SOS Femmes en Détresse*, und die Gründung neuer Vereine sei, anders als zu Anfang der 90er Jahre, fast unmöglich geworden.

1995 richtete die Organisation in Algier auch den ersten *Notruf* des Landes für Mädchen und Frauen ein,[1] die Opfer von Gewalt geworden sind, dem inzwischen noch zwei weitere in Oran und Annaba folgten. In der Hauptsache sind es Frauen, die Opfer von innerfamiliärer Gewalt geworden sind, aber auch Opfer des Terrors. Der *Notruf* leistet Hilfestellung durch psychologische und juristische Beratung; Anwältinnen und Anwälte arbeiten mit dem *Notruf* zusammen. Frauen aus allen sozialen Schichten wenden sich hier hin. Das Projekt Frauennotruf wird kontinuierlich von der *Heinrich-Böll-Stiftung* unterstützt.
SOS Femmes en Détresse wendet sich aber nicht nur an unmittelbar betroffene Frauen, sondern auch an die gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsträger, andere soziale Bewegungen, NGOs sowie an die breite Öffentlichkeit.

Interne Konflikte

SOS Femmes en Détresse ist in den vergangenen von Jahren von heftigen internen Konflikten nicht verschont geblieben. Schon bald nach der Gründung gab es Auseinandersetzungen zwischen Anhängerinnen verschiedener Oppositionsparteien, vor allem der RCD (Rassemblement pour la Culture et la Démocratie) und FFS (Front des Forces Socialistes). 1993 verließen mehrere prominente Mitglieder (z. B. die Vertreterin von amnesty international, Louisa Ait Hamou) den Verein, um gegen die Teilnahme von Vorstandsmitgliedern am *Conseil National de Transition* (Nationaler Übergangsrat) zu protestieren. Mehrere Frauen sahen darin eine Vereinnahmung und Politisierung des Vereins sowie eine Abkehr von den ursprünglich feministischen Zielen. 1996 initiierten einige ehemalige Vereinsfrauen eine Pressekampagne, in der der Leitung des Frauenhauses unter anderem die Abzweigung von Hilfsgütern, Paternalismus und Förderung der Prostitution vorgeworfen wurde, ohne daß allerdings gerichtliche Schritte eingeleitet wurden. Wahrscheinlich standen hinter der Kampagne eher parteipolitische als inhaltliche Differenzen.

Auch die Annahme öffentlicher Gelder und die Tatsache, daß einige Vorstandsfrauen das algerische Regime zwar als undemokratisch kritisieren, gleichzeitig aber dessen Repression der islamischen Bewegung tolerieren, führte in den letzten Jahren zu Spannungen und gaben Anlaß zu üblen Gerüchten über mögliche Verstrickungen der Organisation mit dem Regime bzw. dessen Sicherheitsdiensten. Doch solche Gerüchte werden nahezu täglich mit den unterschiedlichsten Absichten verbreitet; und was immer auch dran sein mag: Als „staatstragend" kann *SOS Femmes en Détresse* nicht so ohne weiteres betrachtet werden. Selbst entschiedene Gegner des Vereins räumen ein, daß *SOS Femmes en Détresse* die einzige feministisch-säkulare Vereinigung sei, die Frauen in Not eine konkrete Hilfe anbiete und gleichzeitig als Mitorganisatorin der Kampagne „Eine Million Unterschriften gegen das Familienrecht„ entschlossen das frauenfeindliche algerische Familiengesetz bekämpfe.

■ *Martina Sabra, Journalistin, freie Gutachterin für Frauenprojekte im Maghreb*

1 Das **Frauen-Notrufzentrum** informiert auch Frauen, die im Ausland verheiratet sind, Frauen mit ausländischen Ehepartnern und ausländische Frauen über das algerisches Ehe- und Familienrecht. **Tel./Fax: 00213-2-687661** (in französischer und arabischer Sprache).

2 Zu ihren Motiven, *SOS Femmes en Détresse* zu verlassen, äußert sich Ait Hamous u.a. in einem Interview, das erschienen ist in: Bettina Rühl: Wir haben nur die Wahl zwischen Wahnsinn und Widerstand. Frauen in Algerien. Horlemann Verlag, 1997.

Die Arroganz der Macht:

Weder Untersuchungsausschuß noch nationale Aussöhnung

Reiner Wandler

Der weißhaarige Mitfünziger fuchtelt wild in Richtung Polizeikette. Plötzlich brüllt er los: „Jedesmal, wenn wir von Frieden reden, das gleiche Spiel. Ich glaube die einzige Sprache, die ihr versteht, ist die der Kalashnikow." Die Enttäuschung steht ihm ins Gesicht geschrieben. Die größte algerische Oppositionspartei FFS hatte zum Abschied der Delegation des Europaparlaments am 12. Februar 1998 zu einem „Marsch gegen Gewalt und Terrorismus, für Frieden und nationale Aussöhnung" vor der Hauptpost im Herzen Algiers aufgerufen. Ein massives Polizeiaufgebot durchkreuzte die Pläne. Die Hauptstadt war bereits früh morgens systematisch abgeriegelt worden. An über 20 Straßensperren wurden nach Angaben der Organisatoren alle Busse, Taxen und Pkws gestoppt, die Leute zum Aussteigen gezwungen, Ausweise kontrolliert und Listen geführt.

Die rund 1000 Menschen, die sich dennoch pünktlich um 12 Uhr auf der Kreuzung neben der Hauptpost versammelten, wurden sofort umzingelt und gewaltsam abgedrängt. Unter ihnen die sozialistischen Abgeordneten, mit ihrem Parlamentsausweis am Revers. „Wir wollen einen internationalen Untersuchungsausschuß!", skandierte die Menge. „Nieder mit der Diktatur!", „Nieder mit der Repression!" schallte es dem übermächtigen Aufgebot an uniformierten Polizisten und Zivilbeamten entgegen.

Es war nicht das erste Mal, daß die algerischen Machthaber um Präsident und Ex-General Liamine Zeruoal eine Demonstration „für eine Dialoglösung" unterdrückten. Die FFS, die Partei des in der Schweiz im Exil lebenden charismatischen Bürgerkriegsveteranen Hocine Ait Ahmed, hat es seit Anfang 1997 bereits fünf Mal versucht. Das Demonsrationsrecht ist seit dem Abbruch der ersten freien Wahlen und dem Verbot der FIS 1992, außer Kraft gesetzt.

Die Forderung, genau diesen Ausnahmezustand aufzuheben, sorgte während der Vorbereitungen zu den Parlamentswahlen Juni 1997 für Aufregung. Die kleine trotzkistische Arbeiterpartei (PTA) von Louisa Hanoune durfte ihre Wahlspots weder im staatlichen Rundfunk noch im Fernsehen ausstrahlen. Unter dem Slogan „Der Frieden muß wieder hergestellt werden" war in den vorproduzierten Kurzsendungen der PTA neben dem Ende der Sondergesetze von einer Dialoglösung für den seit fünf Jahren anhaltenden bürgerkriegsähnlichen Konflikt, der mittlerweile 120 000 Menschenleben gefordert hat, die Rede. Die Vertreter des Regimes und die ihr nahestehenden Parteien sahen darin „einen Faktor zur Destabilisierung der öffentlichen Meinung und einen Angriff auf den Staat und seine Institutionen" und erwirkten das Sendeverbot durch die Wahlkommission.

Es gibt keinen Prozeß der nationalen Aussöhnung

„Was Algerien braucht, ist ein globaler Friedensprozeß, an dem alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte teilnehmen", so Ahmed Djeddai, Generalsekretär der FFS. Die Sozialisten wollen „eine Dynamik innerhalb der Bevölkerung schaffen, damit dieser Friedensprozeß von unten her wächst und Unterstützung erfährt." Wenn dies nicht schnell genug geschehe, laufe Algerien Gefahr, vollständig auseinanderzufallen. Während die Armee das für Regierung und Wirtschaft nützliche Algerien – die großen Städte, die Erdölanlagen und Häfen – schütze, versinke der „nutzlose" Teil des Landes immer weiter im Chaos. Mit dem islamistischen Terror vermischen sich Abrechnungen zwischen Familienclans, Rachefeldzüge der mittlerweile über 5000 Selbstverteidigungsgruppen gegen mutmaßliche Unterstützer der Islamisten.

Der Gründer der FFS Hocine Ait Ahmed, gehörte zu den Vätern der Plattform von Rom. In diesem „Nationalvertrag" ist u. a. folgendes vereinbart worden: „Die Ablehnung der Gewalt, um an die Macht zu kommen oder an der Macht zu bleiben. Die Ablehnung jedweder Diktatur, egal welcher Art, und das Recht des Volkes, die von ihm gewählten Institutionen zu verteidigen". Diese Prinzipien wurden unterschrieben von: der FFS, PTA, der ehemaligen Einheitspartei FNL, der Algerischen Liga zur Verteidigung der Menschenrechte (LADDH), der legalen islamistischen *Ennahda* sowie der MDA, der Partei des ersten Präsidenten des freien Algeriens, Ben Bella, und der verbotenen FIS. Die daran beteiligten demokratischen Kräfte werden seither in Algerien *dialogistes* genannt, im Gegensatz den den *erradicateurs* (Ausrotter), die Militärputsch und Repression als Mittel gegen die Islamisten rechtfertigen.

Im Lande selbst bewegten die Treffen von Rom nur wenig. Die Militärs lehnten die Plattform von Rom ab. Die in Deutschland ansässige Auslandsleitung der FIS hält bis heute in ihren Erklärungen an dieser Plattform fest. Ihr Sprecher Abdelkrim Ouldadda erklärte auf einer Pressekonferenz Ende 1996 in Madrid, wie er sich ein Ende des bewaffneten Konflikts vorstellt: Es gelte eine Dynamik zu schaffen, die den Widersachern einer Dialoglösung auf beiden Seiten den Boden entzieht. Allerdings gestand er auch ein, daß „20 % der bewaffneten Gruppen nicht auf die FIS hören".

Der im Oktober letzten Jahres vom bewaffneten Arm der FIS, der Armee des Islamischen Heils (AIS), ausgerufene Waffenstillstand, beweist, daß die Linie der Auslandsleitung im Innern durchaus befolgt wird. Allerdings scheint

der Zeitpunkt, zu dem es möglich war, die Spirale der Gewalt zu stoppen, längst vorbei. Das gestehen AIS und FIS indirekt in ihren Erklärungen ein. Hunderte von FIS-Wähler und Wählerinnen wurden von den Kommandos der Bewaffneten Islamischen Gruppen (GIA) in Ortschaften wie Bentalha, Rais, Relizane ermordet. Armee und Polizei schauten immer wieder tatenlos zu.
Auch wenn die Regierung von Präsident Liamine Zeroual bis heute bestreitet, Zugeständnisse an die AIS gemacht zu haben, beharren Kreise um die FIS-Auslandsleitung auf ihrer Version: Der Waffenstillstand sei das Ergebnis von mehr als einem Jahr intensiver Verhandlungen zwischen Armeeführung und AIS. Man habe erreicht, daß sich die AIS-Kämpfer in den letzten Monaten wieder in das normale Leben eingegliedert haben. Nach Erkenntnissen von Luis Martinez, Maghrebspezialist des französischen Zentrums für Internationale Forschungen (CERI), machen Teile der ehemaligen AIS gar zusammen mit den Selbstverteidigungskomitees und der Armee in der Mitiya Jagd auf die GIA-Kommandos. FIS-Kreise wollen dies nicht dementieren.

Der erwartete „Prozeß zur nationalen Aussöhnung" läßt auch weiterhin auf sich warten. Der Waffenstillstand der AIS wird als Niederlage gewertet. Die Maxime der algerischen Politik setzt weiterhin auf den militärischen Sieg über den islamistischen Gegner. Daran läßt Präsident Zeroual keinen Zweifel aufkommen. So wurde der historische FIS-Führer Abbasi Madani sofort in die Schranken gewiesen, als er kurz nach seiner Freilassung im letzten Sommer in einem Brief an den UN-Generalsekretär Kofi Annan anbot, sich für einen Waffenstillstand im Machtkampf zwischen den radikalen islamischen Gruppen und der Armee einzusetzen. Das, so befand das Innenministerium, sei „ein Verstoß gegen die mit der Freilassung verbundenen Auflagen". Madani wurde unter Hausarrest gestellt.

Die Arroganz der Macht verhindert eine Lösung

Die Option einer rein militärischen Lösung, wie sie die Generäle vorgeben, findet auch im demokratischen Lager Unterstützer. „Wenn ein Bein brandig ist, verliert man nicht die Zeit mit der Frage, ob es amputiert werden muß, um den Körper zu retten, oder ob Kompressen hier und Salben da reichen ...", verweigert sich Khalida Messaoudi, bekannte algerische Feministin und Nummer 2 der RCD, jedwedem Gespräch mit den Islamisten. Said Sadi, Vorsitzender der RCD, wird noch deutlicher: Er erklärte zu Beginn des Konflikts, daß er durchaus bereit sei 100 000 Tote in Kauf zu nehmen, um seinem laizistisch-republikanischen Gesellschaftsentwurf zum Sieg zu verhelfen. Für die RCD gibt es keine Unterschiede im islamistischen Lager. Mit den „Nazis Algeriens" ist kein Kompromiß möglich. Ihre Devise ist: Lieber eine korrupte Regierung als eine fanatisch religiöse Macht.

Parteichef Said Sadi rief seine Anhänger im September 1994 dazu auf, sich zu bewaffnen. Von den 1,5 Millionen Einwohner der Kabylei stehen mittlerweile 26 000 Zivilisten unter Waffen. Die Provinzregierung von Tizi Ouzu gibt jährlich 15 Millionen Mark für diesen Zweck aus – 56% des Sozialfonds der Provinz. Neben den selbst organisierten Wachen der Dörfern unterstützen diese bewaffneten Zivilisten die Armee bei großen Razzien mit ihrer Ortskenntnis. Die FIS macht die RCD-Milizen für Massaker an ihren Wählern in der Kabylei verantwortlich. Im Algerienbericht von ai prahlt ein Patriot damit, grundsätzlich keine Gefangenen zu machen.

Während die „Ausrotter" sich immer weiter eingraben, fällt das Lager derer, die einst in Rom den Dialog anregten, zusehends auseinander. Keine Frage hat die einstigen Alliierten so entzweit wie die Forderung der FFS nach einer Internationalisierung des Konflikts. Darunter verstehen sie eine unabhängige internationale Untersuchung dessen, was im Land geschieht. Die algerischen Machthaber und mit ihnen die gesamte Presse des Landes greifen die FFS für diese Position an. „Algerien ist ein souveränes Land", führen sie den Nationalstolz ins Feld. Das fällt selbst bei denen auf fruchtbaren Boden, die sehr wohl Zweifel über den Hergang vieler Attentate äußern. Und das Nationalbewußtsein ist ein starker Faktor, denn nirgends forderte die Befreiung von der Kolonialherrschaft einen so hohen Blutzoll wie in Algerien.

Auch wenn sich vor Ort in den Gebieten der Massaker die Menschen immer wieder für eine internationale Einmischung aussprechen, schlägt sich das auf der politischen Ebene kaum nieder. Von den Organisationen, die die Plattform von Rom unterschrieben haben, will außer der FFS niemand fremde Hilfe in Anspruch nehmen. Die FNL, die mit in der Regierung sitzt, will selbst von einer nationalen Untersuchung nichts wissen, die islamistische Ennahda fordert eine rein nationale Untersuchung, die PTA von Louisa Hanoune schwankt hin und her. Die FIS fordert nach jedem Massaker von Deutschland aus eine internationale Untersuchung, um später die ausländische Presse genau deswegen wieder zu beschimpfen.

Angesichts dieses innenpolitischen Panoramas und des fehlenden äußeren Drucks geben sich Algeriens Machthaber selbstzufrieden. So lud am Vorabend der algerischen Kommunal- und Departementswahlen von 1997 Außenminister Ahmed Attaf die internationale Presse ein. Wir waren alle gespannt. Schließlich waren die Erinnerungen an die ersten Massaker, bei denen die Opfer in die Hunderte gingen, nur allzu wach. Alle hatten wir in den letzten Tagen die beiden Dörfer Bentalha und Rais besucht. Würde er uns etwas zu den ungeheuerlichen Vorwürfen sagen, daß die Armee sich geweigert habe, den Menschen zu helfen, obwohl die bestialischen Schlächtereien in beiden Fällen nur wenige Meter vor einem Kasernentor stattfanden? Weit gefehlt. Attaf war gekommen, um uns Erfolge zu vermelden: Die Devisenvorräte seien seit dem beinahe Fast-Bankrott 1993 auf über 8 Milliarden $ angewachsen. Algerien werde deshalb kein neues Abkommen mit dem IWF abschließen. Kritische Nachfragen zur Krise im Land, bügelte er ab: „Wir hier wissen, wer wen tötet." Die Pressekonferenz war beendet. Wir alle hatten verstanden: Das algerische Regime fühlt sich stark. Der allzu offensichtliche Wahlbetrug am nächsten Tag zeugte von der Arroganz dieser Macht.

■ *Reiner Wandler arbeitet als Journalist.*

Die Abschiebung der Verantwortung

Innenministerkonferenz-Beschluß zu algerischen Flüchtlingen

Ruth Jüttner

Algerische Asylsuchende haben in der Regel kaum Chancen Asyl zu erhalten. Die Zahl abgelehnter Asylbewerber spricht eine deutliche Spache: 1997 hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge rund 98% der Asylgesuche von Algeriern abgelehnt. In weniger als 0,4% der Fälle (9 Anträge) wurden Abschiebungshindernisse festgestellt. Die Menschenrechtslage in Algerien spielt offensichtlich bei den Entscheidungen des Bundesamtes keine Rolle. Die gegen Null tendierende Anerkennungsquote steht in eklatantem Widerspruch zur Lage in Algerien.
Auf der einen Seite der Gewaltspirale stehen die Sicherheitskräfte und Milizen: Hinter dem Begriff der „Terrorismusbekämpfung" werden willkürliche Verhaftungen, Folter und Mißhandlung verschleiert. Auf der anderen Seite stehen die bewaffneten Oppositionsgruppen. Sie entführen und töten willkürlich unbeteiligte Zivilisten. Die Opfer stammen aus allen Bereichen der algerischen Gesellschaft. Nicht zuletzt haben die großen Massaker Anfang 1998 gezeigt, daß es keine sichere inländische Fluchtalternative zu Algerien gibt. Selbst das Auswärtige Amt, welches dafür bekannt ist, bei der Beurteilung der Menschenrechtslage im Rahmen von Asylverfahren staatliche Verfolgungsmaßnahmen und Menschenrechtsverletzungen zu bagatellisieren, kommt in seinem Lagebericht vom Januar 1998 zu dem Ergebnis, daß die bewaffneten islamistischen Gruppen ihre „Terroraktionen im dichtbevölkerten Küstenraum (...) sowie im Westen und anderen Landesteilen, die bisher verschont geblieben sind", ausführen.

Trotzdem erhalten algerische Flüchtlinge keinen Schutz. Die Ablehnungsgründe sind bekannt: Die Anhänger islamistischer Gruppierungen erhalten kein Asyl, weil ihnen entweder nicht geglaubt wird, oder die staatlichen Verfolgungsmaßnahmen als „legitime strafrechtliche Ahndung terroristischer Aktionen" gewertet werden. Denjenigen, die vor den Anschlägen bewaffneter Gruppen fliehen, wird kein Schutz gewährt, weil sie nicht vor staatlicher Verfolgung fliehen. Hier besteht offenkundig eine Schutzlücke für algerische Flüchtlinge, die nur durch einen generellen Abschiebungsstop effektiv geschlossen werden könnte.
Die Länderinnenminister haben sich jedoch 1996 darauf verständigt, möglichst keinen neuen Abschiebungsstop zu erlassen. Ungeachtet des öffentlichen Drucks sind die Minister dieser selbstgeschaffenen Vorgabe auch im Februar 1998 auf der Innenministerkonferenz (IMK) gefolgt: Statt eines Abschiebungsstops für algerische Flüchtlinge wurde vereinbart, daß vor jeder Abschiebung nach Algerien eine nochmalige sorgfältige Prüfung des Einzelfalles durchgeführt wird. Weil der politische Wille für eine Aussetzung der Abschiebungen nach Algerien fehlt, haben die Innenminister von den bestehenden Möglichkeiten keinen Gebrauch gemacht, sondern eine Vorgehensweise gewählt, für die es streng genommen keine gesetzliche Grundlage gibt.
Erwartungsgemäß setzen die Probleme bei der praktischen Umsetzung des IMK-Beschlusses ein: In einigen Bundesländern sind es die algerischen Flüchtlinge selbst, die diese besondere Prüfung hinsichtlich der Abschiebungshindernisse beantragen müssen. Sollte das Bundesamt in gewohnter Manier diesen Antrag ablehnen, werden die Akten dem Innenministerium zur Prüfung vorgelegt. In der Praxis bedeutet diese Vorgehensweise, daß die Akten bei den Innenministerien liegen bleiben und die Lösung des Problems auf die nächste IMK verschoben wird. Eine behördeninterne Vorgehensweise haben u. a. die Länder Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Bayern gewählt: Hier legen die Ausländerbehörden die Akten dem Innenministerium vor, dieses wiederum leitet sie an das Bundesamt weiter. Weder der betroffene Flüchtling noch sein Rechtsanwalt werden über das Prüfungsverfahren bzw. dessen Ergebnis informiert. Im Fall eines algerischen Flüchtlings aus Oran hat das Bundesamt diese sog. „sorgfältige Einzelfallprüfung" innerhalb von drei Tagen durchgeführt. In einem einseitigen, handschriftlichen Fax teilte das Bundesamt lapidar mit, daß keine Abschiebehindernisse vorliegen, der Flüchtling könne gefahrlos nach Algerien zurückkehren.

Festzuhalten bleibt: Der Beschluß der IMK ist eine Mogelpackung, die Umsetzung dieses Beschlusses läuft ins Leere und eine sorgfältige Prüfung findet in der Praxis nicht statt. Die Länder haben sich entweder zu einer Hinhaltetaktik entschlossen oder dem Druck des BMI nachgegeben. Die Prüfung obliegt dann wieder dem Bundesamt, welches regelmäßig eine Gefährdung von algerischen Flüchtlingen im Falle einer Rückkehr verneint.
Hier wäre nun der Bundesinnenminister gefordert: Als oberster Dienstherr kann er das Bundesamt anweisen, algerischen Flüchtlingen wegen der Gefahr für Leib und Leben Schutz vor Abschiebung zu gewähren. Statt einer entsprechenden Weisung an das Bundesamt schiebt Manfred Kanther (CDU) die Verantwortung an die Länderinnenministerien zurück: Vor der Weiterleitung der Akten an das Bundesamt sollen diese ausführlich begründen, warum eine erneute Prüfung durch das Bundesamt gerechtfertigt ist. Es liegt auf der Hand, daß hierfür weder entsprechend ausgebildetes Personal noch die notwendigen Kapazitäten zur Verfügung stehen.
An dieser Stelle schließt sich der Kreis der Nichtzuständigkeit der beteiligten Behörden: Nicht nur abgelehnte algerische Flüchtlinge werden abgeschoben, auch im Vorfeld jeder Abschiebung haben die Behörden gekonnt die Verantwortung auf die jeweils andere Instanz abgeschoben.

■ *Ruth Jüttner, Referat für politische Flüchtlinge bei ai.*

Lieber lebendig in Haft, als tot in Algerien

Salima Mellah

Nach dem Militärputsch im Januar 1992 begannen algerische Flüchtlinge, in verschiedenen Ländern Europas Asyl zu suchen. Während 1992 und 1993 in Deutschland jeweils 7669 und 11 262 Personen einen Asylantrag stellten, sank diese Zahl 1994 auf ein Viertel des Vorjahrs. Der Grund dafür liegt nicht in der Verminderung der Gefährdung in Algerien, sondern in der Verschärfung des Asylrechts. Obwohl das zwischen der deutschen und der algerischen Regierung unterzeichnete Rücknahmeabkommen nicht in Kraft trat, wurden etwa 3500 Personen seit 1992 nach Algerien abgeschoben. Seit Jahren fordern Menschenrechtsorganisationen und Flüchtlings-Unterstützungsgruppen einen Abschiebestopp. Alarmierende Informationen über willkürliche Festnahmen, unfaire oder fehlende Prozesse, systematische Folter und Tötungen lassen im Zusammenhang mit abzuschiebenden Flüchtlingen das Schlimmste befürchten.

Erst die grausamen Massaker im Spätsommer 1997 und im folgenden Winter schienen den deutschen Innen- und Außenpolitikern den Ernst der Situation in Algerien verdeutlicht zu haben. Doch wurde nicht etwa ein Abschiebestopp erlassen oder gar eine internationale Untersuchungskommission gefordert, um die genaueren Umstände und Verantwortlichen der Massaker zu ermitteln, sondern es wurde beschlossen, den algerischen Staat bei der Terrorismusbekämpfung zu unterstützen: Ausgerechnet am Vorabend der Fußballweltmeisterschaft wird in ganz Europa ein Netz der GIA (Groupes Islamiques Armés, Bewaffnete Islamische Gruppen) ausgehoben, die Anschläge geplant haben sollen. Der Krieg wird in Europa wie auch in Algerien auf ein Terrorismusproblem reduziert, Flüchtlinge werden als potentielle Terroristen stigmatisiert, für die ein Asylrecht immer mehr ausgeschlossen wird. Je komplexer die Lage in Algerien wird, um so vielschichtiger werden auch die Fluchtgründe. Wir werden hier vereinfachend vier Personengruppen behandeln, die in Deutschland Zuflucht gesucht haben: Personen aus dem Umfeld der FIS (Front Islamique du Salut, Islamische Heilsfront), Betroffene der Terrorismusbekämpfung, Deserteure und Wehrdienstverweigerer und schließlich von bewaffneten Gruppen bedrohte Personen.

Verfolgung von Personen aus dem Umfeld der FIS

Die Repression, die sich seit 1992 flächendeckend über das Land ausbreitet hat, zielte zunächst auf die Zerschlagung der FIS. Sie traf anfangs die Parteistrukturen, die Kommunalverwaltungen, die von der FIS kontrollierten Moscheen, karitative Organisationen, das ökonomische Unterstützungsnetz usw. Über 15 000 FIS-Kader und Sympathisanten wurden in Konzentrationslagern interniert und viele Tausende mehr verhaftet, gefoltert oder getötet. Auch einfache Parteimitglieder oder Sympathisanten wurden, entgegen der Meinung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, der Gerichte oder des Hamburger Orient-Instituts, verfolgt. Der Grad der Verfolgung wird nicht allein durch die Art des Engagements bestimmt, Personen, die in den Jahren 1989–1991 an von der FIS organisierten Demonstrationen teilgenommen hatten, waren der algerischen Polizei bekannt und damit gefährdet. Ein junger Mann erzählt: „In meiner Studentenzeit habe ich mich stark am Aufbau einer islamischen oppositionellen Jugendorganisation beteiligt, deren Nachfolgeorganisation 1989 legalisiert wurde. Im Oktober 1988 wurde ich fast einen Monat in einem Militärgefängnis inhaftiert und gefoltert wegen Vorbereitung und Beteiligung an Demonstrationen. (...) 1990 wurde ich Mitglied der FIS und habe Organisations- und Koordinationsaufgaben in einem Regionalbüro übernommen. Im März 1992 wurde ich verhaftet, und nur wegen der Intervention eines regimefreundlichen Familienmitglieds kam ich nach zweieinhalb Monaten Haft und Folter bei einer Amnestie auf freien Fuß. Aufgrund einer Ladung vor das Sondergericht wegen Vergehen gegen die Staatssicherheit mußte ich, um einer Verhaftung zu entgehen, mein Land verlassen. Meine hier in Deutschland vorgetragenen Asylgründe wurden nicht berücksichtigt, ich bin zur Ausreise aufgefordert worden."[1]

Nur ein verschwindend kleiner Teil der Flüchtlinge aus dem Umfeld der FIS erhält politisches Asyl, und ein etwa genauso kleiner Teil kann aus humanitären Gründen in Deutschland bleiben. Den meisten wird entgegengehalten, daß sie keine staatliche Verfolgung zu befürchten hätten, da sie keine entscheidenden Funktionen innerhalb der FIS bekleideten. Algerische Anwälte und internationale Menschenrechtsorganisationen widerlegen diese Behauptungen. Dr. Michael Peel von der *Medical Foundation for the Care of Victims of Torture* legte dem britischen Parlament einen Bericht vor[2] und sagte in einer Anhörung der britischen Parlamentskommission für Menschenrechte: „Die Medical Foundation hat ausreichende Beweise, um behaupten zu können, daß einfache Sympathisanten der FIS, die nicht aktiv waren, von den Sicherheitskräften verfolgt und gefoltert werden und daß Familienangehörige der FIS-Sympathisanten entführt und getötet werden oder verschwinden."[3]

Sag' mir, in welchem Viertel du lebst, und ich sag' dir, ob du ein Terrorist bist

In den Jahren 1993–94 erhielt die staatliche Verfolgung einen anderen Charakter. Das engere Umfeld der FIS war bereits erfaßt, gebrochen und atomisiert, und nun ging es darum, eine dem Regime feindlich gesonnene Bevölkerung, die zudem den bewaffneten Gruppen ihre Unterstützung gab, zu kontrollieren. Dies geschah zum einen durch willkürlichen Terror mit Durchkämmungsoperationen, Hinrichtungen, Zurschaustellen der Leichen oder mehrmaligen Verhaftungen, Folterungen mit anschließender Freilassung und zunehmend durch Verschwindenlassen. Zum anderen wurde ab 1994 ein Anti-Aufstandsprogramm durchgeführt, das darauf abzielte, viele junge Männer in den Untergrund oder in die Berge zu treiben, die bewaffneten Gruppen zu radikalisieren (auch durch Infiltration und Übernahme durch den Geheimdienst) und von der Bevölkerung zu isolieren. So versucht das Regime, ganze ihm feindlich gesonnene Stadtviertel oder Dörfer durch Anschläge bewaffneter Gruppen auf seine Seite zu zwingen. In diesem Zusammenhang steht auch die Bildung von örtlichen Milizen, die für zahlreiche Übergriffe und Massaker verantwortlich gemacht werden.[4]

Viele junge Männer, die nicht politisch tätig waren, gerieten in die Mühlen der Repression. Munir kam Mitte 1997 nach Deutschland, weil er zwischen 1995 und 1996 etwa sieben Mal verhaftet worden war. Jedesmal wurde er in der Gendarmerie oder im Kommissariat gefoltert, das eine Mal für mehrere Tage, das andere Mal einen Monat lang, zweimal kam er ins Gefängnis, zweimal wurde er von einem Richter freigesprochen. Dessen ungeachtet nahmen ihn die Kommunalgarden erneut fest, folterten ihn und übergaben ihn der Gendarmerie, die ihn nach mehreren Tagen freiließ. Anschließend hielt er sich nicht mehr zu Hause auf, erfuhr aber, daß Sicherheitskräfte nach ihm suchten. Er berichtete, daß sein Vetter im November 1996 von Sicherheitskräften getötet wurde. „Seine Leiche wurde zur Schau gestellt, damit alle sehen, daß er ein Terrorist war. Es war bekannt, daß er zu den bewaffneten Gruppen gegangen war, wie andere junge Männer aus unserer Gegend auch. Deswegen wurden unsere Viertel regelmäßig von Sicherheitskräften durchkämmt und wahllos junge Männer mitgenommen, um Informationen über bewaffnete Gruppen zu erpressen."[5] Trotz der Folter gewährte das Gericht Munir kein Asyl.

Ob du zur Armee gehst oder nicht, du setzt dein Leben aufs Spiel

Die vorherige Personengruppe überschneidet sich oftmals mit der Gruppe der Wehrdienstverweigerer und Deserteure. Immer mehr junge Männer haben Angst, zur Armee zu gehen, da sie dort als Kanonenfutter in der Terrorismusbekämpfung eingesetzt werden. Sie werden oftmals von Sicherheitskräften zwangsweise in die Kaserne gebracht, und nicht selten wird Widerspruch mit solcher Zwangsrekrutierung bestraft.[6] Dazu schwebt über jedem Einberufenen die Todesdrohung der GIA, die nicht selten in die Tat umgesetzt wurde. Dies hat zur Folge, daß Einberufene aus Angst vor Anschlägen, nach ihrem regulären Dienst in der Armee bleiben und in der Terrorismusbekämpfung eingesetzt werden.[7]

Die Kontrollen sind verschärft worden, da immer mehr Wehrpflichtige ihren Dienst nicht antreten. Einer Instruktion der Regierung zufolge muß jeder Bürger bei einer Anstellung den Nachweis über den absolvierten Militärdienst vorlegen. Dies gilt nicht nur für staatliche Betriebe und Verwaltungen, sondern auch für private Unternehmen. Auch die Ausstellung des Führerscheins und des Personalausweises wird an diesen Nachweis gekoppelt.[8] Für Angehörige der Sicherheitskräfte besteht ebenfalls ein Dienstzwang, denn sie dürfen nicht kündigen. Wehrdienstverweigerung und Desertion sind strafrechtlich geregelt und werden mit dem Anti-Terrorgesetz von 1992 streng geahndet. Doch in der Realität herrscht große Willkür: „Algerischen Deserteuren und Wehrdienstverweigerern drohen gemäß geltendem Recht schwere Haftstrafen und in bestimmten Fällen gar die Todesstrafe. Das gegenwärtig in Algerien vorherrschende politische Klima vergrößert die Gefahr, gefoltert zu werden, da Deserteure und Wehrdienstverweigerer leicht mit Anhängern islamistischer Bewegungen gleichgesetzt werden. Zudem gibt es keine Garantie auf einen gerechten Prozeß."[9] Manch ein Straffälliger verschwindet oder wird umgebracht. Wer den Weg nach Deutschland gefunden hat, kann in den seltensten Fällen Schutz vor Abschiebung erwarten, und politisches oder humanitäres Asyl wird ihm nicht gewährt.

GIA – GIS

Eine Gefährdung für fast alle Bevölkerungsgruppen geht von bewaffneten Gruppen aus (vor allem die GIA werden für zahlreiche Anschläge und Massaker verantwortlich gemacht), die mit Todesdrohungen und Morden viele Menschen zur Flucht getrieben haben. So die junge Frau, die im Gesundheitsbereich arbeitete und Anfang 1997 nach Deutschland floh, da sie mehrmals von Unbekannten bedroht worden war: „Mir wurde vorgeworfen, von Tabus gesprochen zu haben, Gefahren der AIDS-Krankheit, Verhütungsmethoden usw. Die Terroristen haben mich zum Tode verurteilt, was mich veranlaßte, mein Land zu verlassen, zumal ich als unverheiratete Frau schwanger war." Auch dieser Frau wurde kein Asyl gewährt, mit der Begründung, es handele sich nicht um eine staatliche Verfolgung.

Es muß betont werden, daß es nicht den Tatsachen entspricht, wenn im Westen ausschließlich von der Gefährdung der ‚Demokraten' die Rede ist. Islamisch gekleidete Frauen, Imame oder bekannte islamistische Persönlichkeiten und Politiker wurden von bewaffneten Gruppen ermordet oder bedroht. Gewiß sind z.B. Journalisten der sogenannten unabhängigen Presse, Feministinnen, Französischlehrerinnen und -lehrer und Mitglieder von nichtislamistischen Parteien und Vereinen ermordet worden, werden Bomben an belebten Plätzen gelegt und ganze Dörfer massakriert. Doch wer sind diese bewaffneten Gruppen? Ausgestiegene und Politiker behaupten, die GIA seien zu einem Terrorinstrument der algerischen Sicherheitsdienste geworden. Viel spricht für den Verdacht, daß



Kasbah in Algier *Foto: Hacky Hagemeyer*

die GIS[10] und andere Anti-Terroreinheiten in die Machenschaften der GIA verstrickt sind. Somit müßte der Begriff der staatlichen Verfolgung eine weitere Dimension erhalten. Diejenigen, die fliehen, weil sie von bewaffneten Gruppen bedroht wurden, erhalten bislang in der Regel kein politisches Asyl. In manchen Fällen wird ihnen ein humanitäres Asyl gewährt oder ein Abschiebeschutz veranlaßt.

Der ‚Abschiebestopp-Kompromiß'

Obwohl bereits 1994 Massaker an Zivilisten verübt wurden, haben erst die Bilder der Blutbäder an Hunderten von Personen, darunter Greise und Kinder, im Herbst 1997 und Winter 97/98 der Weltöffentlichkeit das Ausmaß des Grauens vor Augen geführt. Der von internationalen Menschenrechtsorganisationen erzeugte Druck machte die Forderung nach einer Untersuchung der Massaker selbst in manchen europäischen Regierungskreisen salonfähig. Auf der nationalen Ebene sahen sich sogar die deutschen Innenminister genötigt, im November 1997 und Februar 1998 über einen Abschiebestopp nach Algerien zu verhandeln. Trotz des Ernstes der Lage erließen sie nur die Anweisung, eine ‚sorgfältige Einzelfallprüfung' vorzunehmen, „da insbesondere eine Rückführung in die vom Terror heimgesuchten Gebiete, zu denen neben dem Raum um Algier, wohin abgeschoben wird, und den größeren Städten der gesamte dichtbevölkerte Küstenraum Algeriens gehört, mit erheblichen konkreten Gefahren verbunden sein kann."[11] Daß eine solche Anweisung nach Gutdünken der Beamten interpretiert und ausgeführt wird, zeigt das Beispiel des in Abschiebehaft in Eisenhüttenstadt inhaftierten Flüchtlings Ahmed B., der Anfang Mai 1998, als er von seiner bevorstehenden Abschiebung erfuhr, mit anderen Gefangenen revoltierte. Erst dadurch wurde bekannt, daß keine Einzelfallprüfung vorgenommen worden war.[12] Schon hier sind die Flüchtlinge einer Willkür ausgesetzt, die als Vorgeschmack dessen verstanden werden kann, was sie in Algerien erwarten wird.

Rückkehrgefährdung

„Zurückgeführte Algerier sind keiner höheren Bedrohung ausgesetzt als andere, in ihrer Heimat verbliebene. (...) Nach Algerien ausgewiesene oder abgeschobene algerische Staatsangehörige werden bei der Einreise in Polizeigewahrsam genommen, das mehrere Tage dauern kann. (...) Das Auswärtige Amt hat keine Hinweise darauf, daß es bei diesem Verfahren zu schweren Menschenrechtsverletzungen gekommen ist."[13] Diese Aussagen des Auswärtigen Amtes stehen im auffallenden Widerspruch zu den Berichten algerischer Anwälte, Amnesty Internationals und solcher Flüchtlinge, die nach einer Abschiebung nach Deutschland zurückkehrten. Aus diesen Berichten geht hervor, daß abgeschobene Flüchtlinge nach ihrer Ankunft in Algier am Flughafen eingesperrt oder sofort nach Bab Ezzouar in eine Polizeikaserne gebracht werden. Ihnen werden Gepäck und Geld entwendet, und sie werden verhört. In vielen Fällen bleiben die Betroffenen einige Tage dort, in anderen zwei Wochen oder mehr. Die Verhöre werden immer von Folterungen begleitet. A.B. berichtet: „Ich wurde immer wieder verhört, nach meinem Verbleib gefragt und nach den Gründen, warum ich in Deutschland Asyl beantragt hätte. Außerdem sollte ich sagen, welche Lügen ich über Algerien erzählt hätte. Die Polizisten wollten auch wissen, welche anderen Algerier ich in Deutschland getroffen hätte bzw. kenne."[14] Manche sterben unter der Folter, andere sind so stark verletzt, daß sie ins Kran-

kenhaus gebracht werden müssen. Wiederum andere verschwinden oder werden in Gefängnisse überführt. Den meisten wird nach ihrer Entlassung aus der Kaserne in Bab Ezzouar oder den Gefängnissen eine tägliche oder wöchentliche Meldepflicht im Kommissariat ihres Wohnortes auferlegt.

Eine erneute Inhaftierung ist keine Seltenheit. B.K., der einer Abschiebung vorbeugte und freiwillig zurückkehrte, wurde bei seiner Ankunft festgenommen. Gebrochen von sieben Monaten Haft und Folter, kann er endlich zu seiner Familie. Er erzählt nach seiner erneuten Flucht nach Deutschland: „Ich mußte mich bei der Polizei wöchentlich melden (...). Es stellte sich auch später heraus, daß es richtig war, mich woanders aufzuhalten, da die Sécurité Militaire (militärischer Geheimdienst) mich suchte. (...) Da man mich suchte, ging ich nach zwei Monaten nicht mehr zur Polizei, verließ die Stadt und hielt mich im Dorf auf."[15]

Eine neue Praxis scheint zu sein, den Ankömmlingen am Flughafen zu erlauben, sehr bald ihre Heimatorte aufzusuchen, mit der Auflage, sich bei der Polizei zu melden. Sie können sogar eine Zeit lang unbehelligt leben, und erst nach einer gewissen Zeit verschwinden sie oder werden sie inhaftiert.
Es ist sicherlich richtig, wenn auf die besondere Rückkehrgefährdung für FIS-Aktivisten oder Deserteure hingewiesen wird. Doch immer mehr Berichte bestätigen die Befürchtung, daß selbst Personen, die keiner exponierten politischen Tätigkeit nachgegangen sind, nach ihrer Abschiebung verfolgt werden. Die algerischen Sicherheitskräfte versuchen, über die Zurückgeschobenen Informationen über algerische Asylbewerber zu erhalten, indem sie ihnen z. B. Fotos von Demonstrationen in Deutschland oder sich dort aufhaltenden Personen vorlegen. Zudem ist – der Auskunft des Bundesinnenministeriums an das Verwaltungsgericht Kassel vom 26. Mai 1997 zufolge – bekannt, daß der algerische Auslandsnachrichtendienst (Direction de Documentation et de Sécurité Extérieure) versucht, Oppositionsgruppen zu infiltrieren, und daß in den Medien veröffentlichte Stellungnahmen von Oppositionellen an die Zentrale in Algier weitergeleitet werden. Es ist vorgekommen, daß Familienangehörige von Asylsuchenden, die sich an die Medien wandten, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen, von algerischen Sicherheitskräften bedroht oder belangt wurden. Eine große Gefahr für abgeschobene Flüchtlinge resultiert aus der intensiven Zusammenarbeit zwischen den deutschen Behörden und der algerischen Konsularvertretung. Die Ausstellung des zur Abschiebung notwendigen Laisser-Passer von Seiten des Konsulats macht ein Formular mit allen Fingerabdrücken, acht Fotos und Angaben über die Absolvierung des Militärdienstes nötig. Darüber hinaus werden die Flugdaten nach Algerien weitergeleitet, womit die Abschiebung einer Auslieferung gleichkommt.[16] Es ist beachtenswert, daß algerische Flüchtlinge eine solche Furcht vor ihrer Abschiebung haben, daß sie in der Abschiebungshaft Revolten anführen, sich verstümmeln oder gar umbringen. Nicht die gemeinsame Terrorismusbekämpfung wird dem Frieden in Algerien den Weg ebnen, sondern eine konsequente und eindeutige Haltung gegenüber den algerischen Machthabern, damit sie einen wirklichen Dialog zwischen allen Vertretern der repräsentativen Strömungen ermöglichen und Untersuchungskommissionen zulassen. Erst dann wird für viele Algerier und Algerierinnen ein Leben in Algerien wieder möglich sein.

1 Initiative gegen Abschiebehaft, Algerien: staatliche Gewalt und Repression in Algerien, algerische Flüchtlinge in Deutschland, Pro Asyl, Frankfurt am Main, August 1996, S. 78
2 Der vollständige Bericht ist zu lesen in algeria-watch, Infomappe, 4. April 1998, 22–24.
3 Reuters, 22. Januar 1998.
4 Siehe zur Verwicklung der Bürgermeister der Regierungspartei und ihrer Milizen in Massaker in Relizane: La sanglante Saga des milices d´Etat, Afrique-Asie, Juin 1998.
5 Zeugnis von algeria-watch erstellt.
6 Kamel N. von der Zeitung El Watan wurde im Februar 1997 eingezogen. Es wird angenommen, daß seine Berichterstattung mißfiel, Libération, 5. Juni 1997.
7 Luis Martinez, La guerre civile en Algérie, Paris, 1998, 250.
8 Libération, 5. Juni 1997.
9 Amnesty International, Section Suisse: Algerien, die Wehrgesetzgebung, Mai 1997, Übersetzung aus dem Französischen von Connection e.V. in Offenbach.
10 GIS: Groupe d´intervention et de surveillance, Anti-Terroreinheit, auch Ninja genannt.
11 Aus einem Schreiben des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten in Schleswig-Holstein an die Ausländerbehörden vom 9. Februar 1998.
12 Mittlerweile wurde Ahmed B. nach Algerien abgeschoben, taz, 3. Juni 1998.
13 Auswärtiges Amt, Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in Algerien, 30. September 1997, S. 6.
14 algeria-watch, Info-Mappe 4, S. 25.
15 Ebenda, S. 27.
16 Initiative gegen Abschiebehaft, s.o., S. 100.

Algerier in Frankreich

Aufgrund der Situation in ihrem Heimatland haben in den letzten Jahren einige tausend Algerier in Frankreich Schutz gesucht. Dabei machen sie die Gefahren geltend, die ihnen entweder durch den Staat, meistens jedoch durch jene Bewegungen drohen, die sich islamisch nennen. Nur wenigen wird der Status eines Flüchtlings gemäß der Genfer Konvention gewährt; einigen wird nur eine simple Aufenthaltsgenehmigung erteilt, oder sie erhalten „territoriales" Asyl.

Ein Asylverfahren in Gang zu setzen, ist in der Tat keine einfache Sache für Algerier. So hat die Zahl der erteilten Visa in der Vergangenheit beträchtlich abgenommen: 1989 waren es noch 800 000, fünf Jahre später 100 000, und 1994 nur noch 49 000; 1996 waren es wahrscheinlich weniger als 40 000. (...) Einige Tausend haben versucht, als Flüchtling im Sinne der Genfer Konvention anerkannt zu werden (1992: 619; 1993: 1099; 1994: 2303; 1995: 1800; 1996: 643; 1997 [Januar–November]: 678); die Anerkennungsrate betrug jedoch in keinem einzigen Jahr mehr als 4%. Die Antragsteller werden gemeinhin als vom Staat verfolgte „Islamisten" unterschiedlichster politischer Couleur betrachtet oder als von „Islamisten" bedrohte „Demokraten". Indes kann man nicht derart mechanisch zwischen Opfern und Tätern unterscheiden. Unter den potentiellen Opfern staatlicher Verfolgung gibt es sowohl Islamisten als auch Mitglieder nicht-islamistischer Parteien und zuweilen sogar Personen, die überhaupt nicht politisch aktiv sind. Die von den „Islamisten" bedrohten Personen wiederum sind oft Beamte (im weitesten Sinne), Intellektuelle, aber ebenso Mitglieder einer islamistischen Konkurrenzpartei, Wehrpflichtige, Geschäftsleute, Homosexuelle und einfache Bürger. Die Statistiken des für die Anerkennung von Flüchtlingen zuständigen OFPRA (Französisches Büro für den Schutz von Flüchtlingen und Staatenlosen) enthalten keinerlei Information über die von den Antragstellern vorgebrachten Asylgründe; aufgrund unserer Erfahrung glauben wir aber sagen zu können, daß in Frankreich nur wenige Islamisten einen Antrag auf Anerkennung als Flüchtling gestellt haben dürften.

Von Islamisten bedrohte Algerier

Die Genfer Konvention definiert Flüchtlinge als Personen, die sich außerhalb ihres Heimatlandes aufhalten, dort mit gutem Grund Repression zu fürchten haben und mit keinerlei Schutz rechnen können; allerdings sagt sie nichts darüber aus, von wem eine konkret bestehende oder befürchtete Repression ausgeübt werden kann. Die französische Rechtsprechung hat lange Zeit nur diejenigen Flüchtlinge anerkannt, die von öffentlichen oder offiziellen Stellen des Heimatlandes verfolgt wurden, und von den Antragstellern den Nachweis dafür gefordert, „... daß Behörden jene Vorgänge toleriert oder gefördert" hätten, deren Opfer der Antragsteller zu sein vorgibt. Darüber hinaus mußte er nachweisen, daß „der ihm zustehende Schutz verweigert" wurde, daß er „tatsächlich um diesen Schutz nachgesucht" habe, daß ihm „dieser Schutz systematisch verweigert" wurde, oder daß er „nur unter Gefahr für Leib und Leben den Schutz durch Behörden beanspruchen" konnte. Seit Ende 1997 zeichnet sich allerdings eine etwas großzügigere Interpretation der Genfer Konvention durch die französischen Behörden ab, die nun eher vom Nichtvorhandensein staatlichen Schutzes in Algerien ausgehen.

Momentan wird eine Gesetzesvorlage diskutiert, die vorsieht, „den Flüchtlingsstatus allen Personen zuzuerkennen, die aufgrund ihres aktiven Einsatzes für die Freiheit verfolgt werden." Dem Innenministerium zufolge würde dies „alle Personen betreffen, die Opfer nichtstaatlicher Verfolgung sind", besonders Journalisten und Menschenrechtsaktivisten. Amnesty International befürchtet jedoch, daß dieses Gesetz nur wenige Personen erfaßt und zum Beispiel diejenigen außen vorläßt, die in ihrem Land bedroht, aber aus anderen Gründen als dem des „Freiheitskampfes" oder die momentan noch nicht „verfolgt" werden.

Die Situation pro-islamistischer Algerier

Es ist ziemlich unwahrscheinlich, daß ein Algerier, der von französischem Territorium aus bewaffnete Gruppen in seiner Heimat unterstützt, einen Antrag auf Anerkennung als Flüchtling stellt. Wenn sich nämlich ein Antragsteller als Sympathisant oder Mitglied einer bewaffneten Gruppe zu erkennen gäbe, würde er wohl kaum anerkannt, da die Genfer Konvention eine Person nicht als Flüchtling betrachtet, „von der begründet angenommen werden kann, daß sie ein Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit oder ein Kriegsverbrechen begangen hat, daß sie sich eines gegen die Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßenden Verhaltens schuldig gemacht hat oder daß sie außerhalb des Gastlandes ein schweres Verbrechen verübt hat. (...)" Dennoch kann ein dem islamistischen Lager nahestehender Algerier als Flüchtling anerkannt werden, wenn auf ihn diese Dinge nicht zutreffen und wenn er seine Furcht vor Verfolgung glaubhaft machen kann. So erkannten 1993 die französischen Behörden einen sich zur FIS bekennender Algerier als Flüchtling an, da weder dessen Funktion noch dessen Aktivitäten erlauben würden, „seine Beteiligung an der Entscheidung, an der Vorbereitung oder an der Ausführung von Aktionen als schweres Verbrechen im Sinne der Genfer Konvention zu betrachten."

Das „territoriale Asyl"

Algerier können das sogenannte „territoriale Asyl" beantragen, das auf zwei Dokumenten beruht: ein Telegramm der zuständigen Abteilung des Innenministeriums vom

22. Dezember 1993 und eine Verfügung des Innenministers vom 24. Juni 1997. Das Telegramm betrifft den Fall eines Algeriers, der „Bedrohungen sowie Gefahr für sein Leben und seine Freiheit seitens islamistischer Gruppen" geltend gemacht hatte. Dieses Telegramm enthält keinerlei Hinweise auf die Rechte dieses Personenkreises und wurde, nebenbei bemerkt, auch nie im Journal Officiel, dem französischen Gesetzblatt, veröffentlicht. Es sieht die Erteilung einer provisorischen Aufenthaltserlaubnis vor, die in der Praxis auf drei oder sechs Monate begrenzt ist; die Bedingungen für eine mögliche Verlängerung werden indes nicht genannt.

Obgleich keine entsprechenden Zahlen veröffentlicht worden sind, kann man davon ausgehen, daß zwischen 1994 und 1997 etwa 2500 Algeriern dieses „territoriale Asyl" gewährt worden ist. Zu den Voraussetzungen, unter denen es gewährt wird, gehört aber nicht nur eine Bedrohung des Antragstellers in seiner Heimat; die Beurteilung seiner hiesigen Wohnverhältnisse, seiner finanziellen Situation, seiner Bindung an Frankreich und seiner Aussichten auf eine Arbeitsstelle beeinflussen die Entscheidung ebenfalls. Hauptsächlich wird das „territoriale Asyl" Intellektuellen gewährt, die der Demokratie das Wort reden, sowie Frauen, sofern sie in der Lage sind, eine Bindung an Frankreich zu entwickeln ... Die zuständigen Behörden können jedoch beim Innenministerium die Aussetzung der Ausweisung beantragen; alle etwa 250 Anträge der letzten drei Jahre wurden positiv beschieden.

Die Verfügung des Innenministers vom 24. Juni 1997 betrifft die *sans papiers* und sieht eine Sonderregelung für diejenigen Algerier vor, „die nicht den Status eines Flüchtlings besitzen und im Falle der Rückkehr in ihre Heimat einer Gefahr für Leib und Leben (...) ausgesetzt wären." Diese Verfügung, die anders als das Telegramm im Journal Officiel veröffentlicht worden ist, legalisiert die Praktiken der Präfekturen und präzisiert die Geltungsdauer des „territorialen Asyls" sowie die Bedingungen für eine eventuelle Verlängerung. Aber sie geht nicht auf die Frage ein, ob während der ersten sechs Monate eine Arbeitserlaubnis erteilt werden kann, und legt nicht eindeutig fest, ob vorübergehende Reisen nach Algerien möglich sind.

Die Gesetzesvorlage zum Ausländerrecht

Die Gesetzesvorlage über die Einreise von Ausländern nach Frankreich, deren Aufenthalt sowie über das Asylrecht stellt das „territoriale Asyl" auf eine rechtliche Grundlage, wobei die Formulierungen jedoch interpretierbar sind. In der von der Nationalversammlung am 15. Dezember 1997 angenommenen Fassung heißt es, daß „territoriales Asyl einem Ausländer gewährt werden kann, wenn dieser nachweist, daß ihm in seiner Heimat Gefahr für sein Leben oder seine Freiheit droht oder daß er dort einer Behandlung ausgesetzt wird, die gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt." Es ist zu befürchten, daß das „territoriale Asyl" nur sehr restriktiv gewährt werden wird. Ein Zusatz besagt nämlich, daß dies nur dann geschieht, „wenn es mit den Interessen des Landes übereinstimmt." Diese Bedingung ist äußerst beunruhigend, könnten die nationalen Interessen, die dem Innenminister zufolge „politischer, diplomatischer, kultureller, wirtschaftlicher und strategischer" Natur seien, doch Vorrang vor dem Recht auf Schutz und der Verpflichtung zur Hilfe haben. Es ist ebenso zu bedauern, daß im Falle einer Nichtgewährung des „territorialen Asyls" die Ablehnungsgründe nicht mitgeteilt werden sollen und daß nicht geregelt ist, inwieweit ein Einspruch aufschiebende Wirkung hat.

1996 meinte der damalige Direktor der OFPRA, Francis Lott, daß die Anerkennung als Flüchtling einen Algerier an der Rückkehr in seine Heimat hindern würde, der zeitlich begrenzte Schutz durch das „territoriale Asyl" jedoch „die Möglichkeit eröffnet, nach Algerien zu reisen, um zu sehen, ob sich die Dinge verbessert" hätten. Ähnlich äußerte sich der jetzige Chef der OFPRA, François Terral, in einem Brief vom 12. August 1996: „Die von der FIS bedrohten Algerier wollen immer öfter zwischen den beiden Küsten des Mittelmeers hin- und herpendeln. (...) Das territoriale Asyl ist bei weitem am besten dafür geeignet. In den letzten Jahren teilten jedoch einige Präfekturen algerischen Staatsangehörigen mit, daß sie nach einer kurzen Reise nach Algerien nicht wieder nach Frankreich einreisen dürften. Im Dezember 1996 bekräftigte das Innenministerium, daß Algerier, denen „territoriales Asyl" gewährt worden sei, nur „ausnahmsweise" und „für relativ kurze Zeit" in ihre Heimat reisen könnten, etwa bei einem Todesfall in der Familie. „Es versteht sich von selbst", so das Ministerium am 12. November 1997, „daß die immer zahlreicheren und nicht hinreichend begründeten Anträge auf Reisen nach Algerien an der tatsächlichen Existenz einer Bedrohung zweifeln lassen."

Abschiebungen

Das Innenministerium hat sich bislang geweigert, die genaue Zahl der in den letzten Jahren in ihre Heimat abgeschobenen Algerier mitzuteilen. 1996 dürften es einige Tausend gewesen sein; 1997 sollen nach Informationen der ökumenischen Hilfsorganisation *La Cimade* alleine aus der Abschiebehaftanstalt Marseille 813 Algerier abgeschoben worden sein; außerdem berichtet sie von einer steigenden Zahl von Selbstmordversuchen und Selbstverstümmelungen. 1996 wurden 46% aller Einsprüche ausländischer Staatsangehöriger gegen eine Abschiebung abschlägig beschieden; bei Algeriern belief sich der Anteil der Ablehnungen jedoch auf 84%.

Im Jahre 1997 haben mehrere Verwaltungsgerichte von Präfekturen erlassene Verfügungen, algerische Staatsbürger in ihre Heimat abzuschieben, aufgehoben. Aber selbst wenn ein Verwaltungsgericht in der Abschiebung eines Algeriers in seine Heimat eine Gefahr für den Betreffenden sieht, ist dessen Aufenthaltssituation noch lange nicht geregelt; die Abschiebeverfügung wird dann zwar aufgehoben, die betroffene Person erhält von der Präfektur aber in der Regel keine Aufenthaltserlaubnis und darf den Wohnort nicht verlassen.

■ *Veröffentlichung der französischen Sektion von amnesty international (SF 98 R 05), Februar 1998. Übersetzung aus dem Französischen: Günter Lobmeyer*

Schwierige Solidarität

Algerier in Deutschland

Martina Sabra

Die Unterstützung für den algerischen Befreiungskampf (1954–1962) stand am Anfang der internationalen Solidaritäts-Bewegungen in der BRD. Heute sind viele ratlos angesichts der Menschenrechtsverletzungen und der Massaker in Algerien. Was soll man fordern? Kein Öl, kein Gas aus Algerien? Eine unabhängige Untersuchungskommission zu den Massakern und Terroranschlägen?

Den Opfern der Gewalt beizustehen – ganz gleich, wer die Urheber sind – bedeutet in der gegenwärtigen Situation fast unweigerlich, daß man Stellung beziehen, sich für die eine oder andere Seite entscheiden muß, und das nicht nur in Algerien, sondern auch hier in der BRD. Die algerische „Szene“ hierzulande ist ähnlich polarisiert wie die algerische Gesellschaft und um ein vielfaches zersplitterter. Die einen verteufeln die islamistische Opposition, die anderen stilisieren sie zu einer antiimperialistischen Befreiungsbewegung. Die einen sehen in den laizistischen, anti-islamistischen Kräften natürliche Verbündete des Westens, die anderen bezeichnen algerische Demokraten und Säkularisten als „verwestlicht“ und als „kulturelle Verräter“.

Menschenrechtsorganisationen in der BRD erleben die Problematik seit Jahren: Amnesty International und Pro Asyl wird immer wieder vorgeworfen, mit islamischen Terroristen gemeinsame Sache zu machen, wenn sie Menschenrechtsverletzungen von staatlicher Seite öffentlich machen. Auch den noch jungen Verein *algeria watch* (Berlin), der Menschenrechtsverletzungen in Algerien dokumentiert, halten manche für den langen Arm der Islamischen Heilsfront. Salima Mellah, Tochter algerischer Einwanderer, betrachtet die Islamische Heilsfront als eine breite, ernstzunehmende politische Bewegung. Für sie ist der Islam ein wesentliches Moment der „algerischen Identität“. Aber: „Wir gehören zu keiner Partei und wir nehmen von keiner politischen Gruppierung Geld an“, kommentiert sie knapp.[1]

Trotz der relativ geringen Zahl algerischer Einwanderer in der BRD existiert eine ganze Reihe algerisch-deutscher Initiativen, die politische Bildung, Kulturaustausch oder Hilfsaktionen für Projekte in Algerien organisieren. Die meisten Angesprochen sind auskunftswillig, aber vorsichtig: „Können Sie mir nicht erst einmal ein paar Ausgaben Ihrer Zeitschrift zusenden“ – „Was machen Sie denn sonst noch so beruflich“ – „Ihr Name klingt aber nicht sehr deutsch“ – „Da muß ich erst einmal unseren Vorsitzenden fragen“. Viele, die mit Algerien zu tun haben, ob als Ehepartner von Algeriern, als Einwanderer aus dem nordafrikanischen Land oder als engagierte Bürgerinnen und Bürger in deutsch-algerischen Initiativen, reagieren mehr oder weniger mißtrauisch, wenn sie auf ihre Beziehung zu Algerien angesprochen werden. Es herrscht ein Klima der Denunziation und Repression, das die menschlichen Beziehungen vergiftet und nicht selten zerstört. Jeder Kontakt mit Landsleuten kann der „falsche“ sein und zu Repressionen seitens des Regimes führen. Säkulare Künstler, Intellektuelle und Journalisten befürchten, in Deutschland von Islamisten aufs Korn genommen und bei eventuellen Reisen in ihr Heimatland einem Attentat zum Opfer zu fallen. Auch die Sorge um Familienangehörige in Algerien ist immer gegenwärtig und die Angst, beim nächsten Mal den algerischen Paß nicht verlängert zu bekommen. Angehörige der islamischen Opposition fürchten Repressalien und politische Verfolgung durch das Regime. Auf allen Seiten, islamistisch oder nicht, ist die Angst, ausgehorcht, vereinnahmt oder unterwandert zu werden, offenkundig. Da berichtet ein Vereinsmitglied, das anonym bleiben möchte, von Versuchen algerischer Regierungsvertreter, seine Organisation zum Aushorchen anderer Gruppierungen zu bewegen. Ein Sozialarbeiter, der ebenfalls nicht namentlich genannt werden möchte, vermutet, daß eine Veranstaltung seines Arbeitgebers in Deutschland von regimetreuen Algeriern in Deutschland observiert wurde. Wenige Tage nach der Informationsveranstaltung über die Situation algerischer Asylbewerberinnen und -bewerber seien in algerischen Tageszeitungen Artikel über die angebliche Unterstützung deutscher Sozialdienste für islamische Terroristen erschienen, sagte der Mitarbeiter gegenüber INAMO.

Ein seit Jahren in Deutschland lebender völlig unpolitischer Algerier, mit einer Deutschen verheiratet und Familienvater, wurde nach einem Urlaub in Algerien aus heiterem Himmel am Flughafen verhaftet, wochenlang festgehalten, verhört und unter Druck gesetzt. Er sollte in Deutschland lebende Algerier aushorchen. Als er sich weigerte, drohten ihm die Beamten, sie „würden ihn nicht vergessen“. Nur mit horrenden Bestechungsgeldern gelang es der Familie des Mannes, überhaupt seinen Aufenthaltsort herauszufinden und ihn aus dem Gefängnis freizukaufen. Dank der Unterstützung internationaler Menschenrechtsorganisationen wurde der Mann schließlich freigelassen und konnte ausreisen. Viel später erfuhr die Familie den Grund für die Festnahme: die algerischen Behörden hätten einen Tip bekommen, daß der Mann in Deutschland Kontakt zu Regimegegnern gehabt habe. Offenbar hatten Landsleute den Mann im Raum Frankurt beobachtet und ihn als verdächtig denunziert.

Menschen aus Algerien in Deutschland – bis vor wenigen Jahren machten sie wenig von sich reden. Da Algerien kein „Anwerbeland“ der BRD für Arbeitsmigranten war, wan-



Solidaritätsaktion der Deutsch-Algerischen Gesellschaft in Deutschland
Foto: Martina Sabra

derten Algerier nie in großer Zahl in die BRD ein. Am 30. Juni 1997 betrug die Zahl der in Deutschland lebenden Algerier mit Aufenthaltserlaubnis laut Bundesinnenministerium 17 191, davon 3154 Frauen. Die meisten Einwanderer aus Algerien in der BRD gehören der Mittel- und Oberschicht an, im Gegensatz zu den mehr als 100 000 Arbeitsmigranten aus den Nachbarländern Tunesien und Marokko, die meist nur eine einfache Schulbildung mitbrachten, und zu den mehr als 10 000 Flüchtlingen aus Algerien, die in den letzten Jahren in Deutschland Asyl beantragt haben. Laut Statistik sollen sich zur Zeit insgesamt rund 25 000 Menschen aus Algerien in Deutschland aufhalten. Illegal eingewanderte Algerier sind dabei nicht mitgerechnet.

Schon zu FLN-Zeiten versuchte das algerische Regime mit verschiedenen Mitteln, die Algerier im Ausland politisch einzubinden und zu kontrollieren. *Amicale*, eine Unterorganisation der Einheitspartei FLN, sollte sich offiziell um die Belange und Probleme der algerischen Arbeitsmigranten kümmern. Inoffiziell war *Amicale* vor allem ein Instrument, um die Algerier im Ausland besser überwachen zu können. Mitarbeiter und Infrastruktur von *Amicale* waren eng an die jeweiligen Auslandsvertretungen Algeriens gebunden und wurden vom algerischen Staat finanziert. Nach den Oktoberunruhen 1988 und der Auflösung der FLN wurde *Amicale* aufgelöst, die Finanzierung der Auslandsbüros eingestellt.[2]
An die Stelle von *Amicale* trat die „*Communauté Algérienne à l'Etranger*", die „Gemeinschaft der Algerier im Ausland" (CAE). Die CAE hat offiziell eine „beratende" Funktion für die algerische Regierung in bezug auf die Algerier im Ausland und ist mit sehr viel geringeren Mitteln ausgestattet als einst *Amicale.* Administrativ ist die CAE beim algerischen Außenministerium angesiedelt.

Bei der Gründungsversammlung der CAE im Mai 1995 in Algier wurde ein Provisorischer Koordinationsrat (*Conseil Provisoire de Coordination et de Suivi*, CPCS) eingerichtet, dem für Deutschland der in Frankfurt lebende Elyezid Selmi angehört. Elyezid Selmi war bis September 1997 auch Vorsitzender des CPCS. Für Juni dieses Jahres war geplant, bei einer erneuten Zusammenkunft des CAE in Algier einen neuen Vorsitzenden wählen; das Treffen wurde jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben. Welche Funktion die CAE tatsächlich haben soll, war bis zum Redaktionsschluß nicht eindeutig herauszufinden. Nach ihrer Meinung über die CAE befragt, wollten mehrere Algerier sich nicht öffentlich äußern, ließen aber durchblikken, daß sie sich nicht von der CAE vertreten fühlen und auch kein Interesse an einer so staatsnahen Repräsentation haben.[3] Den Vorwurf, mit dem algerischen Regime zusammenzuarbeiten, weist der CAE-Vertreter Elyezid Selmi gegenüber INAMO zurück.

Durch Elyezid Selmi ist die CAE in Frankfurt eng mit der „Deutsch-Algerischen Gesellschaft in Deutschland" (Frankfurt/Kirchheimbolanden) verbunden. Diese Initiative entstand nach der Spaltung des „Deutsch-Algerischen Vereins" in Frankfurt. Neben Informationen und Kulturaustausch hat die „Deutsch-Algerische Gesellschaft in Deutschland" auch Hilfslieferungen in Form von medizinischen Geräten und Medikamenten nach Algerien organisiert. Im Februar 1996 rief die Gemeinschaft der Algerier in Deutschland (die CAE in Deutschland) zusammen mit der „Deutsch-Algerischen Gesellschaft in Deutschland" in Frankfurt zu einem bundesweiten Aktionstag gegen die Gewalt in Algerien auf. Mit Mahnwachen, Demonstrationen und Informationsveranstaltungen sollte in Hamburg, Berlin und Frankfurt „gegen die Gewalt und den Terror" in Algerien demonstriert werden.

Obwohl das algerische Regime zu jener Zeit bereits die gesamte algerische Presse zensierte und unabhängige Journalistinnen und Journalisten drangsalierte, sahen die Organisatoren keine Notwendigkeit, neben einem Ende der Gewalt auch Demokratie und Pressefreiheit in Algerien zu fordern. „Das hätte komplizierte Diskussionen provoziert, und wir wollten die Menschen mit einer ganz einfachen Botschaft mobilisieren", meint Selmi. Die Vermutung, bei der Aktion handele es sich um verdeckte Propaganda für das algerische Regime, wollte der Vorsitzende der „Deutsch-Algerischen Gesellschaft in Deutschland", Said Kahla, im Februar 1997 jedoch nicht gelten lassen. Natürlich bräuchte Algerien mehr Demokratie, so Kahla bei der Demonstration, aber man befinde sich eben „in einer schwierigen Situation" und das Wichtigste sei, zunächst den islamistischen Terror zu beenden.
Das Ergebnis der bundesweiten Aktion 1996 war so mager wie ihr politischer Gehalt: In Frankfurt folgten nicht einmal zwei Dutzend Menschen dem Aufruf, solidarische Deutsche inbegriffen. Seither hat es keine Initiative dieser Art mehr gegeben. Dafür haben in verschiedenen deut-

schen Städten sogenannte „Algerien-Wochen" stattgefunden, an deren Organisation die *Deutsch-Algerische Gesellschaft in Deutschland* mitwirkte. Die nächste Aktion dieser Art ist im Herbst in Saarbrücken geplant. Nähere Informationen dazu hat das Kulturdezernat der Stadt Saarbrücken. An den algerischen Kulturwochen in Saarbrücken beteiligt sich u.a. auch die Friedrich-Ebert-Stiftung. Nicht alle algerienbezogenen Initiativen in Deutschland sind so staatstragend wie die Deutsch-Algerische Gesellschaft.

Der Kasten enthält eine Übersicht von Gruppen und Vereinen unterschiedlichster politischer Couleur, die zu Algerien arbeiten. Islamistische Organisationen sind nicht aufgeführt, und die Liste erhebt auch sonst keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

1 Abgesehen von Algeria Watch und den großen MR-Organisationen, werden in diesem Artikel keine Hilfsorganisationen für Flüchtlinge aus Algerien vorgestellt.

2 In Frankreich existieren noch Spuren der Amicale, allerdings in Form von eingetragenen Vereinen und ohne Zuschüsse vom algerischen Staat.

3 Abgesehen von der CAE sind die Algerier im Ausland auch im algerischen Parlament vertreten. Insgesamt 8 Abgeordnete vertreten die algerische Diaspora: 4 für Frankreich, 1 fürs restliche Europa, 1 für den Maghreb, 1 für die USA, 1 für den arabischen Nahen Osten. Bei den Parlamentswahlen 1997 kandidierten in Deutschland unter anderem der Saddek Kebir (Berlin) und Elyezid Selmi (Frankfurt, unabhängig) für den Europa-Sitz der Auslandsalgerier, beide ohne Erfolg. Den Sitz erhielt schließlich ein Abgeordneter der Regierungspartei RND.

■ *Martina Sabra, Freie Journalistin*

algeria watch (Berlin)
E-Mail: algeria-watch@gmx.net
Im Internet:
http://userpage.fu-berlin.de/ yusuf/algeria-watch
Gegründet 1997. Dokumentiert Menschenrechtsverletzungen in Algerien. Strebt eine Gegenöffentlichkeit an und arbeitet gegen eine als einseitig betrachtete Berichterstattung über Algerien. Ziel unter anderem: Schaffung von Grundlagen für eine Versöhnungsarbeit in der Zukunft.

Mahnwachen für Abschiebehäftlinge aus Algerien und Kurdistan
Seit Ende 1997 regelmäßig in Mainz, koordiniert vom Arbeitskreis Asyl in Rheinland-Pfalz. Kontakt: Pfarrer Siggi Pick, Bad Kreuznach. Telefon: 0671-8459152

Bnita e.V. (Herzogenaurach)
Tel./Fax: 09132-6820
„Bnita" (Mädchen) leistet humanitäre Hilfe für Frauen und Kinder in Algerien, insbesondere für die Opfer von Massakern und Terroranschlägen. Der Verein wurde 1996 gegründet. Vorsitz: Nacéra Rech

Deutsch-Algerische Gesellschaft e.V. (Bonn)
Gemeinnütziger Verein. Zweck laut Satzung: „Pflege und Ausbau der deutsch-algerischen Beziehungen auf allen Gebieten, insbesondere auf wirtschaftlichem, kulturellem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet". Seit 1992 „ruht" die Arbeit, kraft Beschluß des Vorstandes, wegen der politischen Situation in Algerien. Gegründet 1987, auf eine Initiative des damaligen algerischen Botschafters in Deutschland. Die Deutsch-Algerische Gesellschaft zählt hochrangige Parlamentarier und Politiker verschiedener Parteien (u.a. der SPD-Nahostexperte Wischnewski), zu ihren Mitgliedern, außerdem den „Weißen Vater" Pater Böckermann. Zeitweise ca. 100 Mitglieder. Vorsitz: Dr. Rudolf Sprung

Deutsch-Amazigh-Kulturverein
c/o Adelheid Seitz
Schwalbacher Str. 19
60239 Frankfurt
Tel. 069-737351
Förderung des Verständnisses der Tamazight-Kultur und Sprache, deutsch-nordafrikanischer Dialog.

Deutsch-Maghrebinische Gesellschaft e.V. (Bonn)
Tel. 0228/353826
Förderung und Pflege der Beziehung zu den Maghreb-Staaten, insbesondere zwischenmenschliche Kontakte. Kunst, Kultur, Politik, Bildung. Mehrere Veranstaltungen zu Algerien, u. a. Algerien-Wochen in Bonn 1996. Regelmäßiger Rundbrief mit Buch- und Musikhinweisen, Kurzrezensionen. Vorsitz: Gisela Siebourg, Auswärtiges Amt

Deutsch-Algerischer Verein (Frankfurt)
Postfach 170213
60076 Frankfurt
Tel./Fax: 06151-294300
Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Algerien, Völkerverständigung. Vorträge, Konzerte, Ausstellungen, Studienreise, gemeinnützige Projekte

Nordafrika e.V. (Frankfurt)
c/o Akli Kebaili
Amt für Multikulturelle Angelegenheiten, Frankfurt
Förderung berberischer Sprachen und Kulturen in Nordafrika. Versteht sich als „Dritte-Welt-Vereinigung", Sensibilisierung für Nord-Süd-Problematik. Will „fortschrittliche" soziale Bewegungen in Nord und Süd vernetzen. Zeitschrift: Tamazya/Nordafrika (unterstützt vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt). 1990 in Tübingen gegründet. Vorsitz: Boualem Ait-Atmane

Freundschaftskreis der Algerier in der BRD e.V.
c/o Lemnaouar Kisrane
Im Mainfeld 21
60385 Frankfurt
Tel. 069/673794

Deutsch-Algerische Gesellschaft in Deutschland e.V. (Kirchheimbolanden)
Postfach 1442
67287 Kirchheimbolanden
Fax: 06352-6623
Vierteljährliches Infoblatt „DZ". Kulturveranstaltungen, Hilfsaktionen für Algerien. Enge Verbindung mit der Gemeinschaft der Algerier im Ausland (Vertretung der Auslandsalgerier, CAE), die dem algerischen Außenministerium zugeordnet ist. Vorsitz: Dr. Said Kahla

Deutsch-Algerische Gesellschaft für Nordrhein-Westfalen e.V.
Buschkampstr. 4
44625 Herne

Imazighen Verein für Kulturaustausch e.V.
Friedrichstr. 5
60313 Frankfurt
Tel. 069-724386
Pflege und Förderung der amazighischen Kultur und Sprache in der BRD, Hilfe und Unterstützung der hier lebenden Amazighen, Jugendarbeit, Veranstaltungen

Kein Frieden für Algerien?

Beate Sträter

Als am 13. Januar 1995 die sogenannte „Plattform von Rom" der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, titelte die Presse hoffnungsvoll und mit verhalte nem Optimismus. Auf Einladung der katholischen Laiengemeinschaft Sant' Egidio, die bereits im mosambikanischen Bürgerkrieg erfolgreiche Vermittlungsarbeit geleistet hatte, waren Vertreter aller wichtigen algerischen Oppositionsparteien in Rom zusammengekommen, um einen Plan für eine friedliche Lösung der algerischen Krise zu erarbeiten. Gewaltverzicht, die Akzeptanz von Pluralismus, einen demokratischen Machtwechsel sowie die Legalisierung der FIS und Neuwahlen nach einer Übergangsphase sieht das Abschlußdokument vor. Gemessen an den Wahlergebnissen von 1991 waren in Rom die Parteien beteiligt, die die Mehrheit der algerischen Bevölkerung vertraten. Die Reaktion der algerischen Regierung war schroff. Die Verhandlungspartner von Rom wurden als Verräter gebrandmarkt, ohne daß der algerischen Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben wurde, die dort festgehaltenen Forderungen zu diskutieren.

Eine entscheidende Frage, die nicht nur die algerische Gesellschaft sondern auch die internationale Öffentlichkeit bis heute spaltet, ist die nach Möglichkeiten, Sinn und Grenzen eines Dialogs mit den Islamisten. Hierbei kommen Einstellungen und Bilder über die Konfliktparteien zum Tragen, die die Rezeption des Konfliktes entscheidend beeinflussen. Die Dämonisierung der Islamisten läßt oft nur den Schluß zu, daß allein radikale Vernichtung die Lösung sein kann.

Außerdem gibt es in der öffentlichen Präsentation der Krise eine Schräglage, die aus den sehr unterschiedlichen Artikulationsmöglichkeiten der verschiedenen Gruppen der algerischen Bevölkerung resultiert. Die staatliche Kontrolle über Aus- und Einreise, die Pressezensur, die massive Behinderung inländischer und ausländischer Berichterstattung sowie die Ausweisung unbequemer Korrespondenten erlauben es kaum, sich ein unabhängiges Bild von der Situation zu machen. Gelang es, für Veranstaltungen Referenten und Referentinnen einzuladen, die direkt aus Algerien kamen und nicht im Exil lebten, wurde oft die Regierungspolitik vertreten.

Auch viele der Intellektuellen ziehen aus nachvollziehbaren Gründen die Herrschaft der Militärs einer islamistischen Regierung vor. Die Gruppen der Bevölkerung, die für die FIS votiert haben oder zu Opfern staatlicher Repression wurden, haben in der Regel keine Möglichkeit, sich in gleicher Weise zu äußern. Für die algerischen Machthaber scheint der eigentliche Grund der Ablehnung eines Dialogs auf Basis der Plattform von Rom eher darin zu liegen, daß durch die Beteiligung der nicht-islamistischen Oppositionsparteien und einem internationalen Vermittler in Gestalt der St. Egidio-Gemeinschaft sich das Militär die alleinige Kontrolle über die Kontakte mit der FIS aus der Hand genommen sah. Auch eine Aufteilung der Macht und der damit verbundenen Einkünfte aus den Erdölexporten zwischen Islamisten und Militär, was häufig als das Sudanesische Modell bezeichnet wird, war mit der Einbeziehung der anderen Oppositionsparteien nicht mehr möglich. Dazu kam, daß offensichtlich die Plattform von Rom keine zufriedenstellende Option für die Angehörigen der herrschenden Gruppe aufwies. Verschiedentlich wurde darauf hingewiesen, daß die Forderung nach politischer Entmachtung des Militärs ohne eine klare politischen Option für die Militärs der entscheidende Grund für das Scheitern war. Andererseits fehlte auf internationaler Ebene die nötige Unterstützung für grundlegende Veränderungen der Machtstrukturen in Algerien.

Eine Internationalisierung der Krise, welche die algerischen Machthaber hartnäckig zu vermeiden suchten, konnte jedoch trotz Repression, Zensur und weitgehender Ausschaltung der Berichterstattung nicht verhindert werden. Zwar ist es der algerischen Führung mit Unterstützung Frankreichs bis jetzt erfolgreich gelungen, eine Behandlung der Menschenrechtslage in Algerien bei der Tagung der UN-Menschenrechtskommission in Genf und damit eventuell verbundene Sanktionsmaßnahmen wie die Entsendung von Sonderberichterstattern zu verhindern, doch hat sich die Hochkommisarin für Menschenrechte, Mary Robinson, mehrfach geäußert und auch der UN-Generalsekretär Kofi Annan schlug im November 1997 der algerischen Führung eine Vermittlung vor. In allen Fällen war die Reaktion eine wütende Ablehnung und Zurückweisung der Forderungen. Die FFS forderte ihrerseits 1997 die USA auf, eine Vermittlerrolle zu übernehmen, bekam jedoch vom amerikanischen Präsidenten einen ablehnenden Bescheid. Vielmehr sicherte ein Vertreter der amerikanischen Regierung bei einer Interpoltagung im März diesen Jahres in Algier der algerischen Regierung umfangreiche Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus sowie gemeinsame Wirtschaftsprojekte zu.[1]

Eigene bzw. konkurrierende Wirtschaftsinteressen sind für die bisherige Politik der europäischen Staaten, aber auch der USA, ein entscheidender Faktor. Die hohen Abschlüsse in der Erdgas- und Erdölförderung sprechen für sich.Innerhalb der EU hatten in der Beschäftigung mit der algerischen Krise die Europäische Kommission und das Europäische Parlament unterschiedliche Positionen. Während die Kommission die makroökonomisch positive Bilanz der algerischen Strukturanpassung lobte, äußerte sich das Parlament wiederholt kritisch zur Menschenrechtslage. Die Verhandlung über das Assoziationsab-



Spielzeuggewehre ... *Foto: Hacky Hagemeyer*

kommens mit Algerien wird von der algerischen Seite aus nicht weitergeführt, stellt also auch kein direktes Druckmittel dar. Die Reise der EU Troika im Januar 1998 nach langen Verhandlungen im Vorfeld war ein erster Schritt, der jedoch ergebnislos blieb. Der Unterausschuß Menschenrechte im EP befaßte sich im November 1997 in einer zweitägigen Anhörung mit der Situation; eine lange geplante Delegation von Europaparlamentariern bereiste im Februar 1998 das Land, wenn auch unter größten Einschränkungen hinsichtlich der Aufenthaltsorte und der Gesprächspartner.[2]

Entscheidend für die Politik der EU ist die Rolle Frankreichs mit seinem besonderen Verhältnis zu Algerien. Die Haltung der verschiedenen französischen Regierungen war nicht eindeutig: Einerseits befürwortete Juppé den Dialog mit allen politischen Kräften, da er nicht von der Möglichkeit überzeugt war, den Islamismus endgültig zu besiegen, gleichzeitig unterstützte er jedoch die Militärs, was Jospin - damals noch in seiner Rolle als Oppositionsführer- stark kritisierte. Im Januar 1997 äußerte der ehemalige Staatspräsident und jetzige Präsident der außenpolitischen Kommission der französischen Nationalversammlung Giscard d'Estaing die Auffassung, daß der FIS die Beteiligung an den Parlamentswahlen gestattet werden sollte. Er bezog sich dabei auch auf die Plattform von Rom. Dem ehemaligen französischer Innenminister Pasqua, der jeden Dialog mit den Islamisten grundsätzlich ablehnte, werden enge Kontakte mit dem algerischen Geheimdienst nachgesagt. Unabhängig von den divergierenden Äußerungen verschiedener Politiker stand die französische Unterstützung für die Regierung in Algerien nie in Frage. Vielfältig sind die Verquickungen zwischen Militärs in beiden Ländern, von grundlegender Bedeutung die französischen Wirtschaftshilfen und die Unterstützung z. B. in Umschuldungsverhandlungen. Deutschland hat sich bisher weitgehend zurückgehalten. Zwar fanden regelmäßige Reisen von Staatsminister Hoyer statt, um die Kontakte nicht ganz abreißen zu lassen. Erfolge im Sinne einer Lösung des Konflikts brachten diese Reisen nicht mit sich.

Auch auf wirtschaftlicher Ebene intensivieren sich die Beziehungen zwischen deutschen und algerischen Firmen, man fühlt sich an das bisher weitgehend fehlgeschlagene Konzept „Wandel durch Handel" erinnert, wovon in erster Linie die deutsche Wirtschaft profitiert. Die Bereitstellung von 16 Millionen DM Entwicklungshilfe im Mai diese Jahres zeigt den politischen Willen der Bundesregierung, die Beziehungen zum algerischen Regime so weit wie möglich zu normalisieren.[3] Politische Initiativen auf parlamentarischer Ebene gingen bisher nur von Bündnis 90/Die Grünen aus. Auch die SPD sah sich zu einer Initiative bisher nicht veranlaßt.

Ein zusätzliches Hindernis bei der Haltung des Westens ist der Nimbus, den das algerische Regime als sozialistische, antikolonialistische Kraft besonders unter den Linken offensichtlich immer noch genießt. Dabei wird übersehen, daß eine Islamisierung (z. B.im Familienrecht) von diesem Regime betrieben wurde, daß der vermeintlich laizistische Staat, um den es hier gehen soll, de facto nicht existiert, daß das antikoloniale Pathos nur noch Fassade ist. Angesichts des ständigen Bemühens des Antikolonialismus, wenn es um europäische Einmischung geht, liegt es nahe, nach einem Vermittler aus der arabischen oder schwarzafrikanischen Region zu suchen. Es wird jedoch unter den arabischen Staaten kaum eine Regierung geben, die eine andere Lösung als die Option der Gewalt im Kampf gegen Islamisten vertreten würde.

Im Kampf gegen den Terrorismus wurde vielmehr der algerischen Regierung auf dem G-15-Gipfel in Kairo im Mai dieses Jahres Unterstützung zugesichert. Auch die Führung Saudi-Arabiens hatte sich vor längerer Zeit in diesem Sinne geäußert. Alle Länder der Region, die sich mit einer oppositionellen islamistischen Bewegung konfrontiert sehen, teilen trotz wichtiger Unterschiede als gemeinsames Charakteristikum die prinzipielle Weigerung, andere als die herrschende, meist durch das Militär gestützte Schicht an der Macht zu beteiligen.

Eine Lösung wird vermutlich nur dann erfolgreich sein, wenn sie auch eine Lösung für die Militärs beinhaltet und diese als politische Kraft anerkennt. Die Erfahrungen von Transformationsprozessen von militärischer zu ziviler Herrschaft in anderen Regionen der Welt sollte stärker herangezogen werden, um auch die algerische Situation zu analysieren. Die schrecklichen Gewalttaten und das Faszinosum, das von der als westliches Feindbild hochstilisierten islamistischen Opposition ausgeht, erschweren eine nüchterne politische Analyse.[4]

Ähnlich wie beim islamistischen Spektrum ist die Frage zu stellen, was wir eigentlich unter „le pouvoir" heute verstehen können. Gibt es jemanden, der für diese Gruppe sprechen kann, oder gibt es verschiedene Personen, die für die verschiedenen Gruppierungen und Clans stehen, auch wenn es angeblich kollektive Entscheidungsstrukturen gibt, in die die Spitzen des Militärs und der Bürokratie eingebunden sind? Über holzschnittartige Zuordnungen einzelner Militärs zur Gruppe der éradicateurs oder der Dialogbereiten hinaus bleibt diese Gruppe doch auf gespenstische Art und Weise anonym, was sich in der Bezeichnung „die Macht" deutlich ausdrückt. Diese Führungsschicht hat nicht nur viel zu verlieren, sondern muß auch vieles befürchten, wenn sie ihrem politischen Gegner ausgeliefert ist.

Bei den Demokratisierungsprozessen in Lateinamerika ist es weitgehend ein grundlegendes Prinzip gewesen,[5] daß die Militärs, von den Befehlshabern bis zu den Befehlsempfängern nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Es ist jedoch fraglich, ob dies auf Dauer zu einer friedlichen zivilen Gesellschaft führen kann. In Hinblick auf Transformationsprozesse dieser Art ist jedoch auch zu bemerken, daß sie immer auch von einer relevanten gesellschaftlichen Gruppe, häufig von Bündnissen verschiedener gesellschaftlicher Kräfte im Land, vorangetrieben und getragen wurden, denen es gelang, Teile des Militärs von Reformen zu überzeugen. Sich hierauf einzulassen, hat das Militär solange nicht nötig, wie es vom Ausland weiterhin uneingeschränkt wirtschaftliche und politische Unterstützung erfährt.

Klar ist: Demokratisierungsprozesse können nicht von außen verordnet werden, so kann auch eine Lösung der Krise in Algerien nur von innen kommen. Dies setzt jedoch voraus, daß in Algerien ein möglichst breites Bündnis entsteht, dessen Grundkonsens das Einleiten eines erneuten Demokratisierungsversuches mit der Option eines demokratischen Machtwechsels ist. Solange die Opposition zum derzeitigen Regime an der Frage des Umgangs mit den Islamisten so tief gespalten ist, wie es derzeit noch der Fall ist, scheint dieser Grundkonsens weit entfernt.

In Algerien ist seit 32 Jahren eine Doppelstruktur auszumachen: Die Militärs, die die Macht haben und ausüben, aber über keine institutionelle Macht verfügen und eine formelle Macht, die nicht über politische Autorität und Durchsetzungsmöglichkeit verfügt.[6] Jede Lösung muß deshalb einen Grundkonsens der politischen Kräfte in Algerien beinhalten, der demokratische Spielregeln festschreibt. In diesem Zusammenhang muß auch die politische Rolle der Militärs neu definiert werden, nämlich als Hüter dieser Grundwerte und nicht weiterhin als geheime Machthaber, die eine demokratische Fassade nur aus legitimatorischen Gründen insbesondere gegenüber dem Ausland aufrechterhalten, aber weiterhin bestimmen, wer diese Fassade nach außen vertreten darf und ihn wieder aus dem Weg räumen, wenn er sich nicht an die Beschränkungen seiner Befugnisse hält. Die Rolle der internationalen Gemeinschaft wie der Europäischen Union sollte darin bestehen, einen Transformationsprozeß dieser Art lohnend zu machen bzw. eine Fortführung des bisherigen Systems und der damit verbundenen politischen Lähmung nicht weiter zu unterstützen. Europa darf sich auch im Hinblick auf die eigene Glaubwürdigkeit nicht länger mit demokratischer Kosmetik zufriedengeben oder sie durch Wahlbeobachtungen noch legitimieren und gleichzeitig bei Menschenrechtsverletzungen auch gegenüber tatsächlichen oder mutmaßlichen Islamisten schweigen.

■ *Beate Sträter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin einer Bundestagsabgeordneten*

---

1 taz vom 18.03. 1998.

2 So durften Orte von Massakern nicht besucht werden, es durfte kein Kontakt mit Vertretern der FIS aufgenommen werden, Gespräche durften nur an vorgegebenen Orten geführt werden.

3 Die von diesen Geldern finanzierten Projekte sollen von Deutschland oder Nachbarländern Algeriens koordiniert werden, da deutsche oder andere ausländische Fachkräfte aus Sicherheitsgründen nicht einreisen können.

4 Graham Fuller bezeichnete in einer von der RAND-Corperation in Auftrag gegebenen Studie islamistische Bewegungen als Ausdruck eines Übergangsprozesses.

5 Die jüngsten Auseinandersetzungen um die Ernennung Pinochets zum Senator auf Lebenszeit und seine damit verbundene Immunität zeigen dies.

6 Hierzu L. Addi in *Le Monde diplomatique* vom 13.02.98.

Wer in Deutschland aus dem politischen Provinzgemüsetopf herausschauen will, der muß den »Monde diplomatique« lesen. Das galt schon immer und ist nun bequemer geworden.

Jens Reich

Kirchturmpolitik ...



Le Monde diplomatique ist eine Monatszeitung der detaillierten Analyse. Sie setzt die Entwicklungen in den Ländern und Erdteilen zueinander in Beziehung und lenkt den Blick nicht nur auf die Krisenherde, sondern auch in die abgeschiedenen Regionen des Weltgeschehens. Eine Monatszeitung für alle, die die Grenzen nationaler Sichtweisen überschreiten und sich der Lust am Denken aussetzen wollen.

...nicht mit *LE MONDE diplomatique*

Le Monde diplomatique steht in der Tradition des französischen Universalismus. Die 1954 in Paris gegründete größte internationale Monatszeitung für Politik existiert heute in 6 Sprachen und vielen Ländern. Neben der französischen Ausgabe (mit einer ständig wachsenden Leserschaft) gibt es sie in italienischer, deutscher, spanischer, und griechischer Sprache. Mit der arabischen und mexikanischen Ausgabe sowie einer Beilage in der Asian-Times hat Le Monde diplomatique die europäischen Grenzen überwunden.

Widerrufgarantie Diese Bestellung kann innerhalb von sieben Tagen ab Bestellung schriftlich bei Le Monde diplomatique, Aboabteilung, ... Berlin, widerrufen werden. Zur Fristenwahrung ... Absendung

Coupon:

- ◯ Ja, Schicken Sie mir zum Kennenlernen 3 Monate Le Monde diplomatique zum Sonderpreis von 15,- DM zu
- ◯ Ja, ich abonniere Le Monde diplomatique in deutscher Sprache zum Jahrespreis von 84,- Mark

Name ______________________

Straße ______________________

Tel. ______________________

PLZ/Ort ______________________

Zahlungsart: ◯ gegen Rechnung ◯ per Einzugsermächtigung (s.u.)

Zahlungszeitraum: ◯ vierteljährlich ◯ halbjährlich ◯ jährlich. Inklusive Inlandsporto. Das Abo verlängert sich um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, wenn ich nicht 3 Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Einzugsermächtigung:

Geldinstitut ______________________

BLZ ______________________

Konto-Nr. ______________________

KontoinhaberIn ______________________

Datum, Unterschrift ______________________

Widerrufgarantie. Diese Bestellung kann innerhalb von sieben Tagen ab Bestellung schriftlich bei Le Monde diplomatique, Aboabteilung, Kochstraße 18, 10969 Berlin, widerrufen werden. Zur Fristenwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift: ______________________

Coupon an: Le Monde diplomatique, Aboabteilung, Kochstraße 18, 10969 Berlin oder per Fax (030) 251 93 16.

Von der Anarchie zum Oligopol

Die audiovisuellen Massenmedien im Libanon

Thomas Scheffler

Der Libanon ist eine der traditionsreichsten Medienlandschaften des Nahen Ostens. Religiöse Vielfalt, internationale Handelsbeziehungen und ein im Vergleich zum Umland hohes Maß an politischer Freiheit ließen hier vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg eine Kultur angesehener privater Printmedien aufblühen, die in die gesamte arabische Welt ausstrahlte. Während die großen etablierten Zeitungen und Verlagshäuser des Libanon auch im Bürgerkrieg (1975-1990) von den Akteuren der Vorkriegszeit und ihren journalistischen Traditionen beherrscht blieben, wurde die relativ junge audiovisuelle Medienlandschaft vom Krieg revolutioniert. Vor dem Bürgerkrieg hatten im Libanon nur zwei private Fernsehstationen existiert: die *Compagnie Libanaise de Télévision* (CLT, seit 1959) und die *Compagnie de Télévision pour le Liban et l'Orient* (Télé-Orient, seit 1962). 1977 wurden sie zur nationalen Fernsehgesellschaft *Télé-Liban* fusioniert, die sich zu 51% in staatlicher Hand befand und auf 25 Jahre die Monopolrechte für alle TV-Kanäle des Libanon zugesprochen erhielt.

Mit dem Zerfall des staatlichen Gewaltmonopols endete im Bürgerkrieg auch das Sendemonopol der *Télé-Liban*. Milizen, Kirchen, politische Unternehmer und ausländische Sponsoren entdeckten Radio und Fernsehen schnell als flexible Sprachrohre jenseits der etablierten Printmedien. Anfang der 90er Jahre waren im Libanon mehr als 200 illegale Rundfunkstationen im FM-Bereich (1992) und rund 50 lokale Fernsehsender (1994) tätig.

Motive der Reorganisation

Bei der Reorganisation der audiovisuellen Medien im Nachkriegslibanon spielen im wesentlichen drei Motive eine Rolle: die Wiederherstellung der Souveränität des libanesischen Staates, die Kontrolle innenpolitischer Opposition und die wirtschaftliche Konkurrenz der Massenmedien untereinander.

Zweifellos hätte jede Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols im Libanon mit irgendeiner rechtlichen Regulierung des illegalen Sendewesens einhergehen müssen. Die Art, *wie* dies letztlich geschah, sagt allerdings viel aus über den Zustand der „Zweiten Republik", in der religiöse und politische Vielfalt nicht immer als Segen empfunden werden. Zu den alten Partikularismen der Bürgerkriegszeit gesellen sich Vorbehalte gegen die neue syrische Ordnungsmacht sowie Proteste gegen die sozialen Härten und gegen die Korruption, die den Wiederaufbau begleiten. Die Regierung Hariri, die ihre eigene Machtübernahme nicht zuletzt den sozialen Unruhen verdankt, die 1992 den Sturz der Regierung Omar Karami einleiteteten, war daher von Anfang an bemüht, sich selbst durch stärkere Medienkontrollen abzusichern. 1993 ließ sie den der aounistischen Opposition nahestehenden Sender ICN (Independent Communication Network) für 31 Wochen schließen. Am 23. März 1994 verbot sie dann privaten Radio- und Fernsehstationen die Verbreitung politischer Nachrichten und Programme – eine umstrittene Maßnahme, die das Parlament am 14. Juli 1994 wieder aufhob.

Während die Pluralisierung der audiovisuellen Medien durch die Explosion politischer Partikularismen im Bürgerkrieg angetrieben wurde, gehorcht der Abbau des Medienpluralismus in der Nachkriegsrepublik allerdings auch wirtschaftlichen Motiven. Die Hoffnungen auf ein neues libanesisches Wirtschaftswunder und der Investitionsboom der Rekonstruktionsperiode ließen die Werbeausgaben im Libanon von 32,5 Mio. (1991) auf etwa 100 Mio. US$ (1997) steigen. Rund 50 Mio. US$ entfielen 1997 auf das Fernsehen, 35 Mio. US$ auf die Presse, 7-8 Mio. US$ auf das Radio und 6-7 Mio. US$ auf Plakat-, Handzettel- und Kinowerbung. Ein wirtschaftlicher Verdrängungskampf, der nur die kapitalstärksten Unternehmen überleben ließ, war damit vorprogrammiert, nicht zuletzt mit Blick auf die künftigen Möglichkeiten des Satellitenfernsehens, mit dem ein regionaler Markt von 300 Millionen arabischen Konsumenten erreicht werden könnte. Das Gesamtvolumen der Werbeausgaben in der arabischen Welt wurde 1997 auf ca. eine Mrd. US$ geschätzt, doch halten Experten angesichts der relativ niedrigen Pro-Kopf-Quoten (Saudiarabien: z. Zt. nur 17 US$ Werbeausgaben pro Kopf der Bevölkerung!) eine Steigerung auf bis zu 5 Mrd. US$ für möglich. Das Bestreben, die zu erwartenden Webeeinnahmen unter möglichst wenig Konkurrenten aufzuteilen, ist um so größer, als viele Führer der „Zweiten Republik" geschäftlich selbst im Medienwesen engagiert sind.

Das Mediengesetz von 1994

Die rechtlichen Voraussetzungen für die Reorganisation der audiovisuellen Medien wurden vom Parlament am 4. November 1994 durch Verabschiedung des Gesetzes Nr. 382 geschaffen. Das Gesetz bestimmt den Staat zum einzigen und ausschließlichen Eigentümer aller Sendekanäle und Frequenzen (Art. 9), hebt aber gleichzeitig die Exklusivrechte der staatlichen *Télé-Liban* auf alle TV-Kanäle auf (Art. 41). Der Betrieb einer TV- oder Radiostation

ist nur mit einer staatlichen Lizenz möglich (Art. 5), die auf 16 Jahre erteilt und danach erneuert werden kann (Art. 26).

Ersichtlich ist das Bestreben der Gesetzgeber, allzu offensichtliche private Machtkonzentration im Medienbereich ebenso zu verhindern wie die Verwandlung von Sendern in Sprachrohre in- oder ausländischer Sponsoren: Die Lizenzträger müssen Aktiengesellschaften libanesischen Rechts sein, die nicht mehr als je einen TV-Sender und eine Radiostation besitzen dürfen (Art. 12). Ihre Aktionäre müssen nicht-vorbestrafte libanesische Bürger sein (Art. 13). Die Veräußerung von Aktien an nicht-libanesische Personen oder Gesellschaften ist unzulässig. Keine natürliche oder juristische Person darf mehr als 10 Prozent der Aktien einer Mediengesellschaft halten; Ehegatten und direkte Verwandte werden als eine Person betrachtet (Art. 13). Die Gründer der Gesellschaft müssen ihre Anteile mindestens 5 Jahre lang halten (Art. 14). Aktienbewegungen sind genehmigungspflichtig (Art. 15).

Gewinne, die nicht der Sendetätigkeit entspringen, sind unzulässig (Art. 7/5). Die Medien sind verpflichtet, das Informationsministerium halbjährlich über ihre Geschäftslage zu unterrichten (Art. 42). Finanzielle Defizite über einen längeren Zeitraum können mit Sendeverbot und Gefängnisstrafen geahndet werden (Art. 42-44), desgleichen die Erwirtschaftung von ungesetzlichen Einnahmen (Art. 45). Strafbar sind insbesondere Einnahmen, die erwirtschaftet wurden, um im Dienste aus- oder inländischer Organisationen die öffentliche Ordnung zu untergraben oder religiöse Konflikte und andere Unruhen auszulösen (Art. 45).

Den Geschäftsinteressen der Privatsender entsprechend, wird die Maximaldauer von Werbesendungen pro Programmstunde im Gesetz nicht geregelt. Um so breiter sind die Möglichkeiten staatlicher Einflußnahme auf die Programminhalte: Die Sender haben die öffentliche Ordnung, die nationalen Sicherheitsinteressen und das öffentliche Interesse zu achten (Art. 7/2). Sendungen, die die Beziehungen mit dem „zionistischen Feind" fördern könnten, sind zu unterlassen (Art. 7/6), und Werbesendungen dürfen nicht die öffentliche Moral untergraben (Art. 36). Verantwortlich für die Zensur ist der zehnköpfige „Nationalrat für audiovisuelle Information" (Art. 47), der je zur Hälfte von der Regierung und vom Parlament besetzt wird (Art. 17).

Die Reorganisation vom September 1996

Die Fristen für interessierte Unternehmen, sich um Sendelizenzen zu bewerben, waren mehrfach, zuletzt bis zum 30. Juni 1996, verlängert worden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 63 Anträge eingereicht worden. Die Beschlußfassung des Ministerrats war jedoch bewußt auf die Zeit nach den Parlamentswahlen vom 18. August bis 15. September 1996 verschoben worden.

Am 17. September 1996, nur zwei Tage nach Ende des letzten Wahlgangs, beschloß das damals noch im Amt befindliche zweite Kabinett Hariri, mit Wirkung vom folgenden Tag neben den staatlichen Sendern *Télé-Liban* und *Radio Liban* nur noch vier private Fernseh- und drei Radiosender zuzulassen, die das Recht haben sollten, politische Informationssendungen auszustrahlen. Acht weitere Radiostationen erhielten das Recht, Unterhaltungsprogramme ohne Nachrichten auszustrahlen. Alle anderen Sender wurden angewiesen, ab 18. September keine Nachrichten mehr zu bringen und ihren Betrieb bis zum 30. November 1996 zu schließen. Bis zu diesem Termin sollten sie die Möglichkeit haben, noch einmal verbesserte Lizenzanträge einzureichen. Nach Presseschätzungen drohte damit ca. zwei- bis dreitausend Beschäftigten im Medienbereich die Entlassung.

Bei den vier vom Ministerrat zugelassenen privaten TV-Sendern der ersten Kategorie (mit politischem Informationsrecht) handelte es sich um die *Future TV* von Ministerpräsident Hariri; die *Murr-TV*, die Gabriel Murr, dem Bruder von Innenminister Michel Murr gehört; das *National Broadcasting Network* (NBN), das der Amal-Bewegung von Parlamentspräsident Nabih Berri nahesteht; sowie um die 1985 (ursprünglich als Sender der christlichen *Forces Libanaises*) gegründete *Lebanese Broadcasting Corporation International* (LBCI), zu deren neuen Aktionären u. a. der nordlibanesische Multimillionär Issam Faris und der Minister Sulaiman Frangieh gehören. *Future TV* und NBN erhielten zusätzlich je einen der drei Radiosender der ersten Kategorie zugesprochen, *Murr-TV* eine der acht Radiostationen der zweiten Kategorie (nur Unterhaltungsprogramme).

Obwohl Berri und Murr offiziell jede persönliche finanzielle Beteiligung an NBN bzw. *Murr-TV* dementieren ließen, löste das Vorgehen der Regierung in der libanesischen Öffentlichkeit unverzüglich heftige Proteste aus. Christliche Kreise z. B. waren verbittert, weil die Regierung drei Sender der katholischen Kirche (die Radiostationen *Radio Halleluia* und *Voix de la Charité* sowie den TV-Sender *Télé-Lumière*) schließen lassen wollte, während umgekehrt die Sender der Hizbollah (der TV-Sender



al-Manar und die Radiostation *an-Nur*) von der Regierung zwar keine Lizenz, aber doch die als „Ausnahme" deklarierte Genehmigung erhielten, bis zum Ende der israelischen Besatzung im Südlibanon politische Nachrichten über den Widerstandskampf gegen Israel ausstrahlen zu dürfen. Auf erhebliche Zweifel stieß die Behauptung der Regierung und der von ihr herangezogenen technischen Spezialisten, daß die im Libanon verfügbaren 48 UHF-Kanäle nur den Betrieb von maximal fünf TV-Sendern zuließen. Als ungerecht wurde auch empfunden, daß das NBN der Amal-Bewegung gleich zwei Lizenzen erhalten hatte, obwohl der Sender damals nur auf dem Papier bestand (es nahm seine Sendungen erst am 1. Dezember 1997 auf), während viele seit Jahren funktionierende Sender geschlossen werden sollten. Der Amal-Vorsitzende, Nabih Berri, gab am 31. Januar 1997 im Parlament selber zu, daß die politischen Führer des Landes im September 1996 die Medien unter sich aufgeteilt hätten.



Beirut *Foto: R. Maro*

Nach hektischen Vermittlungen gelang es der Regierung, wenigstens den konfessionspolitischen Zündstoff in der Medienfrage am 10. Oktober 1996 vorläufig zu entschärfen. Der Kompromiß sah vor, zwei zusätzliche, mit dem staatlichen *Radio Liban* verbundene Radiosender zu schaffen, von denen der eine christlichen und der andere muslimischen religiösen Sendungen zur Verfügung stehen sollte. Darüber hinaus sollte im Bereich des Fernsehens noch ein muslimisch-christlicher Kanal entstehen und mit der staatlichen *Télé-Liban* verbunden werden.

Da Hariri aber im übrigen an der Schließung aller nichtlizenzierten Sender zum 30. November festhielt, ging der medienpolitische Streit vor dem Hintergrund der gleichzeitig stattfindenden Auseinandersetzungen um Zusammensetzung und künftigen Kurs seines dritten Kabinetts weiter, das sich am 27. November 1996 der Vertrauensabstimmung im Parlament zu stellen hatte. Hariri sah sich schließlich genötigt, am Abend der Abstimmung in einen von Berri vermittelten Kompromiß einzuwilligen, der die bis zum 30. November laufende Frist zwar nicht offiziell aufhob, aber stillschweigend auf unbestimmte Zeit verschob, und der es den unlizenzierten Medienorganisationen gestattete, ihre Sendetätigkeit vorerst fortzusetzen und Zeit zum Nachreichen verbesserter Anträge zu gewinnen.

Die Reorganisation vom Juli 1997

Dieses Verfahren zog sich in die Länge und führte schon dadurch zu einem Auszehrungsprozeß der nicht-lizenzierten Sender, die angesichts ausbleibender Planungssicherheit unter der Abwanderung von Fachkräften, stokkenden Investitionen und ausbleibenden Werbeverträgen zu leiden hatten. Erst am 23. Juli 1997 entschied der Ministerrat über die neuen Anträge. Zusätzliche Lizenzen als Sender mit politischem Informationsrecht erhielten der Fernsehsender der Hizbollah (*al-Manar*) sowie die Radios der Kata'ib Partei (*Saut Lubnan*), der Kommunistischen Partei (*Saut al-Sha'b*) und des maronitischen Gesundheitsministers Suleiman Frangieh (*Saut al-Ghadd*). In der Kategorie der Unterhaltungsradios wurden vier zusätzliche Lizenzen erteilt. 26 weiteren Antragstellern (fünf Fernseh- und 21 Radiostationen) wurde die Lizenz verweigert. Von der Schließung vorläufig ausgenommen blieben die katholischen Sender *Télé-Lumière* und *Voix de la Charité*.

Mit *al-Manar* wurde allerdings erstmals ein Sender lizenziert, der im Unterschied zu den bisherigen Lizenzträgern offen als Sprachrohr einer religiösen Gruppe auftritt. Wie nicht anders zu erwarten, löste dieser Präzedenzfall umgehend Forderungen anderer Konfessionsgemeinschaften nach Gleichbehandlung aus. Ein religiöses Radio der Drusen wurde ebenso verlangt wie die Legalisierung des armenischen *Radio Van*. Das sunnitische *Dar al-Fatwa* ließ

im August 1997 ein eigenes Koran-Radio auf Sendung gehen.

Gewaltmonopol und Sendefreiheit

Unbeeindruckt von den Beschlüssen des Ministerrats setzten die meisten nicht-lizenzierten Sender auch nach dem 23. Juli ihre Tätigkeit fort. Erst am 21. September 1997 stürmten Sicherheitskräfte des Innenministeriums in Tripoli die Radiostation *Saut al-Haqq* und den Fernsehsender *al-Hilal* der (sunnitischen) „Islamischen Einigungsbewegung" des Scheichs Sa'id Sha'ban. Drei Islamisten kamen dabei ums Leben, Dutzende wurden verhaftet. Einen Tag später wurde in Westbeirut die Radiostation *Saut Beirut* geschlossen, das Sprachrohr des „Libanesischen Volkskongresses" des im Ausland lebenden sunnitischen Oppositionellen Kamal Shatila.

Eingeschüchtert durch die harte Vorgehensweise des Staates, stellten nun allerdings auch viele andere Sender ihre Tätigkeit ein. Unbehelligt blieb allerdings vorerst der in der Bekaa-Ebene stationierte Sender des ehemaligen Generalsekretärs der Hizbollah, Scheich Subhi al-Tufayli, obwohl die von Tufaily im Mai 1996 gegründete soziale Bewegung der „Revolution der Hungernden" offen zum Steuerboykott und anderen Formen des zivilen Ungehorsams aufrief und im Herbst 1997 vorübergehend Ministern und Abgeordneten das Betreten Baalbeks untersagte.

Angesichts dieser Entwicklung forderten im Dezember 1997 mehrere Abgeordnete, darunter der ehemalige sunnitische Ministerpräsident Omar Karami, die geschlossenen Fernseh- und Radiostationen wieder auf Sendung gehen zu lassen, solange die Regierung ihre Beschlüsse nicht auf das Staatsgebiet in seiner Gesamtheit anwende und unlizenzierte Sender in anderen Landesteilen gewähren lasse. Zahlreiche Stationen folgten dieser Anregung und provozierten damit eine erneute Machtdemonstration der Behörden: Zwischen Weihnachten und Neujahr 1997 wurden im Nordlibanon acht, in Saida drei sowie in Beirut und Umgebung mindestens neun Radiostationen geschlossen. Am 31. Januar 1998 fiel auch der Sender Tufailys, nachdem der Scheich am Vortag eine bewaffnete Auseinandersetzung mit der Hizbollah von Baalbek ausgelöst und damit das Eingreifen der Armee provoziert hatte. Acht Menschen kamen dabei ums Leben, rund 50 wurden verletzt.

Sexualität und Politik

Ungeachtet der heftigen Auseinandersetzungen um die Existenz vieler Kleinsender ist nicht zu übersehen, daß die audiovisuelle Sendelandschaft des Libanon heute nur noch von vier großen Konkurrenten beherrscht wird. Der Marktführer, die LBCI, erreichte 1997 täglich etwa 70 % der libanesischen Zuschauer, die staatliche *Télé-Liban* 26 %, die *Future TV* Hariris 24 %, die MTV der Familie Murr 22 %; LBCI und *Future TV* strahlen seit 1997 auch über Satellit aus.
Die entscheidenden Auseinandersetzungen im audiovisuellen Bereich verlagern sich daher zunehmend auf die Kontrolle der Programminhalte der großen Sender. Auf der Jagd nach werbeträchtigen Zuschauerquoten greifen die großen Sender zunehmend sexuelle und politische Tabu-Themen auf und entfachen heftige Proteste.

Anfang Dezember 1997 mußte eine Talk-Show der *Télé-Liban* abgebrochen werden, nachdem sich ein Künstler zu seiner Bisexualität bekannt hatte. Nachdem am 5. Dezember 1997 die LBCI unter reger Publikumsbeteiligung eine viereinhalbstündige Talk-Show über Inzest und Unzucht mit Minderjährigen ausgestrahlt hatte, kritisierte selbst Albert Moukhaiber, eine der Säulen der christlichen Anti-Taef-Opposition, daß Sendungen über sexuelle Probleme den Traditionen der libanesischen Gesellschaft zuwiderliefen. Am 7. Dezember wurden die Chefs der großen Sender zu Ministerpräsident Hariri zitiert und aufgefordert, in ihren Sendungen stärker „die Werte der libanesischen Gesellschaft" zu respektieren.

Folgenreicher war allerdings die Behandlung politischer Tabu-Themen: Im November 1997 ließ z. B. die LBCI den im Libanon steckbrieflich gesuchten Finanzjongleur Roger Tamraz zur besten Sendezeit stundenlang zu Wort kommen. Die MTV setzte am 7. Dezember 1997 ein Life-Interview mit dem ehemaligen, heute im Pariser Exil lebenden Staatspräsidenten Amin Gemayel dagegen und kündigte für den 14. Dezember ein Interview mit General Michel Aoun an, dem populärsten Exilführer der christlichen Anti-Taef-Opposition. Das Verbot dieses Interviews löste im Dezember die größten Studentendemonstrationen seit Jahren aus. Pressekommentare spekulierten bereits über Vorboten eines „Beiruter Frühlings" im Winter, worauf die Regierung zweideutig reagierte. Ein für den 4. Januar 1998 zur Ausstrahlung über Satellit vorgesehenes Life-Interview der LBCI mit dem Oppositionsabgeordneten und Hariri-Kritiker Najah Wakim sollte zunächst ebenfalls verboten werden, wurde aber in letzter Minute zugelassen. Am 7. Januar entzog die Regierung dann allen privaten Stationen die Genehmigung, eigene politische Sendungen über Satellit auszustrahlen. Dies sollte hinfort nur noch der staatlichen *Télé-Liban* zustehen, die mit ihren ca. 30 Mio. US$ Schulden noch lange von öffentlichen Subventionen abhängen wird.

Die aufkommende Protestwelle konnte nur teilweise dadurch besänftigt werden, daß die MTV ihr im Dezember abgesagtes Interview mit General Aoun am 11. Januar 1998 nachholen konnte. Grundlegende Probleme des öffentlichen Zensurwesens waren im Dezember und Januar offen zutage getreten. Sie betreffen vor allem das Problem der Zulässigkeit der staatlichem Vorzensur privater Fernsehsendungen sowie die Frage der zuständigen Gremien und Prozeduren. Die meistdiskutierten Versuche, umstrittene Sendungen zu unterbinden, waren von der Regierung ausgegangen, nicht von dem dafür gesetzlich vorgesehen Gremium, dem "Nationalrat für audiovisuelle Information". Wie sich herausstellte, besaß dieses 1994 beschlossene, aber erst im Oktober 1995 vom Parlament und der Regierung nominierte Gremium auch Ende 1997 noch nicht die Mittel, um seinen Kontrollaufgaben gerecht zu werden. Forderungen nach einer Revision des Mediengesetzes vom 4. November 1994 haben durch diese Vorgänge neue Nahrung erhalten.

■ *Thomas Scheffler, Referent am Orient-Institut Beirut.*

1948: Erinnerungen einer Palmach-Soldatin

Tikva Honig-Parnass

Im Jahre 1983, ein Jahr vor ihrem Tod, übergab mir meine Mutter – als ob sie letzte Angelegenheiten ordnen wollte, und vielleicht auch als Vorbereitung auf den Tod – eine große Plastiktüte, in der sie meine Briefe an die Familie in Hadera aufbewahrte, seit ich mit 16 Jahren von zu Hause ausgezogen war, um auf die Beit HaKarem-Oberschule in Jerusalem zu gehen. Einer der ersten Briefe, die ich aus dieser Tüte zog, war am 30. Oktober 1948 an meine Eltern geschrieben worden, also mitten im Krieg, in dem ich in der Harel-Brigade der Palmach, der Eliteeinheit der Armee (Haganah), diente. Dieser Brief ist der eigentliche Beweggrund für mich, diesen Artikel zu schreiben. Bevor ich auf den Inhalt des Briefes eingehe, würde ich gerne einige Details meiner Lebensgeschichte aufgreifen, die typisch für die 48er-Generation sind. Deren Emotionen und Ethik schlagen sich in den hier erwähnten Briefen nieder.

An dem Tag nach der UNO-Teilungsresolution vom 29. November 1947 brach ich mein Studium an der Hebräischen Universität auf dem Mount Scopus in Jerusalem ab, das ich erst einen Monat zuvor begonnen hatte. Ich war nach Jerusalem gekommen, nachdem ich mein „Arbeitsjahr" im Kibbuz Hachotrim beendet hatte. Dies war gemäß einer Entscheidung der zionistischen Institutionen eine Bedingung, um die Ausbildung nach der Oberschule fortsetzen zu können. Wie viele andere Studierende beeilte ich mich, mich in der Jerusalem-Brigade der *Hish* (Feldeinheiten) einzuschreiben, die mit der Hagana verbunden waren, obgleich die Lehrveranstaltungen an der Universität weiterhin abgehalten wurden, zunächst auf dem Mount Scopus und später, als die Straße zum Campus gesperrt war, in den *Rahavia Gymnasia* in Westjerusalem. Die Entscheidung, mich einzuschreiben, entsprang einem tiefen Gefühl der Verbundenheit mit dem Zionismus und seiner Führung – eine Bindung, die stärker war als jegliche persönliche Überlegung und stärker als die Einwände meiner Eltern gegen den Abbruch des Studiums.

Zwei Monate später verließ ich die Jerusalem-Brigade der Hagana und schloß mich der Palmach an, die in meinen Augen, der allgemeinen Meinung entsprechend, die höchste Errungenschaft der zionistischen Jugend verkörperte. Ich identifizierte mich mit der zionistischen Arbeiterbewegung, welche Palmach anführte, und ich bewunderte das Image der *Sabra* (in Israel geborene Juden der 48er Generation) das die Weltsicht, den Stil und die Führungsmethoden der Palmach-Mitglieder charakterisierte. Wie viele andere meiner Generation faszinierte mich das äußere Erscheinungsbild der Palmach, das dem einer für die Freiheit des Volkes kämpfenden Guerilla-Armee glich und dazu führte, daß man sich gar nicht mehr bewußt war, daß diese Faszination eigentlich dem Prinzip des „Rechts des Stärkeren" und dem Militarismus galt, der bereits tief in uns eingepflanzt war und dazu beitrug, den Mythos der „Selbstverteidigung" zu nähren. Diesem Mythos zufolge, der von der zionistischen Arbeiterbewegung kultiviert wurde, war die militärische Schlagkraft der Palmach rein defensiver Natur und diente allein der Verteidigung der unschuldigen jüdischen Bewohner des Landes gegen jedweden Angreifer. Dieser von uns vollkommen verinnerlichte Mythos machte uns glauben, daß wir einer „revolutionären" Armee der Unterdrückten und nicht etwa einer Streitkraft angehörten, die auf den geeigneten Zeitpunkt wartete, um den zionistischen Plan von der Eroberung des Landes und der Enteignung der palästinensischen Einwohner durchzusetzen. Solch eine Sichtweise war ein typischer Ausdruck des Orwellschen Denkens in seinem Roman „1984", das teilweise die „Sozialisten" unter uns prägte, zu denen auch ich gehörte. In den zwei dem Krieg vorausgehenden Jahren las ich begierig alle marxistische Literatur in hebräischer Übersetzung, derer ich habhaft werden konnte: Marx, Engels, Lenin, Plechanow, Rosa Luxemburg, usw.

Betrachtet man die Widersprüche, die zwischen den von mir aus diesen sozialistischen Werken abgeleiteten universalistischen Werten und den partikularistischen Werten, die ich vom Zionismus und der zionistischen Arbeiterbewegung eingeimpft bekam, bestanden, so ist es nicht weiter verwunderlich, daß ich mich auf das zynische und heuchlerische, im Mythos der „Selbstverteidigung" zum Ausdruck kommende Manöver einließ.

Ich war also eines der „Salzkörner dieser Erde", ein Mitglied der vielgepriesenen 48er-Generation, die aufrichtig die mythologische *Sabra* darstellte. Das war die Generation, auf die deren Eltern, Lehrer, Führer und – bis vor kurzem – auch die besten Soziologen bewundernd blickten und die als „Edelstein in der Krone" des zionistischen Unterfangens betrachtet wurde. Die 48er-Generation war in der Tat eines der „glorreichsten" Produkte des Zionismus; sie war das Ergebnis einer erfolgreichen sozio-kultureller Zucht machte sich selbst zum effektivsten Instrument bei der Realisierung zionistischer Ziele, zum „Silbertablett, auf dem der zionistische Staat der jüdischen Nation serviert wurde."

Dann begriff ich, daß der Zionismus ein kolonialistisches Unterfangen war, das von Anfang an den Aufbau eines exklusiv jüdischen Staates im historischen Palästina angestrebt hatte und dabei auch nicht davor zurückschreckte, das palästinensische Volk gewaltsam zu enteignen; aber dennoch blieb ich lange Zeit dem Mythos verfallen, der weiterhin von Israels sozialen und kulturellen Eliten kultiviert wurde. Voller Sentimentalität und Nostalgie kehrte ich in meinen Gedanken an jene Orte zurück, in denen ich meine Jugend verbrachte, bekannte mich zu

den ungeschriebenen sozialen Verhaltensweisen und vor allem zur Brüderschaft und Waffenkameradschaft, die diese Generation prägten und die ich noch immer als einen Ausdruck höchster Werte ansah. Ich verstand nicht, daß sich dieser warmherzige Humanismus nur auf diejenigen bezog, die „wie wir" waren, während wir uns von denen, die „anders" waren, entfremdeten und sie entmenschlichten – osteuropäische Juden mit ihrem typischen Erscheinungsbild, orientalische Juden und vor allem arabische Palästinenser.

Das Lesen des oben erwähnten Briefes 14 Jahre später war für mich ein emotionaler Wendepunkt, der die sich schon früher herauskristallisierende ideologische und politische Distanzierung vom Zionismus ergänzte. Die Lektüre veränderte mein moralisches Selbstbild sowie den Blick auf die Generation, der ich angehörte. Denn der Brief enthüllte, wie die glorreiche 48er-Generation darauf programmiert war, die Idee der Menschenrechte als absolute Norm angewidert zurückzuweisen und sich bereitwillig kollektiven Zielen, also dem Zionismus und der Gründung eines jüdischen Staates, zu unterwerfen. Die Lektüre meines Briefes verdeutlichte mir, in welch fortgeschrittenem Stadium der Entmenschlichung und der emotionalen Verkrüppelung sich meine Generation befand, um die uns übertragenen Missionen erfüllen zu können: Eroberung des Landes, Vertreibung der Palästinenser, Enteignung des größten Teils ihres Landes, die Umwandlung dieses Landes in „Staatsland", sowie die Etablierung einer Militärregierung, die 17 Jahre, bis 1966, blieb!

Der besagte Brief wurde in der Nähe von einigen Dörfern geschrieben, deren Einwohner vertrieben worden waren und auf deren Land ein Moshav für neu angekommene orientalisch-jüdische Immigranten gegründet worden war. Der Brief wurde einige Tage nach der Eroberung dieser Gegend durch die Palmach geschrieben, in der ehemaligen Tankstelle von Artuf, auf offiziellem Büropapier, auf dem oben auf Arabisch und Englisch gedruckt stand: „Ahmed N. Sharabti, Manager, Artuf Petrol Station, PO Box 712, Jerusalem, Palestine".

In dem Brief ging ich nicht mit einem einzigen Wort auf diesen Briefkopf ein. Als ich Seite um Seite aus dem Block riß, den ich auf dem Tisch des früheren Tankstellenbesitzers gefunden hatte, hätte ich mich doch mit diesen bernsteinfarbenen Worten auseinandersetzen müssen; ich hätte mir doch bewußt sein müssen, daß es einen Mann gab, der einst hier gelebt und gearbeitet hatte, den all meine „glorreichen Brüder" aus der Einheit, in der ich diente, vertrieben oder zur Flucht gezwungen hatten, oder etwa nicht?

Dieses vollständige Ignorieren der Persönlichkeit des „Feindes", das Fehlen jeglicher Gefühle – selbst von Häme oder Haß – waren charakteristisch für die Gleichgültigkeit der 48er-Generation gegenüber den arabischen Palästinensern, die gleichsam als Naturplage wahrgenommen wurden, mit der auf rationale Art umgegangen werden müßte, ohne Haß; wenn notwendig – wie im Falle des Briefpapiers – müsse aus der Beute Nutzen gezogen werden. Damals hatte ich bereits Erfahrung mit den geistigen Verrenkungen, die das Ignorieren dieser „Plage" mit sich brachte. Während meiner gesamten Kindheit in Hadera sah ich immer die arabischen Frauen, die aus den umliegenden Dörfern kamen, am Bürgersteig vor den Märkten im Stadtzentrum saßen und Gemüse und Obst, das sie verkaufen wollten, um ihre Füße ausbreiteten. Ich wurde „Expertin" in der Kunst, an ihnen vorbeizugehen und sogar über ihre ausgestreckten Füße zu steigen, ohne auch nur einen Blick auf sie zu werfen. Ich kann mich nicht erinnern, auch nur ein einziges Mal ein Gespräch mit einer von ihnen angefangen zu haben. Ich kannte kaum die Namen der Dörfer, aus denen sie kamen. Aber es war nicht Haß, es war einfach ein vollständiges Zum-Objekt-Machen des „Feindes", was uns erlaubte, unseren Glauben an unsere ethische Überlegenheit aufrechtzuerhalten.

Wie auch immer, der innere Widerspruch zwischen unserem selbstgerechten Selbstbild und der von uns verinnerlichten Ideologie vom Recht des Stärkeren findet sich auch in diesem Brief wieder. Ich beschrieb die „Erhabenheit und Ruhe, die die umgebenden Berge ausstrahlen, die unsere Soldaten einige Tage zuvor erobert haben", erwähnte die Dörfer, die von ihren Bewohnern „entleert" waren, und berichtete, daß ich während meines Besuches in der Kirche von Beit Gemal (ohne überhaupt das dahinter liegende Dorf zu erwähnen) einige wenige arabische Familien getroffen hätte. Dann beklagte ich mich: „Wir wissen nicht, wie man sich als Eroberer verhält. Vielleicht haben uns die Jahrhunderte geformt, die wir im Exil verbracht haben, ohne zu wissen, wie es ist, Eroberer zu sein."

Was genau war es, was wir als „Eroberer" hätten tun sollen, aber nicht taten? Ich hatte mein Urteil ausgesprochen, aber ich hatte versäumt, es zu erklären. Die universellen Werte, die die zionistische Arbeiterbewegung angeblich repräsentierte, hielten mich davon ab, meine bescheidenen Denkversuche fortzusetzen und offen und ausdrücklich die Zerstörung von Dörfern und die Vertreibung und Tötung von Arabern darzulegen. Auf der anderen Seite konnte ich nicht völlig ignorieren, was hinter meiner Klage steckte, nichts über das Verhalten von Eroberern zu wis-



Palmach-Soldaten in einem Haus vertriebener Palästinenser in Beit Natif, Oktober 1998 (GPO)

sen. Ich war gezwungen, mich mit den Worten, wenn auch nur indirekt, auseinanderzusetzen. Das machte ich, indem ich die Diskussion in einen Angriff auf die jüdisch-zionistischen „anderen" umwandelte, die nicht-*Sabras*, die es wagten, unsere zionistische Moral zu untergraben. Es handelte sich um zwei Mahalniks, d.h. ausländische Freiwillige, die in der gleichen Einheit wie ich dienten. Sie gehörten zu einer größeren Gruppe von gerade entlassenen jüdisch-amerikanischen Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg gedient und sich freiwillig gemeldet hatten, der jüdischen Gemeinschaft in deren Krieg zu helfen.

Ich schrieb in einem Brief an meine Eltern: „In unserer Patrouille gibt es zwei Amerikaner, die erst vor sechs Wochen in unser Land gekommen sind. Aber gestern, als sie all die Araber sahen und die Frauen und Kinder, die hungernd in ihre Dörfer zurückkehrten, wurden sie weich und bekamen Mitleid mit ihnen. Am Abend begannen sie zu schimpfen: Wenn der jüdische Staat nicht in der Lage sei, die Verantwortung für die ökonomische Situation in den von ihm besetzten Gebieten zu übernehmen, dann hätte dieser Staat niemals in den Krieg involviert werden dürfen. Es gäbe keinerlei Grund, Araber ohne Rechtfertigung einfach zu töten. Kurz, dieses Amerika mit seinen idealistischen Zionisten geht einem manchmal auf die Nerven. Ihr ganzes philanthropisches Verständnis vom Leben und der Welt drückt sich auch in ihrer Haltung dem Zionismus gegenüber aus und natürlich auch gegenüber dem Problem, das ich gerade ansprach." [...]

Als jemand, der sehr wohl gelernt hatte, keine Fragen zu stellen, zögerte ich, zur Tagesordnung überzugehen: Wie ging es meinem Schwager, wo diente er; ich erzählte von dem Hemd, das ich während meines letzten Ausgangs in Jerusalem gekauft hatte, und ich bat meine Mutter, frische Laken zu schicken. Aber merkwürdigerweise waren selbst diese alltäglichen, routinemäßigen Angelegenheiten nicht geeignet, meinen selbstgenügsamen inneren Seelenfrieden wiederherzustellen, der durch die zwei amerikanischen Zionisten angeschlagen war. Ich fühlte mich verpflichtet, so schnell wie möglich sozusagen wieder in Reih und Glied zu gelangen, meine Bindung an die zionistischen Werte zu vertiefen, mich meiner Solidarität mit derjenigen Gruppe zu vergewissern, die für diese Werte kämpfte, sowie wieder dem Mythos der „Selbstverteidigung" anzuhängen. Mein Brief endete wie folgt: „Unsere Moral ist sehr hoch. Es gibt eine Gruppe von Leuten, die längere Zeit in Gush Etzion (südlich von Bethlehem) waren und die, nachdem die Gegend von jordanischen Truppen eingenommen worden war, mit dem berühmten Konvoi (der angegriffen und von den Engländern gerettet worden war) zurückgekehrt waren. Sie sind voller Enthusiasmus, Gush Etzion erneut zu befreien."

Israelische Soldaten nach Dienstschluß in einem beschlagnahmten arabischen Haus in Katamon, Westjerusalem. 1948 (GPO)

Obwohl ich mich emotional von dem Los der palästinensischen Frauen und Kinder distanzierte, die – wie ich selber geschrieben hatte – hungerten, projizierte ich meine starke Abneigung und Wut genau auf jene, die es gewagt hatten, angesichts dessen Emotionen zu zeigen, und sich weigerten, universelle Werte dem Ziel der Errichtung eines jüdischen Staates unterzuordnen. Darüber hinaus war ich schnell dabei, sie als unterlegen und weich zu bezeichnen und ihnen sogar eine „wahre" Moral abzusprechen. Denn das war es, was ich in diesem Zusammenhang mit „Idealisten" und „Philanthropen" meinte. Selbstverständlich war meine Kritik und die Leugnung ihrer Moral nicht nur gegen die zwei Freiwilligen persönlich gerichtet, sondern gegen alle „amerikanischen Zionisten", deren Zionismus, im Gegensatz zu unserem, idealistisch war, die also jenseits jener Realität war, die uns zu Enteignungen zwang und dazu, Menschen hungern zu lassen. Diese amerikanischen Zionisten waren „Philanthropen", oder, mit anderen Worten, Repräsentanten eines selbstgefälligen und saturierten Zionismus, der bereit war, den Arabern Brosamen von irgend jemandes Tisch hinzuwerfen, und das aus falschen Beweggründen (sowie augenscheinlich noch „auf unsere Kosten").

Die Ideen, die meine Generation prägten, ließen keinen Platz für irgendeine Kritik am Zionismus oder seinen Führern. In den Essays, die ich schrieb und die an prominenter Stelle in meiner Schule in Hadera ausgehangen wurden, wiederholte ich die Worte, die in meinen Kopf gehämmert worden waren: „Wir säen, und sie kommen und reißen alles heraus; wir pflanzen, und sie kommen und verbrennen alles; wir bauen auf, und sie zerstören." Wir stellten niemals die naheliegende Frage: Warum?, denn wir waren darin geschult, nicht zu denken und nicht zu fragen. Wir lernten, daß „sie" entwurzeln und zerstören, weil „sie" schlicht und ergreifend von Natur aus böse sind sowie zu rückständig und ignorant, um die Wohltaten des kultivierten Lebens wertschätzen zu können. Das war die einzige Möglichkeit, die 48er-Generation dazu zu bringen, ihr Letztes zu geben und ihr Leben zu opfern, um die

Palästinenser auszuhungern, zu vertreiben, zu entwurzeln und zu zerstören.

Der israelische Historiker Ze'ev Sternhall vertritt die Meinung, daß der konzeptionell-ideologische Rahmen, in dem der Zionismus auftritt, von einem Blut-und-Boden-Nationalismus herrührt. Dieser entwickelte sich in Europa als Antithese zum liberalen Nationalismus, dessen Werte in der Aufklärung und in der französischen Revolution wurzelten. Jener organische Nationalismus definierte nationale Zugehörigkeit nicht aufgrund politisch-territorialer, sondern kultureller, ethnischer und religiöser Kriterien, die ihrerseits leicht als eine Reflexion biologischer und rassischer Einzigartigkeit interpretiert werden konnten. Der einzelne wurde nicht als eigenständig oder als Wert per se verstanden, sondern, unabhängig von seinem Willen, als integraler Bestandteil der Nation, der unbedingte Loyalität gebührt. Die zionistische Arbeiterbewegung übernahm nicht nur den „organischen" Nationalismus, sondern auch einen national gefärbten Sozialismus. Dessen israelische Version, als „konstruktiver Sozialismus" bekannt, unterstellte die soziale Frage und die Interessen der Arbeiterklasse den nationale Zielen, deren ultimatives Bestreben die Eroberung des Landes durch Arbeit oder, wenn nötig, durch Gewalt war. Dieser verdrehte Sozialismus der zionistischen Arbeiterbewegung betrachtete die Mobilisierung der jüdischen Arbeiterklasse als Voraussetzung für die Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie.

Diese Prinzipien wurden nach der Gründung Israels zentrale Komponenten der Staatsideologie, die von der zionistischen Arbeiterbewegung und der 48er-Generation kultiviert wurde. Sie sorgten dafür, daß die Sicherheit des Staates und sogar der Staat selbst gleichbedeutend wurden mit dem Shabak und dem Mossad (israelischer Inlands- bzw. Auslandsgeheimdienst); der Shabak stand praktisch über den Gesetzen, was, wie der Jurist Moshe Hanegbi einmal anmerkte, „ein wesentliches Merkmal eines Polizeistaates ist." Der Einfluß jenes Denkens ist heute immer noch sehr deutlich zu spüren. So wagte es der vermeintlich liberale Journalist Dan Margalit, dessen Wurzeln tief in die zionistische Arbeiterbewegung zurückreichen, in seinem Artikel „Satan's Satanism" diejenigen anzugreifen, die den Shabak im Zuge des B'tselem Berichts über die Anwendung von Folter bei der Befragung palästinensischer Gefangener kritisiert hatten, und nannte sie „unverantwortliche Linke, die eine Bedrohung der Sicherheit und des physischen Überlebens des Staates darstellen." In seinem Wahn interpretierte Margalit die Aussage von Nissim Kaldaron, einem progressiven Dozenten, dahingehend, daß dieser „die Menschenrechte über Staaten und Regime stellen würde", was gleichbedeutend sei mit der Forderung nach „Aufhebung der Souveränität des jüdischen Staates".

Im Dezember 1997 strahlte der israelische Fernsehsender *Channel One* Bilder aus, die bereits während der Intifada weltbekannt geworden waren. Es war ein junger, laut Bericht im Kibbuz Beit Keshet aufgewachsener Soldat zu sehen, der als Enkel der 48er-Generation bezeichnet wurde; dieser Soldat schlug einen palästinensischen Jungen mehrmals mit einem Stein auf den Arm schlägt, gehorchte also Rabins notorischem Befehl „ihre Knochen zu brechen." Er wurde für das Programm interviewt und bestätigte grinsend, daß er es nochmal tun würde – selbstverständlich im Interesse der Sicherheit. Ein älteres Kibbuzmitglied bekräftigte in dem Film, daß jener Soldat ein „guter Junge" sei.

Wahrscheinlich ist dieser brutale Besatzungssoldat sogar für den Frieden und die Osloer Verträge. Warum auch nicht? Der Plan für die endgültige Besiedlung, dessen wichtigsten Prinzipien die beiden großen israelischen Parteien im wesentlichen zugestimmt haben, ist nichts anderes als die Weiterführung des kolonialen Projekts, ein Übergang von einer Kolonisierungsmethode zu einer anderen. [...]

Wie der Soziologe Baruch Kimmerling richtig feststellt, ist das grundlegende Merkmal der israelischen Gesellschaft, daß sie eine Gesellschaft von Immigranten ist, die bis zum heutigen Tag aktiv an einem Kolonisierungsprozess teilnimmt. Diese Gesellschaft existiert nur mit Hilfe des Schwertes und hält an einem Territorium fest, das nicht das ihre ist. Im Lichte der politischen Kultur der post-kolonialen Weltordnung ist sie ständig darum bemüht, Israels Existenz zu legitimieren. Wieder und wieder muß Israel sich und der Welt erklären, warum Palästina als Siedlungsgebiet ausgewählt wurde. Alles deutet darauf hin, daß die zionistische Ideologie ihren zentralen Platz in der israelischen Gesellschaft behalten wird und weiterhin als Referenz dienen wird zur Rechtfertigung der Unterdrückung von Menschen- und Bürgerrechten, des Raubes von Land und Wasser und der Gesetze, die Palästinenser diskriminieren. Auf diese Weise kann sich niemals ein Verständnis für die Opfer der Besatzung und der Unterdrückung entwickeln. Die „Entmenschlichung" des palästinensischen "Feindes" wird sicherlich andauern, ebenso die Brutalisierung und Entmenschlichung der Unterdrücker selbst, die weiterhin „schießen und weinen", sogar Kerzen anzünden und zur Religion finden. Der Beitrag der 48er-Generation zu diesem Verhaltensmuster war außerordentlich groß.

■ *Tikva Honig-Parnass studierte nach der Staatsgründung Israels Soziologie an der Duke University in den USA; unterrichtete an der Universität Tel Aviv; seit 1987 aktiv im Alternativen Informationszentrum (AIC); jahrelange Mitarbeit in der radikalen antizionistischen Linken in Israel; in der Frauenbewegung der Mizrahim und in der Bewegung gegen die Besatzung. Sie ist Herausgeberin von News from Within.*

Der Artikel erschien zuerst in *News from Within*, Jahrg. XIII, Januar 1998. Aus dem Englischen von Ines Weinrich und Christopher Hayes



Bis heute haben aus Palästina vertriebene arabische Familien die Schlüssel ihrer Häuser aufbewahrt.

Folter als Routine oder die Zeitbombe tickt nur an Werktagen

Am 18. Mai 1998 hat das *UN-Komitee gegen die Folter* die Verhörmethoden des Shin Bet gerügt, und festgestellt, daß brutales Schütteln, Schlafentzug, Kaputzen über den Kopf stülpen und das Abspielen lauter Musik eindeutig als Folter anzusehen sind und im Widerspruch stehen zur internationalen Konvention gegen die Folter, die die UN-Generalversammlung 1984 angenommen hat. Israel hat sie 1991 unterzeichnet.

Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem hat am 19. Mai einen neuen Bericht herausgegeben, der bestätigt, daß derartige Methoden beim Verhör palästinensischer Gefangener Routine sind. Jährlich werden bis zu 1500 Palästinenser verhört. „85 % von ihnen werden diesen Methoden ausgesetzt, die eindeutig als Foltermethoden definiert werden können". Diese sind im internationalen Rahmen definiert als Methoden, die absichtlich „Leiden oder ernsthafte Schmerzen" verursachen.

Der Shin Beth verteidigt zwar seine Methoden, mußte aber zugeben, daß zumindest das „brutale Schütteln" eine kriminelle Handlung darstellt. Nach Ansicht des Geheimdienstes des Innern, sei diese Vorgehensweise aus Gründen der inneren Sicherheit notwendig. Dabei berufen sich die israelischen Beamten auf die Empfehlung Moshe Landaus, Richter am Obersten Gerichtshof, der die Methoden des „moderaten physischen Drucks" dann als gerechtfertigt ansieht, wenn einem Gefangenen wichtige Informationen entlockt werden müssen, um Leben zu retten. Als Beispiel dient die tikkende Zeitbombe, d. h. wenn man davon ausgehen kann, daß der Verhörte den Ort kennt, an dem eine Bombe plaziert ist. Ami Ayalon, Chef des Shin Bet, erklärte vor dem Obersten Gerichtshof, daß die Methode des „brutalen Schüttelns" im Kampf gegen den Terrorismus absolut notwendig sei.

Die Menschenrechtsorganisation B'Tselem nennt den Fall des Gefangenen Omar Ghunaymat. Er wurde drei Monate lang gefoltert. Um ihm „lebenswichtige Informationen" zu entlocken wurden die Methoden des „moderaten physischen Drucks" angewandt – jedoch ausschließlich an Werktagen. Am Samstag durfte er ausruhen. B'Tselem sarkastisch: „Ziemlich sonderbar ... Die Zeitbombe tickt nur an Wochentagen, dann stoppt sie, und fängt seltsamerweise erst wieder zu tikken an, wenn der Verhörbeamte am nächsten Tag wieder seinen Dienst antritt."
Am 20. Mai 1998 reichten vier palästinensische Privatleute und zwei israelischen Menschenrechtsorganisationen Petitionen beim Obersten Gerichtshof ein, die eindeutig konstatieren, daß die Verhörmethoden des Shin Beth – angewandt bei palästinensischen Gefangenen – Foltermethoden sind, die nach israelischem und internationalem Recht verboten sind.

[Red.]

Appell des palästinensischen Volkes am 50. Jahrestag der Nakba

„Wir, die palästinensischen Kinder und Nachkommen dieses heiligen Landes, wir, die wir universelle Werte vertreten, wir, die wir Frieden und Freiheit suchen, wir, das lebendige Zeugnis von Ausdauer und menschlicher Würde im Angesicht von Not, wir, die Opfer einer seit einem halben Jahrhundert andauernden Nacht von Besatzung und Vertreibung

– erklären unsere ungebrochene Anwesenheit an Zeit und Ort, ungeachtet aller Versuche, uns von dem Land, das unseren Namen am Beginn der Zeit der Welt geboren hat, zu trennen. Wir kommen nicht aus einer Dunkelheit von Mythos und Legende, wir sind seit alters her in dieses Land hinein geboren, das den meisten antiken Kulturen das Leben geschenkt hat. Auf diesem Land war es, daß sich die Menscheit ihr erstes Haus erbaut hat, ihr erstes Getreide gepflanzt, ihr erstes Alphabet geschaffen hat. Von den Hügeln Jerusalems erhoben sich die ersten Gebete der Dankbarkeit zum Schöpfer. Unser Land, nur klein an Größe, hat viele Kulturen und Zivilisationen beherbergt, sowohl in Harmonie wie im Streit, und unsere eigene Kultur entstand aus der Fülle dieses so verschiedenartigen und reichen Erbes. Unsere Geschichte als Menschen begann bereits mit der Geschichte der Menschheit. Unsere arabische Geschichte begann mit der Geschichte der Araber, das Bewußtsein unserer nationalen Geschichte begann mit unserem Widerstand gegen Eroberung und Gier, die sich unseres Landes bemächtigte.

Heute stehen wir vor einem halben Jahrhundert von Nakba und Widerstand, gezeichnet durch die fortgesetzte Tragödie der unmittelbaren Vergangenheit richten wir unseren Blick in die Zukunft, die wir gestalten wollen in Hoffnung auf das Versprechen von Freiheit und Gerechtigkeit. Denn wir haben allen Versuchen widerstanden, uns auszulöschen oder zu verleugnen, den Namen Palästinas von der Landkarte verschwinden zu lassen.

Am 50. Jahrestag eines der größten Verbrechen dieses Zeitalters, begangen am ganzen Volk und Land von Palästina, stehen wir in Ehrfurcht an den Stätten der Märtyrer, die ihr Leben für den Fortbestand des Landes und seines unsterblichen Namens opferten, in der Verteidigung unserer Identität und einer souveränen Existenz auf unserem Land, einem Land, das von Alters mit Gottes Wort an die Menschen ebenso wie mit unserem Blut getränkt ist.

Von der Trauer der Mütter über die Knechtschaft der Gefangenen bis zum Exil der Generationen stehen wir in Ehrfurcht vor der heroischen Haltung des Einzelnen, wie des Kollektivs, um beides zu bleiben: Palästinenser und Araber. Als Opfer des Mythos *Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land* wagen wir es, in die Geschichte einzutreten und die Lüge zu benennen, die versucht hat, uns zu verleugnen. Kritisiert für unser Verschwinden als Nation und die Trennung von unserem Land, haben wir unsere Identität erneuert und die Fäden zu unserer Heimat gefestigt, gerade noch bevor wird dem Vergessen anheim fielen.

418 blühende, lebendige Dörfer wurden von den zionistischen Frevlern dem Erdboden gleichgemacht. Terrorisiert, niedergemetzelt und vertrieben war der größte Teil der palästinensischen Nation, auf den Status von Flüchtlingen und Staatenlosen herabgewürdigt und auf Gedeih und Verderb der Gnade verschiedener Gastländer ausgeliefert. Ihres Geburtsrechts beraubt trugen die palästinensischen Flüchtlinge Palästina so in ihren Herzen, wie sie die Besitztitel und die Schlüssel zu ihren Häusern bewahren. In unserer kollektiven Erinnerung und in unserem Weiterleben blieben die alten Orte und Menschen lebendig. Wir haben uns geweigert, ihre Version der Zerstörung als unsere Geschichte anzunehmen und zu aktzeptieren, und wir bleiben die Anwälte und Zeugen einer authentischen palästinensischen Tradierung und des Willens zu überleben.

Von der Revolution zum Aufstand, und weiter zum Aufbau der Nation erwarben wir uns die Anerkennung der Welt. Das zweifache Unrecht von Exil und Besatzung konnte den Willen eines Volkes nicht brechen, das bestrebt war, Freiheit, Würde und Erlösung seiner Geschichte zu erreichen. Und so war es die PLO, die zuerst den Olivenzweig als Alternative zur Waffe anbot. Friede war das Ziel, nicht Beschwichtigungspolitik oder Kapitulation. Die PLO, Verkörperung unserer nationalen Identität, Hüterin der Integrität unserer Vergangenheit, Instrument der Verwirklichung unserer Zukunft, hat die Unabhängigkeit unserer Ausdrucksmöglichkeiten und unseres Willens unterstrichen und hat die Richtung unseres Weges bestimmt. Sie erhielt die Anerkennung der internationalen Völkergemeinschaft für das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Rückkehr, sie sicherte uns gegen die Wellen der Verluste und der Verleugnungen. Über all dem aber steht Jerusalem, mehr als nur die rechtliche Basis, ist sie die Seele unseres Seins, der Geist der Harmonie.

Unsere Selbstverpflichtung zu einer demokratischen und alle Gruppen umfassenden Politik, wurde in dem schon historischenVorschlag der PLO für einen säkularen, pluralistischen und demokratischen Staat in Palästina ausgedrückt. Während Zionisten auf einer rassistischen Exklusivität bestanden, die Humanität und Rechte anderer leugnet, suchten wir Toleranz zu unterstreichen und Vielfalt zu preisen. Während eine Teilung des historischen Palästina durch den israelischen Hang zu ausschließlichem Besitz unmöglich wurde, haben wir als Alternative eine Teilung des Landes auf der Basis einer Zwei-Staaten-Lösung vorgetragen. Eine solche Lösung wäre mit dem

Völkerrecht, so wie es die UN Resolution 181 formuliert hat, vereinbar und würde dem palästinensichen Volks relative Gerechtigkeit auf seinem Land verschaffen. Es würde zudem der gequälten Stadt Jerusalem Erlösung verschaffen, damit sie gefeiert werden könnte als ewige Stadt und als unsere ewige Hauptstadt.

Die Umwandlung der historischen Erinnerung an Palästina als Heimat hin zu einem gemeinsamen Bemühen, einen Staat auf einem Teil des historischen Palästina zu errichten, bedeutet einen schmerzlichen und schwierigen Wandel im politischen Diskurs, wie auch im nationalen Ethos des palästinensischen Volkes. Es ist anzuerkennen als versöhnungsbringender Kompromiß von historischer Großzügigkeit und darf nicht als Selbstverleugnung oder Schwäche mißinterpretiert werden. Ganz im Gegenteil, eine solche Lösung erfordert die sofortige und uneingeschränkte Anerkennung unserer Legitimität und unseres Rechts auf Souveränität als einer Nation unter Gleichen. Eine solche Vision, geboren aus Tapferkeit und dem moralischen Großmut des Opfers gegenüber dem Unterdrükker, darf allerdings nicht verbunden sein mit weiterer Zurückweisung, Verleugnung und Peinigung.

Die Welt ist also heute nicht allein aufgerufen, ihre eigene Schuld und Verantwortung in Bezug auf das palästinensische Volk anzuerkennen, sondern auch aufgerufen zu einer deutlichen und umfassenden Korrektur ihrer Politik, um die Rechte der Palästinenser zu verwirklichen.

Die internationale Völkergemeinschaft ist heute ebenso aufgerufen, den Friedensprozeß angesichts des gegenwärtigen israelischen Extremismus und der israelischen Politik der Bedrohung, Einschüchterung und Gewalt, durch effektives Eingreifen zu retten, statt den israelischen Forderungen, dem Druck und seinen einseitigen Maßnahmen zu erliegen.

Durch die Fortsetzung seiner kolonialen Politk der Beschlagnahme von Land, der Verletzung unterzeichneter Verträge, der Leugnung der „terms of reference" des Friedesprozesses, der Verletzung der vereinbarten Zeitpläne, der Leugnung einer Agenda für die Verhandlungen über den endgültigen Status, sowie die fortgesetzte Anwendung kollektiver Bestrafungen des palästinensischen Volkes, versucht Israel nicht allein den Zug des Friedensprozesses zum Entgleisen zu bringen, sondern auch alle Aussichten auf einen Frieden in der Zukunft zu zerstören. In der Neubelebung von Fundamentalismus, Feindschaft und Mißtrauen führt Israel die gesamte Region aus der heutigen Zeit in eine anachronistische Zukunft von Konflikten und Gewalt.

Wirkliche Stabilität, Sicherheit und Wohlstand können nur aus einem Frieden hervorgehen, der grundlegende Prinzipien der Gerechtigkeit umsetzt. So lautet die palästinensische Vision und so ist das gemeinsame Bemühen aller Palästinenserinnen und Palästinenser. Kein noch so großer Schmerz, noch Leiden können die Peinigung anderer oder die Zufügung von Unrecht rechtfertigen. Während wir zu einer mitfühlenden Anerkennung der unaussprechlichen Leiden der Juden während des Horrors der Shoa bereit sind, können wir zugleich nicht hinnehmen, daß das Leiden unseres Volkes geleugnet oder banalisiert wird.

Als Opfer suchen wir die Wiederkehr von Leiden zu verhindern, ohne Ansehen von Tätern oder Leidenden. Kein Land, keine Nation darf den Anspruch erheben, über dem Recht oder über der Berechenbarkeit zu stehen. Falls Israel Anerkennung und Legitimität sucht, muß es die Rechtsnormen akzeptieren, die das Zusammenleben der zivilisierten Völker regeln. Die Arroganz der Macht mag wirkungsvoll sein, aber immer nur zeitweise. Nur ein gerechter Friede kann ein dauerhaftes Fundament legen.

Wir versuchen weder Gefangene der Vergangenheit, noch Opfer der Geschichte zu sein. Das palästinensische Volk hat eine Reise der Befreiung in seine Zukunft begonnen. Aus der Asche unserer Trauer und unserer Verluste ersteht eine Nation, die Leben und Hoffnung feiert. Wir werden nicht aufgeben, wir werden den Glauben an einen gerechten und wirklichen Frieden nicht aufgeben, der uns in die Lage versetzt, unser Recht auf Selbstbestimmung auszuüben und souverän über unser Schicksal zu entscheiden. Wir haben nicht fünfzig Jahre seit der Nakba in Gram über schmerzliche Erinnerungen verbracht. Weder ist die Vergangenheit gänzlich abgeschlossen, noch hat die Zukunft schon wirklich begonnen, aber die Gegenwart ist offen für unser Streben.

Seit fünfzig Jahren stellt die palästinensische Geschichte ein Zeugnis für Beharrlichkeit und Widerstand gegen die Implikationen, Konsequenzen und Ungerechtigkeiten aus der Nakba dar. Für ein halbes Jahrhundert wurde die palästinensische Geschichte ein lebendes Unterpfand für zukünftige Generationen, für ihr Recht in Freiheit und Würde in ihrem eigenen Land zu leben. Wir haben den schmerzlichen Weg begonnen, ein Staatsvolk, eine Nation aufzubauen, damit ein freies Volk eine freie Heimat haben kann. Der Staat Palästina kehrt nach fünfzig Jahren des gewaltsamen Verschwundenseins zurück auf die politische Bühne der Welt, ein Staat, der die Prinzipien der Demokratie verköpern wird, die Trennung der Gewalten, den Respekt der Menschenrechte, die Gleichheit von Frau und Mann, Verantwortlichkeit und die Herrschaft des Rechts. Trotz der gegenwärtigen Zwänge dieses Überganges bleibt unsere Vision umfassend und unbegrenzt. Denn wir sind vom Geist des Widerstandes getragen und dem Streben nach Freiheit verpflichtet, motiviert durch jenen Willen, der auch die leuchtende Flamme der Intifada entzündet hat.

Geboren in Palästina entstammen wir keinem anderen Land. Niemand anderes kann unsere Zukunft bestimmen, ebensowenig wie Jerusalem als unsere Hauptstadt ersetzt oder aus unserem Land oder aus unserem Sein herausgerissen werden kann. Sie ist die Heimat unserer Seele und Seele unserer Heimat für immer."

Dieser Appell des palästinensischen Volkes wurde am 14.6. 1998 in Ramallah am Ende des Marsches der Million anläßlich des 50. Jahrestages der Nakba von dem Dichter Mahmud Darwish verlesen. Übersetzung aus dem Englischen: Khaled al-Khatib und Rainer Zimmer-Winkel. Herausgegeben von der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft.

50 Jahre Nakba: Die Erklärung der Tausend

Anläßlich der Erinnerung an „50 Jahre Nakba und Widerstand" fanden im Theater Beirut im Libanon verschiedene politische und kulturelle Veranstaltungen statt. Vom 23. bis 26. April wurde ein dreitägiges Seminar mit dem Titel „Image of the Self/Image of the Other" (INAMO Nr. 13, Frühjahr 98, S. 38) durchgeführt. Zum ersten Mal waren Juden aus der arabischen Welt eingeladen worden (u. a. Ella Habiba Shohat, Abraham Sefarty, Naim Qattan, Edmond al-Malih, Jacques Hassoun). Zum ersten Mal sollte nicht nur über die Nakba, sondern auch über die Lage der Juden in der arabischen Welt nach 1948 diskutiert werden, darüber, daß ihre Flucht nicht allein durch die Zionisten veranlaßt war, sondern auch durch die Politik der arabischen Nationalisten, die zu einer unsicheren Lage in ihren jeweiligen Heimatländern geführt hatte. Ebenfalls auf dem Programm stand – wahrscheinlich wiederum zum ersten Mal in der arabischen Welt – eine Diskussion über die Shoa.

Daß diese Konzeption nicht bei allen auf Gegenliebe stieß war, zu erwarten. Besonders unrühmlich taten sich die pro-syrischen Zeitungen *ad-Diyar* und *ash-Sharq* hervor: Es wurde eine Debatte von unglaublicher politischer Engstirnigkeit losgetreten. Nichtsdestotrotz wurde die Veranstaltung – wenn auch modifiziert – durchgeführt, denn zum Teil bekamen die arabischen Juden keine Einreisegenehmigung in den Libanon, andere Referenten solidarisierten sich mit ihnen – was sich nicht gegen die Veranstalter richtete – und legten nur ihre Redemanusskripte vor.

Auf der Veranstaltung zeigte sich, daß mit einer neuen Generation palästinensischer Historiker sich auch eine kritische Historiographie zu entwickeln beginnt. Dabei sind zweifellos auch die Arbeiten der Neuen Historiker in Israel (INAMO Nr. 13, S. 4–9) und ihre Bereitschaft, Mythen in der eigenen offiziellen Geschichtsschreibung zu zerstören, von Bedeutung. Die von den Teilnehmern am Ende der Veranstaltung verabschiedete *Erklärung zu Palästina*, die wir in Auszügen dokumentieren, stellt mit der Erwähnung der Shoa ein Novum dar. [Red.]

Erklärung zu Palästina:

Nach 50 Jahren im Gedenken daran, daß ein halbes Jahrhundert seit der Nakba – dem arabischen Wort für die Niederlage und Katastrophe von 1948 – vergangen ist, versammeln wir uns wegen Palästina: um unseren Glauben an Gerechtigkeit zu erneuern und um unsere Verpflichtung, für Recht einzutreten, zu erklären. Ein Recht, das sich daraus begründet, daß ein Land von der Landkarte verschwand, daß sein Volk vertrieben wurde und in Unterdrückung lebt. [...]

Im Namen der arabischen Intellektuellen, die Exil, Gefängnis, Gewalt und Zensur ertragen müssen; im Namen unseres Rechts auf freie Meinungsäußerung und auf ein Leben in Würde in unseren Ländern versammeln wir uns, um zu erklären:

1. *Das Existenzrecht Palästinas und das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Dieses sind Rechte, die kein Volk einem anderen nehmen darf.*
2. *Das Recht auf Rückkehr der Millionen palästinensischer Flüchtlinge, die während der beiden Kriege von 1948 und 1967 von ihrem Land vertrieben wurden.*
3. *Die Erfahrung von 50 Jahren Kampf, Besatzung und Widerstand läßt uns unseren Glauben an Frieden und unser Streben nach dessen Verwirklichung bekräftigen. Der erste Schritt zur Erlangung des Friedens muß eine politische Regelung beinhalten, die dem palästinensischen Volk sein selbstverständliches Existenzrecht als unabhängiges Volk gibt und die die erdrückende Besetzung der Westbank, Gaza, dem Südlibanon und dem syrischen Golan beendet.*
4. *Die Palästinafrage ist auch eine arabische Frage [... und] stellt nach wie vor eines der zentralen Elemente arabischer Identität und historischen Bewußtseins dar.*
5. *Es wird keinen Frieden geben, wenn jüdische Opfer Richter über ein anderes Volk sind. Der Antisemitismus in Europa, die Judenverfolgung und die Vernichtungslager der Nazis gehören zu den abscheulichsten Verbrechen und schlimmsten Formen der Barbarei in der Geschichte der Menschheit.*
   Es wird aber auch keinen Frieden geben, wenn versucht wird, das kollektive palästinensische Gedächtnis auszulöschen. Vielmehr muß Israel anfangen, die Verbrechen anzuerkennen, die es gegen das palästinensische Volk im Jahre 1948 beging: Massaker, Vertreibung, Zerstörung und Auslöschung der Dörfer und das Austauschen der Namen seiner Städte und Dörfer.
6. *Es wird keinen Frieden geben, wenn durch die zionistische Vorherrschaft weiterhin Besatzung, Landkonfiszierungen, Zerstörung von Häusern und Rassismus Bestandteil israelischer Politik bleiben. [...]*

Wie kann Frieden möglich sein, wenn [...] Israel aufgrund seines Rückkehrrecht Juden aus aller Welt ermöglicht, bei ihrer Einreise nach Israel automatisch die Staatsbürgerschaft zu erhalten, während es den Palästinensern das Recht auf Rückkehr verweigert? [...]

Fünfzig Jahre Nakba, Besatzung, Kriege und Widerstand. Können wir von einem Tag des Friedens und der Gerechtigkeit träumen?

Oder stehen uns weitere fünfzig Jahre des Widerstands und des Kampfes für Frieden und Gerechtigkeit bevor?

■ Übersetzung aus dem Arabischen: Nadja Al-Bagdadi

Die islamische Zeitschriftenlandschaft im Iran

Katajun Amirpur

Es dürfte eine weitverbreitete Ansicht sein, daß in der Islamischen Republik Iran alles gleichgeschaltet ist. Als gleichgeschaltet im Denken und Handeln gelten nicht nur die Frauen im Tschador und die fäusteschwingenden Glaubenskämpfer, sondern auch die Medien. Umso erstaunlicher ist daher die breite Palette von Zeitschiften, die ein durchschnittlicher Kiosk in Teheran zu bieten hat. Die Magazine, zwischen denen der Käufer hier wählen kann, beweisen die Existenz einer recht lebendigen Gegenöffentlichkeit, die gemeinhin Andersdenkenden die Möglichkeit bietet, sich Gehör zu verschaffen.

In der Islamischen Republik Iran kann man natürlich nur bedingt die Staatsdoktrin hinterfragen und kritisieren, aber dafür sind die Nischen, die die Gegenöffentlichkeit findet, umso interessanter, zumal die dort formulierten Gedanken eine große Breitenwirkung haben. Im Iran müssen Zeitschriften anders als Bücher keiner Zensurbehörde vorgelegt werden und sind daher ein besseres Forum für eine Gegenöffentlichkeit. Wenn den Herrschenden der kritische Inhalt einer Zeitschrift nicht genehm ist, können sie sie allenfalls nachträglich wieder einsammeln lassen.

Auch wenn die Zensur seit dem Amtsantritt Mohammed Khatamis am 2. August 1997 weniger streng gehandhabt wird und seither viele neue Lizenzen vergeben worden sind, drohen den Herausgebern noch immer der Entzug der Lizenz und andere Schikanen. Der Autor hat immer eine Schere im Kopf. Die inhaltliche Vielfalt der zahlreichen neuen Zeitschriften ist dennoch beachtlich. Engagiert und auf einem hohen Niveau stellen sie ihren Lesern auch und vor allem die europäische und die lateinamerikanische Kultur vor. Artikel über Günter Grass, die Tagebücher von Kafka und Übersetzungen von Kurzgeschichten erscheinen dort ebenso wie positive Kritiken europäischer und amerikanischer Filme.

Kiyan

Besonders interessant sind diejenigen, die gesellschaftliche und politische Fragen aus islamischer Sicht behandeln, dabei aber durchaus liberal argumentieren. Sie führen einen modernistischen Diskurs zum Thema Islam und können als islamische Komponente der Gegenöffentlichkeit betrachtet werden, die sich gegen die von den Herrschenden propagierte Auslegung des Islam wendet.

Die bekannteste dieser Zeitschriften ist sicherlich *Kiyan*, die Hauspostille von Abdolkarim Sorush, der zur Zeit wegen seiner modernistischen Thesen über den Islam wohl der meistgelesene und umstrittenste islamische Denker Irans ist. *Kiyan* widmet sich vor allem der Theoriebildung: Chefredakteur Reza Tehrani ist überzeugt, daß man Demokratie und Pluralismus nur verwirklichen kann, wenn man das Bewußtsein der Gesellschaft verändert.[1] In *Kiyan* kommen deshalb vor allem Autoren zu Wort, die sich Themen wie Meinungsvielfalt, Religionspluralismus, Kompatibilität von Islam und Demokratie und moderne Theologie widmen.

Mashallah Shamsolwaezin, ein ehemaliger Redakteur von *Kiyan*, bezeichnet sich und seine Mitstreiter als „Kinder der Revolution“, eine Beschreibung, die den soziokulturellen Hintergrund treffend reflektiert. Sie gehören zu der Generation jener Studenten, die in den 70er Jahren gegen das repressive Schah-Regime aufbegehrten und vom Gedankengut linker islamischer Denker wie Ali Shariati (1933–1977) und Ayatollah Mahmud Taleqani (1910–1979) beeinflußt waren. Obwohl sie Kinder der Revolution seien, so Shamsolwaezin, würden sie von radikalen Islamisten wie deren ärgsten Feinde behandelt. Und in der Tat haben sich die religiösen Aufklärer, wie sich die "Kinder der Revolution" heute selbst nennen, mittlerweile von den radikalen Islamisten weit entfernt. Sorush begann seine Karriere als Ideologe der Islamischen Republik; vor allem seine Kritik an den marxistischen Gruppen beförderte ihn zum Vorzeige-Intellektuellen der Republik unter Ayatollah Khomeini.

Liberalisierungstendenzen unter Khatami

Inzwischen hat sich Sorush jedoch von dieser dogmatischen Linie weit entfernt. Der Revisionismus in seinem Denken spiegelt eine Umorientierung wider, die viele islamische Intellektuelle in den letzten Jahren vollzogen haben. Aufgrund der ausweglosen Situation, in die der „real existierende Islamismus“ geraten ist, haben sie sich zu Vertretern eines demokratischen Islam gewandelt; sie propagieren heute die islamische Zivilgesellschaft und rechnen sich den Wahlsieg Khatamis als ersten großen Erfolg an. Durch ihre Schriften seien Khatamis Forderungen nach Liberalisierung bei der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden gefallen. Erst die islamische Gegenöffentlichkeit habe, so Shamsolwaezin, ein Bewußtsein für Pluralismus geschaffen.

Auch die Liberalisierung des Pressewesens, die von der Regierung Khatami betrieben wird, interpretieren die „religiösen Aufklärer“ als Ergebnis ihrer Bemühungen. Sie nutzen diese Liberalisierung, um weitere Foren für einen demokratischen Islam zu schaffen. Mit der Gründung einer Zeitung versuchte Shamsolwaezin ein erstes Organ

dieser pluralistischen Gesellschaft zu institutionalisieren. Die Tageszeitung *Jamee* erscheint seit Anfang Februar diesen Jahres. Weil er sich dem Pluralismus verpflichtet fühlt, läßt Shamsolwaezin vor allem kritische Geister zu Wort kommen. In einer dreiteiligen Serie veröffentlichte er ein Interview mit dem Oppositionellen Faradsch Sarkuhi, in dem dieser erstaunlich offen Kritik äußerte, und Ebrahim Yazdi sprach über die Zukunft seiner halb-legalen Oppositionspartei, der *Nehzat-e azadi*.[2]

Die Zeitschrift *Jamee* gilt als das sichtbarste Symbol der von Präsident Khatami betriebenen Liberalisierung und ist folglich den Konservativen ein Dorn im Auge. Ein Artikel über Safawi, den Oberkommandierenden der Pasdaran, bot den Hardlinern einen willkommenen Anlaß, das unliebsame Blatt loszuwerden. Nachdem Safawi in einer Ansprache gesagt hatte, man müsse den Liberalen, die inzwischen überall wirkten, die Zungen herausschneiden, verglich ihn *Jamee* mit Saddam Hussein: Wegen der Verbreitung von „Lügen und Beleidigungen“ droht dem Blatt nun die Schließung. Einstweilen verfügte jedoch der Verantwortliche im Kulturministerium, ein Khatami-Anhänger, daß die Zeitung erscheinen dürfe, bis das Gericht entschieden habe. Shamsolwaezin zeigt sich kampfbereit: „Während wir auf das Gerichtsurteil warten, erhöhen wie die Auflage der Zeitung.“[3]

Daß unter Khatami großzügig Lizenzen zur Herausgabe von Zeitschriften vergeben werden, nutzte auch ein anderer enger Mitarbeiter der *Kiyan*-Redaktion. Der Verleger Sorushs, Ahmad Ganji, bringt seit März die Zeitschrift *Rah-e no* (Der neue Weg) heraus. In seiner wissenschaftlichen Arbeit versucht Ganji die Ansätze Sorushs aus einer soziologischen Perspektive weiter zu entwickeln. Zu diesem Zweck hat er Interviews mit verschiedenen Denkern geführt, die sich mit dem Thema Islam und Moderne beschäftigen und die nun in einem Buch erscheinen werden.

Bevorzugte Zielgruppe: Theologiestudenten

Da *Kiyan* das öffentliche Bewußtsein langfristig verändern möchte, sprechen die Herausgeber in erster Linie die Studenten, *tollab*, der theologischen Hochschulen an, die man als Kaderschmieden der Regierung bezeichnen könnte, werden hier doch Leute ausgebildet, die in Zukunft bedeutende Positionen in Iran einnehmen werden. Gelehrt wird neben islamischer Rechtswissenschaft, Exegese und Theologie auch vergleichende Religionswissenschaften, Informatik und westliche Philosophie. Deshalb wollen die *Kiyan*-Mitarbeiter mit ihren modernistischen Ideen den Marsch durch die Institutionen antreten, und die Zeitschrift *Naqd wa Nazar* (Kritik und Meinung) ist ein Beleg dafür, daß *Kiyan* ihr Publikum erreicht. *Naqd wa Nazar* wird von Studenten der religiösen Akademie herausgegeben, die von Kiyan inspiriert worden sind, und diskutiert mit erstaunlicher Offenheit modernistische Themen. Die Literaturnachweise der Aufsätze zeigen, daß die jungen Mullahs auch mit der modernen westlichen Literatur zu politischen und theologischen Themen vertraut sind. Probleme wie religiöse Toleranz, politischer Pluralismus oder islamische Zivilgesellschaft gehören zu den in dieser Zeitschrift diskutierten Themen.

Eine ähnlich große Breitenwirkung wie *Kiyan* erzielt auch die von Ezzatollah Sahabi herausgegebene Zeitschrift *Iran-e farda*, (Iran von Morgen). Ezzatollah Sahabi war seit den fünfziger Jahren in verschiedenen national-religiösen Gruppen aktiv. 1980 trennte er sich von der – u. a. von seinem Vater gegründeten –*Nehzat* (Freiheitsbewegung), weil er eher mit den politisch-gesellschaftlichen Konzepten der islamischen Linken sympathisierte, was in der *Nehzat* auf Unmut stieß. Heute sieht Sahabi sich als eine Art islamischen Sozialdemokraten. Seine Zeitschrift bezeichnet er als dezidiert politische Zeitschrift. Zu der Leserschaft von *Iran-e farda* zählen vor allem Nationalreligiöse der älteren Generation.

Islamische Frauenzeitschriften

Die bekannteste islamische Frauenzeitschrift ist *Zanan* (Frauen), die von der Diplompsychologin Shahla Sherkat herausgegeben wird. Sherkat und die Herausgeber von *Kiyan* verbindet eine lange Freundschaft, und *Zanan* wird ideell sehr stark von der Zeitschrift *Kiyan* und besonders von Abdolkarim Sorush beeinflußt, dessen gesamte Theorie auf der Idee gründet, daß die religiöse Erkenntnis wandelbar sei. Da alle Erkenntnis menschlich und somit wandelbar sei, müsse sich, nach Auffassung von Sorush, auch das Verständnis des Menschen von seiner Religion ändern. Auf diese Weise versucht Sorush, alle potentiellen Widersprüche zwischen einer demokratischen und einer islamischen Ordnung aus dem Weg zu räumen. Dasselbe versucht die islamische Frauenbewegung. Laut Sherkat müßten die Gesetze grundlegend verändert werden; da sich aber viele Bestimmungen des iranischen Zivilrechts aus dem islamischen Recht herleiten, müsse man zuerst das islamische Recht neu interpretieren. Man könne in vielen Punkten beweisen, daß der Koran nicht das meint, was die iranischen Gesetzgeber darunter verstehen. Viele Gesetze seien diskutabel und keineswegs endgültig entschieden, nur weil einige Männer sie zuungunsten der Frauen ausgelegt hätten. Nicht der Koran verhindere die Gleichberechtigung der Frau, sondern ein patriarchalisches Gewohnheitsrecht.[4] Angesprochen werden in *Zanan* das Scheidungs-, Ehe- und Erbrecht, das ungleiche Blutgeld *(diye)*, die Heirat von Minderjährigen etc. Der Kampf für Gleichberechtigung wird zusammengefaßt in einem Jahresrückblick: *Was hat das vergangene Jahr für die Emanzipation gebracht?*[5]

In Khatami sieht die islamische Frauenbewegung einen Hoffnungsträger, seinen Gegenkandidaten Nateq-Nuri betrachteten die iranischen Frauen hingegen, nach Aussage der Journalistin Azadeh Kian, als „eine Art afghanischen Taliban, und (die Frauen) taten ihr Möglichstes, um den Sieg dieses radikal-islamischen Kandidaten zu verhindern.“[6] *Zanan* unterstützte Khatamis Wahlkampf u. a. dadurch, daß Sherkat ein langes Interview mit Khatami veröffentlichte, in dem dieser sich sehr positiv zur Ausbildung von Frauen, zum Präsidentschaftsamt für Frauen etc. äußerte.[7] Das Interview war stark tendenziös, was auch für die Bilder galt: Während Khatami in die Kamera lächelte, war das Bild seines Gegenkandidaten Nateq-Nuri unscharf und nur wenig vorteilhaft. Die Antipathie gegen Nuri hatte ihren Grund; man befürchtete bei einem eventuellen Wahlsieg Nateq-Nuris ein Verbot von

Zanan. Auf einem Fragebogen, den Nateq-Nuri nicht beantwortete, wollte die *Zanan* -Redaktion wissen, ob dieser die Zeitschrift schließen wolle, weil ihm die Forderungen der Feministinnen zu frech seien.[8]

Die islamischen „Feministinnen" benutzen genuin islamische Argumente, um Forderungen durchzusetzen, die in ihrer Radikalität denen der säkularistischen Frauen nur wenig nachstehen. Sie haben aber mehr Aussicht auf Erfolg, denn die Forderungen der säkularistischen Frauen werden von vornherein mit dem Stempel der Unreligiosität versehen. Ein Beispiel: Für die Präsidentschaftswahl vom 23. Mai 1997 wollten auch einige Frauen kandidieren, darunter Azam Taleqani, Tochter des berühmten Ayatollah Taleqani. Frauen dürfen aber laut iranischer Verfassung nicht Präsident werden, und zwar aufgrund der gegenwärtigen Auslegung eines bestimmten Wortes: Es heißt dort, das Präsidentenamt sei den *rejal* (Männern) vorbehalten; Azam Taleqani hält dagegen, man könne besagten Terminus – abgeleitet vom arabischen *rajul* (Mann) – ebensogut mit „Persönlichkeit" übersetzen, wie es im Persischen gebräuchlich ist. Es widerspreche weder dem Koran noch dem islamischen Recht, wenn Frauen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen würden. Sie zitiert eine Reihe von Koranversen, in denen, wenn das Wort *rajul* verwendet wird, Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen sind.[9] Um argumentieren zu können wie Taleqani, bedarf es allerdings guter Kenntnisse über den Koran und die Hadithe. Insofern ist es äußerst nützlich, daß mittlerweile auch Frauen zu Gelehrten des islamischen Rechts ausgebildet werden und somit legitimiert sind, die Quellen auszulegen.

Azam Taleqani gibt auch eine Zeitschrift heraus, *Payam-e hajar* (Die Botschaft der Hagar [Abrahams Frau]), in der sie den Koran interpretiert und juristische Ungerechtigkeiten thematisiert.[10]

Islamische Argumente gegen die herrschenden Islamisten

Und genau dies ist entscheidend am Diskurs der iranischen Gegenöffentlichkeit: Viele Probleme werden angesprochen und öffentlich diskutiert. Das heißt nicht, daß die islamische Gegenöffentlichkeit bahnbrechende Erfolge zu verzeichnen hat, sondern nur, daß sie nicht mehr schweigt. Dementsprechend hart ist die Reaktion: Die Zeitschriften sind Gegenstand von Verleumdungskampagnen der halb-staatlichen Tageszeitungen *Keyhan* und *Resalat,* oder sie werden gleich verboten. Die Gegner der islamisch argumentierenden Zeitschriften kommen meist aus dem radikal-islamistischen Milieu und werfen den Herausgebern „Liberalismus" und die Abwendung von den Werten der Revolution vor. Oft müssen die Herausgeber mit tätlichen Übergriffen der sogenannten *Ansar-e Hezbollah* (Helfer der Partei Gottes) zu rechnen. Diese Rollkommandos sind nicht legal, aber nicht selten stehen einflußreiche Persönlichkeiten aus Staat und Gesellschaft hinter ihnen.[11]

Die islamische Gegenöffentlichkeit artikuliert sich lautstark und vermag, vor allem im letzten Jahr, die Meßlatte dessen, was gesagt werden kann, immer weiter nach oben zu legen. Langsam übernehmen einige unabhängige Medien die Rolle einer kontrollierenden Instanz und sind die ersten Institutionen einer zivilen Gesellschaft in Iran. Sicherlich ist auch auf ihr Wirken zurückzuführen, daß die Bevölkerung, die islamische wie die säkularistische, sich heutzutage bemüht, Institutionen einer freien, demokratischen Gesellschaft zu gründen, und versucht, wieder aktiv in die Politik einzugreifen.

■ *Katajun Amirpur, Islamwissenschaftlerin, Köln*

---

1 Interview, 29. September 1996, Teheran.

2 Interview von Ibrahim Yazdi, in: *Jamee,* 19. Februar 1998.

3 Süddeutsche Zeitung, 18. Juni 1998.

4 Interview, 19. Juli 1997, Teheran.

5 Nazanin Shahrokni: *Yek sal-e digar ham gozasht, majles bara-ye zanan ce kard?,* in: *Zanan,* 41 (1998), S. 2–9.

6 Azadeh Kian: Die iranische Zivilgesellschaft verlangt den politischen Aufbruch; in: Le Monde diplomatique, Januar 1998 (Beilage zur tageszeitung, 14. Januar 1998).

7 *Khatami dar bare-ye zanan ce miguyad?,* in: *Zanan* 34 (1997), S. 2–4.

8 Fragen der Redaktion: *Porsesha-ye bi pasokh-e majale-ye zanan az aqa-ye Nateq-Nuri,* in: *Zanan* 34 (1997), S. 5.

9 Interview mit Azam Taleqani: *Mikhaham taklif-e rejal-ra roushan konam,* in: *Zanan* 34 (1997), S. 6–7.

10 Azam Taleqani: *Cera kandida-ye riyasat-e jomhuri shodam?,* in: *Payam-e hagar,* 227 (1997), S. 2–4.

11 Diese Querverbindungen werden auch offen thematisiert, wie z. B.: Anonymous: *Mabani-ye fekri va poshtewaneha-ye siyasi-ye goruh-e feshar,* in: *Iran-e farda* 21 (1995), S. 4–5.

Umweltschäden in Syrien

Zu den vielen sakrosankten Tabus, denen die syrischen Massenmedien unterworfen sind, gehören unter anderen die Themen Umweltschutz und Bevölkerungswachstum, das in Syrien eines der weltweit höchsten ist. Im Frühjahr 1998 gelangte ein von der Weltbank erstellter Bericht über Umweltschäden in Syrien, der eigentlich nur an einige Ministerien mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet werden sollte, auch in die Redaktion der syrischen Tageszeitung „Tishrin", *die üblicherweise – wie sämtliche Medien in Syrien – nur Positives über das Regime und dessen Errungenschaften zu veröffentlichen pflegt. Umso größer war das Erstaunen, als* „Tishrin" *am 23. April 1998 einen Artikel darüber von Nazira Asaad veröffentlichte, der dem Asad-Regime erhebliche Versäumnisse in Sachen Umweltschutz nachweist und in diesem Zusammenhang auch auf die negativen Konsequenzen des rasanten Bevölkerungswachstums hinweist. Das Regime war ob dieser von ihm unerwünschten Pressefreiheit alles andere als erbaut, so daß es anschließend hinter den Kulissen zu erheblichen Auseinandersetzungen kam. Im folgenden geben wir den Wortlaut dieses Artikels aus der* „Tishrin" *wieder:*

Jährlich 4000 Tote aufgrund hoher Schadstoffkonzentration in der Luft

Ein von der Weltbank im Rahmen des Programms zur Verbesserung des Umweltschutzes erstellter und vom UN-Entwicklungsprogramm finanzierter Bericht über die sieben großen Wasserreservoirs in Syrien enthüllte, daß das Land unter großen Umweltproblemen zu leiden hat. Hauptgrund ist zum einen die Tatsache, daß in Syrien nur ein geringer Teil des Landes besiedelbar ist und die meisten Siedlungsgebiete an Flüssen gelegen sind, und zum anderen das hohe Bevölkerungswachstum, das zu den weltweit größten gehört: Syrien hat inzwischen 14,62 Mio. Einwohner, und für das Jahr 2000 wird eine Einwohnerzahl von 17 Mio. prognostiziert. Die daraus entstehenden Umweltprobleme können wie folgt zusammengefaßt werden:

Wasserressourcen

Die Vorräte an Grund- und Oberflächenwasser gelten nahezu als erschöpft. Wenn, wie erwartet, der Verbrauch weiter steigen sollte, wird in weiten Teilen des Landes Wassermangel herrschen. Bereits jetzt zeichnen sich eine Versalzung des Grundwassers und ein Sinken des Grundwasserspiegels ab. Einige Regionen leiden schon unter Trinkwassermangel sowie unter einer zunehmenden Dürre, die in naher Zukunft wahrscheinlich auch die syrischen Hauptsiedlungsgebiete erfassen wird.

Wasserqualität

In den Hauptsiedlungsgebieten sowie in deren Umgebung wird sowohl das Grund- als auch das Oberflächenwasser durch Rückstände aus Industrie und Haushalten verschmutzt. Auch das Abwasser wird als Ursache für die Verschmutzung betrachtet, das aufgrund fehlender Kläranlagen als Verursacher vieler Krankheiten gilt. In der Tat werden viele Krankheiten durch Wasser verbreitet; allein 1996 gab es 900 000 solcher Fälle.

Bodenschätze

Die Qualität von mehr als der Hälfte des landwirtschaftlich genutzten Bodens verschlechtert sich zusehends aufgrund von Erosion, Versalzung und Desertifikation. Obwohl der Bestand an Anbauflächen theoretisch geschützt ist, verringerte sich dessen Fläche zugunsten von Ansiedlungen. Die Verschlechterung der Bodenqualität führte zu einem Rückgang der Produktion vieler Gemüse- und Obstsorten, zu einer Verringerung der Zahl der Tierarten und zu einer Qualitätsminderung natürlicher Weideflächen. Aber auch der Baumbestand wird zunehmend verringert, wodurch sowohl die ökologische Funktion des Waldes als auch diejenige als Erholungsort für die Bevölkerung beeinträchtigt werden.

Luftqualität

Untersuchungen in einigen Städten weisen darauf hin, daß die Luftqualität generell schlecht ist und die erlaubten Grenzwerte für die Schadstoffkonzentration erheblich überschritten werden. Während in Damaskus und in Aleppo vor allem der Autoverkehr für diese Luftverschmutzung verantwortlich ist, gilt in Homs, Banyas und in Tartus die Industrie als Hauptverursacher. Rund 4000 Menschen sterben jedes Jahr allein aufgrund der Luftverschmutzung.

Ökologische Ressourcen

In Syrien gibt es eine Vielzahl von Agrargütern, die jedoch größtenteils bereits verschwunden oder zumindest stark gefährdet sind. Regenreiche Gebiete werden zusehends desertifiziert.

Abfallwirtschaft

Der größte Teil des Mülls wird an den Stadträndern in offenen Gruben gelagert. Giftiger Industriemüll sowie Abfälle medizinischen Ursprungs werden weder gesondert entsorgt noch wiederverwertet. Die Konsequenzen

davon sind jetzt zu spüren: Das Grundwasser wird ebenso verschmutzt wie die Luft.

Die Städte

Besonders Damaskus und Aleppo dehnen sich an den Stadträndern planlos aus. Zehn Prozent der Bevölkerung leben in übervölkerten Gebieten, in denen die Luft von schlechter Qualität ist. Sie sind medizinisch unzureichend versorgt; verfügen weder über ausreichend Trinkwasser noch über ein angemessenes Abwasserentsorgungsystem.

Das zivilisatorische Erbe

Die antiken Kulturstätten in Syrien gehören zu den bedeutendsten der Welt. Hier begann die landwirtschaftliche Nutzung des Bodens, die künstliche Bewässerung, es wurde das Alphabet erfunden, der Fernhandel nahm hier seine Anfänge und die ersten Städte entstanden in Syrien. Aber die in Syrien gelegenen Stätten des Weltkulturerbes sind erheblich von Zerstörung bedroht. Für ihren Fortbestand wird gar nicht oder nur auf eine unangemessene Art und Weise gesorgt, zum Teil werden diese Stätten auch zweckentfremdet; zu ihrer allmählichen Zerstörung tragen außerdem das hohe Alter der Bausubstanz bei.

Globale Auswirkungen auf die Umwelt

In Syrien entspricht der individuelle Verbrauch an Energie und deren Nutzungsintensität dem regionalen, d. h. nahöstlichen, Durchschnitt. Syrien selbst produziert nur in geringem Ausmaß jene die Ozonschicht zerstörenden Stoffe, die durch das Abkommen von Montreal überwacht werden, und hat Maßnahmen ergriffen, den Ausstoß solcher Stoffe in die Atmosphäre innerhalb der nächsten zehn Jahren schrittweise zu vermindern.

■ *Übersetzung aus dem Arabischen: Günter Lobmeyer*

Riyad al-Turk und Aktham Nu'aissa aus dem Gefängnis entlassen

Der Gelegenheiten gibt es nicht viele, sich über positive Nachrichten über die Menschenrechtssituation in Syrien zu freuen. Zu Pfingsten 1998 aber gab es endlich einen solch seltenen Anlaß: Nach 17 Jahren und sieben Monaten Einzelhaft wurde am späten Abend des 30. Mai 1998 der Generalsekretär der syrischen „Kommunistischen Partei – Politbüro", Riyad al-Turk, aus dem Mezze-Gefängnis in Damaskus entlassen. Einen Tag später wurde ein weiterer prominenter politischer Gefangener in Syrien freigelassen: Aktham Nu'aissa, Sprecher der syrischen Menschenrechtsorganisation CDF und seit 1991 in Haft (zu Riyad al-Turk siehe: INAMO, Nr. 3, Herbst 1995; zur CDF siehe: INAMO, Nr. 2, Sommer 1995). Dreißig weiteren politischen Gefangenen wurde ebenfalls die Freiheit wiedergegeben, weitere Entlassungen wurden „für die nahe Zukunft" angekündigt.

Anders als Nu'aissa, der, wie auch andere CDF-Mitglieder, 1992 vor das Oberste Staatssicherheitsgericht gestellt und zu einer achtjährigen Haftstrafe verurteilt worden war – von der ihm jetzt eineinhalb Jahre erlassen wurden –, ist Riyad al-Turk niemals angeklagt und vor ein Gericht gestellt worden. Erst in den letzten Jahren wurden ihm einige Hafterleichterungen gewährt; im Juli 1993 durfte er zum Beispiel das erstemal seit seiner Verhaftung im Oktober 1980 seine Frau empfangen; zwei weitere Besuche folgten.

Diese Maßnahme kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Menschenrechte in Syrien nach wie vor systematisch verletzt werden. Die aktuelle Zahl der politischen Gefangenen beläuft sich immer noch auf einige Hundert, darunter auch Mitglieder der „KP-Politbüro" und der CDF; über das Schicksal zahlreicher, zum Teil in den frühen achtziger Jahren verhafteter Personen ist nichts bekannt.

„Letztlich wirst du dort zum Sadisten."

Der Krieg in Türkisch-Kurdistan

In letzter Zeit kan man in der türkischen Presse Kampagnen gegen Wehrdienstentzieher verfolgen. Abgeordnete, Künstler u. a. werden an den Pranger gestellt, weil sie sich mit allerlei Tricks vor dem Wehrdienst drücken. Mehrere hunderttausend Wehrpflichtige entziehen sich zur Zeit so der möglichen Teilnahme an dem Krieg. Trotz verschiedener Maßnahmen hat sich daran über die Jahre kaum etwas geändert. Der Generalstab will sie alle haben. Er hat großen Bedarf an Soldaten und legt Wert darauf jeden Mann durch die ‚Schule der Nation' zu schicken.

Die Wehrpflichtigen und einfachen Soldaten der türkischen Armee stellen die Masse der Kriegführenden, die Türkei-Kurdistan ständig besetzt halten und zu Zehntausenden bei einzelnen Operationen auf türkischem oder irakischem Hoheitsgebiet eingesetzt werden. Sie stellen die Basis, auf der unter Einsatz verschiedenster Einheiten dieser Krieg nach dem Konzept des *Low intensity conflict* geführt wird – eine Kriegführung, die bewußt legale und illegale Methoden kombiniert. Die Strategie der türkischen Militärs und die Rolle der verschiedenen bewaffneten Kräfte des türkischen Staates wird in dem Buch 'Der Krieg in Türkei-Kurdistan' von Andreas Berger und Rudi Friedrich dargestellt.

Täter und Opfer

Ein zweiter Teil des Buches behandelt die Wehrpflichtigen, deren Situation an Hand von Interviews mit ehemaligen Soldaten beleuchtet wird: Wie sie in die Kriegsmaschienerie einbezogen werden, wie sie zu Mittätern von Kriegsverbrechen werden, wie sie den Krieg erleben. Einer der Interviewten ist Alp N.[1] Er hat seinen Wehrdienst 1994/95 abgeleistet. Da er Universitätsabsolvent war und nicht den verkürzten Wehrdienst als einfacher Soldat gewählt hatte, wurde er direkt als Unterleutnant bei den mobilen Infanterieeinheiten eingesetzt. Er nahm als Befehlshaber einer Einheit an zahlreichen Gefechten teil.

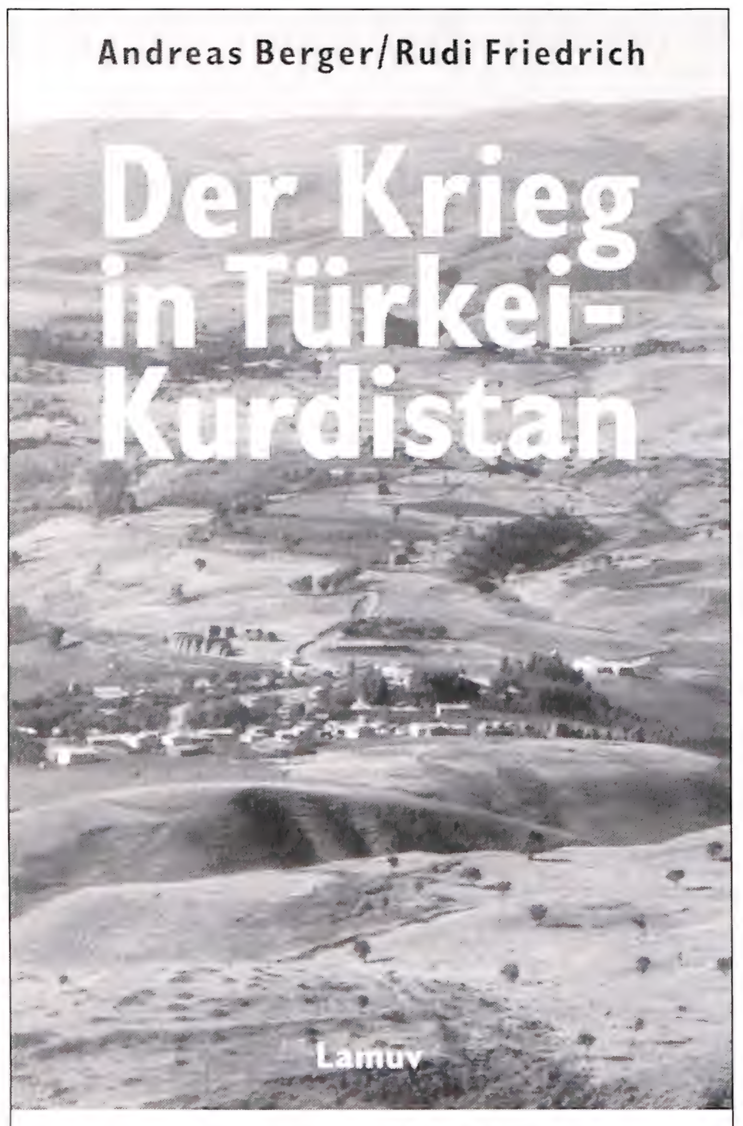
Im Rahmen des Interviews und der Gespräche mit ihm 1996 betonte er, daß er diesen Krieg ablehne. Die Verhältnisse in der Türkei hätten ihn zur Teilnahme gezwungen. Weil er immer versucht habe, menschlich zu bleiben, habe man ihm mehrfach Disziplinarmaßnahmen auferlegt. Zugleich stellte er dar, wie die Soldaten dort die Logik des Krieges verinnerlichen, die in der Zerstörung des Feindes besteht, sei es eines wirklich als solchen identifizierten oder eines potentiellen Feindes. So werden sie auch zu Beteiligten an Kriegsverbrechen oder wie er es zusammenfaßte: „Letztlich wirst du dort zum Sadisten."

„Es gibt eine unsichtbare Hand und jeder hat Angst davor," schilderte Alp. N. die Wirkung der Konterguerilla-Einsätze im Kriegsgebiet. Aus dem Interview mit ihm zitieren wir eine Passage über eine dieser Konterguerilla-Einheiten, den JITEM. Der JITEM, der Anti-Terror-Nachrichtendienst der Gendarmerie, ist eine der zentralen Einheiten der türkischen Konterguerilla. Er ist verantwortlich für zahllose Morde an Oppositionellen und für das ‚Verschwindenlassen' von Personen. Seine ‚Vernehmungszentren' sind berüchtigt. Trotz zahlreicher Dementis der Existenz des JITEM ist er immer wieder Gegenstand von Untersuchungen parlamentarischer Kommissionen und zahlreichen Presseberichten (vgl. Militär und Aufstandsbekämpfung in Kurdistan-Türkei, INAMO Nr. 8, Winter 1996).

Alp N. berichtet über seine Erfahrungen mit JITEM-Einheiten: „Was den JITEM anbetrifft, habe ich folgenden Vorfall erlebt. Unter einer Brücke habe ich eine Leiche gefunden. Der Mund und die Nase des Opfers waren mit einem Paketband zugeklebt. Er war mit nur einer Kugel erschossen worden. Nach zwei Tagen habe ich unter der gleichen Brücke einen weiteren Leichnam gefunden. Bei einem wurde festgestellt, daß er ein Zivilist aus Nusaybin war, der seit einer Woche verschwunden war. Von dem anderen konnte die Identität nicht festgestellt werden.

Es gab noch einen ähnlichen Vorfall. An einem Tag sah ich während meines Dienstes, wie ein weißer Renault mit hoher Geschwindigkeit angefahren kam. Er fuhr ungeheuer schnell, fast 200 km. Von der anderen Seite kamen eine alte Dorfbewohnerin und ein Kind, ihr Enkel, über die Straße. Das Auto kam näher, drosselte aber die Geschwindigkeit kein bißchen. Der Unfall passierte direkt vor unseren Augen. Beide starben noch am Unfallort. Wir liefen hin und übernahmen die Sicherung. Wir sahen, daß aus dem Auto vier eigenartig gekleidete Menschen ausstiegen. Einer, der einen Schnurrbart trug, hatte eine Kampfweste an und eine Pistole hinten im Hosenbund. Er war allerdings weder Dorfschützer noch Gendarm. Ein anderer war ein Ex-Terrorist, der sich in Nusaybin ergeben hatte. Einer war vom JITEM und der vierte war ein Dorfschützer.

Sie machten abfällige Bemerkungen wie: ‚Sie sind gestorben, ach wie schade.' Sie zeigten gleich ihre Ausweise und fragten nach dem Kommandanten. Ich ging zu ihnen. Sie sagten sofort: ‚Hier, wir sind vom JITEM.' In dem Moment war ich gereizt und fing an sie zu beschimpfen. Es kam zu einer Rempelei. Ich ohrfeigte zwei von ihnen und schrie sie an: ‚Bist du verrückt? Was hast du da getan? Wie kann man mit offenen Augen in einem völlig freien Gelände zwei Menschen überfahren!.' Der Angesprochene war



Andreas Berger/Rudi Friedrich
Der Krieg in Türkei-Kurdistan

Seit 1984 hat der Krieg in den kurdischen Gebieten der Türkei über 30 000 Tote gefordert. Fast 2800 Dörfer sind vollständig entvölkert worden. Fünf Millionen Menschen sind wegen des Kriege emigriert. In großen Armeeoperationen werden ganze Landstriche eingekreist, durchkämmt und zum Schauplatz von Gefechten. Rund 150 000 Soldaten der türkischen Armee und etwa ebenso viele Mitglieder von Polizeieinheiten stehen zirka 10 000 bis 15 000 Guerilla der kurdischen PKK gegenüber.

In dieser Dokumentation wird der Hintergrund des Konflikts dargestellt, die Kriegführung des türkischen Staates und deren Folgen beschrieben. In einem zweiten Teil geht es insbesondere um den Einsatz und die Situation der Soldaten in der türkischen Armee. Durch ihre Berichte wird deutlich, daß die Armee alles andere als einen »sauberen Krieg« führt beziehungsweise »Terroristen gezielt bekämpft«. Es handelt sich vielmehr um einen systematischen staaatlichen Terror gegen die kurdischen Bevölkerung.

Lamuv Taschenbuch 323
Originalausgabe
Seiten, 240
19,80 DM/145 ÖS/19,80 sFr
ISBN 3-88977-502-0
Juli 98

von dem Vorfall überhaupt nicht berührt. Er verhielt sich so, als hätte er nur eine Katze getötet. Mit ein paar Sprüchen wie: ‚Ach, pfui Teufel aber auch!' war für ihn die Sache erledigt. Wir brachten sie auf dem schnellsten Wege zum Posten der Gendarmerie, da Festnahmen nicht zu unseren Aufgaben gehörten. Dort wurde dann hin- und hergeschrieben und -telefoniert. Schließlich sollten sie eine Nacht dort bleiben – als Gäste. Sie standen nicht unter Beaufsichtigung. In dem Soldatentrakt erhielten sie ein Extrazimmer. Das Essen wurde ihnen ans Bett gebracht. Ja, der Befehlshabende der Gendarmerieposten, ein Unteroffizier, lud sogar einen von ihnen zu sich nach Hause ein. Am Morgen des nächsten Tages kam ein Befehl. Sie stiegen in ihre Autos und fuhren weg. Es gab keine Verhaftung, im Protokoll wurde nur ein Verkehrsunfall aufgrund von Unvorsichtigkeit beim Überqueren der Straße vermerkt. Damit war der Vorfall zu Ende. Dort habe ich das erste Mal welche gesehen, von denen ich wußte, daß sie vom JITEM waren ..."

Und weiter über die Befugnisse der Mitglieder von JITEM: „Der JITEM ist in diesem Gebiet die stärkste Einheit. Sie haben weitreichende Befugnisse, was Nachrichtenbeschaffen, praktische Einsätze und Verhöre angeht. Der JITEM ist den normalen Militär- und Gendarmerieeinheiten übergeordnet. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Betreffende einen hohen Dienstgrad beim JITEM hat. In den meisten Fällen reicht es aus, ein Angehöriger des JITEM zu sein. Einige Leute von ihnen verfügen über direkte Verbindungen nach ganz oben und können alle möglichen Vorfälle einfach per Telefon erledigen. Zum Beispiel, wenn jemand beim Waffenschmuggel erwischst wird. Du machst eine Durchsuchung, ohne zu wissen, daß er vom JITEM ist. Du entdeckst eine Waffe und fragst: ‚Was ist das hier? Schmuggelware?' Dann begreifst Du, daß er einer vom JITEM ist. Er zeigt seinen Ausweis. Ein Telefongespräch, eine Funkverbindung, und nach 15 Minuten ist der Mann verschwunden. Solche Vorfälle gibt es. Die Straftaten, die sie begehen, werden vertuscht.

Ich habe auch einmal mitgekriegt wie JITEM-Leute einen ihrer gezielten Einsätze in der Kleidung der Dorfbewohner machen. Es gab im Gebiet von Mardin einen sehr bekannten Terroristen, der Kawa genannt wurde. Bei den Leuten im Gebirge gibt es manche, die für beide Seiten arbeiten. Kawa ging in diesem Dorf in das Haus eines ehemaligen Terroristen. Der Mann arbeitete mit dem JITEM zusammen. In der Nacht, als es zur Auseinandersetzung kam, haben wir 1–2 km vom Dorf entfernt die Umgebung abgesichert. Angehörige der JITEM sind in der Kleidung der Dorfbewohner mit einem Dorfschützer zusammen in das Dorf gefahren. Sie sind in den normalen Dorfbus eingestiegen. Ihre Waffen hatten sie unter dem Mantel versteckt. So sind sie in das Dorf gekommen. Kawa, der dem Mann vertraute, der ihm Unterschlupf bot, wurde nach draußen gerufen. Sie erschossen ihn im Strohschuppen." *F. F.*

1 Der Name wurde geändert.

Praktisch ungeahndet:

Deutsche Lieferungen für Iraks C-Waffenprogramm

Ronald Ofteringer

Deutsche Firmen spielten eine entscheidende Rolle für die irakischen Rüstungsprogramme. Bei der Produktion von Giftgas – dieser seit 1925 geächteten Waffe, die Saddams Truppen gegen kurdische Dörfer und iranische Soldaten einsetzten – machten deutsche Lieferungen 70 % des irakischen Potentials aus. Bei der Weiterentwicklung und Produktion ballistischer Raketen war Deutschland nach Ansicht von Kathleen Bailey, ehemalige stellvertretende Direktorin der amerikanischen Abrüstungsbehörde, „bei weitem Iraks wichtigster Lieferant."[1]

Als 1984 die internationale Presse erstmals darüber berichtete, daß deutsche Firmen bei Samarra im Irak eine C-Waffenfabrik errichteten, leugnete die Bundesregierung, daß die deutschen Anlagen zur Produktion von Giftgas tauglich seien. Einige Exportrichtlinien wurden verschärft, doch die tödlichen Exporte in den Irak gingen weiter. Erst im November 1987 wurden Ermittlungsverfahren gegen einige Giftgasfirmen eröffnet. Nachdem irakischen Truppen am 16. März 1988 in Halabja 5000 Menschen mit C-Waffen ermordet hatten, geriet Bonn unter zunehmenden Druck. Ende 1988 veröffentlichte die Bundesregierung einen Zwischenbericht zu „illegalen Ausfuhren von Ausrüstungsteilen zur Produktion chemischer Kampfstoffe im Irak", in dem es nun hieß, „ein Nachweis der Eignung der fraglichen Anlagen zur Produktion der einschlägigen chemischen Kampfstoffe sei höchstwahrscheinlich zu führen."[2]

In den folgenden 18 Monaten lieferten deutsche Firmen weiter tödliche Güter, Großanlagen und Know-how für A-, B- und C-Waffen, sowie Raketen – bis unmittelbar zur Verhängung des UN-Embargos, wie die Londoner Times schrieb - und in etlichen Fällen noch danach.[3]
Nach der irakischen Kuwait-Invasion unter ernsthaften internationalen Druck geraten, zeigte sich die deutsche Regierung nun erstmals schockiert – eher über die drohenden Konsequenzen allerdings als über die Taten selbst – und konstatierte in einem internen Bericht „erschütternde Fälle leichtfertiger oder gar vorsätzlicher Exporte tödlicher Technologien. Sie holen uns jetzt mit fortschreitender Aufklärung ein und werfen erneut schwere Schatten auf unseren Außenhandel."[4] Schadensbegrenzung war angesagt. Nun erfolgten auch erstmals Verhaftungen in den sich seit 1987 dahinschleppenden Ermittlungsverfahren. Sofort nach Gründung der UN-Sonderkommission zur Kontrolle und Vernichtung irakischer Massenvernichtungspotentiale (UNSCOM) kam Bonn für deren sämtliche Tranportkapazitäten auf.
Am 5. Mai 1991 legte die Bundesregierung einen offiziellen „Bericht über legale und illegale Waffenexporte in den Irak und die Aufrüstung des Irak durch Firmen der BRD" vor.[5]
Darin ist von einer „äußerst restriktiven Rüstungsexportegenehmigungspraxis" der Bundesregierung gegenüber der Nahostregion die Rede, und dem Irak gegenüber werde "wegen der von diesem Land ausgehenden Spannungen" noch restriktiver verfahren.

Der Bericht, der in ähnlicher Form auch der UNSCOM zugeleitet wurde, suggeriert eine Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels. Verwiesen wird zum einen auf die rechtlichen Verschärfungen, z. B. der Genehmigungspflicht für *dual-use*-Güter (1989), und zum anderen auf die Ermittlungs- und Strafverfahren gegen deutsche Firmen.

Sieben Jahre später, nach über 200 Missionen der UNSCOM im Irak und den Enthüllungen des ehemaligen Chefs der irakischen Militärindustriebehörde Husain Kamil nach seiner Flucht aus dem Irak, muß bilanziert werden, daß das Ausmaß der Verwicklung deutscher Firmen, Personen und staatlicher Stellen – diese fehlen im Regierungsbericht völlig – umfangreicher ist als damals berichtet. Eine Aufarbeitung hat praktisch nicht stattgefunden. Die Berichte der UNSCOM allerdings, in denen die Herkunft der im Irak gefundenen Anlagen verzeichnet sind, werden – wohl auf Druck Deutschlands und anderer Lieferländer für Iraks Kriegsmaschinerie – geheimgehalten.[6]

Die meisten Strafverfahren gegen Proliferanten in den letzten Jahren endeten mit Freisprüchen, Einstellungen oder geringen Strafen bzw. Bußgeldern. In nur zwei Fällen wurden Haftstrafen ohne Bewährung verhängt.[7] Die Hauptlieferanten für das irakische C-Waffenprogramm (Kolb/Pilot Plant) wurden freigesprochen.[8] Im Fall der Firma WET wurden Bewährungsstrafen von mehreren Monaten verhängt.[9] Anklage wegen Beihilfe zum Völkermord gegen die „Händler des Todes", die z. B. der Völkerrechtler Michael Bothe für durchaus möglich hielt, wurde nie erhoben.

Internationale Menschenrechtsorganisationen, die sich für eine Klage gegen das irakische Regime wegen Verstoßes gegen die UN-Genozidkonvention einsetzen, fordern heute, daß die UNSCOM die Angaben über die Firmen offenlegt, die Anlagen für die irakische Produktion von Massenvernichtungswaffen lieferten (siehe nebenstehenden Konferenzbericht). Eine Forderung, die auch die Aufarbeitung dieses Kapitels in Deutschland wieder auf die Tagesordnung bringen könnte.

1 Kathleen C. Bailey, The UN Inspections in Iraq. Lessons for On-Site-Verification, Bolder Westview 1994., S. 98.
2 Bundestags-Drucksache 11/3762.
3 Ian Murray, German Firms ‚supplied weapons technology to Baghdad', The Times, 8. 10. 1990.
4 Bericht von Wirtschaftsminister Haussmann, in: Hans Leyendecker, Richard Rickelmann, Exporteure des Todes, Göttingen 1990, S. 23.
5 BT-Dr 12/487 vom 8.Mai 1991.
6 UN refuses to name poison gas suppliers, Independent, 27. 6. 1991.
7 Hans Leyendecker, Manche Anklage schmort schon fünf Jahre. SZ 26. 11. 1997.
8 Frankfurter Rundschau, 2.2.1994.
9 SZ 5./.6.1996.

Genozid im Irak – Zehn Jahre danach

Zwei internationale Konferenzen erinnerten an den irakischen Giftgaseinsatz gegen die Kurdenstadt Halabja und die Anfal-Offensiven

Unter dem Titel „Zehn Jahre nach Anfal: Ursachen und Folgen der Politik des Völkermords im Irak" veranstalteten die *Foundation for Research & Advice on the Middle East* (FRAME), die niederländische Nahost-Zeitschrift SOERA und die kurdische Zeitschrift RAHEND am 5. Juni 1998 in der Universität von Amsterdam die erste wissenschaftliche Konferenz, welche die Anfal-Offensiven im Irak zum Gegenstand hatte.
Die einführenden Vorträge hielten der zur Zeit in Amsterdam tätige irakische Volkswirtschaftler Issam Al-Khaffaji und Dr. Sami Zubaida vom Birbeck-College in London.

Joost Hiltermann, derzeit geschäftsführender Direktor von Human Rights Watch/Arms Project in Washington stellte in seinem Vortrag „Genozid, Mittäterschaft und Schweigen: Der Fall des Irak und der Kurden" die Frage, ob dieser letzte Genozid des kalten Krieges hätte verhindert werden können. Hiltermann, der von 1992–94 die umfangreichen Recherchen von Middle East Watch über die Anfal-Offensiven und die Auswertung erbeuteter irakischer Geheimdienstdokumente geleitet hatte, wies nach, daß die westlichen Industriestaaten über die eskalierende irakische Repression gegen die Kurden informiert waren. Selbst wenn sie das Ausmaß der im Februar 1988 begonnenen Anfal-Operationen nicht erfaßten, wäre Halabja, dessen Bilder einen Monat später um die Welt gingen, in jedem Fall Anlaß zum Einschreiten gewesen. Doch die internationale Gemeinschaft schwieg, und führende Staaten, wie Hiltermann am Beispiel der USA zeigte, intensivierten ihre wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit dem Irak. Von den Konsequenzen, die die internationale Gemeinschaft aus dem irakischen Giftgaskrieg zog, an erster Stelle die Ratifizierung des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ) von 1997, hatten die Kurden keinen Nutzen.

Die britische Menschenrechtsexpertin Barbara Stapleton, die eine Arbeitsgruppe zu den Gewinnern und Verlierern des Oil-for-Food-Abkommens leitete, forderte anschließend, daß sich alle in diesem Bereich tätigen Menschenrechtsorganisationen dafür einsetzen, daß die UNSCOM die Dokumente veröffentlicht, die über die Zulieferfirmen für die irakische Produktion von Massenvernichtungswaffen Auskunft geben, damit diese für ihre Mitverantwortung zur Rechenschaft gezogen werden können.
Zum Abschluß gab es eine öffentliche Podiumsdiskussion, an der Martin van Bruinessen vom Department of Oriental Studies der Utrecht University, Joost R. Hiltermann und Kamran Qaradaghi, Redakteur der Zeitung *al-Hayat*, teilnahmen. Martin van Bruinessen verglich die verschiedenen Stufen der Vorbereitung der Anfal-Offensiven im Irak und das damals herrschende Schweigen der internationalen Öffentlichkeit mit der heutigen Situation der Kurden in der Türkei. Zwar sei die Türkei eine wesentlich offenere Gesellschaft als der Irak, doch ähnlich wie damals, reagiere heute niemand angemessen auf das Ausmaß an Vertreibung und Zerstörung, das die türkische Armee heute in Kurdistan-Türkei anrichte. Es könne auch niemand garantieren, daß unter bestimmten Bedingungen nicht weitere Eskalationsstufen folgen.
Ähnliche Forderungen wurden auch auf der Internationalen Halabja-Konferenz erhoben, die am 27./28. März in Berlin im Haus der Kulturen der Welt stattfand. Organisiert wurde die Halabja-Konferenz von dem neugegründeten kurdischen Verein *Awadani e.V.*, der eine große Zahl von internationalen Referentinnen und Referenten nach Berlin eingeladen hatte. Unter anderem berichteten die Genetikerin Prof. Christine Gosdon und der Journalist Gwynne Roberts von ihrer gemeinsamen Reise nach Halabja, wo sie die Langzeitfolgen des C-Waffenangriffs untersuchten. Die vom BBC-Channel Four im März produzierte Reportage, wurde auch von deutschen Fernsehsendern ausgestrahlt. Frau Gosdon hat in Halabja eine erschreckende Zunahme von Krebserkrankungen und bei Giftgasverletzten und ihren Nachkommen genetische Veränderungen festgestellt, die darauf hindeuten, daß chemische Waffen ähnliche Langzeitfolgen haben wie nukleare.

An das Ausmaß der deutschen Beihilfe zum irakischen Giftgaskrieg erinnerte Hans Branscheidt von *medico international*. Michiel Leezenberg von der Universität Amsterdam rekonstruierte in seinem Vortrag die Ereignisse in der Stadt Halabja unmittelbar vor und nach dem irakischen Giftgasangriff im Kontext des irakisch-iranischen Kriegsverlaufs und des Vorgehens der irakisch-kurdischen Parteien.
In einer von Lord Eric Avebury von der Parliamentary Human Rights Group vorbereiteten und von den Anwesenden verabschiedeten *Berliner Erklärung* wird daran erinnert, daß zehn Jahre nach dem Giftgasangriff auf Halabja der durch die Anfal-Offensiven verübte Genozid an den irakischen Kurden ungesühnt bleibt. An die UN-Menschenrechtskommission wird appelliert, einen formalen Beschluß zu fassen, damit die Ermordung der Menschen durch die Anfal-Offensiven und Halabja als Genozid erklärt werden können. Die UN-Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, Saddam Husain und andere irakische Verantwortliche wegen Kriegsverbrechen vor Gericht zu stellen und wegen Verletzung der UN-Konvention zur Bestrafung und Verhütung von Völkermord anzuklagen. Außerdem wird der UN-Sicherheitsrat aufgefordert, die Resolutionen bezüglich des Oil-for-Food-Programms dahingehend zu erweitern, daß zusätzliche 125 Mio. Dollar jährlich für einen Halabja-Fonds aufgewendet werden, um das Ausmaß des durch den Einsatz chemischer Waffen verursachten Schadens zu ermitteln, den Opfern Unterstützung und Behandlung zukommen zu lassen und ein Programm für die Dokumentierung und Erforschung dieses Genozids zu erarbeiten. *R. O.*

Between Imagination & Denial: Kurdologie-Kongreß Pfingsten 1998 in Berlin

Reinhard Fischer

Die Kurdistan-AG des AStAs der Freien Universität Berlin bemüht sich seit langem, Kurdologie als eigenständige Disziplin an der FU Berlin zu etablieren. Ringvorlesungen 1993 und 1995/96[1], eine Gastprofessur 1996/97 und der Kurdologiekongreß *Between Imagination & Denial: KurdInnen als Subjekte und Objekte politischer und sozialer Prozesse*, der vom 29. bis 31.Mai 1998 in Berlin stattfand, sind die bisherigen Stationen dieses Bemühens. Möglich gemacht wurde der Kongreß durch die Kooperation der Kurdistan AG mit dem Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften II, vertreten durch die Ethnologie-Professorin Ute Luig und die finanzielle Unterstützung der Universität. Die Freie Universität Berlin kann sich nun rühmen, das Zentrum sozialwissenschaftlich orientierter Kurdologie in Deutschland zu sein.

Die Idee zu dem Kongreß entstand bei Diskussionen zwischen überwiegend nicht-kurdischen Sozialwissenschaftlerinnnen und kurdischen Aktivistinnen zum Aufbau eines Netzwerks für kurdische Frauenstudien. Werden die Kurdinnen, so die Frage dabei, nur als Forschungsobjekte, oder als gleichberechtigte Partnerinnen wahrgenommen?

In mehreren Beiträgen des Kurdologiekongresses wurde darauf verwiesen, daß Edward Saids Orientalismus-Kritik auch einen Teil der kurdologischen Forschung trifft. Während Beiträge, die sich mit der Leugnung (Denial) der kurdischen Identität beschäftigten, kaum Kritik fanden, wurden Beiträge zur Imagination, d. h. zur Konstruktion der kurdischer Identität und des kurdischen Nationalismus, von kurdischen Zuhörern kritisiert. Zu nennen sind hier die Beiträge von Maria O'Shea (London) zur Idealisierung der Berglandschaft Kurdistans, von Amir Hassanpour (Toronto) zur „Rassisierung" des kurdischen Nationalismus (d.h. die leidige These, daß die Kurden Arier seien) und von Martin van Bruinessen (Utrecht) zu Kurden als Subjekten und Objekten ihrer eigenen Geschichte. Bei den Diskussionen, die diesen und anderen Beiträgen folgten, wurde die manchmal schwierige Beziehung der Erforschten zu den Forschenden deutlich. Die Diskussionen unter den (forschenden) Referenten waren dagegen in der Regel wenig kontrovers.

Van Bruinessen, der 1996/97 die Gastprofessur für Kurdologie an der FU Berlin innehatte, machte die Wechselwirkungen zwischen Leugnung und Imagination besonders deutlich. Als Sozialwissenschaftler muß man, so van Bruinessen, in Kauf nehmen, daß die eigenen Forschungsergebnisse von politischen Aktivisten und Nationalisten unterschiedlicher Couleur vereinnahmt werden.

Um die Frage, ob Sozialwissenschaftler die moralische Verpflichtung oder das Recht haben, als Ergebnis ihrer Forschungen politisch Verantwortliche zu benennen und Schuldzuweisungen vorzunehmen, ging es in den Diskussionen nach Vorträgen zur gegenwärtigen Situation in Irakisch-Kurdistan von Michiel Leezenberg (Amsterdam) und Andreas Wimmer (Neuchâtel). Beide Referenten konnten keine Hoffnung auf Veränderung der für die Bevölkerung Irakisch-Kurdistans unerträglichen Situation vermitteln.

Die Referenten kamen überwiegend von europäischen Universitäten, aber auch aus Kanada, den USA und Australien. Nur ein Referent Maruf Khaznadar, Professor an der Salahaddin-Universität in Arbil, kam aus Kurdistan. Dies verdeutlicht das Dilema, daß kurdologische Forschung weitgehend außerhalb Kurdistans stattfinden muß. Berlin mit seiner großen kurdischen Gemeinde, Schätzungen sprechen von bis zu 50 000 Kurdinnen und Kurden in der Stadt, scheint unter diesen Bedingungen ein guter Standort für kurdologische Forschung zu sein.

Die Beiträge wurden überwiegend auf Englisch, aber auch auf Deutsch, Französisch und Kurdisch gehalten und simultan übersetzt. Die Abstracts der Beiträge lagen den Teilnehmern vor, und auf die Publikation der Beiträge, die hier nicht alle genannt werden können, darf gehofft werden. Den Veranstaltern von der Kurdistan-AG gebührt für die perfekte Organisation ein großes Lob.

Eingerahmt wurden die wissenschaftlichen Vorträge von Kultur: einer Literaturlesung am Anfang und einem Konzert des kurdischen Sängers Ciwan Haco am Ende. Zu diesem Konzert erschienen dann auch viele in Berlin lebende Kurden, die nicht wegen des Kongresses gekommen waren, sondern um guten kurdischen Ethno-Rock zu hören.

1 Die Beiträge wurden publiziert: Carsten Borck, Eva Savelsberg, Siamend Hajo (Hrsg.): Ethnizität, Nationalismus, Religion und Politik in Kurdistan. LIT-Verlag, Münster 1997.

Frauen im Sudan:

Unterdrückung, Verhaftung und Bestrafung im Namen Gottes

Manal Seifeldin

Menschenrechtsverletzungen, Verfolgungen, Zwangsrekrutierung, Zwangsislamisierung, Sklavenhandel und Folter gehören zum Alltag der sudanesischen Bevölkerung. Das Militärregime unter Omar al-Bashir erklärte den Bürgerkrieg im Sudan zu einen *jihad* und versucht auf diese Weise, den Bürgerkrieg und die Zwangsrekrutierung zu legitimieren. Somit wird die gesamte Bevölkerung gezwungen, an diesem Krieg teilzunehmen (siehe INAMO *Nr. 11, Herbst 1997*).
Die Regierung Hasan at-Turabis hat wohl jeden ethischen Maßstab verloren. Jetzt werden auch Schulkinder zwangsrekrutiert. Am 2. April dieses Jahres, während der islamischen Feiertage (Aid al-Adha, Opferfest), verübte die sudanesischer Regierung ein Massaker in El-Eilafon, einer kleinen Stadt, 18 km südlich von Khartum. Im dortigen militärischen Ausbildungslager unternahmen ungefähr 2100 im Rahmen des *jihad* zwangsrekrutierte Schüler einen Fluchtversuch über den Nil. Die Lagerwache beschoß die Boote der fliehenden Schüler. Es gab 129 Tote und 74 Verletzte, weitere 55 ertranken. Vom Verbleib der restlichen Schüler ist bisher nichts bekannt. Dies hinderte weitere Tausende von Schülern nicht daran, Anfang Juni einen weiteren Fluchtversuch zu unternehmen. Sie zündeten sämtliche im Lager stehenden Militärfahrzeuge an, um die Wachen an der Verfolgung zu hindern.
Im vergangenen Jahr wurden bereits 10 000 Schüler in solche Zwangsrekrutierungslager geschickt. Am Ende der Sekundarstufe II werden sie gezwungen, zum Militärdienst zu gehen, andernfalls wird ihnen die Aushändigung der Zeugnisse verweigert; ohne Zeugnisse können sie jedoch ihr Studium an der Universität nicht beginnen. Die 15- bis 18jährigen Schüler werden oft von zuhause abgeholt oder auf der Straße aufgegriffen und kommen in die berüchtigten Lager, die die Armee unterhält. Sie erhalten eine dreimonatige militärische Ausbildung und werden dann unmittelbar in die vordersten Linien geschickt, um gegen die Truppen der sudanesischen Befreiungsarmee und anderer Oppositionsgruppen im Süden und im Osten des Landes zu kämpfen. Frauen, die gegen Zwangsrekrutierung ihrer Kinder demonstriert haben, wurden sofort verhaftet oder öffentlich ausgepeitscht.

Die Lage im Frauengefängnis ist unvorstellbar

Frauen werden oft schneller verhaftet als Männer. Die Begründung ist fast immer die gleiche: Verstoß gegen die Moral. Moralverstöße, nach Definitionen der Fundamentalisten, reichen von der Nichtbeachtung der Bekleidungsvorschrift bis zum Verkauf von Nahrungsmitteln ohne Lizenz, Prostitution und Verkauf traditioneller alkoholischer Getränke (auch an Nichtmuslime). Polizei und Geheimdienst führen regelrechte Razzien durch. Frauen werden verhaftet und gleich von einem sogenannten Volksgericht („Gericht für öffentliche Ordnung") im Schnellverfahren abgeurteilt. Strafen werden willkürlich verhängt; das Recht auf einen Anwalt existiert nicht. Die Richter bei diesen Volksgerichten sind meist Armeeoffiziere. Strafvollstreckungen durch Auspeitschen finden in der Öffentlichkeit statt. Die Anwaltskammer von Khartum hat allein im Februar 1998 folgende Zahlen von verhafteten Frauen dokumentiert:

Tag:	3.	4.	5.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	14.	15.	16.	17.2.
Anzahl der verhafteten Frauen:	33	17	23	19	26	40	26	28	16	31	18	16	21

Frauen, die mit Gefängnis bestraft werden, kommen in das einzige Frauengefängnis des Sudan. Dieses ist ein unmenschlicher Ort und entspricht als Gefängnis keineswegs internationalen Maßstäben. Die Frauen sind in einem engen Raum (8m mal 12 m) zusammengepfercht, der übrige Teil des Gefängnisses ist nur mit Stroh überdacht. Auf der gesamten Fläche müssen 800 Frauen zusammen mit ihren Kindern leben. Bis April dieses Jahres wurden allein 220 Kinder gezählt. Weder für die Frauen noch für die Kinder gibt es eine medizinische geschweige denn soziale Betreuung. Das Essen ist von sehr schlechter Qualität und führt zu Unterernähung. Es gibt weder Toiletten noch Duschen. Urin und Kot müssen getrennt in Plastikbehälter abgesondert werden. Die hygienische Situation führte im Sommer 1997 zu einer unerträglichen Lage; sieben Kinder starben. Besonders betroffen sind Frauen mit der tiefschwarzen Hautfarbe der Menschen aus dem Süd- und Westsudan (besonders den Nubabergen). Das Elend zwingt viele Frauen dazu, mit ihren Kindern, zum Islam zu konvertieren, denn dann werden sie von islamischen Missionaren versorgt und oft auch aus dem Gefängnis entlassen.
Psychisch kranke Frauen werden nicht behandelt und liegen mit den anderen Frauen zusammen. Im April befanden sich mehrere kranke Frauen im Gefängnis, eine von ihnen tötete sechs Kinder. Frauen, die dies verhindern wollten, wurden selbst schwer verletzt. Werden die verhafteten Frauen zuerst in die Polizei- oder Geheimdienstgebäude gesperrt, sind sie oft schnell Opfer von sexuellem Mißbrauch und Vergewaltigung.
Nachrichten darüber dringen nur sehr schwer nach draußen. Auch über die Hungersnot ist verboten zu berichten. Das sudanesische Regime hat darüber eine Nachrichtensperre verhängt. In der Provinz Bahr al-Ghazal sind 1,2 Mio Menschen, insbesondere Kinder, vom Hungertod und von Krankheiten bedroht (Stand: Mitte Juni 1998). Internationale Hilfsorganisationen befürchten ein Massensterben, wenn nicht sofort humanitäre Hilfe geleistet wird. Das Regime hat sich lange geweigert, Flüge für humanitäre Hilfe zuzulassen, oder sie wurden nur für eine Frist von 30 Tage gestattet. Die Menschen hungern zu lassen, ist eine der Methoden, die das Regime entwickelt hat, seinen Völkermord weiterzubetreiben.

Interview mit dem Philosophen Hasan Hanafi

Marion Wille/Arian Fariborz

Hasan Hanafi gehört zu den führenden Philosophen der arabischen Welt. Er lehrt an der Universität Kairo Philosophie. Seine früheren Arbeiten umfassen Studien zur Geschichte der Philosophie und zur Hermeneutik der islamischen Exegese. Wichtige Publikationen von ihm sind unter anderem: Les methodes de l'exégèse. Essai sur la science des fondements de la compréhension 'Ilm Usul al fiqh (Kairo 1965), Le exégèse de la phénoménologie (Kairo 1980) sowie Religious dialogue and revolution (Kairo 1977). Aktuell arbeitet er an der Vollendung seine Gesamtprojektes „Kulturelles Erbe und Erneuerung". An der Person Hasan Hanafis wird die dramatische Situation zeitgenössischer arabischer Denker besonders deutlich. Hanafi, der mit seinen philosophischen Schriften auf den authentischen „dritten" Weg arabischen Denkens verweist, geriet im Frühjahr letzten Jahres in die Schußlinie der Front der Azhar-Gelehrten. Er wurde beschuldigt, in seinen Schriften das Wunder der Himmelfahrt Mohammads verleugnet zu haben. Darüber hinaus habe Hanafi geschrieben, daß Gott nur durch unser Denken existiert. Hasan Hanafi ist nicht der erste aufgeklärte ägyptische Denker, der unter den Beschuß konservativer islamischer Gelehrter geraten ist. Nasr Hamid Abu Zeid wurde wegen seiner aufgeklärten Islam-Interpretationen attackiert und hat Ägypten mittlerweile verlassen. Im Herbst letzten Jahres wurde auf Betreiben der Akademie für islamische Forschung ein Buch des säkularistischen Denkers, Sayid al Qimny, konfisziert und aus den Buchläden geräumt. Ein gerichtliches Verbot des Buches konnte jedoch nicht erwirkt werden. Jüngstes Opfer der konservativen Islamisten ist Scheich Khalil Abdel Karim. Zwei seiner neueren Bücher wurden im Januar dieses Jahres aufgrund einer Empfehlung der Akademie für islamische Forschung beschlagnahmt. Abdel Karim, der wegen seiner Mitgliedschaft in der linken Tagammu Partei der „rote Scheich" genannt wird, habe in seinen Büchern die Begleiter des Propheten diffamiert, so der Vorwurf.

Prof. Hanafi, in welchem Sinn hat die klassische deutsche Ideengeschichte Ihr philosophisches und religiöses Denken maßgeblich geprägt?

Nun, wenn ich mir Ihre Frage recht überlege, dann handelt es sich hierbei um einen typischen Fall von „Okzidentalismus": Warum glauben Sie immer, daß ein Denker außerhalb Europas, der Peripherie, vom Zentrum beeinflußt wird? Warum kann ich nicht von meiner eigenen Umgebung beeinflußt worden sein? Wir sind uns aller Philosophen bewußt, angefangen von Sokrates, Platon, Thomas von Aquin bis hin zu Marx. Aber „wissen" und „beeinflußt werden" sind zwei verschiedene Dinge. Ganz allgemein habe ich Vorbehalte gegen die Art der Beeinflussung und Infiltration moderner Arabisten. Derjenige, der sich für die Freiheit einsetzt, kann als jemand kategorisiert werden, der vom westlichen Liberalismus beeinflußt worden ist, obwohl Freiheit und Unterdrückung lokale Angelegenheiten sind. Derjenige, der soziale Gerechtigkeit und Gleichheit verteidigt, kann als jemand kategorisiert werden, der vom Marxismus beeinflußt wurde, obwohl – wie ich meine – man nicht erst Karl Marx gelesen haben muß, um die Probleme von Armut und Reichtum in Ägypten zu verstehen, wenn man die Slums von Kairo gesehen hat. Jemand der einen bestimmten Nationalismus propagiert, um die arabische Welt zu vereinen, könnte als vom deutschen oder italienischen Nationalismus beeinflußt angesehen werden.
Ich habe in Frankreich studiert, ich habe meine Dissertation über Phänomenologie, Exegese und Hermeneutik geschrieben. Es ist manchmal furchtbar zu hören, daß meine gesamte Kreativität, alle meine persönlichen Krisen, alle meine Wertkategorien, alle meine Schriften europäischen Quellen zugeschrieben werden: der Phänomenologie, dem Marxismus, dem Nationalismus, dem Hegelianismus, dem Cartesianismus, dem Kantismus – letztlich bleibt mir da nur zu sagen, mein Gott, und was ist mit meiner gesamten Arbeit, meinem Bemühen, etwas Neues zu kreieren? Noch immer versucht man, mich in einen ideologischen Käfig zu sperren. Ich würde also die Frage, wer wen beeinflußt hat, einschränken oder besser dahingehend formulieren: Woraus setzen sich die wichtigsten Bestandteile eines Denkers zusammen, der Religion, Philosophie und Politik miteinander verknüpft? Weist sein Denken dabei fremde oder einheimische Elemente auf?

Also verdanken Sie die entscheidenden Einflüsse der arabischen Philosophie?

Nun, ich bin ein sehr heimischer Denker. Wie jeder andere Ägypter damals begann auch ich meine politische Karriere bei der Muslimbruderschaft. Welche Möglichkeiten gab es schon, wenn man sich in den frühen 40er Jahren einer Ideologie verschreiben wollte? Zu diesem Zeitpunkt gab es drei Ideologietypen. Man konnte Muslimbruder oder Marxist oder Liberaler, bzw. Wafdist werden. Die zwölf Freien Offiziere, die im Juli 1952 an die Macht kamen, verkörperten genau diese drei Ideologietypen. Das Image des Marxismus war damals Atheismus, Materialismus, Klassenkampf. Ich konnte kein Liberaler werden, wegen des Feudalismus und der Korruption der politischen Parteien. Was für mich letztlich als Option übrig blieb, war die Muslimbruderschaft. Ich war zu diesem Zeitpunkt sehr nationalistisch gesonnen und erlebte damals hautnah die ägyp-

tische Tragödie, d. h. die Niederlage in Palästina 1948, das Königshaus, die Korruption der politischen Parteien, die britischen Truppen in den östlichen Regionen des Landes. Aus diesem Grunde war ich in dieser Zeit Anhänger des islamischen Nationalismus. Ich hatte viel über die Reformer al-Afghani, Abduh, Rashid Rida, Iqbal, al-Mawdudi usw. gelesen. Dieser politische Islam war ein Ausdruck der Realität, in der wir damals lebten. Als die Revolution 1952 ausbrach, waren wir begeistert. Schließlich waren sechs der zwölf Freien Offiziere Muslimbrüder.

Dann kam mit Mossadegh 1954 die Revolution im Iran. Wir dachten, die Revolution und al-Afghani würden wiederkehren, Islam und Revolution, Islam und sozialer Fortschritt etc. Der wohl härteste Schlag meines Lebens kam dann 1954, als die Muslimbrüder mit den Freien Offizieren zusammenstießen, Naguib und Nasser sich zerstritten, und Nasser schließlich die Auseinandersetzungen gewann. Wir veranstalteten damals eine große Demonstration, bei der ich verletzt wurde ...



Hasan Hanafi *Foto: Arian Fariborz*

... Sie meinen die studentische Gedenkveranstaltung der Muslimbruderschaft Anfang Januar 54, die von Nassers protegierten Jugendverbänden der „Befreiungsversammlung" gestört wurde?

Ja, genau. Nasser ließ auf uns schießen, obwohl wir uns für Freiheit und Demokratie einsetzten. Es gab zwei revolutionäre Strömungen: Die Muslimbrüder und Naguib wollten das Land liberalisieren, und Nasser wollte alle Macht im Staat an sich reißen. Also, das Jahr 1954 war ein schwerer Schock für mich. Der Islam und die Revolution kollidierten.

Ich habe damals Marx, vor allem den jungen Marx gelesen und war sehr beeindruckt von ihm, der „Deutschen Ideologie", den „Thesen über Feuerbach", der „Judenfrage", den „Manuskripten von 42" etc. Marx ist der Philosoph, der noch Hegelianer war, aber der den Hegelianismus in die Gesellschaft überleiten wollte, der sich von dem Idealismus seiner Kollegen Bauer, Stirner und Strauß bewußt abwandte, um die faktische Situation des Menschen in der arbeitsteiligen Gesellschaft zu beschreiben. Ich bin ein Idealist, einer der sich sozialen Angelegenheiten verschreibt, wie der junge Marx – aber das heißt nicht, daß ich ein erklärter Marxist bin. Ich benutze Marx als Bezugsrahmen, ich argumentiere von innen heraus. Einige würden sagen, daß ich ein Phänomenologe bin.

Man hat den Eindruck, daß ihre Vision vom Islam als einem zivilisatorischen Projekt einen historischen Prozeß vollendet. Als System bezieht sich der Islam nicht nur auf die muslimischen Gesellschaften. Er ist vielmehr universell zu verstehen. In einer nichtislamischen Gesellschaft kann dieses Glaubenssystem für die Bewahrung kultureller Identität und nationaler Unabhängigkeit fungieren. Denken Sie da mehr an eine graduelle soziale Transformation oder an einen sozialrevolutionären Wandlungsprozeß?

Ich habe mir den Islam als ein zivilisatorisches Projekt aus einer historischen, makro-analytischen Perspektive vorgestellt. In welcher Periode lebe ich hier und jetzt, und wer sind meine Zeitgenossen? Schließlich ist die islamische Welt nicht der einzige Akteur. Wenn vom Westen die Rede ist, so muß gefragt werden, von welchem Zeitraum wir sprechen! Der Westen ist am Ende der Geschichte angelangt.

Die Art von Islam, die gegenwärtig aufkommt, ist die konservative, dogmatische Version. Mein erstes Anliegen ist es daher, die Tradition aus ihrer konservativen Gestalt in ein progressives, soziales, liberales, offenes und aufgeklärtes Modell umzuwandeln. Mein zweites Anliegen gilt dem Westen. Anstatt dauernd vom Westen angezogen, fasziniert und entfremdet zu sein, betrachte ich den Westen selbst als einen Forschungsgegenstand, anstatt (selbst) nur Erkenntnisobjekt des Westens zu sein. Dies ist mein „Okzidentalismus". Mein drittes Anliegen gilt der Realität. Ich will die Realität ohne die ständige Verwendung von islamischen oder westlichen Texten begreifen. Ich versuche, die Realität an sich zu verstehen, sie in einen neuen Text zu transformieren. Ich möchte mein Denken vom Text befreien, entextualisieren. Ich bemühe mich darum, autonom zu erkennen, zu denken und mich auszudrücken, da ich sonst nur ein Kommentator wäre, was ich nicht sein will.

Für mich besteht die Herausforderung nicht darin, eine Kritik der reinen Vernunft zu schreiben. Das wäre sehr leicht. Die Herausforderung besteht vielmehr darin, einen Intellektuellen zu finden, der es mit einem Scheich Mutwally ash-Sha'rawi aufnehmen kann, einen Intellektuellen, der die Massen hinter sich bringen kann. Ansonsten werden die Massen ständig hinter den Scheichs, dem Staat oder Saudi-Arabien stehen.

In Ihren früheren Veröffentlichungen haben Sie die besondere Rolle von Studenten und Professoren als Träger eines sozialrevolutionären Transformationsprozesses gewürdigt. Erschrecken Sie jetzt bitte nicht, wenn

ich einen neuerlichen Vergleich ziehe ... aber Ihre Schriften haben mich sehr stark an die Geschichtsphilosophie des Iraners Ali Shari'ati erinnert.

Genau wie Hassan at-Turabi habe ich Ali Shari'ati in den 60er Jahren in Paris kennengelernt, wo wir zusammen an der Sorbonne studierten. Wir verspürten alle den gleichen Schmerz, aber mein Schmerz veranlaßte mich, für die Universität zu denken, nicht für die politische Autorität. In der Tat sind sehr viele Artikel über den sozialrevolutionären oder nennen wir es den marxistischen Islam erschienen, in denen ich mit Ali Shari'ati verglichen wurde, vor allem im Iran, aber auch hier. Ich habe mich sehr gut mit Shari'ati verstanden. Nur in einigen Punkten war ich anderer Auffassung als er. Ein Beispiel ist sein Dualismus: Er ist ein Mensch, der zu sehr in dualistischen Kategorien denkt: richtig und falsch – gut und böse usw. Das liegt vielleicht daran, daß Shari'ati vor allem von seiner iranischen Kultur geprägt worden ist. Bei mir ist das nicht der Fall, da ich ein monistischer Denker bin. Ich bringe alles mit jedem in Verbindung. Den Geist mit dem Körper, das Gute und die Welt – ich habe einen ausgeprägten Sinn für Inkarnation. Wenn man dualistisch denkt, dann praktiziert man Katharsis, d. h. daß es eine Kraft gibt, die rein ist, und eine weitere, die unrein ist. Meiner Meinung nach kann man dabei nicht wissen, wer man eigentlich ist. Wo ist mein Geist und wo ist mein Körper? Ich bin eine ganzheitliche Person. Man kann nicht feststellen, wo der Geist ist. Für Shari'ati trifft dieses Fragen – nach dem „wo ist der Körper und wo der Geist?, wo ist das Übel und wo ist das Gute?, wo ist Gott und wo ist der Dämon?" – jedoch zu, wie auch bei Sayyid Qutb, der übrigens persischer Herkunft war.

So wie wir Ihr Islam-Konzept als ein zivilisatorisches Projekt verstehen, beinhaltet es ein System sozialer und politischer Gerechtigkeit. Wie kann sich ein Philosoph heute für diese Werte einsetzen?

Für mich ist der Leser immer Teil des Diskurses. Der Diskurs darf nicht nur dem Verfasser vorbehalten sein. Er sollte vom Autor und Leser gleichermaßen in Anspruch genommen werden. Mein philosophischer Diskurs richtet sich vor allem an den Leser, wie in allen Schriften. Die gesamten Werke sind doch nicht z. B. nur für einen Kant geschrieben worden, sondern sie richten sich vielmehr an unterschiedliche Wissensniveaus, an die Menschen, an die Intelligenzia, an die Massen!
Das Referenzsystem, der Rahmen – darauf kommt es nicht an. Worauf es ankommt, ist der Nutzen, die Lösung, die wir der Bevölkerung anbieten. Und hierbei plädiere ich für den Pluralismus auf der Ebene der politischen Ideen – man kann Marxist sein, man kann Liberaler sein – darauf kommt es mir nicht an. Worauf es mir ankommt, ist der praktische Entwurf eines nationalen Projektes, in dem alle miteinander übereinkommen, z. B. in der palästinensischen Sache, die ein Kernthema in der Region ist.
Ich beginne mit der Gesellschaft und nicht mit dem Text. Mein Ausgangspunkt ist die Realität. Wenn Sie für eine gerechtere Verteilung des Einkommens z. B. im Sinne der schwedischen Sozialdemokratie, des Liberalismus, Sozialismus eintreten – warum nicht? Wenn Sie sich dafür im Namen des arabischen Sozialismus, im Sinne Nassers und Aflaqs oder im Namen des islamischen Sozialismus eines Abu Dhar al-Ghifaris, Sayyid Qutbs oder as-Siba'is stark machen – warum nicht? Es kommt mir nicht darauf an, wie etwas begründet wird, es kommt mir auf die Schlußfolgerung an, auf den Standpunkt, auf die gesellschaftliche Handlungsweise. Wichtig ist der Pluralismus auf der Ebene der Ideen und die Vereinheitlichung für ein nationales Programm.

Wie kann Ihrer Ansicht nach eine solche gesellschaftliche Integration angesichts des anhaltenden Konflikts zwischen Regierung und Islamisten in einem Land wie Ägypten umgesetzt werden?

Ich plädiere für einen nationalen Dialog, die Bildung einer nationalen Einheit, gegen Ausgrenzung, Ausweisung und Exkommunizierung sowie gegen Inhaftierung. Anstatt Leute zu verhaften, sollte man ihnen lieber das Recht geben Zeitungen herauszugeben, um ihre Ansichten auszutauschen. Das ist sicherlich besser, weil ein Gefangener nicht die Möglichkeit hat, an einem Dialog teilzunehmen. Gefangenschaft bedeutet großes Leid. Ein Inhaftierter trachtet seinem Peiniger nach dem Leben. Ständig werde ich dazu aufgefordert, ins Gefängnis zu gehen, mit den Fundamentalisten zu diskutieren, um sie zu beschwichtigen. Ich als ein freier Mensch soll ins Gefängnis gehen, um mit Gefangenen zu diskutieren? – Das ist ein ungleiches Verhältnis! Laßt sie frei! Gebt ihnen die Chance zu einer freien Diskussion unter freien Bürgern. Gebt ihnen dieselben Rechte, über die ich verfüge. Gebt ihnen eine Stimme! Wollen Sie wissen, warum die Extremisten Bomben legen? Einer der Gründe ist der, daß sie einen Tag danach für Schlagzeilen in den Massenmedien sorgen. Luxor ist überall! Hätten sie Millionen Dollar für Anzeigen in Zeitungen ausgegeben, wären sie niemals so populär geworden. Aber jetzt spricht jeder vom islamischen Terrorismus, wer sie sind, was sie tun.
Deshalb rate ich der Regierung immer wieder, laßt sie aus den Gefängnissen frei und gebt ihnen ein Sprachrohr. Ich werde der erste sein, der sich mit ihnen und ihrem Slogan „Der Islam ist die Lösung" auseinandersetzt. „Der Islam ist die Lösung" – nun gut. Nehmen wir beispielsweise das Verkehrsproblem und die Wohnungsnot in Kairo – o. k. wie sieht denn die islamische Lösung hierfür aus? Oder Arbeitslosigkeit – zeigt mir eine islamische Lösung dafür auf! Wenn sie stichhaltig sein sollte, dann bin ich der erste, der sie akzeptieren würde. Aber die Lösung der Wohnungskrise ist weder eine christliche, noch eine islamische oder eine säkularistische Angelegenheit, sondern ist Sache von Experten.

Das Interview wurde am 19. November 1997 an der Universität Kairo geführt.

■ *Marion Wille, ist Diplom-Politologin und arbeitet als freie Nachrichtenjournalistin für den NDR.*
Arian Fariborz, ist Diplom-Politologe und schreibt als freier Journalist für die Wochenzeitung „Jungle World".

Nizar Qabbani: Abschied vom empfindsamen Rebell

Am 30. April starb in London der Dichter Nizar Qabbani, ein paar Tage später wurde er in seiner Heimatstadt Damaskus begraben. Nizar Qabbani ist einer der populärsten Poeten in der arabischen Welt. Seine Gedichtsammlungen (Diwan) werden in hohen Auflagen verkauft, einige seiner Gedichte sind bereits vertont worden. Seine Liebesgedichte und Hymnen an die Frauen, später zunehmend seine poltitische Gedichte mit ätzender Kritik der Herrschenden machten ihn berühmt. Bei seiner Beerdigung in Damaskus am 6. Mai ließen es sich viele Frauen nicht nehmen, an der Beerdigung teilzunehmen. In diesem Kulturkreis ist es weder bei den Muslimen noch den Christen üblich, daß Frauen den Toten zum Friedhof begleiten.

Nizar Qabbani wurde als Sohn eines Zuckerbäckers in Damaskus 1923 geboren und studierte dort an der Universität Rechtswissenschaft. Nach Abschluß seines Studiums begann er mit 22 Jahren eine erfolgreiche Karriere im diplomatischen Dienst: Kulturattaché in Kairo, London, China und Madrid. Er verließ den dipolomatischen Dienst 1966, ließ sich in Beirut als Journalist, Dichter und Herausgeber nieder. Während des Bürgerkriegs im Libanon verließ er Beirut in Richtung Genf, später London. Die kürzeste und prägnanteste Einschätzung seines Werkes und seiner Dichtung stammt von dem Wissenschaftler Stefan Wild: „*Qabbani hat die Reputation als* enfant terrible *der arabischen Literatur und Gesellschaft verdient. Diese Reputation basiert auf drei Charakteristiken seines Werkes: Erstens, sein frivoler, spielerischer Stil mit seiner durchdachten Respektlosigkeit für viele Symbole des arabisch-islamischen Erbes und seiner Identifikation mit heterodoxen, ketzerischen Personen und Bewegungen; zweitens, seine unverblümte und harsche Kritik der arabischen Gesellschaft, Mentalität und der arabischen politischen Führung; und drittens, seine unüblich freie und unkonventionelle Herangehensweise an Liebe und Sexualität [...] Qabbanis Autobiography kann auf verschiedene Arten gelesen werden: als ein Kampf gegen die Zensur, als Erfolgsstory eines* self-made *Poeten, als eine* chronique scandaleuse *eines arabischen Don Juan und möglicherweise noch einer Auswahl anderer Lesarten.*“[1] (Übers. N. M.)

Im folgenden drucken wir das Gedicht *Die Hastigen* ab. Es ist eine Kritik am Oslo-Abkommen zwischen Israel und der PLO. Die Kritik des Nobelpreisträger Nagib Mahfus an der sprachlichen Qualität des Gedichtes, wurde in der arbischen Presse als Versuch gedeutet, Qabbanis Haltung zu kritisieren, aber unter Vermeidung einer inhaltlich politischen Diskussion. N. M.

1 Stefan Wild, Nizar Qabbani's Autobiography: Images of Sexuality, Death and Poetry; in: Allen, Kilpatrick, De Moor (eds.), Love and Sexuality in Modern Arabic Literature, Saqi-Books London 1995.

Die Hastigen

Die letzte Wand der Scham fiel
Wir freuten uns ...
Wir tanzten ...
Wir hielten den unterzeichneten Frieden
der Feiglinge für einen Segen ...
Nichts mehr schreckte uns.
Nichts mehr beschämte uns.
In uns trockneten die Adern des Stolzes ...

Sie hungerten unsere Kinder aus,
15 Jahre lang.
und warfen uns am Ende des Fasten
eine Zwiebel zu ...

In unserer Hand ...
kein einziges Andalusien, was wir besitzen.
Sie stahlen die Türen,
und die Wände
die Ehefrauen und die Kinder
die Oliven, das Öl,
die Steine der Straßen.
Sie stahlen Jesus, den Sohn Marias,
als er noch ein Säugling war.
Sie stahlen uns die Erinnerung an die Zitronen.
die Aprikosen und die Minze
und die Leuchter der Moscheen ...

Ließen eine Büchse Sardinen in unseren Händen
genannt Gaza ...
Ein trockener Knochen, genannt Jericho
ein Hotel, genannt Palästina.
Ohne Dach und ohne Pfeiler ...
Sie ließen einen Körper ohne Knochen
und eine Hand ohne Finger ...

Nach diesem geheimen Flirt in Oslo
kamen wir unfruchtbar heraus ...
Sie gewährten uns eine Heimat
kleiner als ein Weizenkorn
Eine Heimat, die wir ohne Wasser
hinunterschlucken,
wie ein Aspirin!!

Nach 50 Jahren ...
Sitzen wir jetzt auf der zerstörten Erde
Ohne Zufluchtsort, wie Tausende von Hunde!!

Nach 50 Jahren ...
haben wir keine andere Heimat gefunden,
in der wir leben können
außer einem Trugbild
Es ist kein Friede ...
Dieser Friede, in uns eingedrungen wie ein Dolch ...
ist ein Akt der Vergewaltigung!!

Was nutzt die Hastigkeit?
Was nutzt die Eile?
Wenn das Gewissen des Volkes lebendig bleibt
Wie die Zündschnur der Bombe ...
werden die Unterschriften von Oslo den
Wert eines Senfkorns haben!!

Wieoft haben wir vom einem Frieden
geträumt, der grün ist
einem weißen Halbmond
einem blauen Meer
von aufgesperrten Festungen.
Plötzlich haben wir uns wiedergefunden
auf dem Müllhaufen!!

[...]

Es gab auf der Hochzeit keinen arabischen Tanz
Keine arabische Speise.
Keinen arabischen Gesang.
Keine arabische Scham.
Denn die Kinder des Landes blieben der Hochzeit fern.

Die Hochzeit ist zu Ende ...
Palästina hat an ihr nicht teilgenommen,
Vielmehr sah sie ihr Bild,
ausgestrahlt auf allen Kanälen ...
Sie sah ihre Tränen die Wellen des
Ozeans überqueren ...
in Richtung Chicago ... und Jersey ... und Miami ...
Sie sah sich schreiend, einem geschlachteten Vogel gleich:
Diese Hochzeit ist nicht meine Hochzeit ...
Dieses Kleid ist nicht mein Kleid ...
Diese Schande ist nicht meine Schande

■ *Aus dem Arabischen: Norbert Mattes*

Abdarrahman Munif: Die „andere Biographie"

Faisal Darraj

In der Schlußerklärung der Jury, die den „Kairoer Romanpreis" vergab, hieß es im Zusammenhang mit der Ehrung des Schriftstellers Abdarrahman Munif: „Munif scheint gleichzeitig sowohl über jedes einzelne arabische Land als auch über alle arabischen Länder insgesamt zu schreiben." Dieser Satz hat in mehrfacher Hinsicht Bedeutung. Denn Abdarrahman Munif hat tatsächlich in mehreren arabischen Ländern bzw. deren Hauptstädten gelebt. Er wurde in Saudi-Arabien geboren und verbrachte dort seine Jugend. Einige Zeit seines Lebens wohnte er in Jordanien, wovon sein Roman *Geschichte einer Stadt* Zeugnis ablegt, er lernte Bagdad kennen, hielt sich einige Jahre in Damaskus auf, arbeitete in Beirut und schloß sein Studium in Kairo ab, als Ägypten noch die Hoffnung der arabischen Nation und das Sinnbild ihrer Träume verkörperte.

Von einer „äußerlichen Politik" zu einer „essentiellen Politik"

Diese arabischen Städte waren für ihn jedoch keine Stationen zielloser Wanderschaft oder nur Punkte auf der Landkarte, wo der Romancier jeweils einen Teil seiner Jugend und seines späteren Alters verbracht hat, sondern sie waren vor allem Stätten des Kampfes in einer Zeit, da die arabischen Hoffnungen von kraft- und klangvollen Parolen wie Arabischer Einheit, Sozialismus und Freiheit beseelt waren und von dem glühenden Traum von uneingeschränkter Souveränität und der Befreiung des Menschen als dem höchsten Wesen. Zu jener Zeit befreite sich der junge Saudi Abdarrahman Munif von den Fesseln der regionalstaatlichen Grenzen und legte sich ein im eigentlichen Sinne arabisches, mit arabischer Kultur gefärbtes „Fell" an, da er in der Zugehörigkeit zum Arabischen eine hinreichende Identität sah, über die hinaus er keiner weiteren bedurfte.

Doch schon bald warf die Juni-Niederlage von 1967 ihre schwarzen Schatten auf die arabische Geschichte und verbannte die Träume der Jugend ins Abseits. Hier zog sich der junge Saudi Munif etwas in den Hintergrund, betrachtete die verratenen Hoffnungen, sinnierte über den politischen Kampf, der ihm zu einem Beruf, vielleicht zum Hauptberuf, geworden war, und begriff, daß sein Kampf an einem anderen Ort stattzufinden hatte, der klarer, sauberer und effektiver sein mußte. Der neue Ort, an den er sich begab, war der Roman, wo der Kämpfer Munif die Dinge sagen konnte, die er in der Politik vergeblich zu sagen versucht hatte. Vielleicht war der Roman auch der Bereich, wo er darüber schreiben konnte, warum er von einer „äußerlichen" zu einer „essentiellen Politik" gewechselt hatte.

Abdarrahman Munif mußte nicht lange nach einem Thema suchen, auf das er seine Romane aufbaut, denn seine eigenen Erfahrungen bildeten das Sujet – insbesondere die Träume, die ihn zur „äußerlichen Politik" gebracht und ihn später wieder von dieser weggeführt hatten. Diese Träume, die nicht alt werden, selbst wenn ihr Träumer älter wird, sind nichts anderes als ein Leben, das dem Menschen würdig und Ausdruck seines Wesens ist: angefangen von einer Stadt ohne Wachtmeister, einem Kind mit Brot in der Hand, das zur Schule geht, bis hin zu einem Menschen, der sein eigener Herr ist und in einer vereinten arabischen Nation lebt, die ihre Souveränität erlangt hat.

Es war nur verständlich, daß Abdarrahman Munif, nachdem er die „äußerliche Politik" aufgegeben hatte, einen Roman herausbringt, der von der Tücke des Broterwerbs, den Widrigkeiten der Welt und der Grausamkeit der Peiniger handelt. Dieser erste Roman trug den Titel *Die Bäume und die Ermordung des Marzuq*. Dem damals schon vielversprechenden Autor gelang es in diesem Werk, die arabische Realität kompromißlos darzustellen. Und lief er auch in *Eine magische Liebesgeschichte* noch Phantomen einer hitzigen Jugendphase hinterher, so betrat er spätestens mit *Östlich des Mittelmeeres* mit Bestimmtheit die Bühne der Literatur. Hier entführt er den Leser in einen Käfig, aus dem es kein Entrinnen gibt, und schildert ihm die unerbittlichen Gefängnisrituale in einem arabischen Land – und gleichermaßen in allen arabischen Ländern.

Östlich des Mittelmeeres

Und obgleich der Schriftsteller, dem seine saudische Nationalität längst aberkannt worden war, nicht der Prophezeiung besserer Zeiten, die dereinst vom Himmel kommen sollen, zugetan ist, wohnt seinem Werk *Östlich des Mittelmeeres* doch eine Wärme inne, die dem arabischen Roman gewöhnlich fehlt. Ja, er vermag den Leser nur deshalb in die Unmittelbarkeit des arabischen Alltags zu versetzen, weil er alles andere als eine Sprache der Verheißung benutzt und nichts weniger tut, als trügerische Träume zu propagieren. Der in *Östlich des Mittelmeeres* spürbare Zorn versetzt den arabischen Leser aus einer Haltung der „Entschädigungserwartung" in eine solche des Protestes. Zwischen beiden liegt ein bedeutsamer Unterschied: Die Entschädigungserwartung, ein Phantom traditioneller religiöser Ideologie, wiegt den Leser in der Illusion eines Sieges, ohne daß er sich von seiner Schlafstatt erheben müßte, denn sein Vorbild (der Romanheld) ist ja ein Sieger, selbst wenn der Leser in seinem Leben nichts als Fehlschläge erleidet. Dagegen stellt die Protesthaltung das

Leben ungeschönt in all seiner Härte und hart in all seiner Unschönheit dar: Nichts wird hinzuaddiert und nichts weggelassen. Der Roman ist somit ein Extrakt der ganzen Strenge des Lebens und zwingt den Leser, sich mit seinem Elend zu konfrontieren und sich wehrhafte Krallen zuzulegen.

Weil Abdarrahman Munif von Dingen schreibt, die er selbst erlebt hat und die Erlebnisse anderer in seinen Schriften und im Leben teilt, ist der Handlungsort seines Romans das „Hier" und die Handlungszeit das „Jetzt", so als sei die Gegenwart mit ihren unendlichen Fragen und stockenden Antworten sowohl Ausgangspunkt als auch einziger Fluchtpunkt des Romans, als sei sie die einzige Zeit, die es überhaupt verdient, die Zeit eines Romans zu sein. Deshalb hat Abdarrahman Munif in seinem Roman *Östlich des Mittelmeeres* die arabische Gegenwartsgeschichte nachgezeichnet, um nicht zu sagen: er hat aus der Geschichte einen bemerkenswerten Roman gemacht. Dieser Roman benennt die Gründe für die Fehlschläge der Gegenwart und jeder ähnlichen Zeit, er zeichnet das Bild der Peiniger der Gegenwart und jeder gleichgearteten Vergangenheit, und er beschreibt den Zustand des Opfers in der Gegenwart und des Opfers jeder Epoche, in der menschliche Wesen in ihrer Ganzheitlichkeit zerstört werden. *Östlich des Mittelmeeres* illustriert die täglich erlebbare arabische Geschichte, doch zieht der Roman dabei den zeitlichen Rahmen nicht zu eng: Hier findet sich sowohl ein ganz spezifischer historischer Kontext wie auch gleichzeitig eine zeitlich ungebundene menschliche Erfahrung.

Ebenfalls ein Widerstreit zwischen Historizität und Erzählung – was ja der Definition nach das Wesen des Romans ist – ist Munifs *Als wir die Brücke aufgaben*, wo er sich mit der Niederlage von 1967 befaßt. Danach schrieb er den Roman *Marathonlauf*, der vom Öl handelt, jenem schwarzen Gold, das die Araber ärmer werden und jene erstarken ließ, die über sie herrschen und ihnen Demütigung und Unterwerfung aufnötigen. Auch Munifs Epos *Salzstädte* dreht sich ums Öl; es zeichnet die Geschichte des Erdöls als eine Geschichte der Kolonialisierung der arabischen Welt durch Europa.

Die „andere Biographie"

Alle Romane Abdarrahman Munifs atmen Geschichte, und die arabische Geschichte atmet mit seinen Romanen, seit die Geschichtsschreibung in den Kerkern verschiedener arabischer Länder verschwunden ist. Abdarrahman Munif schreibt bei alledem eine Biographie der Unterdrückten, die bereits dem Vergessen anheimgefallen ist, seit sich die offizielle Geschichtsschreibung mit den Angelegenheiten der Mächtigen und Herrschenden begnügt. Munif schreibt Romane über „normale Leute", die auch seine Adressaten sind, und belebt seine Erzählungen mit bestimmten Aspekten jener Wahrheit, die von seiten der offiziellen Denkschulen mittlerweile wie in einem Akt der Sucht lebendig begraben wird, während die breite Masse einer Verdummung ausgesetzt ist und unter ihrem jeweiligen Regime nur als Brennstoff für die Herren dient, die sich in der Hingabe an ihren Eigennutz verzehren.

Weil Abdarrahman Munif die „andere Biographie" jener schreibt, um die sich das offizielle Schrifttum nicht kümmert, ist er zu einem Romanphänomen geworden, dem die arabischen Leser mit aller Macht zuströmen. Einzig die hohen Preise für Bücher mögen eine Schranke zwischen ihnen und dem Autor darstellen, da ja in der arabischen Welt von heute selbst ein Stück Brot schon fast einen Luxus darstellt. Zu dieser engen Bindung trägt auch die „mittlere Sprache" bei, in der Munif schreibt. Diese Sprache hebt sich von der traditionellen Art zu schreiben ab; dabei ist sie ungekünstelt und verzichtet auf üppige Ornamentik. Munif benutzt eine sparsame, fast asketische Sprache, die ihrem Gegenstand angemessen ist, die kein Zuviel und kein Zuwenig kennt. Seine Sprache ist Protest gegen eine verlogene Eloquenz, die das Wesentliche unter sich begräbt. In alledem kommt der Schriftsteller Munif dem Intellektuellen als „Gewissen der Nation" nahe und entspricht dem Bild des ehrlichen Dichters, der von den Massen spricht und dem diese sich gerne zuwenden.

Salzstädte

In den *Salzstädten* läßt Abdarrahman Munif eine endlose Reihe von Namen vorüberziehen. Es sind die Namen von Personen, die nur kurz und nur als Namen auftauchen; oft sprechen sie einen einzelnen Satz und verschwinden wieder, oder sie belassen es bei einem Gruß. Diese gewaltige Ansammlung von Namen, die nicht in eine Romanfigur mit ausgeprägten Charakterzügen mündet, verweist auf die „andere Biographie" von Menschen, die auf der Schattenseite leben und denen sich niemand zuwendet, die aber die Träger von Protest beziehungsweise die schweigenden Handelnden der Geschichte sind oder, sollten sie dazu nicht imstande sein, dies zumindest unter Einsatz ihres Lebens anstreben. So hat Abdarrahman Munif ein neues Bild der Golfregion entworfen: Der Golf ist hier nicht mehr, wie er immer scheint, nur ein Ort, der Prinzen hervorbringt, ein Ort von Sandmassen und eine gewaltige Erdölquelle, sondern ein menschlicher Ort voller Werte, ein Ort des Protestes, des Leidens und des Widerstands. Es ist, als bezähme Abdarrahman Munif in diesem Epos die Wüste; sie erscheint vertraut und angenehm, als rehabilitiere er sie als einen Ort mit dessen Menschen und seiner Zeit. So wie er ein arabisches Gebiet neu geprägt und ihm das Attribut „Östlich des Mittelmeeres" gegeben hat, so schafft er die Golfregion mit dem Begriff „Salzstädte" neu und hebt so die Unterschiede zwischen verschiedenen Arabern und zwischen unterschiedlichen Orten auf. In beiden Fällen betrachtet er den Menschen im Hinblick auf seine Werte, sein vielschichtiges Leiden und seine kreativen Fähigkeiten zu handeln, aktiv zu werden und sein Leben weiterzuleben.

Als die *Salzstädte* erschienen, schrieb ein arabischer Kritiker, dem es in nicht an Verwestlichung mangelte: „Abdarrahman Munifs Art zu schreiben stammt noch aus der Zeit vor Balzac." Dieser Kritiker ist sicherlich ein größerer Freund von Balzac als von Abdarrahman Munif, weil er bei seiner Kritik nicht anders kann, als im Westen mit all dessen Namen und Kriterien die maßgebliche Instanz zu sehen. In Wahrheit entstammt die künstlerische Struktur bei Abdarrahman Munif aber weder der Zeit vor noch nach Balzac, weil sie einfach einer anderen sozialen und

historischen Epoche zugehört, einer anderen Bildungsgeschichte, und weil Munifs Leser die *Comédie humaine* nicht kennen. Ein Kritiker, der sich angewöhnt hat, schlechte Übersetzungen zu lesen, ist zudem außerstande, das historische Bewußtsein zu erkennen, das die *Salzstädte* prägt. Dieses moderne Bewußtsein – jedes Geschichtsbewußtsein ist ein modernes Bewußtsein – drückt sich in der umfassenden Sichtweise des Romans aus, die die moderne Geschichte als einen Konflikt zwischen dem Technologiezeitalter und dem Zeitalter des menschlichen Willens bei jenen Völkern sieht, die dem Triumph der Technik nicht den Weg bereitet haben. Insofern steht der Protagonist Mutib al-Haddal nicht für eine Sehnsucht nach der Vergangenheit oder eine gegenwartsverdammende Rückwärtspropaganda, sondern er repräsentiert die Welt der Werte, des Ethos und des Willens, mit anderen Worten: alles, was dem unterdrückten Menschen geblieben ist, um den Herren der Maschine und der Technik Widerstand entgegenzusetzen. (...)

Neben der historischen Sicht der Welt bringt Munif in den *Salzstädten* in höchstem Maße die „Ästhetik der Massen" zum Ausdruck. Das heißt nicht nur, daß er eine Biographie der Vergessenen schreibt, sondern er fördert auch den ästhetischen Zusammenhang zutage, in dem diese Biographie sich verwirklicht. Vielleicht ist dies der erste arabische Roman, der auf einer Methode der „Abfolge von Episoden" aufgebaut ist, die einen künstlerischen Text offen, ohne Mittelpunkt und ohne Ende beläßt. Diese Serientechnik hat aber sicher nichts mit jener Abstraktheit zu tun, der sich manche Schriftsteller zugewandt haben, nachdem der Strukturalismus die Ästhetik von Tausendundeiner Nacht entdeckt hatte. Bei Munif ist diese Technik eine künstlerische Notwendigkeit, die sich aus der Perspektive ergibt, die er sich zu eigen macht, wenn er über einen „kollektiven Helden" schreibt, der in den Massen mit den unbedeutenden Namen wurzelt.

Obgleich auch westliche Leser Abdarrahman Munifs Romanen etwas abgewinnen können, unabhängig davon, ob sie sie richtig lesen oder sie sich vor dem Lesen erst einmal zurechtlegen, wirft Munifs Literatur die Frage auf: Wie kommt es, daß ein Romanautor in einer Zeit zu einem Gesellschaftsphänomen wird, in der immer weniger gelesen wird? Die Antwort kann nicht nur in der Feststellung des künstlerischen und technischen Niveaus seiner Romane liegen, sondern deckt etwas anderes, Wichtigeres und Brisanteres auf, nämlich künstlerische Glaubwürdigkeit, und dies in zweifacher Hinsicht: die Glaubwürdigkeit des Romanciers, der seine künstlerischen Formen aus der Problematik des Schreibens und Lesens in der Gesellschaft ableitet, zu der er gehört, und seine Glaubwürdigkeit beim Schreiben über die wirklichen Fragen der Menschen, ohne Trugbildern anheimzufallen, ohne Verfremdung zu praktizieren und ohne irreale Welten zu schaffen. Bei seinem zweiten Roman, der ebenfalls *Östlich des Mittelmeeres* heißt, ergänzt Munif im Titel: „Hier und Jetzt". Damit bekräftigt er die Aktualität, ohne die kein Roman auskommt. Die Aktualität des Romans besteht in seinem Geschichtsbezug, in seinem Bezug zu allen vergangenen Epochen, die in die Gegenwart münden und sie mitprägen. Es handelt sich dabei um ganz unterschiedliche Phasen, die in die Vergangenheit zurückreichen, aber auch zukunftsgerichtet sind und sich in der Gegenwart verdichten. Und weil hier so verschiedenartige Phasen Eingang finden, stellt der Roman Fragen, die ohne Antwort bleiben, beziehungsweise er fordert den Leser dazu auf, Fragen zu stellen, auf die er zusammen mit anderen mögliche Antworten finden soll. Genau das möchte Abdarrahman Munifs Roman erreichen.

■ *Erschienen in: Al-Hadaf Nr. 1277, 15. 3. 1998. Die Laudatio hielt Faisal Darraj bei einer Feier in Damaskus anläßlich der Verleihung des Kairoer Romanpreises.*
Aus dem Arabischen: Günther Orth

Abdarrahman Munif in Deutsch:

Die Araber und die neue Weltordnung, in: Norbert Mattes (Hrsg.): „Wir sind die Herren und ihr unsere Schuhputzer", Der Nahe Osten vor und nach dem Golfkrieg, Dagyeli-Verlag Frankfurt, 1991. Übersetzt von Magda Barakat

Der Irrweg; in: Gesteht's! Die Dichter des Orients sind größer. Arabische Literatur. Hrsg: Haus der Kulturen der Welt. Verlag: Das Arabische Buch. Berlin 1991. Auszug aus dem 1. Band „Der Irrweg" der *Salzstädte,* übersetzt von Magda Barakat.

Östlich des Mittelmeeres (Sharq al-Mutawassit), Lenos Verlag Basel, 1995. Übersetzt von Larissa Bender.

Geschichte einer Stadt, eine Kindheit in Amman (Sirat al-Madina), Lenos Verlag Basel, 1997. Übersetzt von Larissa Bender und Hartmut Fähndrich.

Demnächst:

Wenn die Gazellen weinen (Nihayat), Lenos Verlag Basel. Übersetzt von Petra Becker.

Die Reise (Rihlat al-Hayat wal-Fan). Ein Buch über den biographischen und künstlerischen Weg des Malers MARWAN. Übersetzung: Larissa Bender

Über Abdarrahman Munif:

Norbert Mattes, Ölpest in den Oasen (Originaltitel: „... ihr werdet die reichsten und glücklichsten Menschen sein ..." Die Menschen der Wüste und das Öl in der Literatur von Abdarrahman Munif): taz vom 14. Mai 1990.

Norbert Mattes: Der vertriebene Dichter (Vorstellung von Abdarrahman Munif und Interview, aus der taz vom 14. 5. 90), in: Zum Beispiel Erdöl. Lamuv Verlag Göttingen, 1991.

Petra Becker: Autorenporträt. Der Rufer in der Wüste – Abdarrahman Munif. Literaturnachrichten Nr. 33, 1992

Larissa Bender: Eine Brücke schaffen zwischen „Innen und Außen", Interview mit Abdarrahman Munif, in: INAMO Nr. 4/Winter 1995.

Martina Sabra: Längst überfällig, Ebenda

Abdarrahman Munif in Erwiderung auf eine Laudatio von Faisal Darraj am 22. 4. 1998 in Damaskus:

„Die Aufgabe des Intellektuellen ist es, ein neues Gleichgewicht in bezug auf das Verhältnis zwischen Kultur und politischer Arbeit zu finden und dabei über die Erfahrungen der Vergangenheit hinauszugehen. Lange Zeit dominierte das politische Anliegen in Form von Tagespolitik und Tageskultur. Kultur war nur ein Anhängsel von Politik, und infolgedessen war der Intellektuelle in erster Linie ein Sprachrohr, ohne seiner Rolle als Kritiker nachzukommen. Er nahm auch nicht im eigentlichen Sinne Anteil am Geschehen, sondern war nur das Echo politischer, meist tagespolitischer Ereignisse. Das führte zu einer Spaltung zwischen Kultur und Politik, die in Zeiten von Rückschlägen und Niederlagen noch deutlicher zutage trat. Wenn politische Krisen erklärt wurden, wurde dem Intellektuellen immer vorgehalten, er habe seiner Aufgabe nicht genügt, den richtigen Weg aufzuzeigen und Grundlagen zu verdeutlichen. Daher waren beide unzufrieden mit einander: die Kulturschaffenden und die politisch Tätigen. Ich denke, es ist eine Hauptaufgabe, daß wir diese Erscheinung untersuchen und versuchen, wieder Brücken zwischen beiden Lagern zu schlagen. Denn Kultur ohne Politik ist wie Handeln im leeren Raum, ohne sich mit den Sorgen und Problemen der Menschen zu befassen. Andererseits bleibt politische Arbeit ohne Kultur eine reine Tagesarbeit ohne konkrete Resultate auf tieferer Ebene.

Ich war ja selbst früher hauptberuflich politisch aktiv und hatte angenommen, daß ich diesen Weg bis zum Ende gehen würde. Aber mir wurde klar, daß es da eine Kluft, eine fehlende Übereinstimmung zwischen Ideen und Verhalten gab, zwischen der Sache, an die wir glaubten, und der Realität. Als ich aufhörte, politisch zu arbeiten, wandte ich mich dem Roman als einer Form zu, die mich in Kontakt mit den Menschen brachte. Ich denke, gerade jetzt, in der Übergangszeit, in der wir uns befinden, kann der Roman diese Aufgabe erfüllen, denn er spiegelt eine Gesellschaft wider, die in Bewegung ist und sich verändert, und in Übergangszeiten scheint mir der Roman am besten geeignet, eine Gesellschaft zu interpretieren und ihre Zukunftsperspektiven zu verdeutlichen. Von daher kann der Roman gegenwärtig, aber auch zukünftig ein ganz grundlegendes Spiegelbild sein, mit dem sich auch die politisch Aktiven befassen müßten.

Die Dominanz des Politischen in meinen Romanen ist ein Ergebnis meiner früheren Erfahrungen, aber Politik ist auch weiterhin und wird noch für lange Zeit das grundlegende Thema sein. Politik heißt dabei nicht Tagespolitik und Parolen, und sie soll auch nicht die einzige Form der Arbeit darstellen.



Abdarrahman Munif

Ich denke, der politische Roman ist eine Gesellschaftsanalyse in einer Phase des Umbruchs, der Entwicklung und der Widersprüche, und er ist eine Zukunftsvision. Daß ich mich voll dem Romanschreiben zuwandte, war eine Art Suche nach grundlegenden Problemen. Diese bestanden in einer bestimmten Phase in politischer Haft, dann im Erdöl und schließlich im Thema der arabischen Niederlage. Es kann noch viele andere Problembenennungen geben. Insgesamt aber glaube ich, daß Freiheit in praktischer Form Demokratie heißt, also Mitbestimmung und der Versuch, dem Menschen die Freiheit der Meinungsäußerung und des Denkens zu geben, in einen Austausch durch Dialog zu treten, und daß wir uns als politische Gruppen und Individuen gegenseitig tolerieren, um Perspektiven auszuloten, die uns einem neuen Weg zuführen können. Politische Haft ist das Gegenteil von alledem, und deshalb habe ich mich so grundlegend damit befaßt. Das Thema Erdöl ist nicht weniger wichtig, denn es hat den Charakter der arabischen Beziehungen in der Vergangenheit verändert und beeinflußt sie noch immer stark. Das hat mich dazu veranlaßt, zwei Romane zu diesem Komplex zu schreiben: *Marathonlauf* und *Salzstädte*.

Das Problem, das es jetzt und zukünftig anzugehen gilt, ist die Rolle, die der Intellektuelle übernehmen muß, um ein ausgeglichenes Verhältnis zu den politisch Tätigen zu schaffen. Der Intellektuelle müßte sich also davon überzeugen lassen, daß er keine Alternative zu den politisch Arbeitenden darstellt und Probleme nicht alleine lösen kann. Seine Rolle muß die des Bewußten, des Kritischen und des Beobachters sein, und gleichzeitig muß der politisch Aktive sich darüber im klaren sein, daß der Intellektuelle kein Sprachrohr sein kann, kein Propagandamedium, sondern eine eigene Meinung haben muß. Er muß ein Partner sein. Durch einen solchen Dialog könnten wir eines Tages zu einem Ausgleich kommen."

■ *Al-Quds al-Arabi* vom 25./26. April 1998 (gekürzt)
Aus dem Arabischen: Günther Orth

Der Skandal in Damaskus um Brechts *Kleinbürgerhochzeit*

Awni Karoumi

Bertolt Brechts Theaterstück „Die Kleinbürgerhochzeit“ entstand 1924. Das Stück ist ein Angriff auf die bürgerliche Doppelmoral bezüglich Familie, Tradition, Heldentum und Sexualität, die nach der Schlächterei des Ersten Weltkrieges so nicht mehr akzeptiert werden konnte. Brecht kratzt an der Fassade und legt die Realtität dahinter frei. Seine Figuren sind schwache Antihelden. Statt großer Tragödien werden in der *Kleinbürgerhochzeit* nur noch Vorgänge vor dem Zuschauer ausgebreitet. Es werden keine großen Probleme gewälzt, diese sind vielmehr reduziert auf die Ebene zwischen Küche und Bett. Der Mensch wird vom alltäglichen Überlebenskampf aufgefressen. Im Verlauf des Stükkes zerbröckelt die gesamte Fassade, der gewahrte Schein zerreißt endgültig und der wirkliche Charakter kommt zum Vorschein – brutal, rücksichtslos und egoistisch; auch die zwischenmenschliche Kommunikation.

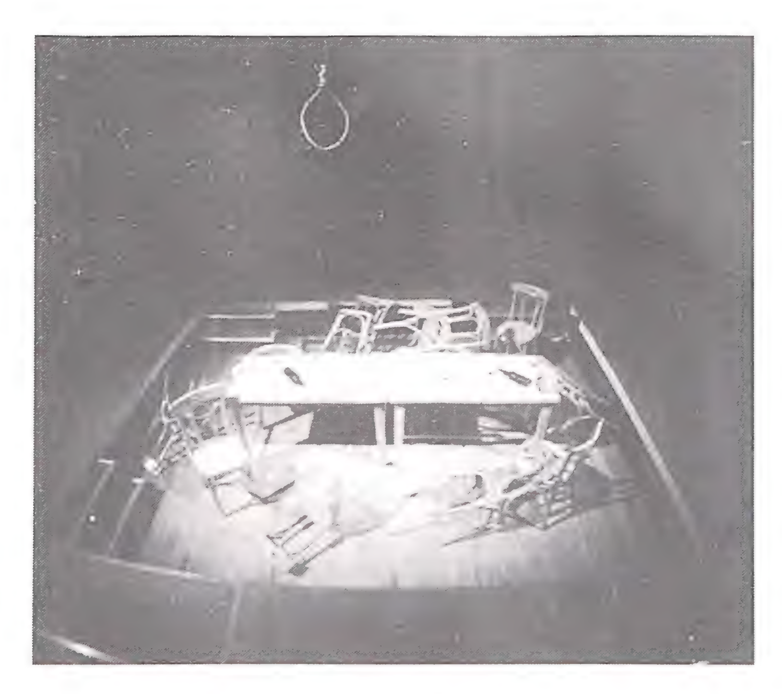
Damaskus Februar 1998: Die Aufführung des Stückes in Damaskus unter veränderten kulturellen Bedingungen warf die Frage auf, wie konfrontieren wir den Zuschauer mit den existierenden Realitäten, die verschleiert oder verschwiegen werden, die tabu sind, nicht offen ausgesprochen und verdrängt werden; die, wenn sie nicht offen thematisiert und diskutiert werden, doch nur weiter Unsicherheit, Angst und Gewalt produzierten. Das Stück sollte in einem dem Zuschauer vertrauten Milieu spielen. Wir benutzten ihnen vertraute Szenen, Gesten und Sprachformen. Die Figuren bewegten sich in diesem Milieu ebenfalls auf vertraute Art und Weise wirklichkeitsnah. Um nicht unter „Pornographieverdacht“ zu geraten, haben wir in der Frage der Sexualtität das Gewaltverhältnis betont, legten aber auch Wert darauf, das kommunikative Element zwischen den Partnern herauszuarbeiten.



Den Brechtschen Text hatten wir sehr verändert, anderen kulturellen Bedingungen angepaßt. Die in Hocharabisch vorliegenden Texte, übersetzt und erarbeitet von Nabil Haffar, wurden dann in der Umgangssprache bearbeitet. Wir arbeiteten auch Texte von Tschechov oder Passagen aus Puntila und sein Knecht Matti ein, um bestimmte Figuren besser charakterisieren zu können. Figuren wurden verdoppelt, andere neu hinzugefügt. Bei den Proben haben wir einige Spiel- und Improvisationsvarianten erarbeitet, bis wir eine zufriedenstellende Fassung fanden. Großer Wert wurde auch auf die Einarbeitung von musikalischen Elementen gelegt: z. B. Hochzeitslieder, von denen keines zu Ende gesungen wurde, weil die Handlung dies nicht zuließ, denn jeder versuchte sich immer wieder in den Vordergrund zu stellen. Bestimmte musikalische Elemente verwandten wir nur beim Szenenwechsel, Fragmente von Schlagern wurden über Band eingespielt.

Als sprachliches Mittel benutzten wir die verschiedenen lokalen Dialekte. Eine Figur sprach den Homser, eine andere den Aleppiner oder den Damaszener Dialekt. Verwendet wurde auch der syrisch-alawitische Bergdialekt. Entsprechend wurden die jeweils entsprechende Gestik und Körpersprache übernommen. Die Hochzeitsgesellschaft wurde also nicht auf eine Familie beschränkt, sondern auf die Gesellschaft erweitert.

Natürlich kamen wir in Konflikt mit der herrschenden Moral. Nach der Premiere gab es einen Skandal: Die geladenen Gäste, Intellektuelle, Künstler, Kultur- und andere Funktionäre, höhere Beamte, Universitätsdozenten, Journalisten usw. nahmen unterschiedliche Positionen ein. Viele lehnten die Aufführung ab. Es gab lautstarke Proteste. Das war nicht ihr Leben, damit konnte man sich nicht identifizieren. Sie waren überzeugt, daß ihre Gesellschaft sauber, harmonisch, ohne harte Widersprüche sei, daß die hier gezeigten schwachen und unmoralischen Personen daher auch gar nicht in ihrer Gesellschaft existierten; außerdem sei das Stück gegen die Religion und Tradi-



tion gerichtet. Andere hielten das Stück für so realistisch, daß sie der Auffassung waren, auf der Bühne würde wirklich Wein getrunken. Wenn Schauspieler schon auf der Bühne die Unmoral verkörpern, dann müssen sie auch im zivilen Leben unmoralisch sein. Diese Stimmen forderten, die Aufführung zu verbieten.

Politisch dogmatischere Kreise wetterten, das Stück sei gegen die progressiven sozialistischen Ideen gerichtet, so verdorben sei die syrische Gesellschaft nicht. Es gab auch Stimmen, die meinten, daß in dem Stück die westlich dekadente Kultur propagiert und so die Jugend verdorben werde. Andere Zuschauer verteidigten das Stück und waren begeistert. Einige urteilten differenzierter, lobten zwar die Aufführung, kritisierten aber, daß die gesellschaftlichen Tabubereiche berührt wurden. Gemeint waren: Politik, Sexualität und Religion. Außerdem wurden positive Figuren vermißt.

Die Debatte tobte noch lange nach Ende der Aufführung; sie wurde am nächsten Tag in der Presse fortgesetzt. Das Ergebnis war: Das Stück wurde abgesetzt. Die Zeitschrift *al-Wasat* setzte sich vehement gegen die Absetzung ein und schrieb, daß das Verbot ein kultureller Skandal sei. Schließlich müsse man von einem Theater schöpferische Impulse und Experimente erwarten. Es gab massive Proteste von seiten der Kulturschaffenden und der Journalisten. Ich wurde aufgefordert, einige Änderungen vorzunehmen, die eigentlich mehr formaler statt inhaltlicher Natur waren: Als Verunglimpfung der Religion wurde die Rolle einer ohne Kopftuch lautlos betenden Frau angesehen, bestimmte Schimpfwörter sollten rausgenommen werden und man hätte es viel lieber gesehen, wenn das Stück in Hocharabisch aufgeführt worden wäre – wahrscheinlich erhofft man sich dadurch mehr Distanz zur Realität. Nach zwei Tagen wurde das Verbot wieder aufgehoben – wir hatten inzwischen das Stück noch einmal überarbeitet und einige Schwächen korrigiert. Die Tageszeitung *al-Hayat* bemerkte dazu, daß die erzwungene Pause sich positiv auf das Stück ausgewirkt hätte und eigentlich eine unfreiwillige Werbung gewesen sei. Was die Gründe des Verbots und die Reaktionen der Zuschauer betreffen, analysierte *al-Hayat*: Es sei nicht üblich, Stükke mit gesellschaftskritischer Thematik auf die Bühne zu bringen, aber darin würde gerade die Brisanz des Stückes liegen. Außerdem würde es in der syrischen Kulturszene keinen Meinungsaustausch und demokratischen Diskurs geben, deshalb sei man nicht darin geübt, sich mit anderen Auffassungen auseinanderzusetzen und reagiere mit dem Mittel des Verbots. An die Adresse der Regie gerichtet war ein Lob über ihre demokratischen Arbeitsweise, was sich u.a. darin geäußert habe, daß der Dialog mit dem Publikum gesucht wurde.

■ *Awni Karoumi ist Schauspieler und Regisseur. Er hat u. a. Bert Brecht, Samuel Becket u.a. in Bagdad inszeniert und 1974 zum ersten Mal in der arabischen Welt Heiner Müllers* Der Lohndrücker.

Das Stück wird von den Schauspielern der Damaszener Theaterhochschule und dem Regisseur Awni Karoumi auf dem Theaterfestival in Mühlheim Ende September aufgeführt, danach im Haus der Kulturen der Welt in Berlin.



al-Manar al-Jadid

Lutz Rogler

Vor einhundert Jahren, im März 1898, erschien in Kairo die erste Nummer einer Zeitschrift, die vor allem mit Muhammad Rashid Rida, aber auch mit einer einflußreichen religiös-politischen Strömung in Ägypten und den meisten anderen arabischen Ländern verbunden ist: *al-Manar* (der Leuchtturm) verstand sich als Organ dessen, was in die moderne Geistesgeschichte der sunnitisch-islamischen Welt als der „orthodoxe Reformismus der Salafiyya" eingegangen ist. Die Begründer der Salafiyya-Schule, Jamal-ad-Din al-Afghani und Muhammad Abduh, hatten ihrerseits bereits eine Zeitschrift zur Propagierung ihrer religiösen und gesellschaftspolitischen Reformideen nutzen wollen, doch die von ihnen zwischen März und Oktober 1884 in Paris herausgegebene *al-Urwa al-Wuthqa* (Das feste Band) stellte ihr Erscheinen nach nur 18 Nummern ein. Rashid Rida hingegen konnte *al-Manar* fast vier Jahrzehnte (bis zu seinem Tod im Jahre 1935) ununterbrochen publizieren und damit weit über die arabische Welt hinaus die Reformvorstellungen islamischer Gelehrter und Intellektueller in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts prägen.

Die 35 erschienenen Bände von *al-Manar* wurden 1997 von einem Kairiner Verlag *(Dar al-Wafa')* als Nachdruck neu aufgelegt; jedoch spielt der 100. Jahrestag des Erscheinens der ersten Nummer der Zeitschrift im offiziellen ägyptischen Kulturkalender dieses Jahres offenbar keine Rolle. Dennoch wurde dem Jubiläum im Februar 1998 zur Internationalen Buchmesse in Kairo mit einer symbolischen Initiative gedacht: Die erste Nummer des Neuen Manar *(al-Manar al-Jadid)* lag an einigen wenigen Ständen islamischer Verlage und Buchhandlungen aus. Obwohl auf einem Werbezettel als „die Überraschung" der Buchmesse bezeichnet, erregte das Projekt, „die Mission von *al-Manar* fortzuführen und das Banner der (islamischen) Erneuerung weiterzutragen", kaum Aufsehen. Das dürfte nicht nur mit der inhaltlichen Beschreibung des Projektes von *al-Manar al-Jadid* zusammenhängen, sondern auch mit dem Kreis jener Personen, die es formuliert haben.

Zwar charakterisiert der Chefredakteur Jamal Sultan in seinem Leitartikel die Publikation nicht als das Organ einer bestimmten Gruppierung, sondern als (auch finanziell) unabhängige und „freie intellektuelle Tribüne", die dem ernsthaften, konstruktiven Dialog zwischen allen Strömungen und Ideen verpflichtet sei. Doch gehören der Redaktion in der Mehrheit Journalisten und Publizisten an, die sich der Strömung des „islamischen Erwachens" zurechnen und seit Jahren vor allem in der ägyptischen Zeitung *al-Sha'b* und in internationalen islamischen Publikationen schreiben: Zum Teil in den 70er Jahren in den islamischen Studentengruppen an den Universitäten aktiv geworden, werden sie mitunter als die islamischen Intellektuellen der "mittleren Generation" bezeichnet, die nicht allein durch die Erfahrungen der Organisation der Muslimbrüder geprägt sind. So bezieht sich das Bekenntnis zum intellektuellen Pluralismus zunächst vor allem auf die eigene, heterogene islamische Strömung. Im redaktionellen Beirat der Zeitschrift dagegen finden sich überwiegend bekannte Intellektuelle aus dem Umfeld der ägyptischen und syrischen Muslimbrüder (allen voran Yusuf al-Qaradawi, am Ende dieses Jahrhunderts wohl der prominenteste Theoretiker eines „orthodoxen Reformismus" in der Nachfolge von Rashid Rida und Hasan al-Banna), jedoch auch Exponenten jener linksnationalistischen ägyptischen Intellektuellen, die vor allem in den 80er Jahren zu Positionen eines „kulturalistisch" inspirierten ideologischen und auch politischen Engagements in der islamischen Strömung übergegangen sind (Muhammad Imara, Adil Husain, Abd-al-Wahhab al-Masiri); aber auch eine Persönlichkeit wie Abd-al-Razzaq al-Shayiji ist vertreten, Repräsentant einer in Kuwait politisch sehr aktiven und eher konservativen Salafiyya, die sich auch innerhalb der islamischen Strömung Kritik ausgesetzt sieht.

Im Unterschied zum „alten" *al-Manar*, der zunächst als Wochenzeitung gegründet wurde, aber die meiste Zeit als Monatszeitschrift erschien, präsentiert sich *al-Manar al-Jadid* von vornherein als Vierteljahrszeitschrift, die mit 164 Seiten, Rubriken wie „Aufsätze", „Essays", „Dialog", „Rezensionen" und „Konferenzberichte" sowie schnörkellosem Layout äußerlich den Anspruch einer wissenschaftlichen Publikation verkörpert. Damit steht das Projekt in der Kontinuität von mehreren seit den 70er Jahren gemachten Versuchen im Umfeld der arabischen islamischen Bewegungen, in Gestalt von Zeitschriften intellektuell-theoretische Foren zu schaffen, die problemorientierter Verständigung über die gesellschaftliche Realität, Selbstkritik und Debatten einen Raum geben sollten, der in den politischen Organisationen und in ihren zuvorderst der religiös-ideologischen Propaganda gewidmeten Publikationen kaum vorhanden ist. So wird auch in den Beiträgen des ersten Hefts der neuen Zeitschrift deutlich, daß Redaktion und Autoren von *al-Manar al-Jadid* sich einerseits politisch in einer scharfen Auseinandersetzung mit den Kräften „der Verwestlichung und des Säkularismus" sehen, was eine Tendenz zur apologetischen Rhetorik befördert; anderseits jedoch widerspiegeln mehrere Artikel ein zunehmend selbstkritisches Bewußtsein angesichts dessen, was durchaus als „Stagnation" der islamischen Strömung im Hinblick auf ihre tatsächliche Einflußnahme auf die gesellschaftlichen und politischen Prozesse in Ägypten und anderen arabischen Ländern sowie die Formulierung eigenständiger Alternativen

zum dominanten und „unipolaren“ Modell der globalen Entwicklung empfunden wird.

Bezeichnend zumindest für die erste Nummer der Zeitschrift ist, daß sie programmatisch nichts wirklich Neues beinhaltet, sondern von einer eher pessimistischen Anerkennung der „kulturellen Kräfteverhältnisse“ in der Welt ausgeht, zu der sich der Historiker Tariq al-Bishri in einem Essay angesichts des seiner Ansicht nach bescheidenen Erfolgs der „islamischen Erneuerung“ ein Jahrhundert nach dem erstmaligen Erscheinen von Rashid Rida's *al-Manar* veranlaßt sieht. Unter den gegenwärtigen politischen und ideologischen Bedingungen in der arabischen Welt scheint es im übrigen fraglich, ob *al-Manar al-Jadid* auch nur annähernd den Einfluß seines Vorbilds oder zumindest eine zentrale Bedeutung für die islamische Strömung in der Region zu erlangen vermag. Doch als gegenwärtiges Forum für intellektuelle Vertreter dieser Strömung ist die neue Zeitschrift über ihren Anspruch der symbolischen Kontinuität hinaus ernstzunehmen.

1898: Kaiser Wilhelm II. in Damaskus

Norbert Mattes

Deutsche „Weltpolitik" Ende des 19. Jahrhunderts: Die Reichsleitung und der Generalstab entwerfen strategische Pläne, wie man das britische und das russische Reich aufbrechen könnte. Der Kaiser begeisterte sich für die weltpolitische Bedeutung der „panislamischen Bewegung". Seine Begeisterung war eng verknüpft mit den Möglichkeiten, die der Islam im Kriegsfall gegen Frankreich, Rußland und das britische Weltreich bieten könnte. Inspiriert hatte den Kaiser die Denkschrift des Diplomaten und Gelehrten Max von Oppenheim, der die Möglichkeit einer Funktionalisierung der panislamischen Bewegung für die noch junge deutsche Orientpolitik thematisierte. Deutschland sollte eine stärkere Rolle in der Weltpolitik spielen. Der Kaiser plante eine Orientreise mit den Zielen Istanbul, Jerusalem, Beirut, Damaskus und Kairo. Wichtiger als ideologische Motive waren aber handfeste wirtschaftliche Interessen: weitere Durchdringung des Osmanischen Reich bis zum Persischen Golf durch den Bau der Bagdadbahn und Verlegung von Telegraphenkabel und andere Projekte – finanziert durch die Deutsche Bank.
Die Damaskusrede des Kaisers wurde von der Weltöffentlichkeit nicht gut aufgenommen – insbesondere von den beiden Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien nicht, die in dem deutschen Drang nach Osten eine Konkurrenz witterten. Großspurig emphatisch hatte sich der Kaiser in Damaskus als Schutzherr von 300 Millionen Muslimen dargestellt.
Die weiteren Entwicklungen Anfang des 20. Jahrhunderts – Marokkokrise, italienisch-türkischer Krieg und die beiden Balkankriege – zeigten die Gefahr, daß sich die Interessenkonflikte der europäischen Mächte im Orient zunehmend auf Europa verlagerten, den Rüstungswettlauf voranbrachten und schließlich zum europäischen „Weltkrieg" eskalierten. Kurz vor Ausbruch des 1. Weltkrieges griff der Kaiser im Zusammenhang mit den Kriegsplanungen die Idee des Panislamismus in Form eines Aufstandsplanes für die islamische Welt wieder auf. „Das deutsch-türkische Bündnis vom 2. August 1914 wurde gerade im Blick auf die Entfesselung einer panislamischen Bewegung abgeschlossen, als deren Ausgangspunkt der ‚Heilige Krieg' inszeniert werden sollte ..."[1]

Das Staatsministerium in Berlin war anscheinend nicht sonderlich erbaut über des Kaisers Orientpläne; man versuchte seine Reisepläne einzuschränken. Die politische Lage war zu instabil. In Frankreich gab es Gerüchte über einen Staatsstreich des Militärs, das versuchte, die Revision des Dreyfus-Prozesses zu verhindern. Deshalb fürchtete man in Berlin einen französischen Angriff für den Fall, daß das Militär die Macht ergreifen sollte. Es wurde daran gedacht, daß der Kaiser einen Mobilmachungsbefehl hinterlassen solle.
Auch war man sich nicht ganz im Klaren darüber, wessen Gast der Kaiser in Kairo sein solle: des Khediven – der der Vertreter des Osmanischen Reiches war und hoffte als Souverän behandelt zu werden – oder der Briten, die *de facto* das Sagen hatten. Also verzichtete man lieber auf den Ägyptenbesuch. Als Begründung wurden Sicherheitsargumente vorgebracht: Am 17. September 1898 hatte man in Alexandria eine angeblich anarchistische Verbindung ausgehoben und gefährliches Bombenmaterial gefunden. Nachdem der italienische Anarchist Lucceni in Genf die österreichisch-ungarische Kaiserin Elisabeth ermordet hatte, war klar, daß der Kaiser das nächste Opfer sein würde, zumal vom Geheimdienst eine verstärkte Reisebewegung von Italien nach Kairo und Jerusalem konstatiert wurde – die natürlich nur von den Anarchisten unternommen wurde.
Kaiser Wilhelm, der mit seiner Yacht „Hohenzollern" bereits gen Istanbul dampfte, wurde davon unterrichtet. Hektische Verstärkungen der Sicherheitsmaßnahmen waren die Folge, was wiederum zur verstärkten Reisetätigkeit deutscher Polizisten in den Orient führte.

Die Reaktion der internationalen und der deutschen Presse

Nachdem sie ihr erstes Reiseziel Istanbul verlassen hatte, steuerte die „Hohenzollern" Richtung Jerusalem, in den Hafen von Jaffa. Von dort begab sich die kaiserliche Karawane, hermetisch abgeschirmt vom osmanischen Militär, nach Jerusalem. Die Vertreter der internationalen Presse wurden bei der Arbeit behindert: Ihnen wurde verboten, die kaiserliche Karawane zu begleiten und das Tagesprogramm des Kaisers wurde geheimgehalten. Die französische Presse spottete: Da man den Kaiser kaum sehen könne, müsse er sich wohl zwischen die Pferde seiner Offiziere geflüchtet haben. Verhaftete italienische Journalisten, wie der zum Anarchisten erklärte Santorelli, erklärten, die türkische Regierung leide wohl unter einer „Pressophobie".[2]
In der herrschenden Wahlkampfstimmung wegen der bevorstehenden Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus nutzten die Konservativen die Gunst der Stunde, um neue Ausnahmegesetze zu fordern: Man müsse gegen die „Brutnester des Anarchismus" vorgehen. Der linke „Vorwärts" sprach richtigerweise von der Inszenierung eines „ägyptischen Schwindelattentats".[3]
Außenpolitisch war die Reise eine klare Demonstration und Festigung

der deutsch-osmanischen Beziehungen. Die türkischen Zeitungen priesen den Kaiser und das Reich. Die Aussicht auf weitere wirtschaftliche Expansion ließen bei der deutschen Delegation jegliche politischen Bedenken fallen. Schon unter Bismarck waren Zivil- und Militärberater nach Istanbul entsandt worden. Jetzt verzichtete man sogar auf die in Deutschland geforderte Untersuchung der Ermordung eines deutschen Keilschriftforschers durch das türkische Militär und auf die Erwähnung des Massakers an den Armeniern 1896, für das der osmanische Sultan Abdulhamid verantwortlich war. Damals hatte selbst Kaiser Wilhelm gefordert, daß der Sultan deshalb abgesetzt werden müsse.



Straßenschild: al-Mastaba (die Plattform)
Foto: Norbert Mattes

Die Damaskusrede

Trotz von oben angeordneter Empfangsaufmärsche und Beflaggung war wohl der Enthusiasmus der Damaszener Bevölkerung echt. Im Stadtviertel Muhajerin am Berg Qasyiun hatte man extra eine Holzplattform *(Mastaba)* für den Kaiser gebaut, damit er die Aussicht auf Damaskus genießen konnte (Noch heute wird die den Berg hochführende Straße *al-Mastaba* genannt). Beim Festbankett im Gebäude der Stadtverwaltung ließ er sich zu Äußerungen hinreißen, die bei ausländischen Journalisten für Spott und Unverständnis sorgten. Er erinnerte an Saladin, dem Besieger der Kreuzritter, dem er am folgenden Tag durch seinen Militärattaché einen Bronzekranz widmete, und würdigte anschließend Sultan Abdulhamid. Den Schluß der Rede notierte sich Staatssekretär von Bülow auf seine Manschette: „Möge Seine Majestät der Sultan und mögen die 300 Millionen Mohamedaner, die auf der Erde zerstreut lebend, in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der deutsche Kaiser ihr Freund sein wird.“[4]

Seine Lobpreisungen auf Saladin, der auf diese Art kurioserweise in der arabischen Welt wieder zu neuem Ruhm kam, seine Kranzniederlegung und sein Einsatz für den Bau eines Mausoleums (was auch geschah), wurden vom britischen *Punch* kommentiert mit: „Deutschland über Allah“.[5] Die britische Presse verfolgte bissig den deutschen Drang nach Osten. Man verfolgte die Verbrüderung mit Sultan Abdulhamid. Der *Daily Chronicle* vom 19. 10. 1898: Er „hat mit der europäischen Tradition gebrochen ..., um einen Barbaren zu ehren, dessen Verbrechen gegen die Menschlichkeit so berüchtigt wie schrecklich sind.“ Die französische Presse betrachte seine Rede als ernsthaften Fehler. Dies alles sei sehr dreist, urteilte der Journalist Georges Gaulis, der die Reise begleitete. Der „Komödiant“ habe keine Manieren. Und manchmal hätte er gern gerufen: „Genug“.[6]

Der Eselsorden

Eine Episode, die sich nicht in europäischen Dokumenten finden läßt: Der Damaszener Notable Fahri al-Barudi berichtet in seinen Memoiren: Die Kaiserin sah während des Empfangs einen prächtigen weißen Esel. Sie bat den Wali (Gouverneur) von Damaskus, daß er ihn ihr überlasse, damit sie ein Souvenir mitnehmen könne. Man holte den Besitzer des Esels, Abu al-Khayr Aga Tellu, von dem bekannt war, daß er nur zwei Dinge besonders liebte, seinen Esel und seinen Enkel. Der Wali forderte von ihm, daß er der Kaiserin den Esel schenke. Der aber sagte, daß er ihr alle seine Pferde schenke, aber nicht den Esel. Gefragt warum, antwortete der schlaue Abu al-Khayr: Ya Sidi, wenn sie den Esel mit nach Deutschland nehmen, dann schreibt die Presse darüber und der Damaszener Esel wird zum Gespött. Die Presse wird sagen: Hat die Kaiserin nichts anderes in Damaskus gefunden als diesen Esel? Dies war überzeugend genug. Der Kaiser fand die Antwort ebenfalls treffend und verlieh Abu al-Khayr einen Orden. Er wurde in Damaskus als der Eselsorden bekannt.[7]

Festungshaft für die Kritiker – Enttäuschung bei den Befürwortern

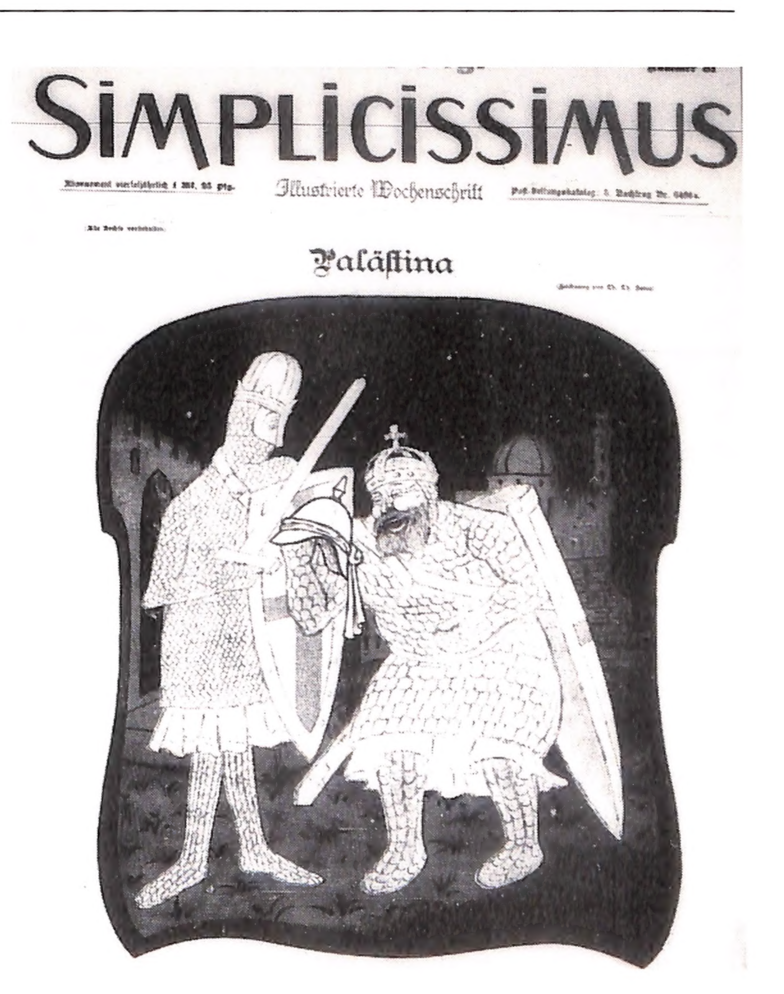
In Deutschland wurde die Orientreise des Kaisers – außer von der linken Presse – durchweg positiv aufgenommen. Die sozialdemokratische Presse hingegen beklagte den Auftritt des Kaisers in Damaskus als leichtfertig und gefährlich. Nicht zuletzt deshalb, weil dadurch „in der muslimischen Welt, nicht zuletzt bei den reformunwilligen Kräften, falsche Hoffnungen auf bedingungslosen deutschen Beistand geweckt würden“ und weil durch die großmachtpolitischen Ambitionen „ein Konflikt Deutschlands mit den Westmächten heraufbeschworen werde.“[8] Am bissigsten äußerten sich der *Simplicissimus* und der *Kladderadatsch.* Das Titelblatt des ersteren (vom 23. 10. 1898, Nr. 31), gezeichnet von Th. Th. Heine, zeigt zwei Kreuzrittergestalten: Gottfried von Bouillon und Friedrich Barbarossa. Barbarossa hält den im deutschen Kolonialdienst üblichen Tropenhelm in der Hand und lacht schallend über die Orientreise des Kaisers. Gottfried von Boullion sagt: „Lach' nicht so dreckig, Barbarossa! Unsere Kreuzzüge hatten doch ei-

gentlich auch keinen Zweck.“ Frank Wedekind steuerte in der gleichen Ausgabe das Gedicht „Im heiligen Land“[9] bei. Die Zeitschrift wurde beschlagnahmt; die beiden Künstler zu jeweils einem halben Jahr Festungshaft verurteilt.

Bei der zionistischen Delegation und den Journalisten der Wochenzeitung *Die Welt,* darunter auch Theodor Herzl, gingen die Erwartungen nicht in Erfüllung. Sie begleiteten die Reise und feierten den Kaiser als Kulturbringer. Herzl wurde vom Kaiser in Istanbul empfangen. Er gab ihm das Versprechen, sich für das zionistische Projekt einzusetzten. Beim zweiten Empfang in Jerusalem jedoch enttäuschte Wilhelm II. die zionistische Delegation: er lehnte es ab, die zionistische Einwanderung unter seinen kaiserlichen Schutz zu stellen.[10]

Warum die wilhelminische Orientpolitik in Damaskus ihr Ende fand

Am Tag des deutsch-türkischen Bündnisses, am 2. August 1914, wurde der obengenannte Max von Oppenheim ins Auswärtige Amt berufen. Er arbeitete dort mit Ernst Jäckh, Professor für türkische Geschichte an der Universität Berlin, einem Propagandisten deutscher Orientpolitik, zusammen. Kriegsziel war, die Bastionen des britischen Imperiums, Ägypten und Indien, anzugreifen. Mittels der Politik des „Heiligen Krieges“ sollte der Emir von Afghanistan bewegt werden, Indien anzugreifen und Persien als Bündnispartner gewonnen werden, um gegen England und Rußland loszuschlagen. In den islamischen Gebieten unter russischer Herrschaft spekulierte man mit einem Aufstand. Auf der publizistisch-akademischen Ebene wurde über die Ausrufung des „Jihad“ gestritten. Der Holländer Snouk Hurgronje griff die Orientalisten Martin Hartmann und C.H. Becker an, die nach seiner Ansicht vom Jihadfieber deutscher Politiker mitgerissen worden seien. Der sich getroffen fühlende C.H. Becker reagierte emotional: „Mit Witz und Bosheit, mit geschickten Zitaten und persönlichen Verdächtigungen wird hier die deutsche Islampolitik lächerlich gemacht, ja gebrandmarkt, werden die Geschäfte unserer Gegner besorgt.“[11] Jedoch des Kaisers Pläne waren nicht von Erfolg gekrönt: Der „Herzstoß gegen die englische Machtstellung“, so wurde in Berlin die deutsch-türkische Suezaktion 1914 bejubelt, scheiterte; in Ägypten fand nie ein Aufstand statt; Persien konnte nie als Kriegspartner gewonnen werden und die stümperhaften Versuche der deutschen Expeditionen mit von Hentig und Wassmus (der „deutsche Lawrence“) nach Persien und Afghanistan waren zum Scheitern verurteilt.



Und in Damaskus hatte die Orientreise des Kaisers ein Nachspiel: Die Truppen der britisch-arabischen Allianz unter Lawrence von Arabien marschierten am 1. Oktober 1918 in Damaskus ein. Als Offzier der arabischen Nordarmee war Subhi al-Umari in den ersten Tagen für die Sicherheit im Stadtzentrum verantwortlich. Er beobachtete mit Erstaunen, daß Lawrence nichts anderes im Kopf hatte, als sofort bei seinem ersten Stadtrundgang im Mausoleum Saladins den von Kaiser Wilhelm niedergelegten Bronzekranz und die Fahne aus Atlasgewege an sich zu nehmen.[12]

---

1 Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf, 1967, S. 110

2 Jan Stefan Richter, Die Orientreise Kaiser Wilhelms II. 1989, Eine Studie zur deutschen Außenpolitik an der Wende zum 20. Jahrhundert, Hamburg 1997, S. 45

3 Ebenda, S. 49

4 Ebenda. S. 87

5 Peter Hopkirk, On Secret Service East of Constantinople, London, 1994, S. 24

6 Die Orientreise ..., S. 90

7 Fahri al-Barudi, Erinnerungen al-Barudis, Erster Teil, Beirut/Damaskus 1951, S. 51/52 (Arabisch)

8 Thomas Scheffler, Von der „Orientalischen Frage“ zum „Tragischen Dreieck“, Die Nahostpolitik der SPD vom Zerfall des Osmanischen Reiches bis zum deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen, Berlin 1993, Dissertation FU Berlin, S. 55.

9 AUSZUG: Willkommmen, Fürst, in meines Landes Grenzen. Willkommen mit dem holden Ehgemahl/ Mit Geistlichkeit, Lakaien, Excellenzen/ Und Polizeibeamten ohne Zahl./ Es freuen rings sich die histor'schen Orte/ Seit vielen Wochen schon auf deine Worte/ Und es vergrößert ihre Sehnsuchtspein/ Der heiße Wunsch, photographiert zu sein.

10 Die Orientreise ..., S. 204–224

11 Zitiert in: Peter Heine, C. Snouk Hurgronje versus C. H. Becker, Ein Beitrag zur Geschichte der angewandten Orientalistik, Die Welt des Islam XXIII–XXIV, 1984, S. 381.

12 Subhi al-Umari, Dokumente des arabischen Aufstandes (Band 2): Lawrence, Die Wahrheit und die Lüge, London 1991, S. 192. (Arabisch)

Nina Berman: Orientalismus, Kolonialismus und Moderne

Werner Ruf

Nina Berman: Orientalismus, Kolonialismus und Moderne. Zum Bild des Orients in der deutschsprachigen Kultur um 1900, Stuttgart 1997, 378 Seiten

Wie schon der Titel signalisiert, geht es Nina Berman in ihrer Studie um die Überprüfung, Kritik und Weiterentwicklung des von Edward Said in *Orientalism* entwickelten Ansatzes. Doch über Said hinaus, dem es ja um die Repräsentation des Orients im Okzident ging, verfolgt Nina Berman eine, man möchte sagen, dialektischere Fragestellung, denn ihr geht es um die Untersuchung von Alterität. Die literarischen Produzenten, die sie untersucht – Karl May, Hugo von Hoffmannsthal und Else Lasker-Schüler – werden jeweils auch als Vertreter einer konkreten zeitgeschichtlichen Epoche mit eigenen spezifischen Sozialisationserfahrungen dargestellt, wie insbesondere bei Else Lasker-Schüler, deren konkrete Lebenserfahrung mit prägend sind für Bilder des Anderen, die immer auch Selbstbildnisse reflektieren.

Einleitend formuliert sie ihr Erkenntnisinteresse: „Das Bestreben der vorliegenden Arbeit ist es somit, die vielfältigen Bedeutungen des Orientdiskurses in der deutschsprachigen Kultur um 1900 in ihrem Bezug zu Kolonialismus und Imperialismus, aber auch zu Modernisierungsprozessen, der Konstruktion moderner Identitäten und Fragen der nationalen Identität zu untersuchen." (S. 36) Damit ist paradigmatisch auch schon die Kritik an Said ausgedrückt, der zu monolithisch und historisch undifferenziert seine Orientalismuskritik formuliert hat – auch wenn ohne sie die vorliegende Arbeit wohl nicht entstanden wäre. Ihr Verdienst ist es zum einen, daß sie den Blick der Orientalismuskritik über die beiden von Said anvisierten imperialen Mächte Großbritannien und Frankreich hinaus ausweitet auf Deutschland, wo auch der Zusammenhang zwischen (deutschem) Orientalismus, jüdischer Identitätssuche und dem modernen Antisemitismus hergestellt wird, beispielsweise durch Verweise auf Treitschke (S. 281f).

Zum anderen, und dies ist der wohl entscheidende innovative Beitrag zur Orientalismuskritik, entwickelt Nina Berman eine Einteilung der Orientliteratur in fünf historische Phasen: Zunächst wäre da das Mittelalter und diejenige Literatur, die vor allem im Zusammenhang mit den Kreuzzügen entstand und ein eher ambivalentes Verhältnis zeigt zwischen religiös motivierten, eiferischen Attacken gegen die Muslime und einer humanistisch anmutenden Harmonie zwischen kultureller und religiöser Differenz, wie sie sich am deutlichsten in Wolfram von Eschenbachs Parzival zeigt. Die zweite Periode ist die des Aufstiegs des Osmanischen Reichs und der Frühen Neuzeit, am besten charakterisiert durch die anti-muslimischen und anti-jüdischen Tiraden Martin Luthers, wo auch die ersten sexistischen Bilder erscheinen. Die dritte Periode ist die der Klassik (Herder, Goethe, Lessing), die im Wesentlichen durch ein positives Bild des Orientalen gekennzeichnet ist. Ihr folgt die vierte Phase, nämlich die der europäischen Expansion. Dieser Phase gilt, im empirischen Teil der Arbeit, die Untersuchung des Orientzyklus von Karl May. Schließlich definiert Nina Berman eine fünfte, bis heute andauernde Phase, die durchaus in der Kontinuität deutscher Geschichte steht und von den Verbrechen des Nationalsozialismus geprägt ist, zugleich aber charakterisiert wird durch die sozialstrukturellen Veränderungen in der BRD als Resultat des umfangreichen Imports von Arbeitsmigranten.

Anhand dieser Periodisierung gelingt es der Autorin, den Wandel und die unterschiedlichen Ausformungen des Orientkonzepts nicht nur auf die Bedeutung der Texte in der jeweiligen zeitgenössischen Gesellschaft zu beziehen, sondern sie auch zu verstehen als ideologische Konstrukte, die Resultat sich verändernder politischer und ökonomischer Verhältnisse und Beziehungen zwischen Orient und Okzident sind. So überwindet diese Arbeit Edward Saids Mangel an historischer Analyse, der Orient und Okzident eher monolitisch gegeneinander stellt. Das Resultat ist die Herausarbeitung unterschiedlicher – und keineswegs ideologisch gleichgerichteter – Epochen sowie die sensible empirische Untersuchung dreier unterschiedlicher Autoren, die in unterschiedlichen Phasen deutscher Geschichte sozialisiert wurden.

Leider kann hier nicht auf die subtile Analyse der in den untersuchten Texten verwendeten Bilder eingegangen werden, wenn etwa Topoi der Geschlechterrelationen auf das Herrschaftsverhältnis zwischen Kolonisator und Kolonisiertem transponiert werden oder wenn die von Lasker-Schüler geschaffenen Bilder in die Analyse miteinbezogen werden.

Nach dem einleitend geschaffenen Analyserahmen, der in hohem Maße germanistische, arabistische und sozialwissenschaftliche Kompetenz zeigt, nach der sensiblen Aufbereitung der drei empirischen Fälle und der Einbeziehung umfangreicher Sekundärliteratur hätte sich der Leser gewünscht, am Schluß der Arbeit noch einmal eine die drei Fallstudien verknüpfende zusammenfassende Interpretation im Sinne der eingangs gestellten Fragestellung zu finden. Dieses nicht eingelöste Desiderat ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die hier besprochene Arbeit nicht nur in ihrer nuancierenden Kritik an Said forschungsstrategische Ansätze gibt: Sie demonstriert zugleich die Fruchtbarkeit und die Notwendigkeit disziplinübergreifender Herangehensweisen sowohl in der Erforschung des *Orientalismus* als auch im Verständnis des Phänomens der Alterität in einer Gesellschaft, die definitiv multikulturell geworden ist.

Sylvia Weiss: Von ‚Adam und Eva' zu den ‚Wurzeln der Liebe'

Awni Karoumi

Sylvia Weiss, Von ‚Adam und Eva' zu den ‚Wurzeln der Liebe'. Aspekte eines modernen Musiktheaters im Irak – die enge Verzahnung von Theater, Geschichte und sozio-politischer Realität. R. G. Fischer Verlag, Frankfurt/M 1997, 103 Seiten, ISBN-Nr. 3-89501-465-6.
Mit ‚Adam und Eva' beginnt nicht die Entstehung der Menschheit, sondern die Geburt des modernen Musiktheaters im Irak. ‚Adam wa Hawwa' von Hanna Habshim, geschrieben 1880, gilt als das erste Theaterstück des modernen Irak. ‚Wurzeln der Liebe' von Ibrahim al-Basri entstand 1985. Der poetisch-literarische Titel des Buches verweist nicht nur auf die Anfänge des irakischen modernen Musiktheaters, sondern auf die lange Geschichte des Theaters im Irak überhaupt, auf seine Wurzeln in den mesopotamischen Kulturen und auf „das Wurzeln fassen" des modernen Theaters im 20. Jahrhundert im Irak. Der Versuch, Liebe als stärkeres Element als Krieg darzustellen – auch die Liebe zur Heimat –, so das Thema des während des Iran-Irak Krieges entstandenen Stückes ‚Wurzeln der Liebe', wurde jedoch von den Militärtheatern propagandistisch genutzt.
Sylvia Weiss hat alle zugängliche Literatur verwendet, die in ihrer Aussagekraft sehr unterschiedliche Literatur sorgfältig geprüft und die verfügbaren Informationen und Fakten zu verifizieren versucht. Durch Interviews mit Autoren und Theaterschaffenden konnte sie weiteres wichtiges Material zusammentragen. Unter anderem arbeitete sie mit dem palästinensischen Kunstkritiker und Schriftsteller Jabra Ibrahim Jabra zusammen.

Im ersten Teil des Buches wird die historische Entwicklung des irakischen Musiktheaters unter Einbeziehung musikhistorischer Aspekte gewürdigt. Der zeitliche Rahmen der Untersuchung wird von den Entstehungsdaten der beiden oben genannten Stücke eingegrenzt. Die Autorin erfaßt die wichtigsten Elemente der arabisch-irakischen Musik, untersucht die verschiedenen Formen von Wechselgesang, Chor, Verarbeitung von Volksliedern, Verwendung von klassischem Liedgut etc., wie sie in den verschiedenen Theaterstücken verarbeitet und benutzt werden. Insofern ist die Arbeit auch vom musikwissenschaftlichen Standpunkt beachtenswert. Außer einer irakischen Magisterarbeit gibt es keine nennenswerte musikspezifische Literatur zu diesem Thema.
Im zweiten Teil werden exemplarisch zwei Stücke besprochen: ‚Der Schlüssel' und ‚Die Wurzeln der Liebe'. Sie werden sowohl musikwisssenschaftlich als auch im Kontext von Medium, Kommunikation und Rezeption besprochen. Sylvia Weiss bemüht sich zwar, bei den verschiedenen Stücken den historischen Hintergrund miteinzubeziehen, unterläßt aber eine Analyse des jeweiligen Stückes im konkreten soziopolitischen Kontext, was leider an manchen Stellen zu etwas pauschalen Urteilen führt.
Auf jeden Fall ist die vorliegende Studie – hervorgegangen aus einer Magisterarbeit – aber eine wertvolle Basis für weitere Forschungen auf theater- und musikwissenschaftlichem Gebiet und sie öffnet ein Fenster zum Verständnis der modernen Kulturgeschichte des Irak.



INAMO e. V., Aboverwaltung, Postfach 36 13, 90018 Nürnberg
Pressevertriebsstück, "Entgelt bezahlt", A 13966, Deutsche Post AG

Infoladen Leipzig
Koburgerstr. 3
04277 Leipzig
Deutschland